

Hohenheimer Protokolle
Band 58

Zwangsarbeiter in der Diözese Rottenburg 1939–1945

Herausgegeben von
der Kommission zur Klärung der Fragen nach der
Beschäftigung von Fremd- bzw. Zwangsarbeitern
in kirchlichen Einrichtungen in der
Diözese Rottenburg-Stuttgart,

erarbeitet von Annette Schäfer

mit einem Überblick zum Stand der Nachforschungen
von Stephan M. Janker
(Stand: 10.10.2002)

AKADEMIE DER DIÖZESE ROTTENBURG-STUTT GART

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografischen Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-926297-87-5

© Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Alle Rechte vorbehalten.
Stuttgart 2002

Druck: Grafik-Druck GmbH, Stuttgart

Umschlaggestaltung: Grafik-Druck GmbH, Stuttgart

Satz: R. Johanna Regnath, Tübingen

Auslieferung durch:
Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
– Geschäftsstelle –
Im Schellenkönig 61
70184 Stuttgart

Inhaltsverzeichnis

Zur Einführung

Klaus Barwig/Dieter R. Bauer 9

Zwangsarbeiter in der Diözese Rottenburg 1939–1945

Annette Schäfer

I. Einleitung

1. Das Problem	15
2. Der Forschungsstand	23
3. Zur Konzeption der Darstellung	30
4. Die Quellenlage	33

II. Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern im Bereich der Diözese Rottenburg während des Zweiten Weltkrieges

1. Rahmenbedingungen	37
1.1 Arbeitskräftemangel in kirchlichen Einrichtungen	37
1.2 Die »Inanspruchnahme«, Beschlagnahme und Enteignung katholischer Einrichtungen – Veränderungen in der Nut- zung von Anstalten und Ordensniederlassungen während des Krieges.....	48
1.3 Die Rolle der Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstalts- wesen in Württemberg, des Caritasverbandes und seiner Beratungsstelle	73
2. Beschäftigungsstruktur	78
3. Die verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte	89
4. Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zwangsarbeitern in katholischen Einrichtungen	99
Exkurs: Ausländische Kinder in »deutschen Kinderheimen«	112
5. Zusammenfassung	121

III. Dokumentation Katholische Einrichtungen als Beschäftigungs- träger von Zwangsarbeitern

1. Klöster

- 1.1 Frauenklöster/Missionshäuser bzw. angeschlossene
Ökonomien 128
Bonlanden: Kloster 128
Oberdischingen: Missionsschwesternhaus St. Hildegard 130
Reute: Mutterhaus der Franziskanerinnen 131
Untermarchtal: Kloster, Hofgut St. Veit 134
- 1.2 Männerklöster/Missionshäuser bzw. angeschlossene
Ökonomien 138
Blönried: Missionshaus St. Johann 138
Ellwangen: Josefstal 140
Neresheim: Benediktinerabtei 141
Spaichingen: Claretinerkloster Dreifaltigkeitsberg 144
Weingarten: Rößlerhof 145

2. Pflegeanstalten

- Hegenberg: St. Gebhardihaus 147
Heggbach: Kirchliche Pflegeanstalt 148
Liebenau: Heil- und Pflegeanstalt 151
Rosenharz: Erziehungsheim St. Gertrudis 158

3. Erziehungsanstalten

- 3.1 Heime für Säuglinge und Kleinkinder 162
Donzdorf: St. Vinzentiuspflege 162
Ludwigsburg-Hoheneck: Kinderheim St. Josef 164
Matzenbach: Kinderheim St. Franziskus 166
Ravensburg: Säuglingsheim St. Nikolaus 167
Hürbel: Kinderheim St. Josef 169
Stuttgart: Paulusstift 171
Neuhausen auf den Fildern: Kinderheim St. Josef 172
- 3.2 Kinder- und Jugendheime (für Schulpflichtige) 174
Mulfingen: Josefspflege 174
Oggelsbeuren: Kinderheim Piuspflege 177
Ravensburg: Mädchenheim St. Josef 180
Schwäbisch Gmünd: Private Gehörlosenschule St. Josef 181

3.3	Heim für schulentlassene Fürsorgezöglinge	183
	Schelklingen: Hofgut Oberschelklingen des St. Konrad- hauses Schelklingen	183
4.	Anstalten der Gesundheitsfürsorge	
4.1	Sanatorien	188
	Bad Ditzgenbach: Sanatorium	188
	Bad Mergentheim: »Deutscher Hof«	189
	Berg: Martinsheim (Erholungshaus)	191
	Talheim: Gutshof (Schwesternerholungsheim)	192
4.2	Hospitäler	193
	Bad Mergentheim: Hospital zum Heiligen Geist	193
	Bad Mergentheim: Reservelazarett Maria Hilf	195
	Bad Mergentheim: Rochusstift	198
	Bad Mergentheim: Sanatorium Carolinum	199
	Horb am Neckar: Hospital zum Heiligen Geist	200
	Neutann: Spital	201
	Ravensburg: St. Elisabethen-Krankenhaus	202
	Wangen im Allgäu: Kinderheilstätte	203
	Stuttgart: Marienhospital	204
	Kißlegg: Hospital zum Heiligen Geist	206
5.	Anstalten der Wirtschaftsfürsorge	
	Altshausen: Altersheim St. Joseph	208
	Ulm: Altenheim St. Anna-Stift	209
6.	Kirchenpflegen	
	Biberach an der Riß: Kirchenpflege St. Martin	211
	Renhardtsweiler: Katholische Kirchenpflege St. Georg	211
	Tettngang: Friedhof	212
7.	Studienkolleg	
	Bad Wurzach: Hofgut Wiesen	214
8.	Töchanterschule	
	Ochsenhausen: Töchanterschule St. Walburga	216
9.	Wohnheim	
	Stuttgart: Marienanstalt	218

10. Gesellenhaus	
Ravensburg: Gesellenhaus	220
11. Schwesternhaus	
Schramberg: Marienheim	221
12. Kirchliche Stiftung öffentlichen Rechts	
Schramberg: Wald Imbrand	222
13. Exerzitienheim	
Stuttgart: Christkönigsheim	224
Quellen	225
Gedruckte Quellen und Literatur	231
Abkürzungen	245
Register: Einrichtungen	246
Register: Orte	248

Zwangsarbeitereinsätze in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg- Stuttgart (Württemberg)

Überblick zum Stand der Nachforschungen
(Stand: 10.10.2002)

<i>Stephan M. Janker</i>	253
Verzeichnis der Orte	361
Autoren und Autorin	363

Zur Einführung

Klaus Barwig/Dieter R. Bauer

Die Diskussion um Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges in Deutschland kam sehr spät in Gang – für die meisten Betroffenen zu spät. Als im Frühsommer 2000 die Auseinandersetzung um die finanzielle Ausstattung der Bundesstiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« die Öffentlichkeit erregte und in diesem Zusammenhang nach den damaligen Arbeitgebern gefragt wurde, trat – auf der Grundlage erster Forschungen im Bereich der evangelischen Kirche – plötzlich und unerwartet zutage, dass auch die Kirchen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beschäftigt hatten.

Dieser Befund gab der katholischen Kirche den Anstoß, unmittelbar mit Nachforschungen zu beginnen. Am 28. August 2000 hatte die Deutsche Bischofskonferenz beschlossen, jeweils mit 5 Millionen DM dotiert, einen Entschädigungs- und einen Versöhnungsfonds für die in kirchlichen Einrichtungen beschäftigten Zwangsarbeiter/innen einzurichten. Diese Entscheidung, die im Unterschied zur Evangelischen Kirche in Deutschland eine Nichtbeteiligung an der Bundesstiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« bedeutete, war eine Entscheidung für einen eigenen Weg, der voraussetzte, dass die katholische Kirche – anders als die Bundesstiftung – von Anfang an nach »ihren« Zwangsarbeiter/innen forschen musste.

Die Diözese Rottenburg-Stuttgart startete – ausgehend von einer entsprechenden Aufforderung seitens der Deutschen Bischofskonferenz – am 20. Juli 2000 eine diözesanweite Umfrage an die kirchlichen Einrichtungen. Gleichzeitig wurde das Diözesanarchiv Rottenburg mit einer entsprechenden Recherche beauftragt. Schon nach einer Woche ergaben die ersten Rückantworten, dass in fünf Einrichtungen »ausländische Zivilarbeiter« oder »Kriegsgefangene« beschäftigt gewesen waren.

Parallel dazu fanden Gespräche mit dem damaligen Akademiedirektor und designierten Bischof Dr. Gebhard Fürst statt, der im eigenen Haus den wissenschaftlichen wie politischen Sachstand sowie die Möglichkeit diözesanweiter Ermittlung und die kurzfristige Realisierung der dazu notwendigen Strukturen und Instrumente prüfen ließ. Bereits am 20. Juli wurde ihm ein erstes Informationspapier vorgelegt, am 24. Juli

eine Ergänzung im Hinblick auf die Quellenlage und mit einem Vorschlag für die Zusammensetzung einer diözesanen Kommission.

Der damalige Diözesanadministrator, Weihbischof Dr. Johannes Kreidler, richtete aufgrund eines Votums des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg vom 25. Juli 2000 mit Dekret vom 28. Juli eine »Kommission zur Klärung der Fragen nach Beschäftigung von Fremd- und Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart« ein.

Der Auftrag der Kommission, »die Fragen nach Beschäftigung von Fremd- und Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart zu klären«, wurde unter einen archivfachlichen und geschichtswissenschaftlichen Anspruch gestellt.

Zunächst mussten Grundsatzfragen geklärt werden, insbesondere im Hinblick auf quellenkundliche, archiv- und datenschutzrechtliche Problemstellungen sowie definitorische Klärungen im Kontext der gegenwärtigen zeitgeschichtlichen Diskussion. Des Weiteren war ein Konzept zu entwickeln, wie Zwangsarbeiter/innen möglichst rasch ermittelt werden könnten.

Eine weitere Aufgabe lag in der fachkompetenten Steuerung, Begleitung und Bewertung der Recherchen und Auswertung der Quellen.

Die Kommission hatte auch auf das Herstellen von Verbindungslinien zu achten bei Fragestellungen, die über einzelne Beschäftigungsverhältnisse hinausgingen, z.B. im Hinblick auf die Erschließung verschiedener Aktenbestände (hier besonders in den kommunalen und staatlichen Archiven sowie bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen und der Landesversicherungsanstalt).

Entsprechend dem Auftrag wurden in die Kommission Historiker/innen und Archivare aus dem kirchlichen und außerkirchlichen Bereich berufen, nämlich:

- Dr. Sonja-Maria Bauer, Oberstudienrätin, Lehrbeauftragte am Institut für Geschichtliche Landeskunde der Universität Tübingen,
- Dr. Martin Häußermann, Archivrat, Staatsarchiv Ludwigsburg,
- Professor Dr. Gerhard Hirschfeld, Direktor der Bibliothek für Zeitgeschichte, Honorarprofessor am Historischen Institut der Universität Stuttgart,
- Dr. Stephan M. Janker, Diözesanarchivar, Bischöfliches Ordinariat Rottenburg,
- Professor Dr. Joachim Köhler, Professor für Kirchengeschichte (mit besonderer Berücksichtigung Südwestdeutschlands) an der Kath.-Theol. Fakultät der Universität Tübingen,

- Dr. Roland Müller, Ltd. Stadtarchivdirektor, Leiter des Stadtarchivs Stuttgart,
- Dr. Volker Trugenberger, Archivdirektor, Leiter des Staatsarchivs Sigmaringen,
- Dr. Wolfgang Zimmermann, Oberarchivrat, Vorsitzender des Geschichtsvereins der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Zum Vorsitzenden berufen wurde:

- Dr. Waldemar Teufel, Kanzler der Diözesankurie, Bischöfliches Ordinariat Rottenburg,

und zum Stellvertretenden Vorsitzenden:

- Msgr. Wolfgang Tripp, Diözesancaritasdirektor Stuttgart.

Mit der Geschäftsführung beauftragt wurden zwei Referenten der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart:

- Klaus Barwig, Akademiereferent für Ausländer- und Minderheitenfragen,
- Dieter R. Bauer, Akademiereferent für Geschichte,

die sich schon seit vielen Jahren mit den zu bearbeitenden Fragen beschäftigen.

Insgesamt kam die Kommission zu 12 Sitzungen zusammen. Die konstituierende Sitzung fand am 17. August 2000 statt, die letzte am 5. Juni 2002. Daran schloss sich unmittelbar die offizielle Übergabe eines »Berichts über die Tätigkeit der Kommission« an Bischof Dr. Fürst an.

Angesichts einer umfangreichen, sehr heterogenen und auch räumlich sehr gestreuten Quellenlage erarbeitete die Kommission mit Unterstützung des Diözesanarchivs eine Konzeption für die Einbeziehung vor allem folgender Bereiche:

- staatliche und kommunale Archive (u.a. Meldewesen und Ausländersuchverfahren),
- Unterlagen der Sozialversicherung (AOKs und LVA),
- Archive und Unterlagen kirchlicher Einrichtungen (hier kam der Arbeit zugute, dass in einigen Einrichtungen – angeregt durch die oben genannte diözesanweite Umfrage: ein Rundschreiben des Generalvikars – bereits mit Ermittlungen begonnen worden war).

Dabei erfolgte eine Hierarchisierung der Quellen bei der Auswertung. Eine ausführliche Darstellung über die »Konzeption zur Erschließung von Quellen für die Recherchen« findet sich im Anhang des genannten Tätigkeitsberichts.

Die Kommission kam rasch zu der Einsicht, dass die Recherche nur durch hauptamtliche Fachkräfte angemessen durchgeführt werden könne, und machte entsprechende Vorschläge. Angestellt wur-

den dann in einem befristeten Dienstverhältnis eine wissenschaftliche Mitarbeiterin: Dr. Annette Schäfer, sowie mit befristeten Werkverträgen drei wissenschaftliche Hilfskräfte: Karin Graf, Adolf Hofmann und Judith Koppers. Diesen oblagen insbesondere die Recherchen vor Ort in den Archiven von kirchlichen Einrichtungen, dem Diözesanarchiv sowie in Staats-, Kreis- und Kommunalarchiven und in den Unterlagen der AOKs sowie der LVA.

Die Kommission führte ihre Arbeit in enger Kooperation mit den Evangelischen Landeskirchen Baden und Württemberg, der Erzdiözese Freiburg sowie dem Kirchlichen Suchdienst durch. Als deren Vertreter nahmen – jeweils sobald der Kontakt hergestellt war – als ständige Gäste René Massier vom Kirchlichen Suchdienst, Oberkirchenrat Jens Timm und Inga von Häfen von Seiten der Evangelischen Landeskirche Württemberg, Diözesanarchivar Dr. Christoph Schmitter und Monika Čajkovic vom Erzbischöflichen Ordinariat Freiburg sowie der Archivar der Evangelischen Landeskirche Baden, Dr. Udo Wennemuth, an den Kommissionssitzungen sowie auch an Arbeitsbesprechungen außerhalb der Kommissionssitzungen teil. Daraus entstand auf der Ebene der Recherche eine gemeinsame Arbeitsgruppe.

Nachdem die ersten Überlebenden gefunden waren und eine persönliche Geste der Versöhnung in den Blick genommen wurde, erschien es sinnvoll, hierfür eine eigene Projektgruppe einzurichten und deren Vorsitzenden, Hans-Josef Birner (Verwaltungsdirektor a.D. der Kliniken Rottenmünster), zu den Kommissionssitzungen einzuladen.

Bei Bedarf wurden weitere Fachleute hinzugezogen: zu datenschutzrechtlichen Fragen Prof. Dr. Alfred Büllsbach (Datenschutzbeauftragter der DaimlerChrysler AG) und Dr. Siegfried Facht (Datenschutzbeauftragter der Erzdiözese Freiburg und der Diözese Rottenburg-Stuttgart) sowie von Seiten der AOK (zur Erschließung der dort liegenden Unterlagen) Wolfgang Stütz und Klaus Kieslich.

Für die Recherchen stellte sich zuallererst die Frage nach der Definition der »Zwangsarbeit« oder des »Zwangsarbeiters« bzw. der »Zwangsarbeiterin«, da es in der Zeit von 1939 bis 1945 um eine Vielzahl von Personengruppen in unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen ging.

Zu berücksichtigen waren nicht nur der politische Status, die Art und Weise der Heranziehung zur Beschäftigung und die Rechtsgrundlagen hierfür, sondern auch die soziale Lage sowie die Dauer und die Umstände der Arbeitsverhältnisse.

Die Kommission entschied sich, einem Vorschlag von Gerhard Hirschfeld folgend, im Sinne einer pragmatischen Vorgehensweise für die Unterscheidung von vier Kategorien von Zwangsarbeitern:

1. Ausländische Zivilarbeiter, die in Deutschland landläufig als »Fremdarbeiter« bezeichnet wurden. Sie bildeten die größte Gruppe, wobei sie häufig zunächst auf freiwilliger, später in der Regel jedoch gezwungener Basis (»Reichseinsatz«) im Deutschen Reich arbeiteten. Die Angehörigen dieser Gruppe kamen u.a. aus folgenden Ländern bzw. infolge der deutschen Besetzung neu gebildeten Territorien: »Protektorat« Böhmen und Mähren, Slowakei, Italien, Ungarn, Kroatien, Bulgarien, Serbien, Niederlande, Belgien und Nordfrankreich, Frankreich, Dänemark, Norwegen und Spanien.
 - Hiervon zu unterscheiden sind Polen, denen gemäß Polizeiverordnung vom 08.03.1940 und Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 05.10.1941 ein diskriminierender Sonderstatus zugewiesen wurde (Kennzeichnungspflicht, Lagerunterkünfte, Verbot jeglichen privaten Umgangs mit Deutschen usw.).
 - Für sowjetische Zivilarbeiter (so genannte »Ostarbeiter«) galten ab Februar 1942 besondere Erlasse, die an Radikalität die Behandlung der Polen noch übertrafen (streng bewachte Lager, minderwertige Verpflegung, geringe Entlohnung usw.).
2. Ausländische Kriegsgefangene, überwiegend aus Polen, der Sowjetunion und Frankreich, deren Arbeitseinsatz keineswegs immer dem Völkerrecht entsprach. Im Sommer 1940 erhielten 400.000 polnische Kriegsgefangene den Statut »Zivilarbeiter«, nach dem Abfall Italiens von der »Achse« wurden 600.000 italienische »Militärinternierte« als Zwangsarbeiter ins Reich deportiert. Von 5,6 Mio. sowjetischen Kriegsgefangenen starben ca. 3 Mio. in deutschem militärischem Gewahrsam. Die Übrigen wurden später »Hiwis« des deutschen Militärs und als »Ostarbeiter« (ca. 950.000) im Reich beschäftigt.
3. Jüdische und nicht-jüdische KZ-Häftlinge aus Konzentrationslagern der SS im Reichsgebiet, die vom SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt an private und öffentliche Unternehmen vermittelt wurden.
4. Europäische Juden, die nach ihrer Deportation aus den Heimatländern für kürzere oder längere Zeit Zwangsarbeit verrichten mussten, nach 1944 in verstärktem Ausmaß auch auf Reichsgebiet.

Die Kommission ließ sich bei ihrer Entscheidung für diese Skizzierung der Begrifflichkeit davon leiten, dass die Recherchen nicht schon durch eine enge Begrifflichkeit eingeschränkt werden sollten und damit schon auf dieser Ebene die Frage nach einer etwaigen Entschädigung für die Betroffenen negativ entschieden würde. Es

galt der Gefahr vorzubeugen, dass Personengruppen durch eine vor-schnelle Festlegung ausgeschieden werden könnten, so z.B. der Personenkreis der Kriegsgefangenen.

Wie schon erwähnt, legte die Kommission zum Abschluss ihrer Arbeit dem Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart am 5. Juni 2002 einen »Bericht über die Tätigkeit« vor. Geplant war aber auch von vornherein, die Ergebnisse umfassender zu dokumentieren und durch eine eigene Publikation der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, was hiermit geschieht. Beauftragt damit war die genannte wissenschaftliche Mitarbeiterin: Dr. Annette Schäfer.

Das Diözesanarchiv begleitete die Arbeit der Kommission mit jeweils aktualisierten Zusammenstellungen des Standes der Nachforschungen in den einzelnen Einrichtungen. Weil hierdurch ein eigenes Arbeitsinstrument gegeben ist, erschien es trotz einiger dadurch entstehender Doppelungen sinnvoll, die Zusammenstellung zum Stand des Redaktionsschlusses vollständig in einen Anhang zu übernehmen. Natürlich ist die Suche nach ehemaligen Zwangsarbeiter/innen damit nicht abgeschlossen.

Wie auch bei der Publikation »Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung« (Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), die eine Tagung der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart vom 10./11. Februar 2001 dokumentiert, kam es mit Blick auf den vorliegenden Band entscheidend darauf an, die Ergebnisse so rasch wie möglich einer interessierten (Fach-)Öffentlichkeit zugänglich zu machen – mit dem Ziel, die nun langsam in Gang kommende Forschung im Bereich der Kirchen weiter anzuregen und Hilfestellung zu leisten.

Mit der Fertigstellung des Bandes geht für die beiden Verfasser dieser Einführung sicherlich nicht das Engagement in der Sache, wohl aber der Auftrag als Geschäftsführer der diözesanen Kommission und damit ein Zeitabschnitt mit ganz besonderer Verantwortung zu Ende. Die wichtigsten Wegbegleiter wurden genannt; auch auf die Hilfe und Unterstützung manch anderer, insbesondere in Archiven und kirchlichen Einrichtungen, waren wir immer wieder angewiesen. Die (Zusatz-)Aufgabe verlangte von unseren direkten Mitarbeiterinnen besonderen Einsatz: Petra Braun (bis Ende 2001) und Gudrun Suchomel. Die redaktionelle Bearbeitung lag in den bewährten Händen von Johanna Regnath, das Lektorat übernahm Christa Wassermann. Ihnen allen sei hier noch einmal nachdrücklich gedankt – der Leitung der Diözese Rottenburg-Stuttgart, an der Spitze Bischof Dr. Gebhard Fürst, für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

Zwangsarbeiter in der Diözese Rottenburg 1939–1945

Annette Schäfer

I. Einleitung

1. Das Problem

Im Sommer 2000 weitete sich der Kreis der Institutionen aus, die im Zuge der öffentlichen Debatte um Entschädigungsleistungen für Zwangsarbeiter in die Diskussion gerieten. Nicht nur privatwirtschaftliche Unternehmen, sondern auch öffentliche Einrichtungen, etwa Kommunen und Universitäten und schließlich die evangelische und katholische Kirche, wurden mit dem Thema konfrontiert.

Während sich die Evangelische Kirche Deutschlands und das Diakonische Werk für eine Beteiligung an der Bundesstiftung entschieden, sah der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz, der sich mit dem Thema Beschäftigung von Zwangsarbeitern in katholischen Einrichtungen am 2. Mai und 19./20. Juni 2000 befasste, zunächst keinen Anlass, entsprechende Initiativen zu entwickeln. Der Ständige Rat begründete seine Entscheidung mit den »wenigen Ergebnissen«, die aus den bis zu diesem Zeitpunkt vorgenommenen »punktuellen Nachforschungen« gewonnen worden waren.¹ Im Fortgang der öffentlichen Diskussion und angesichts weiterer Hinweise wurden die Nachforschungen schließlich jedoch intensiviert.

Am 20. Juli 2000 forderte das Bischöfliche Ordinariat der Diözese Rottenburg-Stuttgart die kirchlichen Einrichtungen im Bereich der Diözese auf zu klären, »ob vor oder während des Zweiten Weltkrieges Zwangsarbeiter in Einrichtungen [...], die in Ihrem Zustän-

¹ Zit. nach: Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Einrichtungen der Katholischen Kirche 1939–1945. Presseerklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz vom 29.08.2000 (Pressemitteilungen der Deutschen Bischofskonferenz Nr. 39), Bonn 2000.

digkeitsbereich liegen, beschäftigt wurden«.² Die Initiative des Bischöflichen Ordinariats stand in unmittelbarem Zusammenhang mit einer angekündigten Monitor-Sendung in der ARD über den Einsatz von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen, die am selben Abend ausgestrahlt wurde.

Bereits nach wenigen Tagen wurden sowohl von einzelnen Einrichtungen als auch vom Diözesanarchiv, das ebenfalls mit den Recherchen in den Beständen seines Archivs begonnen hatte, konkrete Hinweise für die Beschäftigung von Zwangsarbeitern vorgelegt.³ Die Diözesanleitung machte daraufhin am 1. August 2000 durch eine Pressemitteilung publik, dass sie es »für sinnvoll und wünschenswert« halte, »dass sich die katholische Kirche an Entschädigungsleistungen für Zwangsarbeiter beteiligt«, und kündigte die Einrichtung einer »Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäftigung von Fremd- bzw. Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart« an.⁴

Die Diözesanleitung der Diözese Rottenburg-Stuttgart bezog damit einen klaren Standpunkt für die Gründung eines Entschädigungsfonds in einer Phase, als innerhalb der katholischen Kirche die Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern noch diskutiert wurde. Am 28. August 2000 schließlich entschied der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz, einen Entschädigungs- und Versöhnungsfonds für ausländische Arbeitskräfte einzurichten, die in katholischen Einrichtungen während der Kriegszeit beschäftigt wurden.⁵

² Bischöfliches Ordinariat an die Orden und Kongregationen, kirchliche Rechtspersonen, hauptamtliche Kirchenpfleger und Verwaltungsaktuelle in der Diözese, 20.7.2000.

³ Vgl. *Stephan M. Janker*, Auf der Suche nach (überlebenden) Zwangsarbeitern. Methodische, strukturelle und personelle Aspekte am Beispiel der Diözese Rottenburg-Stuttgart, in: *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel* (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung* (Hohenheimer Protokoll, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 109 f.

⁴ Pressemitteilung, Amt für Öffentlichkeitsarbeit Diözese Rottenburg-Stuttgart, 1.8.2000; vgl. auch: *Gebhard Fürst*, Wir treten ein für gerechte Entschädigung und aufrichtige Versöhnung. Statement bei der Pressekonferenz am 10.11.2000 in der Geschäftsstelle des Caritas-Suchdienstes in Stuttgart; abgedruckt in: *Klaus Barwig* u.a. (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche* (wie Anm. 3), S. 313–319.

⁵ Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Einrichtungen der Katholischen Kirche 1939–1945. Presseerklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz vom 29.08.2000 (Pressemitteilungen der Deutschen Bischofskonferenz Nr. 39), Bonn 2000.

Als die auf Anregung der Diözesanleitung der Diözese Rottenburg-Stuttgart berufene Kommission zu ihrer konstituierenden Sitzung am 17. August 2000 zusammentrat, waren »ca. 50 namentlich erfasste und 50–80 namenlose Fremdarbeiter in 17 Einrichtungen fassbar«. ⁶ Dies stellte, angesichts der Kürze der Zeit, in der die Recherchen erfolgten, ein bemerkenswertes Ergebnis dar. Es ließ ferner deutlich werden, dass von einem gewissen Umfang des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte in kirchlichen Einrichtungen ausgegangen werden musste.

Um die Zahl der in kirchlichen Einrichtungen beschäftigten Zwangsarbeiter möglichst umfassend festzustellen und deren Sozialdaten zu erfassen, beschloss die Kommission daher, die Recherchen nicht ausschließlich auf die Archive der kirchlichen Einrichtungen und das Diözesanarchiv zu beschränken, sondern zusätzliche Archive, insbesondere Kommunal- und Staatsarchive, einzubeziehen. Die Kommission regte darüber hinaus an, die Möglichkeiten der Heranziehung von Versicherungsunterlagen der Allgemeinen Ortskrankenkassen und Dokumentenbestände des Internationalen Suchdienstes für die Auswertung zu prüfen. ⁷

Die Kommission definierte ferner als einen zentralen Grundsatz der Recherchearbeit, den Kreis der in die Ermittlungen einbezogenen Personen möglichst weit zu fassen. Der von der Kommission formulierte Grundsatz bedeutete für die Praxis der Ermittlungsarbeit, dass sich diese nicht auf osteuropäische Arbeitskräfte beschränkte, sondern auch nord-, west- und süd(ost)europäische Arbeitskräfte, slowenische »Absiedler« ⁸ und Kriegsgefangene, da bei Letzteren die Möglichkeit der so genannten »Überführung in den Zivilstatus« in Betracht gezogen werden musste, miteinbezogen wurden.

⁶ Protokoll der konstituierenden Sitzung vom 17.08.2000.

⁷ Vgl. die unten genannten Ausführungen zur Quellenlage.

⁸ In der Sitzung vom 26.07.2000 wurde über die Einbeziehung von Slowenen in die Gruppe der Anspruchsberechtigten entschieden; vgl. Protokoll der Sitzung der Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäftigung von Fremd- bzw. Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart vom 26.07.2000; vgl. zur Personengruppe der »Absiedler« die Ausführungen im Kapitel: Die verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte.

Abweichend zu den von der Bundesstiftung definierten Kriterien für die Bewilligung von Entschädigungsleistungen⁹ wurden Angehörige dieser Gruppen (Kriegsgefangene unter der Einschränkung, dass diese im Verlauf des Krieges in den »Zivilstatus überführt« worden waren¹⁰) dem kirchlichen Entschädigungsfonds als Anspruchsberechtigte gemeldet. Angesichts des Umstands, dass die Quellenlage lediglich punktuell präzise Aussagen in Bezug auf die Art und Weise der Rekrutierung bzw. auf die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der einzelnen ausländischen Beschäftigten zulasse, entschied die Kommission, nicht am Prinzip der individuellen Nachweispflicht von Bedingungen des Zwangs in Bezug auf nord-, west- und süd(ost)europäische Arbeitskräfte festzuhalten.¹¹ Vielmehr sei grundsätzlich zu Gunsten der Betroffenen zu entscheiden.

Als Zwangsarbeiter wurden von der Kommission, abgesehen von der großen Gruppe osteuropäischer Arbeitskräfte, Personengruppen aus folgenden Ländern bzw. in Folge der deutschen Beset-

⁹ Gesetz zur Errichtung einer Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« vom 2.08.2000, Bundesgesetzblatt, Jg. 2000 Teil I Nr. 38; vgl. ausführlich: *Klaus Barwig/Günter Saathoff/Nicole Weyde* (Hg.), Entschädigung für NS-Zwangsarbeit, Baden-Baden 1998; *Ulrike Winkler* (Hg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000; *Ulrich Herbert*, Nicht entschädigungsfähig? Die Wiedergutmachungsansprüche der Ausländer, in: *Ludolf Herbst/Constantin Goschler* (Hg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 273–302; *Hans-Günter Hockerts*, Wiedergutmachung in Deutschland, eine historische Bilanz 1945–2000, in: VfZ 49 (2001), S. 167–214.

¹⁰ Für die Kommission zeigte sich im Verlauf der Ermittlungsarbeit keine Notwendigkeit, sich mit dem besonderen Status der so genannten »italienischen Militärinternierten« auseinander zu setzen, da keine ausländischen Arbeitskräfte im Status der »Militärinternierten« festgestellt wurden. Die Entschädigungspraxis der Bundesstiftung, die diese Ausländergruppe grundsätzlich von Leistungen ausschließt, provozierte heftige öffentliche Debatten; vgl. Wie das Gesetz es befahl. Italienische Zwangsarbeiter sollen keine Entschädigung erhalten, Süddeutsche Zeitung, 16.10.2001.

¹¹ *Ulrich Herbert*: Zwangsarbeit im »Dritten Reich«. Kenntnisstand, offene Fragen, Forschungsprobleme, in: *Wilfried Reininghaus/Norbert Reimann* (Hg.), Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 18 betont in diesem Zusammenhang: »Auch die Kategorie des Zwangs ist [...] nicht so eindeutig, wie dies – zum Beispiel in Verhandlungen über Entschädigung – gewünscht werden muss.«

zung neu gebildeten Territorien gefasst: »Protektorat« Böhmen und Mähren, Slowakei, Italien, Ungarn, Kroatien, Bulgarien, Serbien, Niederlande, Belgien und Nordfrankreich, Frankreich, Dänemark, Norwegen und Spanien.¹²

Diese Praxis begründete die Kommission sowohl mit dem Veröhnungsgedanken, der im Mittelpunkt bei der Entschädigung von Zwangsarbeitern stehen sollte, als auch mit den Ergebnissen der zeitgeschichtlichen Forschung, die deutlich mache, dass auch die Beschäftigung eines Großteils von nord-, west- und süd(ost)europäischen Arbeitskräften und slowenischen »Absiedlern« unter Bedingungen von Zwang erfolgte.¹³

¹² Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäftigung von Fremd- und Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, vorgelegt dem Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Dr. Gebhard Fürst, Stuttgart, 5. Juni 2002, S. 7 f. (unveröffentlicht). Als Zwangsarbeiter wurden ferner auch jüdische und nicht-jüdische KZ-Häftlinge und europäische Juden, die nach ihrer Deportation aus den Heimatländern Zwangsarbeit verrichten mussten, gefasst. In Zusammenhang mit der Entschädigung von Zwangsarbeitern in katholischen Einrichtungen wurden keinerlei Hinweise für eine Beschäftigung dieser Gruppen von Zwangsarbeitern festgestellt, so dass im Folgenden auf diese nicht näher eingegangen wird. Zum Begriff »Zwangsarbeiter«, mit dem (auch innerhalb der wissenschaftlichen Forschung) unterschiedliche Gruppen ausländischer Arbeitskräfte bezeichnet werden, vgl. *Herbert*, Zwangsarbeit im »Dritten Reich« (wie Anm. 11), S. 16 ff.; *ders.*, Zwangsarbeiter im »Dritten Reich« – ein Überblick, in: *Klaus Barwig/Günter Saathoff/Nicole Weyde* (Hg.), Entschädigung für NS-Zwangsarbeit, Baden-Baden 1998, S. 17 f.; vgl. ferner die Ausführungen von *Mark Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart/München 2001, S. 12 ff., der einen Kriterienkatalog entwickelt, um in diesem Zusammenhang zwischen »starken und weniger starken Eingriffen in die persönliche Freiheit« unterscheiden zu können. *Spoerer*, S. 16, definiert beispielsweise abweichend zu *Herbert*, Zwangsarbeit im »Dritten Reich« (wie Anm. 11), S. 18, als »freiwillige ausländische Zivilarbeiter« Arbeitskräfte aus den verbündeten Staaten Bulgarien, Italien (bis 1943), Kroatien, Rumänien, Slowakei und Ungarn, aus dem neutralen Spanien und aus dem besetzten Dänemark. Außerdem rechnet er »viele Arbeiter aus West- und Südosteuropa [...], die in den ersten Kriegsjahren freiwillig nach Deutschland kamen«, dazu. *Spoerer*, ebd., konzediert allerdings: »Diese Kategorisierung stellt selbstverständlich nur eine Durchschnittsbetrachtung dar, von der konkrete Einzelfälle abweichen können.«

¹³ *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 223 geht davon aus, dass von den aufgrund seiner Berechnungen auf insge-

Die Formen des Zwangs, denen sich die verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte ausgesetzt sahen, waren im Einzelnen sehr unterschiedlich und hatten verschiedene Ausprägungen. Dies wurde unter anderem an der Art und Weise der Rekrutierung deutlich: In idealtypischer Kategorisierung lassen sich vier Formen der Rekrutierung ziviler ausländischer Arbeitskräfte unterscheiden: »(1) die reine Werbung, (2) Werbung mit maßgeblicher Beeinflussung der Existenzbedingungen, (3) Konstriktion [...] unter Rückgriff auf die einheimische Verwaltung und (4) Deportation durch willkürliche Gewaltanwendung.«¹⁴ In der Praxis waren diese Bedingungen im Einzelnen allerdings nicht klar trennbar oder bestanden auch gleichzeitig nebeneinander. Abhängig von der Entwicklung der Verhältnisse der jeweiligen Staaten zum Deutschen Reich existierten zahlreiche Zwischenformen, von denen jedoch letztlich der Großteil im Verlauf des Krieges in Zwangsmaßnahmen mündete.¹⁵

Der Zwangscharakter definierte sich weiterhin auch in unterschiedlicher Weise im Hinblick auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der einzelnen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte. »Zwang« konnte beispielsweise bei zivilen dänischen Arbeitskräften die Verpflichtung bedeuten, den mit einem deutschen Betrieb geschlossenen Arbeitsvertrag einzuhalten,¹⁶ für französische Arbeitskräfte konnte Zwang darin bestehen, entweder eine Arbeit in Deutschland aufzunehmen oder den Entzug von Lebensmittelmärkten und Re-

samt ca. 13,5 Millionen veranschlagten ausländischen Arbeitskräften im Reich »mit Sicherheit 80 %, eher noch 90 % als Zwangsarbeiter angesehen werden [können]«; zur besonderen Gruppe der »Absiedler« vgl. *Tone Ferenc*, »Absiedler«. Slowenen zwischen »Eindeutschung« und Ausländereinsatz, in: *Ulrich Herbert* (Hg.), *Europa und der »Reichseinsatz«: Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945*, Essen 1991, S. 200–209. *Ferenc*, S. 205, betont: »Die Arbeit der Absiedler war richtige Zwangsarbeit.«

¹⁴ Zit. nach *Spoerer*, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz* (wie Anm. 12), S. 37.

¹⁵ *Spoerer*, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz* (wie Anm. 12), S. 35 ff.

¹⁶ Im August 1940 wurde für dänische Arbeitskräfte, die nach Dänemark zurückkehren wollten und welche nicht im Besitz einer Rückkehrerlaubnis des deutschen Unternehmens und des Arbeitsamtes waren, die Grenzsperrung verhängt. Gegenüber diesen Dänen wurde die Rückführung in den deutschen Betrieb durch die Gestapo verordnet; *Therkel Straede*, »Deutschlandarbeiter«. Dänen in der deutschen Kriegswirtschaft 1940–1945, in: *Herbert* (Hg.), *Europa und der »Reichseinsatz«* (wie Anm. 13), S. 150.

pressalien gegen Familienangehörige in Kauf zu nehmen.¹⁷ Für aus der Sowjetunion ins Reichsgebiet verschleppte »Ostarbeiter« bedeutete »Zwang« hingegen der Transport in geschlossenen Güterwagons ins Reichsgebiet und in dem Fall, dass die Betroffenen in industriellen Großbetrieben eingesetzt wurden, ein Leben in bewachten, mit Stacheldraht umzäunten Barackenlagern.¹⁸

Wenngleich, wie in den oben genannten Ausführungen dargelegt, die Kategorie des Zwangs für die einzelnen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte unterschiedliche Ausprägungen erfuhr, so stellten diese doch für den Großteil der im Reichsgebiet beschäftigten Ausländer ein prägendes Element der Existenzbedingungen dar. Um dies zum Ausdruck zu bringen, wurde der Begriff »Zwangsarbeiter«, bei dem es sich im Übrigen nicht um einen Begriff aus der NS-Terminologie handelt, als Sammelbegriff zur Bezeichnung der verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte gewählt.

Als zeitliche Eingrenzung für die Recherchen wurde von der Kommission als Stichtag der 1. September 1939, der Beginn des Feldzuges gegen Polen, und die Kapitulation im Mai 1945 festgesetzt. Wenngleich die Übergänge der durch die Saisonarbeitertradition geprägten Arbeitsverhältnisse zu den von Diskriminierung und Zwang bestimmten Arbeitsbedingungen gleitend waren,¹⁹ definierte die Kommission diese zeitliche Eingrenzung aus arbeitsökonomischen Motiven.

Bei der Ermittlung der in katholischen Einrichtungen beschäftigten Zwangsarbeiter zeigte sich für die Kommission ferner die Notwendigkeit, die spezifische Problemlage zu berücksichtigen, welche die Bestimmung der Trägerschaft kirchlicher Einrichtungen während der Kriegszeit aufwirft. Angesichts des Umstands, dass eine Vielzahl kirchlicher Einrichtungen im Zeitraum von 1939 bis 1945 für unterschiedliche Nutzungszwecke von staatlichen Institutionen und Parteistellen in Anspruch genommen, beschlagnahmt oder ent-

¹⁷ *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 63.

¹⁸ *Annette Schäfer*, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik. Russische und polnische Arbeitskräfte in Württemberg 1939–1945, Stuttgart 2000, S. 65 ff.

¹⁹ Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Behandlung von Polen und Tschechen; vgl. ausführlich: *Ulrich Herbert*, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001; *ders.*, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin 1986.

eignet wurde,²⁰ galt es Kriterien für die Definition eines Beschäftigungsverhältnisses in einer katholischen Einrichtung zu entwickeln. Als Kriterium für die Zuordnung als Beschäftigungsträger definierte die Kommission nicht ausschließlich die Trägerschaft in juristischem Sinne. Ausländische Arbeitskräfte wurden auch in dem Fall als Anspruchsberechtigte für Zahlungen aus dem Entschädigungsfonds der katholischen Kirche genannt, wenn die Trägerschaft eine nicht-kirchliche Institution übernommen hatte, die katholische Einrichtung jedoch weiterhin über die Einstellung des Personals entschied.

Um möglichst alle katholischen Einrichtungen im Bereich der Diözese Rottenburg unter dem Kriterium der Trägerschaft bzw. der Beschäftigung von Zwangsarbeitern überprüfen zu können, wurde auf Anregung der Kommission vom Diözesanarchiv eine Liste der Einrichtungen in der Diözese erstellt, die als potentielle Beschäftigungsträger in den Jahren 1939 bis 1945 zu werten sind.²¹ Die Liste der Einrichtungen wurde durch Ergebnisse der fortlaufenden Ermittlungsarbeit weiter ergänzt. Vom Diözesanarchiv wurden darüber hinaus die Ermittlungsergebnisse in einem »Überblick zum Stand der Nachforschungen« zusammengefasst, der ebenfalls in engen zeitlichen Abständen aktualisiert wurde.²²

Parallel zu dieser Schwerpunktsetzung der Rechercharbeit, die eine rasche und quantitativ umfassende Entschädigung ermöglichen sollte, wurde von der Kommission ferner die wissenschaftliche Aufarbeitung der Thematik als Aufgabenbereich formuliert.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung sollte sich nicht auf die Darstellung des Umfangs und der Art der Beschäftigungsverhältnisse in den katholischen Einrichtungen, die Zwangsarbeiter während des Krieges beschäftigten, und auf die wissenschaftliche Dokumentation der einzelnen Einrichtungen beschränken. Als wichtiger Untersuchungsbereich wurde insbesondere auch die Erforschung der Ar-

²⁰ Vgl. Kapitel: Die »Inanspruchnahme«, S. 48 in diesem Band.

²¹ Liste der Einrichtungen, ermittelt und zusammengestellt durch das Diözesanarchiv Rottenburg, Stand 27.10.2000. Diese Liste führt 555 Objekte auf, den größten Anteil machen 388 Kirchenpflegen als Eigentümer von Friedhöfen aus. Nachdem Informationen vorlagen, dass die Kirchenpflege Biberach einen zivilen russischen Arbeiter beschäftigte, wurden die kircheneigenen Friedhöfe in die Liste mitaufgenommen; vgl. ferner *Janker*, Auf der Suche (wie Anm. 3), S. 116 f.

²² Vgl. *Stephan M. Jancker*, Zwangsarbeitereinsätze in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Württemberg), Überblick zum Stand der Nachforschungen, 10.10.2002, in diesem Band.

beits- und Lebensbedingungen in kirchlichen Einrichtungen beschäftigter Zwangsarbeiter formuliert. Ferner wurde die Erforschung der Nutzungsänderungen katholischer Einrichtungen während des Zweiten Weltkrieges als wichtiger Untersuchungsbereich bestimmt. Kirchliche Einrichtungen wurden in starkem Maße für die sich im Verlauf des Krieges verändernden kriegswirtschaftlichen Erfordernisse genutzt und sowohl von staatlichen Behörden als auch Stellen der Partei in Anspruch genommen. Zur Feststellung darüber, ob sich eine katholische Einrichtung in kirchlicher Trägerschaft befand bzw. ob diese über die Einstellung von Personal entschied, war eine detaillierte Erforschung dieses Themenbereichs unverzichtbar. Nicht zuletzt wirkten sich diese umfangreichen Nutzungsänderungen auch auf die Personalsituation der kirchlichen Einrichtungen aus.

2. Der Forschungsstand

Der Themenbereich »Zwangsarbeit« und katholische Kirche blieb in der zeitgeschichtlichen Historiographie, mit Ausnahme der wenigen Forschungen, die sich auf den Aspekt der Seelsorge ausländischer Arbeitskräfte konzentrierten,²³ bis in die jüngste Zeit ausgespart.²⁴ Die Forschung hatte sich bis dahin lediglich punktuell mit Fragen der Einbindung kirchlicher Einrichtungen in die deutsche Gesellschaft während der Kriegszeit auseinandergesetzt.²⁵ Aufschlussreiche

²³ Vgl. *Hans-Michael Körner*, Katholische Kirche und polnische Zwangsarbeiter 1939–1945, in: *Historisches Jahrbuch* 112 (1992), S. 128–142; *Markus Eikel*, Französische Katholiken im Dritten Reich. Die religiöse Betreuung der französischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter 1940–1945, Freiburg 1999; *Wolfgang Knauff*, Schnitter, KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter. Vergessene Kapitel der Seelsorge im Bistum Berlin, Berlin 2001.

²⁴ Zur allgemeinen Forschungslage siehe: *Herbert*, Zwangsarbeit im »Dritten Reich«. Kenntnisstand (wie Anm. 11), S. 16–37; *ders.*, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999, S. 416 ff.; *Andreas Heusler*, Ausländer-Einsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939–1945, München 1996, S. 12 ff.; *Schäfer*, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik (wie Anm. 18), S. 6 ff.

²⁵ *Karl-Joseph Hummel*, Zwangsarbeit in der katholischen Kirche – Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung: Eine Projekt-skizze der Kommission für Zeitgeschichte Bonn, in: *Klaus Barwig* u.a. (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche (wie Anm. 3), S. 262 betont: »Forschungen, die nicht das Gegenüber von Kirche und Nationalsozialismus, sondern die Gemengelage ihrer Einbindung in die nationalsozialistische Gesellschaft vor allem in den Kriegsjahren beschreiben, sind in

Untersuchungen wurden insbesondere zu den »Euthanasie«-Verbrechen und zu Zwangssterilisationen in den Anstalten, die im Zuge der Durchführung des »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« vorgenommen wurden, publiziert.²⁶ Fragen zu Ausmaß und Folgen der umfangreichen Nutzungsänderungen von Anstalten und Ordensniederlassungen für kriegswirtschaftliche Zwecke blieben von der Forschung bisher jedoch weitgehend unberücksichtigt. Dies bezog sich insbesondere auch auf die umfangreichen Bevölkerungstransfers als »volksdeutsch« bzw. »(wieder)eindeutschungsfähig« klassifizierter Personen ins Reichsgebiet, die von der »Volksdeutschen Mittelstelle« im Auftrag Himmlers unter Rückgriff auf Räume der Klöster und kirchlichen Anstalten vorgenommen

wichtigen Fragen [...] noch zu leisten.« Vgl. zusammenfassend ferner: *Hans Günter Hockerts*, *Ausblick: Kirche im Krieg. Aspekte eines Forschungsfeldes*, in: *Peter Pfister* (Hg.), *Katholische Kirche und Zwangsarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung*, Regensburg 2001, S. 47–55; *Ulrich von Hehl*, *Die Kirchen in der NS-Diktatur. Zwischen Anpassung, Selbstbehauptung und Widerstand*, in: *Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen* (Hg.), *Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft*, S. 153–181.

- ²⁶ Vgl. *Krankenmord im Nationalsozialismus. Grafeneck und die »Euthanasie« in Südwestdeutschland*, Stuttgart 2001; *Hermann J. Pretsch* (Hg.), *Euthanasie. Krankenmorde in Südwestdeutschland*, Zwiefalten 1996; *Walter Wuttke*, *Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« und die »Euthanasie« in Ulm*, in: *Gotthold Knecht* (Hg.), *Zeitzeugen aus Demokratie und Diktatur 1930–1950*, Bd. 2, Blaubeuren 2002, S. 119–162; *Martin Kalusche*, *»Das Schloß an der Grenze«. Kooperation und Konfrontation mit dem Nationalsozialismus in der Heil- und Pflegeanstalt für Schwachsinnige und Epileptische Stetten i. R.*, Heidelberg 1997; *Harald Jenner/Joachim Klieme* (Hg.), *Nationalsozialistische Euthanasieverbrechen und Einrichtungen der Inneren Mission – Eine Übersicht*, Reutlingen 1997; *Uwe Kaminsky*, *Zwangssterilisation und »Euthanasie« im Rheinland*, Köln 1995; *Hans-Walter Schmuhl*, *Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung »lebensunwerten Lebens« 1890–1945*, Göttingen 1992; *Ernst Klee*, *Was sie taten – Was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord*, Frankfurt a.M. 1990; *ders.*, *»Euthanasie« im NS-Staat. Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«*, Frankfurt a.M. 1989; *ders.*, *Dokumente zur »Euthanasie«*, Frankfurt a.M. 1986; *Götz Aly* (Hg.), *Aktion T4 1939–1945. Die »Euthanasie«-Zentrale in der Tiergartenstraße 4*, Berlin 1989; *Kurt Nowak*, *»Euthanasie« und Sterilisierung im »Dritten Reich«*, Göttingen 1984; *Christoph Beck*, *Sozialdarwinismus, Rassenhygiene, Zwangssterilisation und Vernichtung »lebensunwerten« Lebens. Eine Bibliographie zum Umgang mit behinderten Menschen im »Dritten Reich« – und heute*, Bonn 1995.

wurden. Leniger konnte inzwischen erste Ergebnisse seiner Dissertation zur Volksdeutschen Mittelstelle und der Situation »volksdeutscher Umsiedler« vorlegen,²⁷ für den Bereich Württembergs wurde über das Lager für »Wiedereindeutschungsfähige« in Schelklingen eine Arbeit publiziert.²⁸ Darüber hinaus wurden in Einzeldarstellungen zu Klöstern bzw. in regionalgeschichtlichen Untersuchungen zur Geschichte katholischer Einrichtungen einzelne Aspekte der Nutzungsänderungen bzw. Zweckentfremdungen aufgegriffen. Das Interesse konzentrierte sich hierbei vor allem auf die im Jahre 1941 vollzogene Enteignung zahlreicher Klöster im Reichsgebiet, die unter dem Begriff »Klostersturm« beschrieben wurde.²⁹

Weitere Forschungslücken bestehen nach wie vor zum Umgang mit ausländischen Kleinkindern in Kinderheimen, die sich in kirchlicher Trägerschaft befanden. Nach dem Stopp des Rücktransports schwangerer Zwangsarbeiterinnen ab Ende des Jahres 1942 wurden ausländische Kleinkinder sowohl in staatliche Kinderheime als auch in Kinderheime der freien Wohlfahrtspflege eingewiesen. Die Untersuchungen zur Situation ausländischer Kleinkinder konzentrierten sich in diesem Zusammenhang bisher nahezu ausschließlich auf die

²⁷ *Markus Leniger*, »Heim im Reich?« Das Amt XI und die »Umsiedlerlager« der Volksdeutschen Mittelstelle 1939–1945, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 17 (2001), S. 81–109; zum Begriff »Volksdeutsche« siehe ebd., S. 103, Anm. 7; vgl. auch: *Valdis O. Lumanns*, Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German national minorities of Europe 1933–1945, London 1993.

²⁸ *Jörg Martin*, Das Umsiedlungslager Schelklingen 1941–1945, in: Ulm und Oberschwaben 51 (2000), S. 232–247.

²⁹ Eine systematische Untersuchung steht noch aus; vgl. zusammenfassend: *Antonia Leugers*, Gegen eine Mauer bischöflichen Schweigens. Der Ausschuss für Ordensangelegenheiten und seine Widerstandskonzeption 1941 bis 1945, Frankfurt a.M. 1996, S. 145 ff.; vgl. ferner die Einzeldarstellung: *Jonathan Düring*, Wir weichen nur der Gewalt. Die Mönche von Münsterschwarzach im Dritten Reich, Münsterschwarzach 1997; regionale Überblicksdarstellungen: *Siegmond Bulla*, Das Schicksal der schlesischen Männerklöster während des Dritten Reiches und 1945/46, Sigmaringen 1991; *Thomas Mengel*, Das Schicksal der schlesischen Frauenklöster während des Dritten Reiches und 1945/46, Köln/Wien 1986; *Emil Janik*, Klerus und Klöster des Bistums Passau im Dritten Reich, Passau 1980; *Georg Schwaiger* (Hg.), Das Erzbistum München und Freising in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, 2 Bde., München/Zürich 1984.

Beschreibung der Situation der in so genannte »Ausländerkinder-Pflegestätten« eingewiesenen Kleinkinder.³⁰

Die Diskussion um die Entschädigung der Zwangsarbeiter setzte insofern einen wichtigen Impuls für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema »Ausländereinsatz« und damit verbundenen Fragen nach den Formen und dem Grad der Einbindung kirchlicher Einrichtungen in die deutsche Gesellschaft während der Kriegszeit.³¹

Nach der Entscheidung des Ständigen Rats der Deutschen Bischofskonferenz vom August 2000, Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen der katholischen Kirche Entschädigungsleistungen zu gewähren, wurden die Diözesanleitungen in Deutschland aufgefordert, entsprechende Forschungen aufzunehmen.³² Die daraufhin entwickelten Konzepte für die Recherchen in den einzelnen Diözesen wiesen ein breites Spektrum auf, bedingt durch unterschiedliche Ansätze, sowohl im Hinblick auf die inhaltliche Ausrichtung der Re-

³⁰ Vgl. *Gisela Schwarze*, »Kinder, die nicht zählten«. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997; *Raimond Reiter*, Tötungsstätten für ausländische Kinder im Zweiten Weltkrieg. Zum Spannungsverhältnis von kriegswirtschaftlichem Arbeitseinsatz und nationalsozialistischer Rassenpolitik in Niedersachsen, Hannover 1993; *Bernhild Vögel*, »Entbindungshaus für Ostarbeiterinnen«: Braunschweig, Broitzener Straße 200, Hamburg 1989; *Christoph Längericht* (u.a.), Von »gut-rassischen« und »schlechtrassischen« Kindern. Grausige Entdeckung in Kelsterbach, in: *Die Kriegsjahre in Deutschland 1939 bis 1945, Ergebnisse und Anregungen aus dem Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1982/83*, Hamburg 1985, S. 95–120.

³¹ Vgl. zum Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in Einrichtungen der Evangelischen Kirche und Diakonie inzwischen die grundlegende Studie: *Uwe Kaminsky*, Dienen unter Zwang. Studien zu ausländischen Arbeitskräften in Evangelischer Kirche und Diakonie im Rheinland während des Zweiten Weltkriegs, Köln 2002; vgl. ferner die Einzeldarstellung: *Ulrike Winkler*, Lebenswirklichkeiten. Menschen unter Menschen. Der Einsatz von Zwangsarbeitskräften in den Einrichtungen der kreuznacher diakonie von 1940–1945, Bad Kreuznach 2002; *Mark Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 251 belegt seine These: »Beide Kirchen beschäftigten ohnehin nur sehr wenige ausländische Arbeitskräfte und behandelten sie deutlich besser als andere Einsatzträger« nicht weiter.

³² Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Einrichtungen der Katholischen Kirche 1939–1945. Presseerklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz vom 29.08.2000 (Pressemitteilungen der Deutschen Bischofskonferenz Nr. 39), Bonn 2000.

cherchen als auch die personelle Ausstattung. Während einzelne Diözesen ihre Recherchen bereits nach einer kurzen Phase der Ermittlungen abschlossen,³³ wurden in anderen Diözesen umfangreiche Recherchen zur Ermittlung von Personen- und Sozialdaten aufgenommen, die teilweise auch mit dem Auftrag einer wissenschaftlichen Aufarbeitung verbunden wurden.³⁴

Für das Erzbistum Köln³⁵, München³⁶, Berlin³⁷ und für den Offizialatsbezirk Oldenburg³⁸ konnten inzwischen erste Forschungsbe-

³³ Übersicht über die Rechercheergebnisse in den einzelnen Bistümern, Stand: Mai 2001; zusammengestellt von der Kommission für Zeitgeschichte in Bonn; vgl. auch: *Hermann-Josef Braun*, Zwangsarbeiter in Einrichtungen der Katholischen Kirche (dargestellt am Beispiel der Diözesen der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland), in: *Unsere Archive. Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven* Nr. 46 (April 2001), S. 29–35.

³⁴ So setzte der Erzbischof von München und Freising im Oktober 2000 eine Kommission »Fremdarbeiter« ein mit der Aufgabe, nicht nur die Personen- und Sozialdaten der eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte zu ermitteln, sondern die Thematik auch wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen. Mit den Recherchen wurde Volker Laube beauftragt; vgl. *Peter Pfister*, Diözesane Aufarbeitung des Themas »Fremdarbeiter« am Beispiel der Erzdiözese München und Freising, in: *ders.* (Hg.), *Katholische Kirche und Zwangsarbeit*, S. 36–38. Für den Bereich der Erzdiözese Köln erfolgt, in Kooperation mit dem mit der Personen- und Sozialdatenrecherche betrauten Diözesanarchiv, eine wissenschaftliche Aufarbeitung im Rahmen einer Dissertation. Für den Bereich der Erzdiözese Freiburg werden von Frau Monika Cajkovic Personen- und Sozialdaten ausländischer Arbeitskräfte recherchiert, die Publikation der Ergebnisse ist vorgesehen. Die Kommission für Zeitgeschichte in Bonn plant eine umfangreiche wissenschaftliche Dokumentation, in der die Ergebnisse der einzelnen Diözesen zusammenfassend dargestellt werden sollen.

³⁵ *Ulrich Helbach/Joachim Oepen*, Einsatz von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen im Bereich des Erzbistums Köln. Ein Werkstattbericht (Stand 1. September), Köln 2000.

³⁶ *Volker Laube*, Fremdarbeiter in kirchlichen Einrichtungen in der Erzdiözese München und Freising: Stand 14.02.2001, in: *Peter Pfister* (Hg.), *Katholische Kirche und Zwangsarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung*, Regensburg 2001, S. 40–46; zu einem in der Erzdiözese befindlichen Kloster liegen inzwischen Darstellungen vor; vgl.: *Laurentius Koch*, »Ein erträgliches, unerträgliches Leben«. Kloster Ettal und die »Zwangsarbeiter« im II. Weltkrieg, in: *Klaus Barwig* u.a. (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche* (wie Anm. 3), S. 163–170; *Fremdarbeiter in Ettal während des Zweiten Weltkriegs* [Dokumentation], in: *Ettaler Mandl* 79 (2000), S. 40–57.

richte vorgelegt werden, die sich weitgehend auf die Darstellung der Ergebnisse der Personen- und Sozialdatenrecherche und die Beschreibung der damit verbundenen Problemstellungen beschränkten.³⁹ Der für die Diözese Limburg⁴⁰ vorgelegte Forschungsbericht ging bereits deutlich über die Darstellung von Ergebnissen der Personen- und Sozialdatenrecherche und der Beschreibung einzelner Einrichtungen, in denen ausländische Arbeitskräfte beschäftigt wurden, hinaus. Für den Bereich der Diözese Limburg wurde nach der »institutionellen, personellen und wirtschaftlichen Verfassung von Kirche in der mobilisierten deutschen Kriegsgesellschaft« gefragt und hierzu erste Forschungsergebnisse zu Motiven und Folgen der Heranziehung von Laienbrüdern und Geistlichen für den Kriegsdienst und der Zweckentfremdung kirchlicher Einrichtungen vorgestellt. Weitere Untersuchungsbereiche stellten die Bedeutung von Dienstleistungen der kirchlichen Einrichtungen für die »Heimatfront« und Wahrnehmungsmuster der katholischen Kirche gegenüber ausländischen Arbeitskräften dar. Zu Bedingungen des Einsatz-

³⁷ Einsatz von ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern/Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen im Bistum Berlin 1939–1945. Ein Werkstattbericht, Stand 30.9.2001, hrsg. von der Pressestelle des Erzbistums Berlin.

³⁸ *Peter Sieve*, Die katholische Kirche und die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkriegs im Oldenburger Land. Ein Zwischenbericht, Vechta 2000.

³⁹ *Laube* konnte beispielsweise für die Erzdiözese München als Zwischenergebnis zeigen, dass der größte Teil ausländischer Arbeitskräfte in Einrichtungen der Erzdiözese München in der Land- und Forstwirtschaft eingesetzt wurde, in selteneren Fällen auch als Haushalts- und Küchenhilfen, Wäscher oder Gärtner. Zum Zeitpunkt der Abfassung des Zwischenberichts konnten allerdings noch keine Aussagen über den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in caritativen Einrichtungen getroffen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren ausschließlich Ordensniederlassungen und so genannte »Ökonomiepfarreien« im Bereich der Erzdiözese München untersucht und in vierundzwanzig klösterlichen Niederlassungen und vier Pfarrhöfen der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften festgestellt worden; vgl. *Laube*, Fremdarbeiter (wie Anm. 36), S. 42–45.

⁴⁰ Vgl. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Bistum Limburg, Limburger Texte 25, Limburg 2001. Das Bistum Limburg sieht eine umfangreiche Untersuchung mit dem Arbeitstitel »Das Bistum Limburg im Krieg. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene unter den Aspekten kirchlicher Beschäftigung, Unterbringung und Seelsorge 1939 bis 1945« vor.

zes ausländischer Arbeitskräfte im Untersuchungsgebiet konnten hingegen noch keine detaillierteren Aussagen getroffen werden.⁴¹

Die von Martin Annen erarbeitete Untersuchung für den Bereich des Bistums Essen⁴² konzentriert sich auf die Analyse der Lebens- und Arbeitsbedingungen ausländischer Arbeitskräfte in katholischen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen des Bistums. Am Beispiel der Praxis der Entlohnung stellt Annen fest, dass sich die nach Nationalitäten bzw. »rassischer« Einstufung abgestufte Entlohnungspraxis auch in katholischen Einrichtungen dokumentierte und die Entlohnung leistungsorientierte Elemente aufwies. Im Einzelfall wurden osteuropäischen Arbeitskräften zusätzliche Vergütungen und Weihnachtzulagen gewährt. Die Entlohnungspraxis, so der Befund, zeige insgesamt ein ambivalentes Bild: »Zum Teil gingen die Einrichtungsträger mit ihren Lohnzahlungen bis an die Grenze des ihnen Möglichen, zum Teil blieben sie aber auch erkennbar darunter, wenn sie etwa die Höhe der Vergütung streng an dem erbrachten Arbeitsergebnis ausrichteten.«

Für eine kirchliche Einrichtung im Bereich der Diözese Rottenburg, die Hospitalstiftung Horb, konnte auf der Grundlage der Auswertung umfangreicher Personal- und Rechnungsunterlagen inzwischen eine exemplarische Studie vorgelegt werden, die sich differenziert mit Fragen der Existenzbedingungen der in kirchlichen Einrichtungen beschäftigter Zwangsarbeiter auseinandersetzt.⁴³ Aderbauer

⁴¹ Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Bistum Limburg, S. 10 ff.

⁴² *Martin Annen*, »dreist und aufsässig ...«. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen von ausländischen Arbeitskräften in katholischen Sozial-Einrichtungen (unveröffentlichtes Manuskript). Die Veröffentlichung ist in absehbarer Zeit geplant, die vorläufige Fassung stellte der Verfasser der Autorin freundlicherweise zur Verfügung. Im Bistum Essen wurden bisher für insgesamt 268 Zwangsarbeiter Beschäftigungsverhältnisse nachgewiesen.

⁴³ *Herbert Aderbauer*, Zwangsarbeit im kirchlichen Dienst. Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern in der Landwirtschaft des Horber Spitals, in: *Klaus Barwig* u.a. (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche (wie Anm. 3), S. 125–142; *ders.*, Zwangsarbeit in kirchlichem Dienst. Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern in der Landwirtschaft des Horber Spitals, in: *Jahrbuch des Landkreises Freudenstadt, Freudenstadt* 2001, S. 25–37; vgl. auch: *Peter Silberzahn*, Kirche und Zwangsarbeiter am Beispiel Katholische Spitalstiftung Horb, in: *Klaus Barwig* u.a. (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche (wie Anm. 3), S. 121–123; *ders.*, Die vergessenen Helfer. Zwangsarbeiter in den Einrichtungen der Katholischen Spitalstiftung Horb 1939 bis 1945, Horb 2001.

kommt bei seiner Studie zum Ergebnis, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen der in der Hospitalstiftung eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte »durchaus den Stempel nationalsozialistischer Doktrin« trugen, andererseits der Umgang mit den Zwangsarbeitern im Hospital auch von »zahlreichen menschlichen Zügen« geprägt wurde. Das Motiv für eine humanere Behandlung der Zwangsarbeiter sei allerdings weniger auf eine christliche Haltung zurückzuführen, sondern erkläre sich aus den Bedingungen einer kleinbäuerlich geprägten Produktions- und Lebensgemeinschaft.⁴⁴

3. Zur Konzeption der Darstellung

In der folgenden Darstellung werden Rechercheergebnisse der Ermittlung der Personen- und Sozialdaten von Zwangsarbeitern, die in insgesamt 51 kirchlichen Einrichtungen im Bereich der Diözese Rotenburg beschäftigt wurden, dargestellt und die einzelnen Einrichtungen dokumentiert. Dadurch sind Aussagen zu Art und Umfang des Einsatzes von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen der Diözese möglich. Weiterhin können charakteristische Merkmale der Beschäftigungsstruktur einzelner Einrichtungs- bzw. Anstaltstypen⁴⁵ herausgearbeitet werden. Dieser Bereich bildet den eigentlichen Schwerpunkt der Darstellung und erklärt sich daraus, dass die Recherchen in starkem Maße auf die namensbezogene Ermittlungsarbeit ausgerichtet wurden.

Um zu einer differenzierten Bewertung des »Ausländereinsatzes« in katholischen Einrichtungen zu gelangen, sind gleichwohl zusätzliche Untersuchungsbereiche zu berücksichtigen. Dies bezieht sich auf Fragen zur Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zwangsarbeitern in katholischen Einrichtungen, deren Erforschung jedoch angesichts der äußerst bruchstückhaften Quellenlage erhebliche Probleme aufwirft.⁴⁶

⁴⁴ *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43), S. 141 f.

⁴⁵ Bei der Kategorisierung der einzelnen Einrichtungen wurde im Allgemeinen auf den bzw. einen zentralen Aufgabenbereich der Einrichtung Bezug genommen. Häufig übernahmen Einrichtungen darüber hinaus noch weitere Funktionen; dieser Aspekt konnte in der folgenden Darstellung nicht im Detail berücksichtigt werden.

⁴⁶ Dies stellt ein Problemfeld in sämtlichen Diözesen dar; vgl. beispielsweise die Ausführungen zur Quellenlage im Bistum Berlin, Einsatz von ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern/Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen im Bistum Berlin, S. 2 ff.

Einen weiteren zentralen Untersuchungskomplex stellen die umfangreichen Nutzungsänderungen von Ordensniederlassungen und Anstalten und deren Zweckentfremdung durch staatliche Institutionen und Parteistellen während des Krieges dar. Die Erforschung dieses Bereichs bildet die Grundlage dafür, um Feststellungen darüber treffen zu können, welche katholischen Einrichtungen in der Trägerschaft der Kirche verblieben, bzw. unter welchen Rahmenbedingungen eine katholische Einrichtung während des Krieges weiterhin über die Einstellung von Personal entschied. Katholische Einrichtungen wurden unter anderem zur Einrichtung von Lazaretten, Tuberkuloseheimen, zur Einquartierung von deutschen Kindern aus luftkriegsgefährdeten Zentren und zur Unterbringung von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im Zuge des Bevölkerungstransfers zur »Umsiedlung« bzw. »(Wieder-)Eindeutschung« genutzt. In diesem Zusammenhang ist ferner danach zu fragen, in welchem Ausmaß Klöster und Anstalten im Bereich der Diözese Rottenburg von diesen Maßnahmen betroffen waren und wie sich dies gegebenenfalls auf die Arbeitskräftesituation auswirkte.

Weiterhin ist die Rolle der Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, des Caritasverbandes und seiner Beratungsstelle zu analysieren.

Die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg war bereits im 19. Jahrhundert zum Zweck der Zusammenfassung und Leitung der freien Wohlfahrtspflege gegründet worden. Ihr war ferner als staatliche Aufgabe die Aufsicht über die Fürsorge- und Erziehungseinrichtungen übertragen worden.⁴⁷

Mit dem am 25. Juli 1933 vollzogenen Zusammenschluss der Wohlfahrtsverbände zur von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt beherrschten »Reichsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Deutschlands« und der Zerschlagung eines Teils der bis dahin bestehenden Wohlfahrtsverbände bildeten die von der Regierung anerkannten Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege die NS-Volkswohlfahrt, der Zentralausschuss für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, der Deutsche Caritasverband und das Deutsche Rote Kreuz.⁴⁸

⁴⁷ Vgl. ausführlich: *Gerhard Ihme*, Von der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins zum Landeswohlfahrtswerk für Baden-Württemberg, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 114. Jg., 1967, Nr. 1/2, S. 28 ff.

⁴⁸ *Peter Hammerschmidt*, Die Wohlfahrtsverbände im NS-Staat, Opladen 1999, S. 152 ff.; vgl. ferner: *Eckhard Hansen*, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im »Sozialismus

Wie der umfangreiche Schriftwechsel der dem Caritasverband angeschlossenen Einrichtungen im Bereich der Diözese Rottenburg mit der Zentralleitung deutlich macht, nahm die Zentralleitung über ihre Funktion als Aufsichtsbehörde hinaus auch die Rolle einer Beratungs- und Koordinationsstelle ein, indem sie die Anstaltsleitungen in verschiedenen Angelegenheiten der Anstaltsführung beriet und unterstützte. In diesem Zusammenhang ist insbesondere nach der Position der Zentralleitung und der kirchlichen Einrichtungen zu Fragen der Einstellung von Personal und der Nutzungsänderung von Anstalten zu forschen.

Der Caritasverband für Württemberg als institutionalisierter Zusammenschluss karitativer katholischer Einrichtungen⁴⁹ war ebenfalls ein direkter Verhandlungspartner der Zentralleitung. Es gilt dessen Positionen zu Fragen der Nutzung und Belegung von Anstalten und ferner die seiner Beratungsstelle unter seinem Präsidenten Josef Andre zu analysieren.⁵⁰ Der 1933 eingerichteten »Beratungsstelle für katholische Anstalten und Einrichtungen« kam die Aufgabe zu, Privatpersonen und Einrichtungen über arbeits-, sozial- und fürsorgerechtliche Fragen zu informieren. In Rundschreiben wurden die Einrichtungen über einschlägige Gesetze und Bestimmungen auch im Hinblick auf die Beschäftigung ziviler ausländischer Arbeitskräfte und Kriegsgefangener in Kenntnis gesetzt.⁵¹

Die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen war weiterhin mit der Frage der Unterbringung ausländischer Kinder in Kinderheimen betraut. In diesem Zusammenhang ist die Haltung der Zentralleitung und der kirchlichen Einrichtungen zu Fragen des Umgangs mit ausländischen Kindern in den Blick zu nehmen. Diesem Untersuchungsbereich ist auch unter dem Aspekt der Bestimmung der verschiedenen Arbeitsfelder für Zwangsarbeiterinnen Aufmerksamkeit zu widmen. Zwangsarbeiterinnen traten auf der Su-

der Tat« des Dritten Reiches, Augsburg 1991; *Jochen-Christoph Kaiser*, NS-Volkswohlfahrt und freie Wohlfahrtspflege im »Dritten Reich«, in: *Hans-Uwe Otto/Heinz Sünker* (Hg.), Politische Formierung und soziale Erziehung im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1991, S. 78–105.

⁴⁹ Vgl. dazu ausführlich: *Anton Laubacher*, Gelebte Caritas. Das Werk der Caritas in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart 1982.

⁵⁰ Zu Andre siehe: *August Hagen*, Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus, Stuttgart 1963, S. 154–182; *Frank Raberg*, Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933, Stuttgart 2001, S. 11–14.

⁵¹ Vgl. *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 63 f.

che nach einer Unterbringungsmöglichkeit für ihre Kleinkinder mit der Aufnahme ihres Kindes bzw. ihrer Kinder in ein Kinderheim nicht selten in den betreffenden Einrichtungen als Arbeitskräfte ein.

Eine systematische Erarbeitung der genannten Fragestellungen konnte angesichts des engen zeitlichen Rahmens, in der die Ausarbeitung der Darstellung erfolgte, nicht geleistet werden. Gleichwohl werden auf der Grundlage dieses Untersuchungsansatzes erste Ergebnisse zur Bestimmung des Verhaltens katholischer Einrichtungen, des Caritasverbandes und seiner Beratungsstelle beim Zwangsarbeitereinsatz erarbeitet. Die Darstellung möchte insofern auch einen Beitrag zur Diskussion innerhalb der zeitgeschichtlichen Forschung zum Verhalten von Interessengruppen und Institutionen im Zweiten Weltkrieg leisten.

4. Die Quellenlage

Den Schwerpunkt der Darstellung bildet die Auswertung unveröffentlichter und zu einem großen Teil erstmals gesichteter Quellenbestände und Unterlagen in zahlreichen Archiven bzw. Einrichtungen.⁵² Eine der wichtigsten Quellen zur Feststellung von Personendaten und Arbeitgebern ausländischer Arbeitskräfte stellen Versicherungsunterlagen der Krankenkassen dar. Im Zuge der Recherchen zur Feststellung von Personen- und Sozialdaten der in kirchlichen Einrichtungen beschäftigten Zwangsarbeiter wurden in insgesamt vierzehn Bezirksdirektionen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Baden-Württemberg die für Einrichtungen im Bereich der Diözese Rottenburg relevanten »Arbeitgeberheberollen« ausgewertet.⁵³

Eine weitere bedeutende Quelle zum Nachweis von Beschäftigungsverhältnissen ausländischer Arbeitskräfte in kirchlichen Einrichtungen bilden ferner Personalunterlagen bzw. so genannte »Per-

⁵² Die Auswertung der Bestände des Diözesanarchivs wurde durch den leitenden Diözesanarchivar Dr. Stephan M. Janker und Mitarbeiter des Diözesanarchivs vorgenommen. Die Bestände der staatlichen und kommunalen Archive und der kirchlichen Einrichtungen wurden durch die Autorin und eine weitere, für das Projekt gewonnene Mitarbeiterin, Frau Karin Graf, ausgewertet. Die Auswertung der Unterlagen der Allgemeinen Ortskrankenkassen übernahmen Frau Karin Graf und Herr Adolf Hofmann; vgl. allgemein: *Wilfried Reininghaus/Norbert Reimann* (Hg.), *Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945*. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001.

⁵³ Bei »Arbeitgeberheberollen« bzw. »Hebelisten« handelt es sich um nach Arbeitgebern geordnete Versicherungsunterlagen.

sonalbücher« der Einrichtungen. Sämtliche dieser einschlägigen Unterlagen wurden, soweit diese verwahrt sind, eingesehen. So konnten unter anderem durch die Auswertung des Personalbuchs des Mutterhauses der Vinzenterinnen von Untermarchtal, des Marienhospitals und der Marienanstalt in Stuttgart, der Vinzenz-Klinik in Bad Ditzgenbach und der St. Vinzentiuspflege in Donzdorf Beschäftigungsverhältnisse von Zwangsarbeitern festgestellt werden. Weiterhin sind Dokumente des so genannten »Ausländersuchverfahrens«, die sowohl in staatlichen als auch Kreis- und Stadtarchiven verwahrt werden, für die namensbezogene Recherche von erheblicher Bedeutung.⁵⁴

In diesem Zusammenhang erwiesen sich insbesondere der Bestand des Landratsamtes Bad Mergentheim im Staatsarchiv Ludwigsburg und der Bestand des Landratsamtes Saulgau im Staatsarchiv Sigmaringen als informationsreich. Die Auswertung von Unterlagen zum Ausländersuchverfahren des Landratsamtes Ravensburg im örtlichen Stadtarchiv, einschlägiger Akten im Stadtarchiv Schelllingen und Kreisarchiv Göppingen machten ebenfalls den Nachweis von Beschäftigungsverhältnissen möglich. Weitere Nachweise waren über die Auswertung statistischer Unterlagen, der »Kriegswirtschaftlichen Kräftebilanz« und der so genannten »Personalnachweisungen von Anstalten«, die sich im Diözesanarchiv der Diözese Rottenburg-Stuttgart befinden, möglich. Zur Präzisierung der Sozialdaten wurden darüber hinaus Versicherungsunterlagen der Landesversicherungsanstalt Baden-Württemberg herangezogen.⁵⁵

⁵⁴ Vgl. zu diesem Quellentypus ausführlich: *Volker Trugenberg/Franz-Josef Ziwes*, Quellen zu NS-Zwangsarbeitern im Staatsarchiv Sigmaringen, in: *Klaus Barwig* u.a. (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche* (wie Anm. 3), S. 208–214; *Annette Schäfer*, Historische Aufarbeitung: Themenstellungen – Arbeitsperspektiven – »Vernetzung«, in: ebd., S. 274–277.

⁵⁵ Über diese Unterlagen lassen sich jedoch lediglich Sozialdaten derjenigen ausländischen Arbeitskräfte ergänzen, deren Vorname, Nachname und Geburtstag bereits bekannt sind. Eine weitere Einschränkung ergibt sich daraus, dass in der Landwirtschaft eingesetzte polnische Arbeitskräfte erst ab 1.1.1943, so genannte »Ostarbeiter«, d.h. »Arbeitskräfte nichtdeutscher Volkszugehörigkeit aus der Ukraine, Weißrussland oder aus Gebieten, die östlich an diese Gebiete und an die früheren Freistaaten Lettland und Estland angrenzten,« erst ab 31.3.1944 in der Rentenversicherung versicherungspflichtig waren; Landesversicherungsanstalt Baden-Württemberg an das Bischöfliche Ordinariat, Diözesanarchiv, 6.2.2001.

Weitere Beschäftigungsverhältnisse konnten ferner im Zuge der Auswertung des im Staatsarchiv Ludwigsburg archivierten Bestands der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins festgestellt werden, der zahlreiche Einzelakten zu kirchlichen Einrichtungen enthält.⁵⁶ Sehr wertvoll ist diese Überlieferung im Hinblick auf die im Einzelnen sehr komplexen Fragen nach unterschiedlichen Nutzungszwecken kirchlicher Einrichtungen durch staatliche Institutionen und Parteien. Weiterhin gibt der Bestand Aufschluss über die Belegung und die Personalsituation einzelner Anstalten. Dies gilt ebenfalls für den im Hauptstaatsarchiv Stuttgart archivierten Bestand des Württembergischen Innenministeriums.

Ein Teil des Bestandes der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins enthält ferner Informationen zum Problem der Frage der Unterbringung ausländischer Kinder, mit der sich Kinderheime der freien Wohlfahrtspflege konfrontiert sahen. Wichtige Kenntnisse zu dieser Problematik vermitteln darüber hinaus Schriftwechsel im Archiv der St. Vincentiuspflege in Donzdorf.

Eine vergleichsweise dichte Überlieferung, die Aussagen über Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen ermöglicht, konnte sowohl für die Hospitalstiftung Horb⁵⁷ als auch für den Interkalarfonds Rottenburg eruiert werden. Darüber hinaus konnte zur Erarbeitung dieses Bereiches lediglich auf wenige Eintragungen in Kirchenstiftungsratsprotokollen und Chroniken zurückgegriffen werden.

Zahlreiche Informationen zur Frage der Zweckentfremdung kirchlicher Einrichtungen enthalten ferner Dokumente in der Hausüberlieferung des Mutterhauses der Vincentinerinnen von Untermarchtal, die sich auf das Mutterhaus und dessen angeschlossene Einrichtungen beziehen, und Unterlagen im Archiv der Stiftung Liebenau. Entsprechende Hinweise finden sich darüber hinaus in Chroniken, die für das Mutterhaus der Franziskanerinnen von Reute und einige seiner angeschlossenen Einrichtungen geführt wurden und im Archiv der Genossenschaft verwahrt werden.

Unterlagen im Archiv der Stiftung Liebenau enthalten weiterhin Informationen über die Belegung und die Personalsituation des Anstaltskomplexes, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Einbe-

⁵⁶ Vgl. Akten zur Wohltätigkeits- und Sozialpolitik Württembergs im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Stuttgart 1983.

⁵⁷ Vgl. die oben genannte Studie von *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43).

ziehung von Anstaltsbewohnern in Tötungsmaßnahmen im Zuge der »Euthanasie«.

Als eine informationsreiche Quelle erwiesen sich weiterhin Berichte des Caritasverbandes in Württemberg und Rundschreiben der Beratungsstelle des Caritasverbandes. Diese Überlieferung findet sich in Teilen im Archiv des Deutschen Caritasverbandes Freiburg, im Diözesanarchiv Rottenburg und in der Hausüberlieferung der Franziskanerinnen von Sießen. Die Berichte des Caritasverbandes enthalten nicht nur Informationen über Nutzungszwecke und den Belegungsstand einzelner Einrichtungen, sondern spiegeln auch die Position des Caritasverbandes in diesem Zusammenhang wider. Über einschlägige arbeits- und sozialrechtliche Bestimmungen im Hinblick auf die Beschäftigung ziviler ausländischer Arbeitskräfte und Kriegsgefangener in karitativen Einrichtungen geben die Rundschreiben der Beratungsstelle des Caritasverbandes Aufschluss. Nicht zuletzt lässt diese Überlieferung auch Rückschlüsse über die Rolle der Beratungsstelle und ihres Präsidenten zu Fragen der Nutzungsänderungen und des Einsatzes von ausländischen Arbeitskräften in kirchlichen Einrichtungen zu.

Wenn auch durch den Rückgriff auf die genannten Archive für die Untersuchung ein reichhaltiges Quellenmaterial zur Verfügung stand, so zeigte die Quellenlage dennoch das übliche Dilemma zeitgeschichtlicher Forschung einer ausgesprochen uneinheitlichen Quellendichte. Mangels entsprechender Überlieferung konnte die Entwicklung des Belegungsstandes und der Beschäftigten in den katholischen Einrichtungen nicht detailliert untersucht werden. Zu Nutzungsänderungen bzw. Zweckentfremdungen kirchlicher Einrichtungen während des Krieges ließ die Quellenlage durchaus differenzierte Aussagen zu, gleichwohl steht in diesem Zusammenhang noch eine quantitative Analyse aus, die den Umfang und das Verhältnis des Rückgriffs auf katholische, evangelische und staatliche Einrichtungen bestimmt.

Quellen zur Beschreibung der Lebens- und Arbeitssituation in katholischen Einrichtungen eingesetzter Zwangsarbeiter standen nur in äußerst geringem Umfang zur Verfügung. Diese Lücke hätte allenfalls durch die Aufnahme und Auswertung von Interviews bzw. Erlebnisberichten geschlossen werden können. Eine methodisch valide Interviewreihe aufzunehmen, war allerdings innerhalb des zeitlich gesetzten Rahmens der Recherchen nicht zu leisten.

II. Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern im Bereich der Diözese Rottenburg während des Zweiten Weltkrieges

1. Rahmenbedingungen

1.1 Arbeitskräftemangel in kirchlichen Einrichtungen

Der Kriegsausbruch stellte einen tiefgreifenden Einschnitt auch in der Entwicklung des gesamten Anstaltswesens in Württemberg und der Ordensniederlassungen dar. Starke Veränderungen vollzogen sich vor allem in Hinblick auf die Nutzung bzw. Zweckentfremdung der Anstalten und der Gebäude der Ordensniederlassungen, ihrer Belegung und des Personalstandes. Von diesen Veränderungen waren Frauenklöster in spezifischer Weise betroffen, denn diese unterhielten im Unterschied zu Männerklöstern zahlreiche karitative Einrichtungen wie etwa Pflegeanstalten, Kinder-, Jugend- und Altersheime.

Die Personalsituation in den Anstalten Württembergs war bereits vor Kriegsbeginn angespannt, mit Kriegsbeginn verschärfte sich der Arbeitskräftemangel durch zahlreiche Einberufungen von Pflege- und Erziehungskräften und Angestellten der Landwirtschaft weiter. Der Anstaltsbericht der Stiftung Liebenau aus dem Jahre 1939 vermerkte: »Durch Ausbruch des Krieges am 1. September verlor die Anstalt acht Arbeitspferde und mehrere Knechte.«⁵⁸ Vom Altersheim St. Joseph in Altshausen wurden nach Kriegsbeginn drei Knechte und der Gärtner zum Militär eingezogen.⁵⁹ Bis März 1940 waren aus dem Konradihaus in Schelklingen der Oberlehrer, zwei Handwerksmeister, zwei Erzieher und ein Praktikant einberufen worden.⁶⁰ Vom Personalabzug waren auch die Ordensniederlassungen betroffen.

In der Chronik des Klosters Reute wurde im Jahr 1939 festgehalten: »In der Nacht vom 24. auf 25. August erhielt unser Ver-

⁵⁸ Bericht über das Betriebsjahr 1939, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

⁵⁹ Chronik Altenheim St. Josef Altshausen 1899–1998 (Eintrag 1939), Archiv Kloster Reute.

⁶⁰ Direktion des St. Konradihauses an die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 15.3.1940, betr.: uk-Anträge für zwei landwirtschaftliche Angestellte, StAL, E 191, Bü. 3604.

walter H.⁶¹ den Stellungsbefehl und musste am andern Morgen gehen. Am 25. August nachts holte man M., der die Heizung des Gut-Betha-Hauses bedient.«⁶²

Die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg führte Anfang Oktober 1939 in einem Schreiben an die Heeresersatzinspektion aus: »Bei einer Reihe württembergischer Erziehungs- und Pflegeanstalten ist ein Teil des männlichen Erziehungs- und Pflegepersonals zum Heeresdienst einberufen worden. Einigen Heimen fehlt hierdurch sogar die einzige vorhanden gewesene männliche Kraft oder der kaum zu ersetzende Leiter. Der Betrieb dieser Heime wird zwar von verbliebenem Personal weiterzuführen versucht. Es zeigt sich jedoch bereits, dass dies nicht ohne ernste Gefährdung ihrer erzieherischen Aufgabe möglich ist.« Die Zentralleitung richtete sich daher an die Heeresersatzinspektion mit der Bitte, »dass für die Anstalten und Heime das unbedingt notwendige Personal sichergestellt wird bzw. sichergestellt bleibt und dass die Wehrbezirkskommandos entsprechende Anträge der einzelnen Anstalten nach Möglichkeit berücksichtigen«.⁶³ Die Wehersatzinspektion sah allerdings keine Möglichkeit, dem Wunsch der Zentralleitung in dieser generellen Form zu entsprechen.⁶⁴ So wurden weitere Arbeitskräfte aus den Anstalten abgezogen.⁶⁵

Ein Teil des Dienstpersonals nutzte außerdem die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt, um eine lukrativere Stelle zu suchen.

⁶¹ Dieser Name und der folgende wurden aus datenschutzrechtlichen Gründen anonymisiert.

⁶² Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 5, Archiv Kloster Reute.

⁶³ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an die Heeresersatzinspektion, 7.10.1939, betr.: Sicherstellung des Personals der württ. Erziehungs- und Pflegeanstalten, StAL, E 191, Bü. 6896; vgl. auch: Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 16.1.1940, betr.: Bericht über die Anstaltsaufsicht vom 1.7.–31.12.1939, StAL, E 191, Bü. 6852.

⁶⁴ Wehersatz-Inspektion Stuttgart an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, Stuttgart, 16.10.1939, betr.: Sicherstellung von Personal für württ. Erziehungs- und Pflegeanstalten, StAL, E 191, Bü. 6896.

⁶⁵ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen an den Württ. Innenminister, 16.7.1940, betr.: Bericht über die Anstaltsaufsicht vom 1.1. bis 30.6.1940, StAL, E 191, Bü. 6852; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 7.1.1941, betr.: Bericht über die Anstaltsaufsicht vom 1.7.–31.12.1940, StAL, E 191, Bü. 6852.

Der Anstaltsbericht der Stiftung Liebenau vermerkte für das Jahr 1940: Es »sind mehrere weibliche Dienstboten ohne Kündigung auswärts gegangen und haben gleich eine neue Stelle gefunden«. ⁶⁶

Dazu kam, dass in zahlreichen Anstalten Württembergs mit Kriegsbeginn Insassen aus geräumten badischen Heimen aufgenommen wurden, die entsprechende Zahl an Erziehungs- und Pflegekräften jedoch nicht mit in die Ausweichquartiere gebracht wurde. ⁶⁷ Dieser sich zuspitzende Arbeitskräftemangel, mit dem sich die Anstalten konfrontiert sahen, konnte auch durch die mit Kriegsbeginn gegenüber den Anstalten formulierte Maßgabe, die Arbeitskraft der Anstaltsinsassen ihren Fähigkeiten entsprechend aufs äußerste zu nutzen, nicht ausgeglichen werden. ⁶⁸

Durch den Erlass des Reichsarbeitsministeriums vom 19. November 1940 zur Beschränkung des Nachwuchses von Orden und Klöstern wurde darüber hinaus der Eintritt in Kongregationen sehr erschwert, so dass die Zahl der Ordensangehörigen rückläufig war. ⁶⁹ Denn insbesondere auch Schwestern ersetzten in den Anstalten einbezogenes Personal. ⁷⁰ Ferner wurden aus den Männerklöstern der

⁶⁶ Jahresbericht 1940 (S. 3), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

⁶⁷ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an die Heeresersatzinspektion, 7.10.1939, betr.: Sicherstellung des Personals der württ. Erziehungs- und Pflegeanstalten, StAL, E 191, Bü. 6896.

⁶⁸ Die Zentralleitung bezog den Standpunkt: »Gerade in der Kriegszeit muss verlangt werden, dass jede in öffentlicher Fürsorge stehende Arbeitskraft in den Anstalten, auch wenn sie beschränkt ist, in entsprechender Weise herangezogen und verwertet wird.« Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an die Anstalten der freien Wohlfahrtspflege, 10.10.1939, betr.: Lebensmittelzuweisungen aus dem WHW usw., StAL, E 191, Bü. 6896; vgl. auch: Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister (undatiert) auf den Erlass vom 16.4.1943, betr.: Erfassung der arbeitsfähigen Insassen von Heil- und Pflegeanstalten, StAL, E 191, Bü. 6861.

⁶⁹ Der Erlass findet sich ausführlich zitiert in: *August Hagen*, Die Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern zu Untermarchtal, Stuttgart 1951, S. 99, und *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 61 f.; vgl. auch: Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1941 (S. 1), DAR, G 1.1, C 16.6 f.; Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1943, VIII. Schwesternwesen, ADCV, 125.81.030, Fasz. 1; Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1944 (S. 1), DAR, G 1.1, C 16.6 f.

⁷⁰ So beispielsweise in den Liebenauer Anstalten; vgl. Jahresbericht 1942 der Heil- und Pflegeanstalt Liebenau mit Rosenharz und Hegenberg (S. 3), Archiv der Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944. In einzel-

Diözese Wehrfähige zur Wehrmacht einberufen.⁷¹ Um den Betrieb der Einrichtungen aufrechterhalten zu können, erschien der Rückgriff auf ausländische Arbeitskräfte unverzichtbar.

Der Kirchenstiftungsrat der Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim hatte bereits im Oktober 1939 angesichts des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften beschlossen, sich darum zu bemühen, »für das Hospital zwei Gefangene und für das St. Rochusstift einen Gefangenen zu erhalten«.⁷²

Die Beratungsstelle des Caritasverbandes für Württemberg empfahl Mitte April 1941 den Anstaltsleitungen: »Wenn notwendig, wende man sich an das zuständige Arbeitsamt betr. Stellung von Kriegsgefangenen oder von ausländischen Arbeitskräften. [...] Es wird sich empfehlen, dass landwirtschaftliche Anstaltsbetriebe sich

nen Einrichtungen konnte der Arbeitskräftebedarf weiterhin durch Schwestern gedeckt werden. So wies beispielsweise die Überprüfung der Hausüberlieferung der Franziskanerinnen von Sießen keine Beschäftigungsverhältnisse ausländischer Arbeitskräfte aus. Als Lehrorden unterhielten sie zahlreiche Schulen, die im Verlauf des Krieges geschlossen wurden, so dass die in den Schulen eingesetzten Schwestern dem Mutterhaus während des Krieges als Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Das Resultat der Überprüfung der Hausüberlieferung wurde durch Ergebnisse der Auswertung von Listen zum »Ausländersuchverfahren« bestätigt; Landratsamt Saulgau, StASig, Wü 65/31 T 3–5, Nr. 2769, Verzeichnis der vom 2.9.1939 bis 25.4.1945 dauernd oder teilweise in den Kommandos oder Lagern beschäftigten Ausländer 1945–1946. Für den Landkreis Saulgau liegen keine AOK-Unterlagen vor.

⁷¹ Statistische Aussagen zur Zahl der aus Männerklöstern im Bereich der Diözese Rottenburg-Stuttgart Eingezogenen liegen bisher nicht vor. Am 1. Mai 1943 waren, bezogen auf alle deutschen Diözesen, 3.819 Weltgeistliche, 4.292 Ordensgeistliche, 4.016 Laienbrüder und 858 Ordensnovizen eingezogen, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Bistum Limburg, S. 11; zur Situation des Missionshauses Josefstal in Ellwangen vgl. Comboni-Missionare an das Bischöfliche Ordinariat, 18.8.2000, betr.: Beschäftigung von Zwangsarbeitern in Ordensniederlassungen.

⁷² Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 17.10.1939, § 450; Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle. Im »alten Bau« des Kapuzinerklosters in Bad Mergentheim befand sich im Oktober 1941 »seit längerer Zeit« ein Kriegsgefangenenlager. Möglicherweise stand die Überlegung der Kirchen- und Hospitalstiftung damit in direktem Zusammenhang; Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf an das Bischöfliche Ordinariat, 29.10.1941, betr.: Verwaltung des Gebäudes, DAR, G 1.1–D 9.3a.

mit anderen Bauern über den nötigen Bedarf an Gefangenen und deren Unterbringung verständigen.«⁷³

Auch in den Anstalten und in den Ordensniederlassungen der Frauenkongregationen wurden ausländische Arbeitskräfte vor allem als Ersatz für landwirtschaftliches und hauswirtschaftliches Personal angefordert. Die Anstaltsleitung des Kinderheimes St. Josef in Hürbel vermerkte beispielsweise in ihrem Jahresbericht für die erste Hälfte des Jahres 1940: »Ende Juni wurden uns zwei kriegsgefangene Belgier zugewiesen als Arbeitshilfe für die Landwirtschaft, da seit Kriegsbeginn der Zweitknecht heimberufen war und wir eine Ersatzkraft nicht erhalten konnten.«⁷⁴

In Männerkongregationen ersetzten Zwangsarbeiter die zur Wehrmacht eingezogenen Brüder. Über die Situation im Missionshaus Josefstal in Ellwangen wurde notiert: »Als fast alle Brüder eingerrückt waren, wurden gefangene Franzosen und Polen als Arbeiter eingestellt.«⁷⁵

Die den Einrichtungen als Ersatz zugewiesenen Zwangsarbeiter wurden diesen allerdings in einzelnen Fällen auch wieder abgezogen. So wurde einer der dem Kinderheim St. Josef in Hürbel im Juni 1940 zugewiesenen belgischen Gefangenen bereits Ende Juli 1940 einer anderen Arbeitsstelle zugewiesen,⁷⁶ im Kloster Bonlanden beschäftigte französische Kriegsgefangene wurden im Verlauf des Jahres 1941 in einen Rüstungsbetrieb versetzt,⁷⁷ und im Jahr 1942 wurden französische Kriegsgefangene aus den Liebenauer Anstalten an andere Einsatzstellen vermittelt.⁷⁸ In einzelnen Einrichtungen wurden Arbeitskräfte aus Nord- und Westeuropa durch südosteuropäi-

⁷³ Beratungsstelle des Caritas-Verbandes für Württemberg an die dem Caritasverband angeschlossenen Anstalten, 24.4.1941, ADCV 125.81.030, Fasz. 1.

⁷⁴ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht erste Hälfte 1940, StAL, E 191, Bü. 3553; vgl. auch: Jahresbericht zweite Hälfte 1939, StAL, E 191, Bü. 3553.

⁷⁵ Archiv der Comboni-Missionare, Ergänzung der Chronik vom 1.9.1945.

⁷⁶ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht zweite Hälfte 1940, StAL, E 191, Bü. 3553.

⁷⁷ Generalat der Franziskanerinnen von Bonlanden an die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, 24.9.2001, darin Auszüge der Chronik des Klosters Bonlanden, Eintrag 1941, S. 74, Kongregationsarchiv Bonlanden.

⁷⁸ Archiv Stiftung Liebenau, Anstaltschronik (Eintrag 1942), 1.7.1902–31.12.1964.

sche Arbeitskräfte ausgewechselt. So wurden die im Kinderheim St. Josef in Hürbel im Mai 1941 beschäftigten kriegsgefangenen Belgier abgezogen und durch serbische Kriegsgefangene ersetzt.⁷⁹ Vergleichbar war die Entwicklung in den Liebenauer Anstalten.⁸⁰

Da der Facharbeiteranteil unter Arbeitskräften aus Nord- und Westeuropa relativ hoch war und die Industrie ein besonderes Interesse an deren Arbeitskräftepotential zeigte, wurden insbesondere diese Gruppen ausländischer Arbeitskräfte aus den Anstaltsbetrieben abgezogen.⁸¹

Der Personalbedarf konnte durch die den Einrichtungen zugewiesenen Zwangsarbeiter offensichtlich nicht gedeckt werden. Im Jahr 1941 konnten im Altersheim St. Joseph in Altshausen aufgrund des Arbeitskräfte- und Materialmangels wichtige Instandsetzungsarbeiten des Anstaltsgebäudes nicht ausgeführt werden.⁸² Die Bemühungen der Anstaltsleitung des Kinderheimes St. Josef in Hürbel im Herbst 1941 zur Heranziehung eines zusätzlichen Kriegsgefangenen waren ergebnislos. Im Jahresbericht für die zweite Hälfte des Jahres 1941 wurde notiert: »Im Oktober erkrankte unser zweiter Knecht [...] und musste sich auf Anordnung des Arztes [...] in die Nervenklinik nach Tübingen begeben, wo er heute noch liegt. Leider konnten wir auch trotz aller Bemühungen keinen Kriegsgefangenen erhalten, so dass es uns nun an Arbeitskräften für die Landwirtschaft mangelt.«⁸³ Im März 1942 gelang es der Anstaltsleitung schließlich, einen französischen Kriegsgefangenen zugewiesen zu erhalten. Dieser wurde jedoch im Mai 1942 bereits wieder abgezogen.⁸⁴

⁷⁹ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht erste Hälfte 1941, StAL, E 191, Bü. 3553.

⁸⁰ Jahresbericht 1940 (S. 2), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Bericht über die Anstalten Liebenau, Rosenharz und Hegenberg 1941, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Personallisten 1942, 1943 und 1944, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten.

⁸¹ Hier zeigte sich eine Parallele zur Situation der Kommunen; vgl. ausführlich: *Annette Schäfer*, Zwangsarbeit in den Kommunen. »Ausländer-einsatz« in Württemberg 1939–1945, in: VfZ 49 (2001), S. 53–75.

⁸² Chronik Altenheim St. Josef Altshausen 1899–1998 (Eintrag 1941), Archiv Kloster Reute.

⁸³ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht zweite Hälfte 1941, StAL, E 191, Bü. 3553.

⁸⁴ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht erste Hälfte 1942, StAL, E 191, Bü. 3553.

Im Mai 1943 bezeichnete die Zentralleitung die Personalsituation in den Anstalten gegenüber dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes als »außerordentlich schwierig«. In nahezu allen Anstalten fehlten Erzieher und Pfleger sowie Angestellte für die Küche und Landwirtschaft. Die Zentralleitung halte es für ihre »Pflicht, immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Anstalten ohne einen gewissen Stamm von Angestellten ihren meistens mit umfangreicher Landwirtschaft verbundenen Betrieb nicht weiterführen können«. Die Zentralleitung werde daher künftig solche Fälle, in denen die Arbeitsämter trotz dringender Anforderung keine Zuweisungen an die Anstalten vornehmen, dem Landesarbeitsamt mitteilen.⁸⁵

Das Thema Personalmangel stellte auch einen zentralen Verhandlungspunkt in der Sitzung des Beirates der Zentralleitung am 22. Mai 1943 dar, an der auch ein Vertreter des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland teilnahm. Dieser erklärte sich bereit, in einzelnen Fällen vermittelnd einzugreifen. Die Zentralleitung regte daher gegenüber den Heimleitungen an, »besonders dringende Fälle, in denen die schriftlichen oder mündlichen Gesuche beim zuständigen Arbeitsamt nicht zum Ziele geführt haben, hierher mitzuteilen, damit die Zentralleitung mit dem Berichterstatter des Landesarbeitsamts hierüber verhandeln kann«.⁸⁶

Ende Mai 1943 richtete der Präsident des Landesarbeitsamts schließlich ein entsprechendes Schreiben an die Arbeitsämter, in denen er diese aufforderte, »nach Maßgabe der gesamten Lage im Arbeitseinsatz den Kräfteanforderungen der Anstalten soweit möglich zu entsprechen«.⁸⁷ Mit dieser Formel konnte das Landesar-

⁸⁵ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Präsidenten des Landesarbeitsamts Württemberg, 19.5.1943, betr.: Mangel an Personal in württ. Anstalten und Heimen, StAL, E 191, Bü. 6878.

⁸⁶ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, Stuttgart, 24.5.1943, StAL, E 191, Bü. 6878. Um sich dieses Verhandlungserfolges zu versichern, sandte die Zentralleitung dem Landesarbeitsamt einen Bericht, in dem sie die schwierige Personalsituation der Anstalten betonte und die Bitte an das Landesarbeitsamt wiederholte, »doch bei den Arbeitsämtern darauf hinweisen zu wollen, dass sie diesen Schwierigkeiten mehr als bisher Rechnung tragen«; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an das Landesarbeitsamt, 26.5.1943, betr.: Personalmangel in den Anstalten der freien Wohlfahrtspflege, StAL, E 191, Bü. 6878.

⁸⁷ Der Präsident des Landesarbeitsamts Württemberg an die Leiter der Arbeitsämter, Stuttgart, 29.5.1943, betr.: Deckung des Bedarfs an Personal in den württembergischen Anstalten und Heimen, StAL, E 191,

beitsamt ohne konkrete Zusagen seine Kooperationsbereitschaft signalisieren. Angesichts des Umstandes, dass sich inzwischen in sämtlichen Wirtschaftssparten bedingt durch weitere Einberufungen und die Intensivierung der rüstungswirtschaftlichen Anstrengungen der Personalmangel weiter erheblich verschärft hatte, ein zweifelhafter Verhandlungserfolg.⁸⁸

Der Caritasverband registrierte in seinem Bericht für das Jahr 1943 daher nicht unerwartet einen Arbeitskräftemangel in den dem Caritasverband angeschlossenen Anstalten.⁸⁹ Im Jahresbericht des Jahres 1943 des Kinderheims St. Josef in Hürbel wurde vermerkt: »Bei den landwirtschaftlichen Arbeitskräften mussten wir eine weitere Einschränkung erfahren. Der im Dezember 1942 aus dem RAD entlassene und im Januar 1943 wieder in unsere Dienste getretene Dienstknecht W.⁹⁰ wurde im April 1943 zum Heeresdienst einberufen. Im Juli wurde unser erster Knecht [...] kurz vor der Ernte in einen nachbarlichen Betrieb dienstverpflichtet. [...] Seit der Abberufung von S. ist neben Herrn M. nur noch ein polnischer Landarbeiter als männliche Arbeitskraft vorhanden.«⁹¹ Der Jahresbericht 1943 der Liebenauer Anstalten hatte ebenfalls die Einberufung weiterer Angestellter zum Heeresdienst zu verzeichnen. Zur Personalsituation wurde vermerkt: »Speziell in der Landwirtschaft macht sich der Mangel an Dienstboten und Arbeitskräften immer mehr bemerkbar.«⁹² Im Jahr 1943 war die Zahl der eingezogenen Knechte des Al-

Bü. 6878. Dieses Schreiben leitete die Zentralleitung auch dem Caritasverband für Württemberg weiter: Caritasverband für Württemberg, 7.6.1943 (in der Anlage das Schreiben des Präsidenten des Landesarbeitsamts vom 29.5.1943), ADCV 125.81.030, Fasz. 1.

⁸⁸ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999, S. 275 ff. Bei der Zuweisung von Arbeitskräften durch die Arbeitsämter war es entscheidend, in welche »Dringlichkeitsstufe« die Produktion des jeweiligen Betriebs eingeordnet wurde; vgl. mit Bezug auf die Daimler-Benz-Werke, Barbara Hopmann u.a., Zwangsarbeit bei Daimler-Benz, Stuttgart 1994, S. 89.

⁸⁹ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1943 (S. 1), ADCV, 125.81.030, Fasz. 1.

⁹⁰ Dieser Name und die folgenden wurden aus datenschutzrechtlichen Gründen anonymisiert.

⁹¹ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht 1943, StAL, E 191, Bü. 3553.

⁹² Jahresbericht 1943 (S. 5 f.), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

tersheims St. Joseph in Altshausen inzwischen auf sechs angestiegen.⁹³

Im Januar 1944 musste die Zentralleitung konstatieren, dass der Mangel an Personal in den Anstalten »immer empfindlicher« werde. Soweit es sich um Einzug der Jahrgänge 1884 bis 1893 handle, sei die Zentralleitung gerne bereit, Anträge der Anstalten für Unabkömmlichstellungen bei den Wehrbezirkskommandos nachdrücklich zu unterstützen. Auch im Hinblick auf die Stellung von Personal verwies sie darauf, in besonders dringlichen Fällen bei dem Gauarbeitsamt oder dem zuständigen Arbeitsamt zu intervenieren.⁹⁴ Diesen Bemühungen war mit aller Wahrscheinlichkeit nur ein sehr bescheidener Erfolg beschieden.

Während es zahlreichen karitativen Einrichtungen nicht zuletzt durch die Unterstützung der Zentralleitung gelang, wenige Monate nach Kriegsbeginn Zwangsarbeiter zugewiesen zu erhalten, blieben die Bemühungen des Gräflich von Bissingen'schen Rentamtes in dieser Hinsicht zunächst erfolglos. Das Rentamt war mit der Verwaltung des Waldes Imbrand beauftragt, der sich im Besitz des Interkalarfonds Rottenburg befand. Der Rentamtman musste im Juli 1941 in einem Schreiben an das Forstamt Alpirsbach feststellen: »Bei dem Mangel an Arbeitskräften können wir unmöglich die Umlage 1941 zuzüglich des Restes von 1940 erfüllen; es muss gut gehen, wenn wir das in der Umlage für 1941 genannte Holz einschlagen können.«⁹⁵ Wohl hatte das Rentamt im Jahr 1941 die Zuweisung von Kriegsgefangenen beim Arbeitsamt Rottweil beantragt, der Antrag blieb jedoch unberücksichtigt.⁹⁶ Da es dem Rentamtman nicht gelang, ausländische Arbeitskräfte für den Wald Imbrand zugewiesen zu erhalten, verhandelte dieser im Jahre 1942 mit dem Arbeitsamt über die Verpflichtung von acht Landwirten als Waldarbeiter und war dabei erfolgreich.⁹⁷ Da sich die Dienstverpflichtung der Landwirte aus-

⁹³ Chronik Altenheim St. Josef Altshausen 1899–1998 (Eintrag 1943), Archiv Kloster Reute.

⁹⁴ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an die Anstalten der freien Wohlfahrtspflege, Stuttgart, 1.1.1944, StAL, E 191, Bü. 6878.

⁹⁵ Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an das Forstamt Alpirsbach, 18.7.1941, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

⁹⁶ Württ. Forstamt Alpirsbach an die Wald-Imbrand-Verwaltung, 27.11.1941, betr.: Kriegsgefangene, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

⁹⁷ Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg, 3.11.1942 und 14.11.1942, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

schließlich jeweils von Herbst bis Frühjahr erstreckte und die Arbeitsleistung der Betroffenen vom Rentamt als »äußerst gering« bewertet wurde, erwies sich dieses Modell für die Wald-Imbrand-Verwaltung letztlich jedoch nicht als attraktiv.⁹⁸ Vor diesem Hintergrund unternahm die Wald-Imbrand-Verwaltung Anfang des Jahres 1944 einen weiteren Vorstoß, ausländische Arbeitskräfte zugewiesen zu erhalten, nachdem der Reichsforstmeister angekündigt hatte, der württembergischen Forstwirtschaft für den Sommer 1944 polnische Waldarbeiter zur Verfügung zu stellen. Die Wald-Imbrand-Verwaltung beantragte zwei ausländische Arbeitskräfte.⁹⁹ Am 28. April 1944 trafen acht Waldarbeiter aus Danzig-Westpreußen¹⁰⁰ und am 23. Juni 1944 weitere vier Waldarbeiter aus Posen durch Vermittlung des Forstamtes Alpirsbach für den Wald Imbrand ein.¹⁰¹ Der Rentamtman hatte offensichtlich weder mit einer so raschen Zuweisung noch mit dieser relativ großen Zahl von Zwangsarbeitern gerechnet.¹⁰² Von der Arbeitskraft der polnischen Arbeiter konnte die Wald-Imbrand-Verwaltung jedoch lediglich einige Monate profitieren.¹⁰³ Ende September wurden die Arbeiter aus Danzig¹⁰⁴ und

⁹⁸ Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an das Forstamt Alpirsbach, 9.8.1944, betr.: Beförderung, Interkalarfonds, Korrespondenzen II. Der Rentamtman führte gegenüber dem Interkalarfonds über das Ergebnis des Wirtschaftsjahres 1942 aus: »Zu dem Ergebnis für 1942 ist zu bemerken, dass dasselbe durch den Mangel an Arbeitskräften stark beeinträchtigt worden ist« (Rentamtman an den Interkalarfonds, 4.12.1942; Interkalarfonds, Korrespondenzen II); vgl. auch: Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an die Verwaltung des Interkalarfonds, 5.7.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; Der Reichsverteidigungskommissar an die Landesbauernschaft, Landräte und die Oberbürgermeister in Stuttgart, Heilbronn und Ulm, 18.5.1944, betr.: Mithilfe in der Holzwirtschaft, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

⁹⁹ Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg, 17.2.1944 an das Forstamt Alpirsbach, betr.: Arbeitseinsatz, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

¹⁰⁰ Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an das Einwohnermeldeamt, 29.4.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

¹⁰¹ Stadtoberinspektor an Gräflich von Bissingen'sches Rentamt, Schramberg, 24.6.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

¹⁰² Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg, 2.3.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

¹⁰³ Die Verwaltung des Interkalarfonds stellte auf den Bericht des Rentamtmanns vom 5. Juli 1944 fest: »Mit Befriedigung haben wir davon Kenntnis genommen, dass es mit Hilfe polnischer Waldarbeiter gelungen ist, nicht nur einen großen Teil des Schneedrucks aufzubereiten,

Mitte Oktober 1944 die Arbeiter aus Posen auf Anordnung des Reichsforstmeisters wieder abgezogen.¹⁰⁵ Mitte Dezember 1944 war es der Wald-Imbrand-Verwaltung schließlich durch die Zuweisung von neun »Ostarbeitern« möglich, den Abzug der polnischen Arbeiter zumindest teilweise zu kompensieren.¹⁰⁶ Vermutlich konnte die Wald-Imbrand-Verwaltung in diesem Zusammenhang von der Entwicklung der letzten Kriegsmonate beim »Ausländereinsatz« profitieren. Denn angesichts dessen, dass inzwischen durch alliierte Luftangriffe zahlreiche Unternehmen der Rüstungsindustrie zerstört worden waren, konnten nun Betriebe Zwangsarbeiter zugewiesen erhalten, deren Anträge in den zurückliegenden Jahren kaum Chancen auf eine Berücksichtigung gehabt hatten.¹⁰⁷

sondern auch Dürrständer und Käferbäume zu beseitigen, so dass bis Herbst dieses Jahres große Teile des Waldes in guter Ordnung sein werden«, Verwaltung des Interkalarfonds an den Rentamtman, 8.7.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

¹⁰⁴ Württ. Forstamt Alpirsbach an die Wald-Imbrand-Verwaltung, 22.9.1944, betr.: Waldarbeiter aus Danzig, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

¹⁰⁵ Württ. Forstamt Alpirsbach an die Wald-Imbrand-Verwaltung, 6.10.1944 und 12.10.1944, betr.: Rücktransport der Waldarbeiter aus Posen, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

¹⁰⁶ Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an das Wirtschaftsamt Rottweil, 6.1.1945, betr.: AZ-Karten für Ostarbeiter, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

¹⁰⁷ So wurde beispielsweise eine russische Arbeiterin, die zuvor in der Zahnradfabrik gearbeitet hatte, ab April 1944 im Martinsheim in Berg beschäftigt, nachdem durch alliierte Luftangriffe auf Friedrichshafen die ansässigen Rüstungsbetriebe stark zerstört worden waren, Stadtarchiv Friedrichshafen, Gemeinde Ailingen I, Büschel 15, S. 22, Nr. 50; Namentliche Liste Russland, S. 87, Nr. 1873; A-3-Liste Russland, Nr. 1902; vgl. zu Friedrichshafen ausführlich: *Christa Tholander*, Fremdarbeiter 1939 bis 1945. Ausländische Arbeitskräfte in der Zeppelin-Stadt Friedrichshafen, Essen 2001. Auch beispielsweise Daimler-Benz stellte vor diesem Hintergrund Anfang 1945 der Stadt Sindelfingen ausländische Arbeitskräfte zur Verfügung, *Hopmann*, Zwangsarbeit bei Daimler-Benz (wie Anm. 88), S. 171 f.

1.2 Die »Inanspruchnahme«, Beschlagnahme und Enteignung katholischer Einrichtungen – Veränderungen in der Nutzung von Anstalten und Ordensniederlassungen während des Krieges

Der Kriegsausbruch stellte das Signal für umfangreiche Nutzungsänderungen von Anstalten und Ordensniederlassungen dar. Die erste Phase der Veränderung in Anstalten und Ordensniederlassungen Württembergs¹⁰⁸ setzte ab September 1939 mit der Einweisung so genannter »Rückwanderer« ein. Hierbei handelte es sich um Insassen badischer Anstalten, die sich im deutsch-französischen Grenzgebiet befanden. Entsprechende Planungen für den Mobilmachungsfall wurden bereits ab Herbst 1938 entwickelt.¹⁰⁹ Die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen bezifferte die Zahl der für diesen Zweck zur Verfügung gestellten Plätze in den Anstalten Württem-

¹⁰⁸ Der Gau Württemberg-Hohenzollern stellte während der NS-Zeit eine Verwaltungseinheit dar. Der Bereich der Diözese Rottenburg-Stuttgart entsprach diesem räumlich unter Ausnahme des Gebietes Hohenzollern. Vgl. zusammenfassend: *Joachim Köhler*, Das Bistum Rottenburg von der Gründung bis zur Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Die Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg*, hg. von *Heinz Sproll/Jörg Thierfelder*, Stuttgart 1984, S. 89–115. Die verschiedenen Formen und Phasen der Nutzungsänderungen bzw. Zweckentfremdungen kirchlicher Einrichtungen wiesen erhebliche regionale Unterschiede auf. Hierzu liegen bisher keine vergleichenden Untersuchungen vor; zum Bistum Limburg vgl. *Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Bistum Limburg*, S. 14 ff.

¹⁰⁹ Zentraleitung für Wohltätigkeit an den Württ. Innenminister, 15.3.1939, betr.: Räumung von württ. Anstalten im Mobilmachungsfall, StAL, E 191, Bü. 5925. In diesem Zusammenhang wurden vor allem Statistiken über die Belegung der Anstalten angefertigt, die sich in der »Roten Zone A« und der »Zone B« befanden und deren Bewohner verlegt werden sollten; Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen an den Württ. Innenminister, 11.8.1939, betr.: Freimachung des Kampfgebietes im Westen, StAL, E 191, Bü. 5925; Caritasverband für Württemberg an den Deutschen Caritasverband Berlin vom 13.9.1939 (in der Anlage Schreiben des Caritasverbands für Württemberg an den Caritasverband Augsburg und München vom 13.9.1939 und eine Zusammenstellung über die Verwendung der Anstalten im Kriegsfall), ADCV, 125.81.030, Fasz. 1; vgl. ausführlich: *Michael Krause*, *Flucht vor dem Bombenkrieg. »Umquartierungen« im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943–1963*, Düsseldorf 1997, S. 42–45.

bergs auf 4000.¹¹⁰ Zur Unterbringung von »Rückwanderern« wurden beispielsweise die Mutterhäuser der Franziskanerinnen von Reute¹¹¹ und Sießen, das Mutterhaus der Vinzentinerinnen von Untermarchtal¹¹² und das Erziehungsheim St. Antonius in Salzstetten genutzt.¹¹³

Mit Kriegsbeginn wurden auf der Grundlage des Reichsleistungsgesetzes vom 1. September 1939, mit dem die rechtlichen Voraussetzungen für »Inanspruchnahmen« bzw. »Beschlagnahmen« geschaffen wurden,¹¹⁴ weiterhin in zahlreichen Anstalten und Ordensniederlassungen (Reserve-)Lazarette und »Hilfskrankenhäuser« eingerichtet.¹¹⁵

¹¹⁰ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Beirats am 16.12.1941, StAL, E 191, Bü. 6878.

¹¹¹ Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 6, Archiv Kloster Reute.

¹¹² Aufstellung über die in der Zeit vom 1. September 1939 bis 31. Dezember 1939 je einschließlich im Versorgungsbetrieb des Klosters Untermarchtal untergebrachten Personen, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Rechtspflege; vgl. *Hagen*, Genossenschaft (wie Anm. 69), S. 98; *Hermann Tüchle*, Die Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal. Zur 125jährigen Tätigkeit der Vinzentinerinnen im Bistum Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart 1983, S. 108.

¹¹³ Caritasverband für Württemberg an den Deutschen Caritasverband Berlin vom 13.9.1939 (in der Anlage eine Zusammenstellung über die Verwendung der Anstalten im Kriegsfall), ADCV, 125.81.030, Fasz. 1; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen an den Württ. Wirtschaftsminister, 19.10.1939, betr.: Zusätzliche Belegung württembergischer Heime, StAL, E 191, Bü. 6898; zu Sießen vgl. Caritasverband für Württemberg an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 14.10.1939, betr.: Bergung des erzbischöflichen Erziehungsheims St. Elisabeth, Gurtweil bei Waldshut, StAL, E 191, Bü. 6898.

¹¹⁴ Reichsleistungsgesetz vom 1.9.1939, Reichsgesetzblatt I, S. 1645. Das Gesetz eröffnete sowohl die Möglichkeit der Inanspruchnahme als auch der Beschlagnahme. In den Quellen werden die Begriffe jedoch uneinheitlich verwendet, so dass eine Klärung, welcher der beiden Tatbestände vorlag, nicht in jedem Fall möglich ist. Die ersten Befunde für den Bereich der Diözese Rottenburg weisen darauf hin, dass die VoMi grundsätzlich Einrichtungen bzw. Teile von Einrichtungen beschlagnahmte. Frau Annette Huth setzt sich im Rahmen ihres Dissertationsvorhabens mit dem Arbeitstitel »Kirchliche Einrichtungen im Zweiten Weltkrieg« detailliert mit dieser Fragestellung auseinander.

¹¹⁵ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 16.1.1940, betr.: Bericht über die Anstaltsaufsicht vom 1.7.–31.12.1939, StAL, E 191, Bü. 6852; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 1.6.1941,

(Reserve-)Lazarette wurden für Zwecke der Wehrmacht, »Hilfskrankenhäuser« für Kommunen genutzt.¹¹⁶ Für die Wehrmacht lag es nahe, zur Schaffung von Aufnahmekapazitäten für verwundete und kranke Soldaten insbesondere Hospitäler in Anspruch zu nehmen, da diese bereits über die entsprechende Infrastruktur verfügten. So wurden nach Kriegsbeginn unter anderem das Marienhospital in Stuttgart, das Elisabethenkrankenhaus in Ravensburg und das Rochusstift in Bad Mergentheim¹¹⁷ als Lazarette eingerichtet. Anfang Juli 1940 beschlagnahmte die Wehrmacht ferner das Stiftungskrankenhaus Sanatorium Carolinum der Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim als Lazarett mit 95 Betten.¹¹⁸

Ein Teil der für Zwecke der Wehrmacht in Anspruch genommenen Krankenanstalten konnte weiterhin auch zivilen Zwecken dienen.¹¹⁹

Die Wehrmacht griff darüber hinaus aber auch auf Schulen, Heime und Anstalten zurück. Nach Kriegsbeginn wurden unter anderem im Neubau der Marienpflege in Ellwangen¹²⁰ und in der Ge-

Der derzeitige Stand und die Neuplanung im Anstaltswesen, StAL, E 191, Bü. 6878.

¹¹⁶ Bei der Inanspruchnahme für den Krankenhausbetrieb wurde unter zivilen Luftschutzkrankenhäusern, Hilfskrankenhäusern der Kommunen für die Zivilbevölkerung, Krankenhäuser für Mitglieder des RAD und Reservelazarette des Militärs unterschieden; *Helbach/Oepen*, Einsatz von Zwangsarbeitern (wie Anm. 35), S. 9, Anm. 10.

¹¹⁷ Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 3.10.1939, § 435, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

¹¹⁸ Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 25.6.1940, § 493, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle. Vermutlich wurde ein Teil der Betten zunächst nicht belegt. Im Jahre 1941 wurde die »Erhöhung der Bettenzahl auf 80« im Protokoll festgehalten, Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 16.12.1941, § 611, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

¹¹⁹ So beispielsweise das Marienhospital Stuttgart und das Elisabethenkrankenhaus in Ravensburg, Chronik des St. Elisabethenkrankenhauses Ravensburg 1897–1952 (Einträge 1939), Archiv Kloster Reute; Archiv Kloster Reute, Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 6, S. 11, S. 22; Archiv Marienhospital, Chronik (Einträge 1939 und 1940); vgl. *Paul Sauer*, Das Marienhospital in der Zeit von 1919 bis 1945, in: *Margarita Beitzl* (Hg.), 100 Jahre Marienhospital 1890–1990, Ulm 1990, S. 63.

¹²⁰ Kindererziehungsheim Marienpflege an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 4.9.1939, betr.: Verlegung von Zöglingen nach Unterdeufstetten, StAL, E 191, Bü. 6897; Kindererziehungsheim Marienpflege an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen,

hörlosenschule St. Josef in Schwäbisch Gmünd Lazarette eingerichtet. Im Juli 1940 war das Lazarett in der Gehörlosenschule mit 117 Soldaten belegt.¹²¹ Als Lazarette wurden weiterhin das Mädchenheim St. Josef in Ravensburg und die Kuranstalt Jordanbad bestimmt und in der Folgezeit entsprechend eingerichtet.¹²² Im Jordanbad wurden ca. 200 Betten zur Verfügung gestellt und ab November 1939 mit 80 Soldaten belegt.¹²³

Anfang August 1940 errichtete die Wehrmacht in der aufgehobenen Studienanstalt Maria Hilf in Bad Mergentheim unter Übernahme sämtlicher Wirtschaftsgebäude und Einrichtungsgegenstände ein Reservelazarett.¹²⁴ Das Lazarett verfügte im Jahre 1941 über 100 Betten, deren Zahl sich bis zum Jahr 1945 auf 200 erhöhte.¹²⁵

Hilfskrankenhäuser wurden nach Kriegsbeginn offensichtlich in deutlich geringerem Umfang als Lazarette errichtet. Diesen Schluss legt zumindest der geringe Umfang der zu diesem Zweck herange-

23.9.1939, betr.: Teilweise Räumung der Marienpflege, StAL, E 191, Bü. 6897. Die Marienpflege wurde auch noch im Jahre 1944 für diesen Zweck genutzt, Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an das Landesjugendamt, 21.10.1944, betr.: Engere Belegung der Erziehungsanstalten, HStA, E 151/09, Bü. 6.

¹²¹ Private Gehörlosenschule St. Josef an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 12.7.1940, StAL, E 191, Bü. 3532; vgl. auch: Private Gehörlosenschule St. Josef an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.6.1942, betr.: Veränderungen in unserer Anstalt, StAL, E 191, Bü. 3532.

¹²² Archiv Kloster Reute, Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 6, S. 11, S. 22.

¹²³ Ebd., S. 11; vgl. auch: Archiv Kloster Reute, Chronik Jordanbad 1905–1951 (Einträge 1939–1945).

¹²⁴ Zunächst blieben das Nebengebäude und die Kapelle ausgenommen. Im Jahre 1942 wurde eine Vereinbarung über die zusätzliche Nutzung des Nebengebäudes durch die Lazarettverwaltung abgeschlossen, Vereinbarung zwischen dem Reichsfiskus Heer, vertreten durch die Lazarettverwaltung Bad Mergentheim und dem Bischöflichen Ordinariat Rottenburg, vertreten durch den Vorsitzenden des Kuratoriums vom 19.8.1941, DAR, G 1.1–D 9.3a; Nachtrag zur Vereinbarung zwischen dem Reichsfiskus Heer und dem Bischöflichen Ordinariat vom 12.6.1942, DAR, G 1.1–D 9.3a.

¹²⁵ Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf, 6.4.1941, auf die Erhebung des Caritasverbands für Württemberg, betr.: Kriegsleistungen der Kirche in den verflossenen 18 Kriegsmonaten in der Diözese Rottenburg, DAR, G 1.1–D 9.3a; Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf an das Bischöfliche Ordinariat, 1.3.1945, betr.: Übernahme des Res.-Lazaretts in Maria Hilf durch die Weißen Schwestern von Trier, DAR, G 1.1–D 9.3a.

zogenen katholischen Einrichtungen nahe. Nach Kriegsbeginn beschlagnahmte der Landrat in Rottweil in den Erziehungsanstalten Heiligenbronn 150 Betten für ein Hilfskrankenhaus für die Städte Schramberg und Oberndorf.¹²⁶

Eine weitere Phase der Veränderung der Nutzung der Anstalten im südwestdeutschen Raum setzte Anfang des Jahres 1940 ein, als mit ersten »Verlegungen« von Pfleglingen aus den Heil- und Pflegeanstalten begonnen wurde mit dem Ziel, diese in zu Tötungsanstalten umfunktionierten Heilanstalten ermorden zu lassen.¹²⁷ Die gezielte Tötung von Insassen der Heil- und Pflegeanstalten wurde von den Entscheidungsträgern des NS-Regimes nicht nur als Chance begriffen, sich »biologisch minderwertiger« Personen zu entledigen, sondern schaffte auch die Grundlage für neue Möglichkeiten zur Nutzung der Anstalten.¹²⁸

Nach der Rückverlegung der Anstaltsinsassen aus Baden bis Mitte des Jahres 1940¹²⁹ und der Räumung von Heil- und Pflegeanstalten im südwestdeutschen Raum im Zuge der »Euthanasie«-

¹²⁶ Das Hilfskrankenhaus war noch bis zum Jahre 1943 nicht belegt; Erziehungsanstalten Heiligenbronn an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 12.11.1943, betr.: Antrag auf uk-Stellung, StAL, E 191, Bü. 3548; Erziehungsanstalten Heiligenbronn an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 13.1.1945, betr.: Belegung mit Evakuierten, StAL, E 191, Bü. 3548.

¹²⁷ *Thomas Stöckle*, Die nationalsozialistische »Aktion T4« in Württemberg, in: *Hermann J. Pretsch* (Hg.), »Euthanasie«. Krankenmorde in Südwestdeutschland, Zwiefalten 1996, S. 15; *ders.*, Die Vernichtungsanstalt Grafeneck und die »Euthanasie«-Verbrechen in Südwestdeutschland im Jahr 1940, in: *Krankenmord im Nationalsozialismus. Grafeneck und die »Euthanasie« in Südwestdeutschland*, Stuttgart 2001, S. 35; zu Baden vgl. ausführlich: *Heinz Faulstich*, Von der Irrenfürsorge zur »Euthanasie«. Geschichte der Badischen Psychiatrie bis 1945, Freiburg 1993.

¹²⁸ Entsprechende Planungen sahen insbesondere die Nutzung als Lazarette und Hilfskrankenhäuser vor; *Stöckle*, Die nationalsozialistische »Aktion T4« (wie Anm. 127), S. 16; zu Nutzungsänderungen der Anstalten, ebd., S. 25 f.

¹²⁹ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen an den Württ. Innenminister, 16.7.1940, betr.: Bericht über die Anstaltsaufsicht vom 1.1. bis 30.6.1940, StAL, E 191, Bü. 6852; mit Bezug auf die Erziehungsanstalt St. Antonius in Salzstetten vgl. Knabenanstalt St. Antonius Salzstetten an die Württ. Landesfürsorgebehörde, 6.12.1939, betr.: Belegung der Turnhalle, StAL, E 191, Bü. 6897; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen an den Württ. Innenminister, 8.1.1940, betr.: Belegung der Erziehungsanstalt St. Antonius in Salzstetten mit badischen Zöglingen, StAL, E 191, Bü. 6897; *Krause*, Flucht (wie Anm. 109), S. 44.

Aktion¹³⁰ wurden ab 25. Oktober bis Ende November 1940 zahlreiche Klöster und Anstalten zur Unterbringung von unterschiedlichen Personengruppen im Zuge des Bevölkerungstransfers zur »Umsiedlung« bzw. »Eindeutschung« beschlagnahmt. Der Zugriff erfolgte insbesondere auf katholische Einrichtungen, von denen im genannten Zeitraum in Württemberg insgesamt zweiundzwanzig beschlagnahmt wurden.¹³¹ Die Beschlagnahme der Gebäude zum Zweck der Unterbringung von »Umsiedlern« bzw. »(Wieder-)Eindeutschungsfähigen«¹³² erfolgte im Auftrag Himmlers in seiner Funktion als »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums«¹³³ durch die »Höheren SS- und Polizeiführer«.¹³⁴ Die Verwaltung der Räumlichkeiten übernahm die Volksdeutsche Mittelstelle.¹³⁵ Im Gau Würt-

¹³⁰ Bis Oktober 1940 war der Großteil der Patienten aus den Anstalten Liebenau, Heggbach, Ingerkingen und Rosenharz, die in die Tötungsmaßnahmen einbezogen werden sollten, »verlegt« worden; zur Anstalt Liebenau: Jahresbericht 1940, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; *Hermann Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Josef Wilhelm 1910–1953, Tettngang 1995, S. 44 ff.; zur Anstalt Heggbach und Ingerkingen: *Norbert Rapp*, Heggbacher Einrichtungen, in: Euthanasie. 50 Jahre nach der Aktion »Gnadentod«, Materialien 2/95 der Tagung der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart vom 14.–16.9.1990, S. 42; zu Rosenharz: *Stöckle*, Vernichtungsanstalt (wie Anm. 127), S. 36; Jahresbericht 1940, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944. Im Dezember 1940 wurde die Vernichtungsanstalt Grafeneck bei Münsingen geschlossen; *Stöckle*, Die nationalsozialistische »Aktion T4« (wie Anm. 127), S. 23.

¹³¹ Neben den einundzwanzig Einrichtungen, welche die Aufstellung des Diözesanverwaltungsrats nennt, ist zusätzlich das Gertrudisheim zu berücksichtigen; Diözesanverwaltungsrat an den Württ. Innenminister und Wirtschaftsminister, Rottenburg, 8.10.1941, betr.: Entschädigung von kirchlichen Anstalten für die Unterbringung Volksdeutscher Rückwanderer, DAR, G 1.6, Nr. 18. *Martin* nennt für Württemberg insgesamt »ca. 25 Gebäude mit einer Aufnahmekapazität von 15.000 Personen«, die für die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmt wurden; *Martin*, Schelklingen (wie Anm. 28), S. 234.

¹³² Zu den Personengruppen vgl. die Ausführungen im Abschnitt »Die verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte.«

¹³³ Zu Geschichte und Aufgaben des Amtes: *Hans Buchheim*, Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 1, München 1984, S. 182–200.

¹³⁴ Vgl. *Ruth Bettina Birn*, Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986.

¹³⁵ Vgl. zur Organisationsstruktur und zum Aufgabenbereich der Volksdeutschen Mittelstelle *Leniger*, »Heim im Reich?« (wie Anm. 27), S. 83 ff.; *Buchheim*, Der Reichskommissar (wie Anm. 133), S. 205 f.

temberg-Hohenzollern war dem Kreisleiter von Heilbronn die Leitung der Volksdeutschen Mittelstelle übertragen.¹³⁶

Im Oktober 1940 wurden die Klöster Reute, Sießen und Weingarten, die katholischen Gemeindehäuser Neckarsulm und Buchau, das Erholungshaus Marientann des katholischen Jugendhilfswerks Württemberg und das Institut St. Agnes der Genossenschaft der Franziskanerinnen von Bonlanden zur Nutzung durch die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmt.

Im November folgten die Klöster Neresheim und St. Erentraud in Kellenried, das Mutterhaus der Franziskanerinnen vom Canisiushaus in Schwäbisch Gmünd, die Missionshäuser St. Hildegard in Oberdisingen, St. Johann in Blönried, Josefstal in Ellwangen und St. Bernhard in Schwäbisch Gmünd, die Anstalten »Maria Hilf« und zum »Guten Hirten« in Untermarchtal, das Pfarrhaus in Munderkingen, das Studienheim St. Josef in Ehingen, das Exerzitienhaus St. Antonius in Wernau und in Schwäbisch Gmünd das Töchterinstitut St. Ludwig, das Heim St. Elisabeth der Stadtkrankenschwestern und die Gehörlosenschule St. Josef.¹³⁷

In der Chronik des Klosters der Franziskanerinnen von Reute wurde notiert: »Am 29. Oktober [...] kamen ohne jede Voranmeldung im Auftrag des Reichsführers der SS Himmler vier Herren: Kreisleitung von Ravensburg und Heilbronn und haben unser Kloster beschlagnahmt zur Unterbringung von rückkehrenden Auslandsdeutschen. Zunächst war verlangt, sämtliche Klostergebäude mit Ausnahme der Ökonomie innerhalb von zehn Tagen zu räumen. In einstündiger Verhandlung gelang es Herrn Superior, we-

¹³⁶ Vgl. Vereinbarung über die nach dem RLG vom 1.9.1939 zu leistende Vergütung zwischen dem Missionshaus St. Johann in Blönried und dem RKFdV, DAR, G 1.6, Nr. 18; *Martin*, Schelklingen (wie Anm. 28), S. 233.

¹³⁷ Diözesanverwaltungsrat an den Württ. Innenminister und Wirtschaftsminister, Rottenburg, 8.10.1941, betr.: Entschädigung von kirchlichen Anstalten für die Unterbringung Volksdeutscher Rückwanderer, DAR, G 1.6, Nr. 18; vgl. auch: *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 80 f.; zu Kellenried: Frauen, die das Leben lieben: Benediktinerinnen der Abtei St. Erentraud, Kellenried, Ravensburg 2001, S. 97 f.; zu Blönried: Vereinbarung über die nach dem RLG vom 1.9.1939 zu leistende Vergütung zwischen dem Missionshaus St. Johann in Blönried und dem RKFdV, DAR, G 1.6, Nr. 18; leicht abweichend nennt der Diözesanverwaltungsrat als Zeitpunkt der Beschlagnahme den 30.10.1940.

nigstens den ganzen Neubau (Gut-Betha-Haus und St. Franziskus) wieder frei zu bekommen.«¹³⁸

Nicht sämtliche dieser beschlagnahmten Klöster und Anstalten wurden schließlich für Zwecke der Volksdeutschen Mittelstelle genutzt. So blieben die Räume des St. Gertrudishauses in Rosenharz, die Anfang November 1940 für die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmt worden waren,¹³⁹ ungenutzt,¹⁴⁰ bis am 22. September 1941 die Heeresverwaltung die Anstalt Rosenharz zur Einrichtung eines Lazaretts für lungenkranke Soldaten in Anspruch nahm.¹⁴¹ Das von der Volksdeutschen Mittelstelle beschlagnahmte Erholungshaus Marientann stand zunächst leer, bis es Mitte Februar 1941 im Zuge der Kinderlandverschickung mit Kindern aus Westfalen belegt wurde.¹⁴² Das Missionshaus Josefstal in Ellwangen¹⁴³, St. Bernhard in Schwäbisch Gmünd¹⁴⁴, das Pfarrhaus in Munderkingen und das Exerzitienhaus St. Antonius in Wernau wurden ebenfalls nicht von der Volksdeutschen Mittelstelle zur »Umsiedlung« genutzt.¹⁴⁵

Die Beschlagnahmungen der Volksdeutschen Mittelstelle konzentrierten sich wohl auf den Herbst 1940, auf einzelne Einrichtungen wurde jedoch auch noch nach diesem Zeitraum zurückgegriffen. In Württemberg wurde als letzte Einrichtung dieser Reihe von Be-

¹³⁸ Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 33; vgl. auch: S. 34 f., Archiv Kloster Reute.

¹³⁹ Volksdeutsche Mittelstelle, Umsiedlung Gau Württemberg an den Vorstand der Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, Heilbronn, 29.11.1940, betr.: Unterbringung von Volksdeutschen, StAL, E 191, Bü. 6896.

¹⁴⁰ Heil- und Pflegeanstalt Liebenau an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.3.1942, betr.: Erhöhung des Pflegesatzes für das Gertrudis-Heim, Rosenharz, StAL, E 191, Bü. 3567.

¹⁴¹ Bericht über die Anstalten Liebenau, Rosenharz und Hegenberg 1941, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Notiz, Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium, 12.5.1942, HStA, E 151/09, Bü. 513; *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 50.

¹⁴² Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1941 (S. 7 f.), DAR, G 1.1, C 16.6 f.; vgl. auch: *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 81.

¹⁴³ Archiv der Comboni-Missionare, Ergänzung der Chronik vom 1.9.1945.

¹⁴⁴ Im Verlauf des Jahres 1941 beschlagnahmte der RAD das Missionshaus, Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1942 (S. 2 f.), DAR, G 1.1, C 16.6 f.

¹⁴⁵ Anstalten und Heime in Württemberg (Aufstellung, undatiert), StAL, E 191, Bü. 6878; *Martin*, Schelklingen (wie Anm. 28), S. 234, Anm. 7.

schlagnahmen am 23. Juli 1941 auf das Konradhaus in Schelklingen Anspruch erhoben.¹⁴⁶

Diese Beschlagnahmen zur Einrichtung von »Umsiedlungslagern« bezogen sich in erster Linie auf Gebäudeteile, die angeschlossenen Ökonomien blieben den Einrichtungen teilweise erhalten oder wurden erst zu einem späteren Zeitpunkt beschlagnahmt. So wurden die Ökonomie des Klosters Sießen am 15. Januar 1941, die landwirtschaftlichen Grundstücke der Anstalt zum »Guten Hirten« am 14. Februar 1941 und die Ökonomie der Gehörlosenschule St. Josef einschließlich sämtlicher Wirtschaftsgebäude am 19. Februar 1941 von der Volksdeutschen Mittelstelle beschlagnahmt.¹⁴⁷

Bis Ende September 1941 waren im Gau Württemberg-Hohenzollern insgesamt neunzehn so genannte »Umsiedlungslager« eingerichtet. Das Lager, das mit Abstand die höchste Belegungszahl aufwies, stellte das Umsiedlungslager Nr. 5 im Kloster Sießen mit einer Belegung von 1.345 Personen dar. Hohe Belegungszahlen wiesen ferner das Umsiedlungslager Nr. 8 in Untermarchtal mit 894 Personen, Nr. 1 im Kloster Weingarten mit 565 Personen, Nr. 2 im Kloster Reute mit 546 Personen, Nr. 22 im Gottlob-Weißer-Haus der Diakonissenanstalt Schwäbisch Hall mit 477 Personen¹⁴⁸, Nr. 25 in Bad Liebenzell mit 310 Personen¹⁴⁹, Nr. 3 im Missionshaus St. Johann in Blönried mit 300 Personen, Nr. 13 in der Gehörlosenschule St. Josef

¹⁴⁶ Vgl. dazu ausführlich: *Martin*, Schelklingen (wie Anm. 28), S. 232–247.

¹⁴⁷ Diözesanverwaltungsrat an den Württ. Innenminister und Wirtschaftsminister, Rottenburg, 8.10.1941, betr.: Entschädigung von kirchlichen Anstalten für die Unterbringung Volksdeutscher Rückwanderer, DAR, G 1.6, Nr. 18; Private Gehörlosenschule St. Josef an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.6.1942, betr.: Veränderungen in unserer Anstalt, StAL, E 191, Bü. 3532. Die zeitlichen Angaben des Diözesanverwaltungsrates zu der Beschlagnahme der Ökonomie der Gehörlosenschule St. Josef weichen leicht ab.

¹⁴⁸ Anfang März 1942 war das Gottlob-Weißer-Haus von »Umsiedlern« geräumt; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 11.3.1942, betr.: Verwendung von freigewordenen Anstalten der freien Wohlfahrtspflege für die Altersfürsorge, StAL, E 191, Bü. 6984.

¹⁴⁹ Das Haus Pilgerruhe der Liebenzeller Mission; vgl. Württ. Landesjugendamt an den Reichsminister des Innern, Stuttgart, 25.8.1941, betr.: Planwirtschaftliche Verwendung von Anstalten und Heimen zur Unterbringung Minderjähriger für Zwecke der erweiterten Kinderlandverschickung, StAL, E 191, Bü. 6878.

in Schwäbisch Gmünd mit 286 Personen¹⁵⁰, Nr. 19 in Sontheim¹⁵¹ mit 256 Personen und das Lager Nr. 18 in der Abtei Neresheim mit 250 Personen auf. Die größten Unterbringungskapazitäten in den »Umsiedlungslagern« Württembergs wurden durch Beschlagnahmungen katholischer Einrichtungen, und unter diesen vor allem von Klöstern, geschaffen.¹⁵² Sämtliche in den Klöstern der Diözese Rotenburg durch die Volksdeutsche Mittelstelle errichteten »Umsiedlungslager« wurden bis Kriegsende aufrechterhalten.¹⁵³

¹⁵⁰ Das »Umsiedlungslager« wurde erstmals Anfang Dezember 1940 mit 355 »Umsiedlern« belegt; Hauschronik (Eintrag 1940), Archiv der Schule für Hörgeschädigte Schwäbisch Gmünd.

¹⁵¹ Jüdisches Altersheim Heilbronn-Sontheim; vgl. Württ. Landesjugendamt an den Reichsminister des Innern, Stuttgart, 25.8.1941, betr.: Planwirtschaftliche Verwendung von Anstalten und Heimen zur Unterbringung Minderjähriger für Zwecke der erweiterten Kinderlandverschickung, StAL, E 191, Bü. 6878.

¹⁵² Den »Umsiedlungslagern« wurden Nummern zugeordnet. Bei den Lagern handelte es sich ferner um das Umsiedlungslager Nr. 6 in Riedlingen, Nr. 9 in Ehingen (Studienheim St. Josef), Nr. 10 im Kloster Oberdischingen, Nr. 15 im Canisiushaus in Schwäbisch Gmünd, Nr. 20 in Heilbronn (Seminar), Nr. 21 in Neckarsulm, Nr. 23 in Leonberg (Fürsorgeheim), Nr. 24 in Rommelshausen und Nr. 28 in Heilbronn (Jugendheim); Aufstellung (undatiert), auf Aufforderung des Reichsgesundheitsführers für die gesundheitliche Betreuung der volksdeutschen Umsiedler vom 30.9.1941, StAL, E 191, Bü. 6896. Das Lager Schelklingen ist in dieser Aufstellung nicht enthalten; diesem kam ein Sonderstatus unter den von der Volksdeutschen Mittelstelle verwalteten Lagern zu; vgl. *Martin*, Schelklingen (wie Anm. 28), S. 235.

¹⁵³ Auf das gesamte Deutsche Reich bezogen verwaltete die VoMi 1590 Lager, von denen jedoch lediglich 1248 auf Dauer belegt waren; *Martin*, Schelklingen (wie Anm. 28), S. 234; zum »Umsiedlungslager« Reute vgl. Chronik der Kongregation von Reute 1944–1947, S. 17, S. 33, Archiv Kloster Reute; zu Oberdischingen vgl. Provinzialatsarchiv Laupheim, Hauschronik (Einträge 1945); zu Sießen vgl. Erfahrungsberichte, Klosterarchiv Sießen; zu Kellenried vgl. Frauen, die das Leben lieben (wie Anm. 137), S. 99; zu Blönried vgl. Missionshaus St. Johann an Bischöfliches Ordinariat, 5.7.2001, mit Bezug auf die Informationen des Bürgermeisteramtes; zu Untermarchtal vgl. Mutterhauschronik; zu Weingarten, Zahlenmäßige Aufstellung der vom 2.9.1939 bis 25.4.1945 in hiesiger Gemeinde befindlichen Kommandos oder Lager von Ausländern (Gemeinde Weingarten), StASig, Wü 65/26, T 11, Nr. 1; zu Neresheim vgl. Polizeiliche Meldungen der Flüchtlinge im Umsiedlungslager 18 (Liste I und II), Bürgermeisteramt Neresheim, Registratur Nr. 6116; AOK Bezirksdirektion Ostalb, Hebeliste.

In die in Klöstern und Anstalten Württembergs errichteten »Umsiedlungslager« wurden zunächst »Umsiedler« vor allem aus der Bukowina, in geringerem Umfang aus Bessarabien und der Dobrudscha¹⁵⁴ und in der Folgezeit Baltendeutsche¹⁵⁵ eingewiesen. Ab Ende des Jahres 1941 folgten so genannte »Absiedler« aus Slowenien, im Verlauf der Jahre 1942 und 1943 »Absiedler« aus dem Elsass, Lothringen und Luxemburg.¹⁵⁶ Von 1944 an wurden schließlich Deutschstämmige aus Russland in die »Umsiedlungslager« einquartiert.¹⁵⁷

So wurden beispielsweise in dem im Kloster Reute eingerichteten »Umsiedlungslager« ab Anfang Dezember 1940 ca. 600 »Volksdeutsche« aus der Bukowina untergebracht und von dort aus in Städte und Gemeinden vermittelt.¹⁵⁸ Das im Kloster Sießen errichtete Umsiedlungslager wurde ebenfalls ab Dezember 1940 mit dieser Personengruppe belegt.¹⁵⁹

¹⁵⁴ Vgl. ausführlich: *Dirk Jachomowski*, Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur »Siedlungsbrücke« an der Reichsgrenze, München 1984.

¹⁵⁵ Vgl. ausführlich: *Dietrich A. Loeber* (Hg.), Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941, Neumünster 1972; *Harry Stossun*, Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges, Marburg 1993. Bis Ende 1942 wurden ca. 99.000 »Umsiedler« im »Altreich« untergebracht; *Leniger*, »Heim im Reich?« (wie Anm. 27), S. 87.

¹⁵⁶ Vgl. ausführlich: *Tone Ferenc*, »Absiedler« (wie Anm. 13), S. 200–209; vgl. ferner *Lumans*, Himmler's Auxiliaries (wie Anm. 27), S. 177 ff. Die Leitung der VoMi stand der Entscheidung, Absiedler in Umsiedlungslager der VoMi unterzubringen, kritisch gegenüber, musste sich jedoch dem Druck Himmlers beugen; vgl. *Ferenc*, S. 203. Im Zeitraum von Oktober 1941 bis Juli 1942 wurden ca. 37.000 Slowenen in deutsche Gebiete gebracht; *Ferenc*, S. 202.

¹⁵⁷ *Leniger*, »Heim im Reich?« (wie Anm. 27), Anm. 31, S. 106 verweist darauf, dass die Bevölkerungsverschiebungen der Jahre 1943 und 1944 nicht mehr als »Umsiedlungen«, sondern als Evakuierungsmaßnahmen bezeichnet werden müssten. Dies beziehe sich insbesondere auch auf die Rückführung von »Volksdeutschen« aus Russland.

¹⁵⁸ Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 37, Archiv Kloster Reute.

¹⁵⁹ Dabei handelte es sich um insgesamt ca. 1.400 Personen; Schulschwester-Kongregation Sießen, Beilage zum Fragebogen der Jahresarbeit 1940, Klosterarchiv Sießen, Bestand 05516. Im Jahre 1943 war das Lager mit Slowenen belegt. Im März 1943 wurden außerdem kurzfristig ca. 300 Personen aus dem Elsass im Lager untergebracht. Anfang des

Bis November 1941 mussten sämtliche Bukowina-Deutsche das Umsiedlungslager Reute verlassen, da es von diesem Zeitpunkt an für die Aufnahme so genannter »Absiedler« aus Slowenien genutzt werden sollte. Mitte November 1941 trafen ca. 800 Slowenen ein.¹⁶⁰ Ein erster Transport mit 300 Slowenen traf auch Mitte November 1941 im Kloster Kellenried ein. Das Kloster war wohl Anfang November 1940 von der »Volksdeutschen Mittelstelle« beschlagnahmt worden, stand jedoch bis zum Eintreffen dieses Transportes leer.¹⁶¹ Im Spätherbst 1941 trafen auch die ersten Slowenen im in der Abtei Neresheim errichteten Umsiedlungslager ein.¹⁶²

Anfang März 1943 wurden in das Haus St. Elisabeth des Klosters Reute ca. 200 Personen aus dem Elsass einquartiert, die bereits Mitte März wieder in eine andere Unterkunft verlegt wurden.¹⁶³ Das geräumte Haus wurde Mitte Januar 1944 mit ca. 370 Deutschstämmigen aus Russland belegt, die im Mai 1944 wieder zum Teil angesiedelt, zum Teil in andere Lager verlegt wurden.¹⁶⁴

Der Rückgriff auf Räume von Anstalten und Ordensniederlassungen im Herbst 1940 erfolgte nicht ausschließlich für die Nutzung als Lager zur »Umsiedlung«. In der durch »Verlegungen« von Patienten geräumten Anstalt Liebenau wurden ab Oktober 1940 durch das Generalkommando der Wehrmacht in Stuttgart 400 Betten zur Unterbringung »feindlicher Ausländer« in Anspruch genommen und Mitte Oktober mit insgesamt 260 Personen belegt.¹⁶⁵ In der Anstalt wurde im Verlauf des Jahres 1940 außerdem durch die Wehrmacht ein Lager für französische Kriegsgefangene eingerichtet.¹⁶⁶ Auch

Jahres 1944 trafen ferner Personen aus Russland in Sießen ein, Erfahrungsberichte, Klosterarchiv Sießen.

¹⁶⁰ Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 52, S. 56, Archiv Kloster Reute.

¹⁶¹ Frauen, die das Leben lieben (wie Anm. 137), S. 97 f.

¹⁶² Polizeiliche Meldungen der Flüchtlinge im Umsiedlungslager 18 (Liste I und II), Bürgermeisteramt Neresheim, Registratur Nr. 6116.

¹⁶³ Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 87, Archiv Kloster Reute.

¹⁶⁴ Chronik der Kongregation von Reute 1944–1947, S. 1, Archiv Kloster Reute.

¹⁶⁵ Jahresbericht 1940, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 49 f. Die Zahl der im Jahresbericht und der von Link genannten Internierten weicht ab.

Gebäudeteile der Anstalten Hegenberg und Heggbach wurden von der Wehrmacht für diesen Zweck genutzt.¹⁶⁷

Im Verlauf des Jahres 1941 setzte in Württemberg die Heranziehung von Anstalten für die Zwecke der »Erweiterten Kinderlandverschickung«, d.h. der Evakuierung der Jugendlichen, die sich in luftkriegsgefährdeten Zentren befanden, ein.¹⁶⁸ So wurden Anfang des Jahres 1941 Räume im Kloster Bonlanden, in der Heilanstalt Rottenmünster, im Erholungshaus Marientann des katholischen Jugendhilfswerks, im Kinderheim Ingerkingen und im Mädchenheim St. Josef in Ravensburg zur Unterbringung von Kindern aus luftkriegsgefährdeten Gebieten genutzt.¹⁶⁹ Im Mädchenheim St. Josef wurden ab Februar 1941 67 Mädchen, eine Lagerleiterin und drei Lagerführerinnen einquartiert.¹⁷⁰

¹⁶⁶ Jahresbericht 1940 (S. 2), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Bericht über die Anstalten Liebenau, Rosenharz und Hegenberg 1941, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944. Ende Mai 1940 hatte der Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis V angesichts der Gefangenenzahlen des Westfeldzuges gefordert, »sämtliche nur irgendwie verfügbar zu machenden Räumlichkeiten« für die Unterbringung von Kriegsgefangenen zu nutzen; auch Heil- und Pflegeanstalten, Klöster und stillgelegte Fabrikbetriebe seien für diesen Zweck heranzuziehen; zit. nach: *Schäfer*, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik (wie Anm. 18), S. 31.

¹⁶⁷ Archiv Stiftung Liebenau, Seelsorgebericht Hegenberg; Pflegeanstalt Heggbach an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 17.11.1944, betr.: Unterbringung von alten Leuten aus Stuttgart, StAL, E 191, Bü. 6998.

¹⁶⁸ Vgl. Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 5.8.1941, Die Verwendung von Anstalten der freien Wohlfahrts- pflege für die Zwecke der Kinderlandverschickung, StAL, E 191, Bü. 6878; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 6.8.1941, StAL, E 191, Bü. 6878; vgl. ausführlich zur Organisation und zum Umfang der Kinderlandverschickung *Krause*, Flucht (wie Anm. 109), S. 45–69.

¹⁶⁹ Caritasverband für Württemberg an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 14.2.1941, betr.: Erweiterte Kinderlandverschickung, StAL, E 191, Bü. 6878; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Innenminister, 25.4.1942, betr.: Pflegeanstalt für schwachsinnige Kinder in Ingerkingen, HStA, E 151/09, Bü. 501; vgl. auch: *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 81.

¹⁷⁰ Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 52, S. 62 f., Archiv Kloster Reute; Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1941 (S. 8.), DAR, G 1.1, C 16.6 f.

Ab Mai 1941 wurden im Kurhaus St. Elisabeth in Freudenstadt und in der Villa Pauline in Wildbad weitere Lager zur Kinderlandverschickung eingerichtet.¹⁷¹ Auch die Schule im Canisiushaus in Schwäbisch Gmünd¹⁷² und das Kinderheim St. Franziskus in Matzenbach¹⁷³ wurden im Jahre 1941 für diesen Zweck genutzt.

Im Zuge der Inanspruchnahme von Einrichtungen für Zwecke der Kinderlandverschickung verblieb die Trägerschaft im allgemeinen bei der betreffenden kirchlichen Einrichtung, da Kinderlandverschickungslager häufig lediglich für einen begrenzten Zeitraum in den Einrichtungen eingerichtet wurden.

Bis Mitte Dezember 1941 waren in Württemberg aufgrund einer internen Statistik der Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen insgesamt 19 Anstalten und Heime mit Kindern aus luftkriegsgefährdeten Gebieten belegt. Von der Inanspruchnahme für Zwecke der Kinderlandverschickung waren katholische und evangelische Einrichtungen in vergleichbar ähnlichem Maße betroffen.¹⁷⁴

Die Zweckentfremdung von Einrichtungen durch den Reichsarbeitsdienst, der zusätzlich zur Volksdeutschen Mittelstelle, der

¹⁷¹ Caritasverband für Württemberg an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 21.5.1941, betr.: Erweiterte KLV, StAL, E 191, Bü. 6878.

¹⁷² Canisiushaus Schwäbisch Gmünd, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7.

¹⁷³ Kinderheim St. Franziskus in Matzenbach, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7.

¹⁷⁴ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Beirats am 16.12.1941, StAL, E 191, Bü. 6878. Eine Aufstellung vom August 1941 nennt folgende Einrichtungen, die bis dahin als KLV-Lager genutzt worden waren: das Mädcheninstitut Bonlanden, das Kinderasyl Ingerkingen, das Kinderheim Herrenberg, das Kindererholungsheim Falkenburg, die Kinderhilfe der Methodisten in Nagold, das Erziehungsheim Stammheim, das Jugenderholungsheim Monbachtal, das christliche Erholungsheim Freudenstadt, das Schwesternerholungsheim Teinach, das Werner-Hospiz in Wildbad, das Kurhaus Sebastiansweiler bei Tübingen, das Erholungshaus Marientann, das Mädchenheim St. Josef in Ravensburg, das Kloster Bonlanden, das Altersheim Schwarzenberg, die Pflgeanstalt Grafeneck, die Heilanstalt Rottenmünster, die Landesfürsorgeanstalt Reutlingen und das Kloster Beuron; Württ. Landesjugendamt an den Reichsminister des Innern, 25.8.1941, betr.: Planwirtschaftliche Verwendung von Anstalten und Heimen zur Unterbringung Minderjähriger für Zwecke der erweiterten Kinderlandverschickung, StAL, E 191, Bü. 6878.

Wehrmacht und der Abteilung Kinderlandverschickung der Hitlerjugend auf Einrichtungen zurückgriff, war analog zu den Inanspruchnahmen für Zwecke der Kinderlandverschickung im Allgemeinen ebenfalls zeitlich begrenzt. Im Verlauf des Jahres 1941 wurden beispielsweise das Gemeindehaus Stuttgart-Vaihingen, das Missionshaus St. Bernhard in Schwäbisch Gmünd und das Franziskanerkloster in Rottweil durch den Reichsarbeitsdienst in Anspruch genommen. Die Inanspruchnahme der Einrichtungen wurde bereits im Jahre 1942 wieder aufgehoben.¹⁷⁵

Von der im Zuge antikirchlicher Maßnahmen vor allem im Verlauf des Jahres 1941 im gesamten Reichsgebiet vorbereiteten und in der Folgezeit vollzogenen entschädigungslosen Enteignung zahlreicher Klöster, die unter dem Begriff »Klostersturm« gefasst wird,¹⁷⁶ war im Bereich der Diözese Rottenburg die Kongregation der Vincentinerinnen von Untermarchtal betroffen. Unter dem Vorwurf »schwerer Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnungen« wurde zunächst der gesamte Besitz und das gesamte Vermögen der Kongregation am 5. Juli 1941 durch einen Erlass des Württembergischen Innenministers beschlagnahmt.¹⁷⁷ Durch einen Erlass des Reichsministers des Innern an die Geheime Staatspolizei vom 5. Februar 1942 wurde schließlich unter Berufung auf »das Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens« vom 14. Juli 1933 das gesamte Vermögen zugunsten des Deutschen Reichs eingezogen.¹⁷⁸ Im Bereich der Diözese Rottenburg war die Genossen-

¹⁷⁵ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1942 (S. 2 f.), DAR, G 1.1, C 16.6 f.

¹⁷⁶ *Leugers*, Gegen eine Mauer (wie Anm. 29), S. 145 ff.

¹⁷⁷ Es wurde ausdrücklich festgestellt, dass Rechtsträger weiterhin die Genossenschaft blieb; Eröffnungsurkunde vom 8.7.1941 mit Bezug auf den Erlass des Württembergischen Innenministers vom 5.7.1941, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Rechtspflege II; Dem Württembergischen Innenminister, dem Oberbürgermeister in Stuttgart und den Landräten in Schwäbisch Gmünd und Rottweil zur Kenntnisnahme, 5.7.1941, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Rechtspflege; vgl. *Hagen*, Genossenschaft (wie Anm. 69), S. 99 f.; *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 82 f.

¹⁷⁸ Geheime Staatspolizei, 25.2.1942, Einziehungsverfügung (Abschrift), Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Rechtspflege II; vgl. auch: Württ. Innenminister an den Reichsstatthalter in Württemberg, 30.7.1942, betr.: Einziehung des Vermögens der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern in Untermarchtal (Abschrift), Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen

schaft der Vinzentinerinnen von Untermarchtal die einzige Kongregation, die von Enteignungsmaßnahmen betroffen war.¹⁷⁹

Im Verlauf des Jahres 1941 wurden in kirchlichen Einrichtungen im Bereich der Diözese Rottenburg weiterhin zusätzliche Lazarette eingerichtet.

Anfang Juli 1941 wurden erstmals im als Lazarett eingerichteten Mädchenheim St. Josef in Ravensburg Verwundete eingewiesen und die im Zuge der Kinderlandverschickung eingewiesenen Jugendlichen in eine andere Unterkunft verlegt.¹⁸⁰ Einen Monat später traf auch in dem im Sanatorium Bad Ditzenbach errichteten Lazarett, das eine Aufnahmekapazität für 120 Personen besaß, ein erster Transport mit Verwundeten ein.¹⁸¹

Der Caritasverband für Württemberg veranschlagte auf der Grundlage einer Erhebung, die er bei insgesamt 146 karitativen und kirchlichen Anstalten Württembergs vorgenommen hatte, die Zahl der im Zeitraum von Anfang September 1939 bis Ende Dezember 1941 für militärisch und zivile Zwecke beanspruchten Anstalten auf 117.¹⁸²

Unter den verschiedenen staatlichen Behörden und Stellen der Partei, die Anspruch auf Einrichtungen erhoben, wurden die Wehrmacht und die Abteilung Kinderlandverschickung der Hitlerjugend von den Einrichtungen als vergleichsweise verlässliche Vertragspartner eingestuft. Die Vinzentinerinnen des Marienhospitals in Stuttgart bewerteten die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht, nachdem das Hospital im August 1939 als Reservelazarett beschlagnahmt worden war, als »reibungslos«.¹⁸³

Schwestern von Untermarchtal, Einzelfälle; *Hagen*, Genossenschaft (wie Anm. 69), S. 100 f.

¹⁷⁹ Der Bischof von Rottenburg an Général Schwartz, Gouverneur Militaire de Stuttgart, 18.6.1945, DAR, G 1.6, Nr. 56 a.

¹⁸⁰ Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 52, S. 62 f., Archiv Kloster Reute.

¹⁸¹ Haus-Chronik Bad Ditzenbach 1927–1951 (Einträge 1941); Vinzenz-Klinik Bad Ditzenbach.

¹⁸² Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1941 (S. 8.), DAR, G 1.1, C 16.6 f.; vgl. auch: Beratungsstelle des Caritas-Verbandes für Württemberg an die dem Caritasverband angeschlossenen Anstalten, 31.8.1942, ADCV 125.81.030, Fasz. 1.

¹⁸³ Archiv Marienhospital, Chronik (Eintrag 1939; vgl. auch Einträge 1940 und 1942); zur gleichen Einschätzung gelangte beispielsweise auch die Heil- und Pflegeanstalt Marienberg, Heil- und Pflegeanstalt Marienberg an die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 3.10.1939, betr.:

Zu einem vergleichbaren Urteil gelangte der Caritasverband für Württemberg im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit der Abteilung Kinderlandverschickung der Hitlerjugend.¹⁸⁴ Im Zuge der Beschlagnahme durch die Volksdeutsche Mittelstelle klagten die Einrichtungen hingegen über Schwierigkeiten insbesondere bei der Vergütung für die Nutzung der Räume.¹⁸⁵

Der Betrieb eines »Umsiedlungslagers« wurde grundsätzlich durch die Volksdeutsche Mittelstelle übernommen, die damit auch Anstellungsträger des Personals wurde.¹⁸⁶ Hingegen waren die Vereinbarungen, die im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von kirchlichen Einrichtungen durch die Wehrmacht getroffen wurden, unterschiedlich. Dies galt insbesondere im Hinblick auf die Errichtung von Reservelazaretten. Die einschlägigen Regelungen bezogen sich in erster Linie auf zwei Varianten. Die erste Variante bezog sich auf Einrichtungen, die in ihrer Gesamtheit für die Errichtung eines Reservelazaretts in Anspruch genommen wurden. In diesem Fall sollte das Personal, das für den Betrieb des Lazaretts benötigt wurde, von der Wehrmacht übernommen werden. Die zweite Variante bezog sich auf Einrichtungen, die nur teilweise als Reservelazarett genutzt wurden. Die Regelungen sahen für diesen Fall vor, dass der jeweilige Anstaltsträger die Gesamtbewirtschaftung behalten sollte,

Überlassung eines Teils unserer Anstalt für Lazarettzwecke, StAL, E 191, Bü. 6897; vgl. *Leugers*, Gegen eine Mauer (wie Anm. 29), S. 154 f.

¹⁸⁴ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1943, V. Anstaltsbetriebe des Caritasverbandes, ADCV, 125.81.030, Fasz. 1; vgl. *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 81 f.

¹⁸⁵ Bis März 1942 war eine »vorläufige Regelung« der Vergütung für die Inanspruchnahme von Räumen und Gebäuden konfessioneller Einrichtungen aufgrund des RLG getroffen worden, nachdem dem RMdI über in diesem Zusammenhang entstandene »Unzuträglichkeiten« berichtet worden war. Mit einer »endgültigen Regelung« wurde vom RMdI »bis auf weiteres« nicht gerechnet; RMdI an den Württembergischen Innenminister, 15.5.1942, betr: Vergütung für die Inanspruchnahme von Räumen und Gebäuden konfessioneller Einrichtungen auf Grund des RLG, StAL, E 191, Bü. 3604; vgl. auch: Diözesanverwaltungsrat an den Württ. Innenminister und Wirtschaftsminister, Rottenburg, 8.10.1941, betr.: Entschädigung von kirchlichen Anstalten für die Unterbringung Volksdeutscher Rückwanderer, DAR, G 1.6, Nr. 18; *Leugers*, Gegen eine Mauer (wie Anm. 29), S. 155; vgl. am Beispiel der Abtei Münsterschwarzach: *Düring*, Wir weichen nur der Gewalt (wie Anm. 29), S. 191.

¹⁸⁶ *Leniger*, »Heim im Reich?« (wie Anm. 27), S. 89 f.

sofern nicht für das Reservelazarett ein eigener Wirtschaftsbetrieb eingerichtet wurde.¹⁸⁷

Beispiele für die Praxis der Bewirtschaftung von Teillazaretten durch den Anstaltsträger stellten im Bereich der Diözese Rottenburg das Sanatorium Carolinum und das Rochusstift in Bad Mergentheim dar. Die Bewirtschaftung der Lazarette übernahm die Kirchen- und Hospitalstiftungsverwaltung Bad Mergentheim.¹⁸⁸ Als eigene Wirtschaftsbetriebe wurden hingegen die im Schwesternerholungsheim Talheim und im Mutterhaus der Vinzenterinnen von Untermarchtal errichteten Teillazarette geführt. Aufgrund der Vereinbarung zwischen der Wehrmacht und dem für die Genossenschaft eingesetzten Treuhänder wurde die Wehrmacht Anstellungsträger der Schwestern und des landwirtschaftlichen Personals.¹⁸⁹ In der Praxis wurden darüber hinaus noch weitere Vertragsvarianten entwickelt.

So schufen in einzelnen Fällen Schwestern bzw. Ordensangehörige besondere Rechtsformen, um ein Lazarett betreiben zu können. Dies war beispielsweise bei dem in der Studienanstalt Maria Hilf in Bad Mergentheim errichteten Lazarett der Fall. Anfang März 1945 übernahm eine Gruppe, der ein Bruder, ein Lazarettgeistlicher, fünfzehn Weiße Schwestern und fünf Caritasschwestern angehörten, in der Rechtsform der »Gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Trier GmbH« den Betrieb des von der Wehrmacht in der Studienanstalt Maria Hilf errichteten Lazaretts. Teil der Vereinbarung war unter anderem, dass die GmbH das gesamte Pflege- und Hauspersonal stellte. Die Leistungen der GmbH wurden über entsprechende Pflegesätze vergütet.¹⁹⁰

¹⁸⁷ Sonderabdruck Nr. 95 aus dem Ministerialblatt des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern 1939, Nr. 43 (Inanspruchnahme ziviler Anstalten u. dgl. zur Einrichtung von Reservelazaretten), Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Verträge.

¹⁸⁸ Der Vorsitzende der Hospital- und Stiftungsverwaltung an das Wehrbezirkskommando Bad Mergentheim, 24.3.1943, DAR, G.1.1-D 9. 3a.

¹⁸⁹ Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich (Reichsfiskus Heer) und dem Treuhänder für das eingezogene Vermögen der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern in Untermarchtal vom 19.11.1942 (mit Wirkung ab 20.5.1942), Zusatzvereinbarung zu der Vereinbarung vom 19.11.1942 vom 27.3.1943, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Verträge.

¹⁹⁰ Gemeinnützige Kranken- und Pflegeanstalten Trier GmbH an das Generalvikariat in Rottenburg, 29.1.1945, DAR, G 1.1-D 9.3a; Bischöfliches Ordinariat an das Kuratorium der Bischöflichen Studienanstalt

Vor dem Hintergrund der Ausweitung der Kriegshandlungen wurden von der Wehrmacht im Verlauf des Jahres 1942 weiterhin zusätzliche Lazarette in den Klöstern Bonlanden und Obermarchtal, im Töchterinternat St. Klara in Rottenburg, im Gesellenhaus Stuttgart und im Kurhaus St. Elisabeth in Freudenstadt eingerichtet.¹⁹¹ Letzteres war zuvor von der Hitlerjugend zur Kinderlandverschickung in Anspruch genommen worden. Das Schulhaus des Klosters Bonlanden war bereits im September 1941 von der Wehrmacht zur Einrichtung eines Lazaretts beschlagnahmt worden. Es wurde im März 1942 erstmals mit Verwundeten belegt, deren Pflege die Schwestern übernahmen.¹⁹² Das Kinderheim St. Josef in Ludwigsburg-Hoheneck war, mit Ausnahme der für die Kinder vorgesehenen Räume, seit August 1941 als Lazarett beschlagnahmt und bis Sommer 1942 mit Verwundeten voll belegt.¹⁹³

Das Schwesternerholungsheim Talheim wurde von der Wehrmacht Anfang Mai 1942 zur Einrichtung eines Teillazaretts »auf unbestimmte Zeit« in Anspruch genommen, am 20. Mai 1942 das Mutterhaus Untermarchtal. Die Vinzenterinnen hatten ferner die Gutsbetriebe St. Veit in Untermarchtal und in Talheim der Wehrmacht zur Versorgung der Verwundeten zur Nutzung zu überlassen.¹⁹⁴

Maria Hilf, 31.1.1945, DAR, G 1.1–D 9.3a; Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf an das Bischöfliche Ordinariat, 1.3.1945, betr.: Übernahme des Res.-Lazaretts in Maria Hilf durch die Weißen Schwestern von Trier, DAR, G 1.1–D 9.3a.

¹⁹¹ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1942 (S. 2), DAR, G 1.1, C 16.6 f.

¹⁹² Generalat der Franziskanerinnen von Bonlanden an die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, 24.9.2001; darin Auszüge der Chronik des Klosters Bonlanden, Eintrag 1941, S. 84, Eintrag 1942, S. 91, Kongregationsarchiv Bonlanden; Das Kloster Bonlanden, S. 22.

¹⁹³ St. Josefs-Kinderheim Ludwigsburg-Hoheneck an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 24.6.1942, betr.: Unterbringung von Obdachlosen, StAL, E 191, Bü. 6878.

¹⁹⁴ Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich (Reichsfiskus Heer) und dem Treuhänder für das eingezogene Vermögen der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern in Untermarchtal vom 19.11.1942 (mit Wirkung ab 20.5.1942), Zusatzvereinbarung zu der Vereinbarung vom 19.11.1942 vom 27.3.1943, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Verträge. Das in Untermarchtal von der Wehrmacht errichtete Lazarett wurde von dieser während der gesamten Kriegsdauer betrieben; Rückgabe-Niederschrift vom 14.5.1945,

Im Verlauf des Jahres 1942 wurde die Zahl der für die Wehrmacht zur Verfügung gestellten Betten im Sanatorium Bad Ditzzenbach von 120 im Jahre 1941 auf 190 erhöht.¹⁹⁵ Bereits Ende des Jahres 1941 hatte die Stadt Stuttgart begonnen, Plätze im Bürgerhospital frei zu machen, indem sie Alte und Gebrechliche in Anstalten außerhalb Stuttgarts unterbrachte, um zusätzliche Aufnahmekapazitäten für Kranke zu schaffen.¹⁹⁶ Außerdem sah die Stadt Stuttgart im Frühjahr 1942 vor, für kranke Kinder weitere Plätze in den Stuttgarter Heimen zu schaffen, indem gesunde Kinder aus den Stuttgarter Heimen herausgenommen und in Heime auf dem Land verlegt werden sollten.¹⁹⁷

Angesichts der stärker einsetzenden Luftangriffe auf städtische und industrielle Zentren wurde es außerdem notwendig, in zunehmend größerem Umfang Bevölkerungsgruppen aus gefährdeten Gebieten zu evakuieren.

Vor dem Hintergrund der Luftangriffe auf die Stadt Köln und ihre Umgebung wurde die Zentralleitung von der Gebietsführung der Hitler-Jugend Abteilung Kinderlandverschickung Mitte Mai 1942 aufgefordert, dieser weitere Plätze in württembergischen Erziehungsheimen für die Unterbringung von Kindern aus luftkriegsgefährdeten Gebieten zur Verfügung zu stellen. Daraufhin wurden das evangelische Erziehungsheim Herbrechtingen im Kreis Heidenheim, das Konfirmandenheim Altshausen im Kreis Saulgau und die Zweiganstalt Göttelfingen des Bruderhauses Reutlingen mit Kindern belegt.¹⁹⁸ Im Jahre 1943 waren auch in den katholischen Einrichtungen

Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Verträge.

¹⁹⁵ Haus-Chronik Bad Ditzzenbach 1927–1951 (Einträge 1941 und 1942), Vinzenz-Klinik Bad Ditzzenbach. Bis Anfang des Jahres 1945 erhöhte sich die Zahl der zur Verfügung gestellten Betten weiter auf 220, Haus-Chronik Bad Ditzzenbach 1927–1951 (Einträge 1945), Vinzenz-Klinik Bad Ditzzenbach.

¹⁹⁶ 65 Frauen und 35 Männer wurden in die Landesfürsorgeanstalt Markgröningen verlegt; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 1.3.1941, betr.: Anstaltswesen, StAL, E 191, Bü. 6878.

¹⁹⁷ Notiz der Zentralleitung vom 12.5.1942 über eine Besprechung mit Vertretern der Stadt Stuttgart am 8.5.1942, StAL, E 191, Bü. 6878.

¹⁹⁸ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an das Württ. Landesjugendamt, 13.7.1942, betr.: Verwendung von Anstalten und Heimen zur Unterbringung Minderjähriger für Zwecke der erweiterten Kinderlandverschickung (auf den Erlass vom 18.5.1942),

St. Raphaelspflege Unterdeufstetten und St. Annapflege in Leutkirch Kinder aus dem Rheinland einquartiert.¹⁹⁹

Mitte April 1943 fand eine Besprechung zwischen der Gebietsführung der Hitlerjugend mit dem Caritasverband für Württemberg über die Frage der Belegung von katholischen Anstalten und Heimen mit Anstalts- und Heimbewohnern aus der Rheinprovinz statt. Außerdem trat die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt an den Caritasverband mit dem Anspruch heran, dass in Süddeutschland 2000 Alte und Gebrechliche aus luftkriegsgefährdeten Gebieten in Norddeutschland untergebracht werden müssten.²⁰⁰

Mitte August 1943 wurde auch die Stadt Stuttgart vom Luftgaukommando angewiesen, aus seinen in der Innenstadt befindlichen Krankenanstalten möglichst sämtliche nicht gehfähigen Kranken in so genannten »Ausweichkrankenhäusern« außerhalb der Stadt unterzubringen. In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise die Kuranstalt »Deutscher Hof« in Bad Mergentheim der Stadt Stuttgart zur Einrichtung von Pflegeabteilungen von chronisch Kranken und Pflegebedürftigen überlassen.²⁰¹ Die Planungen sahen außerdem vor, die in der näheren Umgebung befindlichen Kinderheime für die Aufnahme kranker Kinder aus den Stuttgarter Kinderkrankenanstal-

StAL, E 191, Bü. 6878; vgl. auch: NSDAP, Hitler-Jugend, Gebiet Württemberg an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, Stuttgart, 26.5.1942, betr.: Verwendung von Anstalten und Heimen zur Unterbringung Minderjähriger für Zwecke der erweiterten Kinderlandverschickung, StAL, E 191, Bü. 6878.

¹⁹⁹ St. Raphaelspflege Unterdeufstetten an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 8.4.1943, StAL, E 191, Bü. 3646; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Bezirksschulrat in Leutkirch, 5.9.1943, StAL, E 191, Bü. 3565.

²⁰⁰ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 28.4.1943. Die Belegung von Anstalten und Heimen durch Pfleglinge und Zöglinge aus luftkriegsgefährdeten Gebieten, StAL, E 191, Bü. 6878; vgl. zusammenfassend zur Evakuierung von Kranken, Pflegebedürftigen und Alten aus luftkriegsgefährdeten Zentren: *Krause*, Flucht (wie Anm. 109), S. 143–146.

²⁰¹ Der Oberbürgermeister der Stadt der Auslandsdeutschen an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 23.11.1944, betr.: Verlegung von Insassen der hiesigen Altersheime nach auswärts, StAL, E 191, Bü. 6984.

ten zu räumen und die dort bisher untergebrachten Kinder in weiter entfernte Kinderheime einzuweisen.²⁰²

Im Zuge dieser Verlegungsmaßnahme wurde das Kinderheim Neuhausen bis November 1943 mit Kindern aus der Stuttgarter Olgaheilanstalt belegt. Um den benötigten Platz im Kinderheim zu schaffen, waren zuvor ca. 50 Kinder aus dem Kinderheim Neuhausen in das Kinderheim St. Josef in Baidt gebracht worden, ein Teil der Kinder war in Familienpflegestellen untergebracht und teilweise auch von den Müttern nach Hause genommen worden.²⁰³

Im Verlauf des Jahres 1944 weitete sich der Zugriff auf die Anstalten in noch stärkerem Maße aus. Anfang Oktober 1944 wies der Württembergische Innenminister die Heimleitungen der württembergischen Altersheime an, sämtliche frei werdenden Plätze in den Altersheimen der Zentralleitung zu melden. Dadurch sollte gewährleistet werden, dass alte und gebrechliche Personen aus Stuttgart in außerhalb des Stadtgebiets liegenden Altersheimen untergebracht werden konnten.²⁰⁴ Auf diese Anordnung hin stellte beispielsweise die Pflgeanstalt Heggbach ein Gebäude, in dem von der Wehrmacht zuvor ein Kriegsgefangenenlager unterhalten worden war, zur Einquartierung alter Menschen zur Verfügung.²⁰⁵

Auf diese Anordnung folgte Mitte November 1944 ein Erlass des Reichsminister des Innern, der als »Mindestforderung« fest-schrieb, 10 v. H. des Raumes aller Anstalten für Minderjährige als Krankenhausraum oder Raum für Kriegssiechenheime frei zu machen.²⁰⁶ Das Landesjugendamt stellte daraufhin fest, dass in Würt-

²⁰² Der Oberbürgermeister der Stadt der Auslandsdeutschen an den Landrat in Esslingen, 9.9.1943, betr.: Luftschutzmaßnahmen für das Kinderheim Neuhausen/Fildern, StAL, E 191, Bü. 3930.

²⁰³ Notiz, Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.11.1943, Kinderheim Neuhausen a.F., StAL, E 191, Bü. 3930; Notiz, Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg (undatiert), Kinderheim Neuhausen a.F., StAL, E 191, Bü. 3930; Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1943, VI. Anstaltsbetreuung, ADCV, 125.81.030, Fasz. 1.

²⁰⁴ Der Württ. Innenminister an die Landräte, 11.10.1944, betr.: Belegung von Altersheimen, StAL, E 191, Bü. 6984.

²⁰⁵ Pflgeanstalt Heggbach an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 17.11.1944, betr.: Unterbringung von alten Leuten aus Stuttgart, StAL, E 191, Bü. 6998.

²⁰⁶ Runderlass des RMdI vom 22.11.1944, betr.: Errichtung von Ausweichkrankenhäusern und Kriegssiechenheimen, HStA, E 151/09, Bü. 6; Runderlass des RMdI vom 27.11.1944, betr.: Verwendung von Anstal-

temberg schon weit mehr Raum in den Anstalten und Heimen für Minderjährige für diesen Zweck zur Verfügung gestellt und außerdem in großem Umfang auch Kapazitäten für weitere kriegswichtige Nutzungen zur Verfügung gestellt worden seien. Daher sei es nicht mehr möglich, noch weiteren Raum in diesen Anstalten zu schaffen.²⁰⁷

Bis November 1944 war inzwischen mit der Einweisung kranker Kinder aus der Olgaheilanstalt in die St. Vinzentiuspflege Donzdorf begonnen worden. Bei dieser Verlegungsmaßnahme wurde mit der Unterbringung von 150 Kindern kalkuliert.²⁰⁸ Auch die nicht-katholischen Einrichtungen Heil- und Pflegeanstalt Stetten, das Wächterheim in Kirchheim/Teck, das Weraheim in Hebsack und das Fürsorgeheim Oberurbach wurden mit Kindern belegt. In der Paulinenpflege in Winnenden wurden pflegebedürftige Alte untergebracht.²⁰⁹

Darüber hinaus wurden bis November 1944 ein Teil des Fürsorgeheims Schönbühl und ein Teil der Pflegeanstalt Mariaberg von der Kinderlandverschickung genutzt.²¹⁰ Im Missionshaus Josefstal

ten und Heimen zur Unterbringung von Ausweichkrankenhäusern und Kriegssiechenheimen, HStA, E 151/09, Bü. 6.

²⁰⁷ Bericht des Landesjugendamts an den RMdI auf die Runderlasse vom 22.11.1944 und 27.11.1944 (undatiert), betr.: Verwendung von Anstalten zur Unterbringung von Ausweichkrankenhäusern und Kriegssiechenheimen, HStA, E 151/09, Bü. 6.

²⁰⁸ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen an den Verwaltungsdirektor Olgaheilanstalt Stuttgart, 27.11.1944, betr.: Inanspruchnahme der Vinzentiuspflege in Donzdorf für Zwecke der Olgaheilanstalt, StAL, E 191, Bü. 3518; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Herrn Innenminister – Landesjugendamt –, 28.9.1944, betr.: St. Vinzentiuspflege Donzdorf, StAL, E 191, Bü. 3518.

²⁰⁹ Bericht des Landesjugendamts an den RMdI auf die Runderlasse vom 22.11.1944 und 27.11.1944 (undatiert), betr.: Verwendung von Anstalten zur Unterbringung von Ausweichkrankenhäusern und Kriegssiechenheimen, HStA, E 151/09, Bü. 6; vgl. auch: Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 4.10.1944, betr.: Inanspruchnahme der Anstalten der freien Wohlfahrtspflege für kriegswichtige Zwecke, HStA E 151/09, Bü. 6.

²¹⁰ Bericht des Landesjugendamts an den RMdI auf die Runderlasse vom 22.11.1944 und 27.11.1944, betr.: Verwendung von Anstalten zur Unterbringung von Ausweichkrankenhäusern und Kriegssiechenheimen, HStA, E 151/09, Bü. 6.

wurden im Verlauf des Jahres 1944 ebenfalls Kinder aus luftkriegsgefährdeten Gebieten einquartiert.²¹¹

Im Herbst 1944 wurden außerdem im Zuge der Mobilisierung letzter militärischer Aufgebote weitere Fürsorgeerziehungsheime durch die Gebietsführung der Hitler-Jugend zur Einrichtung so genannter »Wehrrertüchtigungslager« beansprucht.²¹² Die Gebietsführung der Hitlerjugend fand hierbei Unterstützung im Württembergischen Innenministerium. Trotz der erheblichen Bedenken, welche die Zentralleitung gegenüber diesem Vorhaben geltend machte, da sie die Fürsorgeerziehung angesichts der zahlreichen Zweckentfremdungen der Anstalten in ihren Grundlagen gefährdet sah,²¹³ wurden in der Folgezeit württembergische Erziehungsheime auch für die militärische Ausbildung Jugendlicher genutzt.

Im Erziehungsheim St. Antonius in Salzstetten wurden bis November 1944 etwa 200 Jungen aus dem geräumten Wehrrertüchtigungslager Bergzabern und im Erziehungsheim Lichtenstern 227 Jugendliche eines aus der Pfalz verlegten Wehrrertüchtigungslagers aufgenommen. In Salzstetten sollte eine Abteilung von etwa 30 bis 40 Jungen des ältesten schulpflichtigen Jahrgangs verbleiben, um die Anstaltswirtschaft, einschließlich der Landwirtschaft, aufrecht erhalten zu können. Im Hinblick auf die Inanspruchnahme der Erziehungsheime Oggelsbeuren und Mulfingen, die ebenfalls für diesen Zweck vorgesehen waren, waren bis Dezember 1944 die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.²¹⁴

²¹¹ Archiv der Comboni-Missionare, Ergänzung der Chronik vom 1.9.1945.

²¹² Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Landrat des Kreises Nürtingen, 31.10.1944, betr.: Errichtung eines Bannausbildungslagers, HStA, E 151/09, Bü. 6; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg dem Württ. Innenminister zur Kenntnisnahme, 31.10.1944, HStA, E 151/09, Bü. 6; Besprechungsnotiz für das Landesjugendamt, 3.11.1944, betr.: Verwendung von Fürsorgeerziehungsanstalten für die erweiterte Wehrhaftmachung der deutschen Jugend, HStA, E 151/09, Bü.6.

²¹³ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an die Gebietsführung der Hitler-Jugend, 1.11.1944, betr.: Inanspruchnahme von Fürsorgeerziehungsanstalten für kriegswichtige Zwecke, HStA, E 151/09, Bü. 6.

²¹⁴ Geschäftsteil Nr. IX im Württembergischen Innenministerium an den RMdI, 2.12.1944, betr.: Verwendung von Fürsorgeerziehungsheimen als WE-Lager, HStA, E 151/09, Bü. 6; vgl. auch: Diözesanverwaltungsrat an die Zentralleitung für Wohltätigkeit, 13.11.1944, betr.: Beanspruchung von Fürsorgeanstalten für Wehrrertüchtigungslager, StAL, E 191, Bü. 6878. Ein Teil der zuvor im Erziehungsheim Salzstetten unterge-

Das Missionshaus Josefstal in Ellwangen wurde ab Herbst 1944 ebenfalls für die militärische Schulung Jugendlicher genutzt.²¹⁵

Die Zentralleitung veranschlagte im Dezember 1944 die Zahl der Plätze, die in württembergischen Erziehungsanstalten und Heimen für Minderjährige für andere Zwecke freigemacht worden waren, auf insgesamt 1.980.²¹⁶

Die Zentralleitung musste vor dem Hintergrund dieser Entwicklung feststellen: »Die allgemeine Raumnot ist ungewöhnlich groß und nimmt immer mehr zu.« Sie forderte daher die Heimleitungen auf, Säuglinge und Kleinkinder nach Möglichkeit in Familienpflegestellen unterzubringen bzw. Schulpflichtige und Schulentlassene nach Hause zu entlassen oder ebenfalls in Privatfamilien unterzubringen. Außerdem sollte durch die Aufstellung von zweistöckigen Bettstellen weitere Plätze geschaffen werden.²¹⁷ Ende des Jahres 1944 wurde darüber hinaus mit der Räumung von Erziehungsanstalten im Westen begonnen und deren Insassen in württembergischen Erziehungsanstalten untergebracht.²¹⁸ Der Caritasverband konstatierte über die Entwicklung im Jahre 1944: »Auch was noch verfügbar war an kirchlichen und karitativen Räumen, wurde von den zuständigen Stellen in Beschlag genommen.«²¹⁹

brachten Jugendlichen wurde in die Erziehungsanstalten Heiligenbronn eingewiesen; Erziehungsanstalten Heiligenbronn an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 12.1.1945, betr.: Zusätzliche Belegung, StAL, E 191, Bü. 3548.

²¹⁵ Archiv der Comboni-Missionare, Ergänzung der Chronik vom 1.9.1945.

²¹⁶ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 11.12.1944, betr.: Erlass des RMdI vom 27.11.1944, HStA, E 151/09, Bü. 6.

²¹⁷ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 23.11.1944, betr.: Äußerste Raumausnutzung in den Anstalten usw., StAL, E 191, Bü. 6878.

²¹⁸ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 11.12.1944, betr.: Erlass des RMdI vom 27.11.1944, HStA, E 151/09, Bü. 6; vgl. auch: Schnellbrief des RMdI vom 27.10.1944, betr.: Verlegung von FE-Heimen aus gefährdeten Grenzgebieten, HStA, E 151/09, Bü. 6.

²¹⁹ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1944 (S. 1), DAR, G 1.1, C 16.6 f.

1.3 Die Rolle der Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, des Caritasverbandes und seiner Beratungsstelle

Angesichts des Umstandes, dass der Personalmangel eines der zentralen Probleme darstellte, mit denen sich die Anstalten während der Kriegsjahre konfrontiert sahen, unterstützte die Zentralleitung in direkten Verhandlungen mit der Wehrersatzinspektion die Anstalten bei ihren Bemühungen um Unabkömmlichstellung des Personals und bot im Oktober 1939 an, »sich auf Wunsch der Wehrbezirkskommandos zu den einzelnen Gesuchen gutachtlich zu äußern«. ²²⁰ So unterstützte die Zentralleitung unter anderem die Bemühungen der Direktion des Konradiheimes, den in der Landwirtschaft beschäftigten Verwalter und Aufseher unabkömmlich zu stellen. Da von diesen beiden Angestellten der Erhalt des Fürsorgeheimes abhängig sei, insofern als diese auch die Aufsicht über die in der Landwirtschaft eingesetzten Jugendlichen führten, sei deren Verbleib notwendig. ²²¹ Hilfeleistung von der Zentralleitung erhielt auch die Piuspflege Oggelsbeuren bei ihrem Bemühen, den in der Erziehungsanstalt beschäftigten Oberknecht vom Heeresdienst freizustellen. ²²² Ferner befürwortete die Zentralleitung gegenüber dem Wehrbezirkskommando den Antrag des Leiters der Erziehungsanstalten Heiligenbronn um Unabkömmlichstellung. ²²³

Ein weiterer Verhandlungspartner der Zentralleitung war in diesem Zusammenhang das Landesarbeitsamt. Bei diesem intervenierte

²²⁰ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an die Heeresersatzinspektion, 7.10.1939, betr.: Sicherstellung des Personals der württ. Erziehungs- und Pflegeanstalten, StAL, E 191, Bü. 6896.

²²¹ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen an das Wehrmeldeamt Ehingen, 20.3.1940, betr.: U.K.-Antrag, StAL, E 191, Bü. 3604.; vgl. auch: Direktion des St. Konradihauses an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 15.3.1940, betr.: U.K.-Anträge für zwei landwirtschaftliche Angestellte, StAL, E 191, Bü. 3604.

²²² Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen an das Wehrbezirkskommando Ehingen, 23.11.1939, betr.: Unabkömmlichstellung, StAL, E 191, Bü. 3588.

²²³ Erziehungsanstalten Heiligenbronn an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 12.11.1943, betr.: Antrag auf uk-Stellung, StAL, E 191, Bü. 3548; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an das Wehrbezirkskommando, 15.11.1943, betr.: uk-Stellung, StAL, E 191, Bü. 3548.

die Zentralleitung mit dem Ziel, für die Anstaltsbetriebe zusätzliche Arbeitskräfte zugewiesen zu erhalten.²²⁴

Insofern nahm die Zentralleitung bei der Sicherstellung des Personals der Anstalten die Rolle eines Verhandlungspartners mit staatlichen Behörden wahr und fungierte als Mittler zur Durchsetzung der Interessen der Anstaltsleitungen.

Unterstützung erhielten die Einrichtungen in dieser Frage auch von der Beratungsstelle des Caritasverbandes. Diese informierte die dem Caritasverband angeschlossenen Anstalten angesichts des Arbeitskräftemangels in den Einrichtungen über die Möglichkeiten des Rückgriffs auf ausländische Arbeitskräfte. Die Beratungsstelle gab den Anstaltsleitungen unter anderem Anregungen, auf welche Weise sie die notwendigen Voraussetzungen für eine Zuteilung von Kriegsgefangenen schaffen konnten. Da die Mindeststärke eines Arbeitskommandos in landwirtschaftlichen Betrieben zehn Gefangene betragen musste, empfahl die Beratungsstelle den Anstalten, mit benachbarten Landwirten gemeinsam die Stellung eines Arbeitskommandos beim Arbeitsamt zu beantragen. Der »Ausländereinsatz« wurde von der Beratungsstelle ausschließlich unter unternehmerischer Perspektive thematisiert. So machte sie die Einrichtungen darauf aufmerksam, dass die Arbeitszeit und Arbeitsdauer »nach Ortsgebrauch und körperlicher Leistungsfähigkeit« zu bestimmen sei. Die Arbeitskraft der Kriegsgefangenen sei »scharf anzuspannen«, bei längerer Krankheitsdauer könnten die Kriegsgefangenen in das Lager zurückgeschickt werden.²²⁵

Während sich die Position der Zentralleitung bei der Personalpolitik in erster Linie darauf konzentrierte, den Anstalten ein gewisses Potential an Arbeitskräften zu sichern, erwies sich die Rolle der Zentralleitung im Kontext der Zweckentfremdung und Beschlagnahme von Anstalten als wesentlich differenzierter.

²²⁴ Vgl. unter anderem Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Präsidenten des Landesarbeitsamts Württemberg, 19.5.1943, betr.: Mangel an Personal in württ. Anstalten und Heimen, StAL, E 191, Bü. 6878; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an das Landesarbeitsamt, 26.5.1943, betr.: Personalmangel in den Anstalten der freien Wohlfahrtspflege, StAL, E 191, Bü. 6878.

²²⁵ Beratungsstelle des Caritas-Verbandes für Württemberg an die dem Caritasverband angeschlossenen Anstalten, 12.8.1940, ADCV 125.81.030, Fasz. 1; Beratungsstelle des Caritas-Verbandes für Württemberg an die dem Caritasverband angeschlossenen Anstalten, 24.4.1941, ADCV 125.81.030, Fasz. 1.

Über die Beschlagnahme von Anstalten der freien Wohlfahrts-
pflege durch die Volksdeutsche Mittelstelle, die Ende Oktober 1940
einsetzte, wurde die Zentralleitung erst rückwirkend informiert. Die
Zentralleitung hatte sich wohl bemüht, in die Planungen miteinbe-
zogen zu werden, doch der Kreisleiter in Heilbronn, der mit der
Durchführung der Maßnahmen in Württemberg beauftragt war, hat-
te dies abgelehnt. Die Zentralleitung protestierte beim Württember-
gischen Innenministerium und forderte: »Ich bitte den Herrn In-
nenminister, dafür zu sorgen, dass die Zentralleitung mit ihren Er-
fahrungen eingeschaltet wird, damit sie zu einer möglichst reibungs-
losen Beschlagnahme und Räumung der württembergischen Anstal-
ten zu Gunsten der Unterbringung der Volksdeutschen aus der Bu-
kowina beitragen kann.«²²⁶ Diese und weitere Interventionen beim
Württembergischen Innenministerium beschieden der Zentralleitung
jedoch keinen Erfolg. Die Zentralleitung blieb sowohl von den Pla-
nungen zur Einrichtung von »Umsiedlungslagern« der Volksdeut-
schen Mittelstelle als auch weiterer von der Partei und Wehrmacht
beabsichtigten Zweckentfremdungen ausgeschlossen, wenngleich
sich die Zentralleitung durchaus bereit zeigte, an der Organisation
der unterschiedlichen Nutzungsänderungen und Zweckentfremdungen
von Anstalten mitzuwirken.²²⁷

Ein zentrales Motiv bestand darin, dass die Zentralleitung durch
die zahlreichen eigenständig operierenden Stellen ihre Position als
der mit der Leitung der Anstalten der freien Wohlfahrtspflege
betrauten Institution gefährdet sah. Weiterhin verfolgte die Zentral-
leitung das Interesse, ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen,
zumindest einen Teil der Anstalten ihrem ursprünglichen Zweck zu
erhalten und somit ein aus ihrer Perspektive funktionsfähiges System
der Wohlfahrtspflege zu erhalten. So betonte sie im Juni 1941, dass
die Zahl der Pflegeanstalten nicht zu sehr verringert werden dürfe,
denn die Fürsorgeverbände würden sich bereits jetzt schon mit der
Situation konfrontiert sehen, dass in keine der Anstalten weitere

²²⁶ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an
den Württ. Innenminister, Stuttgart, 12.11.1940, betr.: Unterbringung
von Volksdeutschen aus der Bukowina in württ. Anstalten, StAL, E
191, Bü. 6896; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in
Württemberg, Stuttgart, 1.6.1941, Der derzeitige Stand und die Neu-
planung im Anstaltswesen, StAL, E 191, Bü. 6878.

²²⁷ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an
den Württ. Innenminister, 1.3.1941, betr.: Anstaltswesen, StAL, E 191,
Bü. 6878.

Pfleglinge eingewiesen werden könnten. Der Versuch, die Pfleglinge nach Hause zu entlassen, habe sich nicht bewährt. Es habe sich nach kurzer Zeit gezeigt, dass dies nur in seltenen Fällen auf die Dauer möglich sei. Die Pfleglinge bedeuteten eine ungeheure Belastung der Familien. Auch an Anstalten der Wirtschaftsfürsorge, unter diesen insbesondere Alters- und Wohnheime, bestehe ein erheblicher Bedarf, der in den kommenden Jahren noch größer werde.²²⁸

Am Prinzip des Erhalts einer funktionsfähigen Wohlfahrtspflege hielt die Zentralleitung während der gesamten Kriegszeit fest. So erhob die Zentralleitung auch Beschwerde, als der Landrat in Ehingen im Juli 1941 das Konradihaus für Zwecke der Volksdeutschen Mittelstelle beschlagnahmte, da sie den Erhalt der Einrichtung bedroht sah, und betonte gegenüber dem Württembergischen Innenminister: »Ich muss daher von meinem Standpunkt aus dringend bitten, dass das Konradihaus in Schelklingen für seine Aufgabe als Fürsorgeerziehungsanstalt [...] erhalten bleibt.«²²⁹ Diese Position erhielt die Zentralleitung auch aufrecht, als im Juni 1942 weitere Gebäude und ein Teil der Landwirtschaft des St. Konradihauses für das dort errichtete »Umsiedlungslager« beschlagnahmt wurden.²³⁰ Die Zentralleitung wandte sich weiterhin energisch gegen Pläne der Gebietsführung der Hitlerjugend zur Jahreswende 1944/1945, weitere Fürsorgeerziehungsanstalten zur Errichtung von Wehrrüchtigungslagern zu beschlagnahmen, da sie angesichts der bis dahin umfangreichen Zweckentfremdungen der Anstalten die Fürsorgeerziehung in grundsätzlicher Hinsicht bedroht sah.²³¹

²²⁸ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, Stuttgart, 1.6.1941, Der derzeitige Stand und die Neuplanung im Anstaltswesen, StAL, E 191, Bü. 6878; vergleichbar war der Duktus auch in der Niederschrift vom Dezember 1941: Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Beirats am 16.12.1941, StAL, E 191, Bü. 6878.

²²⁹ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 25.7.1941, betr.: Beschlagnahme des St. Konradihauses in Schelklingen, StAL, E 191. Bü. 3604.

²³⁰ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 23.6.1942, betr.: Inanspruchnahme des St. Konradihauses in Schelklingen für Zwecke der Festigung deutschen Volkstums, StAL, E 191. Bü. 3604.

²³¹ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an das Landesjugendamt, 4.1.1945, HStA, E 151/09, Bü. 506a; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an das Landesjugendamt, 31.1.1945, HStA, E 151/09, Bü. 506a.

Dieses Interesse am Erhalt eines funktionsfähigen Fürsorgesystems führte zu einer partiellen Interessensidentität mit den Einrichtungen bei ihrem Bemühen, eine Inanspruchnahme bzw. Beschlagnahme der Einrichtung abzuwenden. Mit diesem Anliegen traten die Einrichtungen häufig auch direkt an die Zentralleitung heran. Als beispielsweise im Oktober 1944 die Leitung des Kinderheimes Hürbel mit Plänen zur Einrichtung eines Entbindungsheimes in einem Gebäudeteil des Kinderheims konfrontiert wurde, wandte sich diese an die Zentralleitung, sich dafür zu verwenden, »dass das Nebengebäude seinem bisherigen Zweck erhalten bleibt«. ²³² Die Piuspflege Oggelsbeuren wandte sich im Dezember 1944 an die Zentralleitung mit der Bitte, in die Einrichtung weitere Kinder einzuweisen, und führte aus: »Wenn uns keine weiteren Kinder zugewiesen werden, beabsichtigt der Landrat in Ehingen, unser Heim eventuell für ein Altersheim in Anspruch zu nehmen. Um unsere Anstalt ihrem bisherigen Zweck zu erhalten, bitten wir dringend, uns doch Kinder in Bälde zuzuweisen.« ²³³ Die Zentralleitung unterstützte die Piuspflege in dieser Angelegenheit, und zwar insofern erfolgreich, als wohl eine Belegung durch evakuierte Alte erfolgte, der Betrieb der Fürsorgeerziehungsanstalt jedoch zumindest teilweise aufrechterhalten werden konnte. ²³⁴

Der Erhalt der Einrichtungen stellte ebenfalls eines der zentralen Ziele des Caritasverbandes dar. ²³⁵ Nicht jede Nutzungsänderung wurde vom Caritasverband als ungünstig beurteilt. So bewertete der

²³² Kinderheim St. Josef in Hürbel an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 8.10.1944, betr.: Freimachung eines Nebengebäudes für ein geplantes Entbindungsheim, StAL, E 191, Bü. 3553.

²³³ Piuspflege Oggelsbeuren an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 20.12.1944, betr.: Belegung der Anstalt, StAL, E 191, Bü. 3588.

²³⁴ Amt für Volkswohlfahrt an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 31.1.1945, betr.: Belegung der Piuspflege Oggelsbeuren mit Kriegssiechen, StAL, E 191, Bü. 3588; vgl. auch Oggelsbeuren, S. 177–180 in diesem Band.

²³⁵ Vgl. beispielsweise: Caritasverband für Württemberg an den Württ. Innenminister, betr.: Inanspruchnahme der Erziehungsanstalten Piuspflege Oggelsbeuren und Josefspflege Mulfingen als Wehrtüchtigungslager, HStA, E 151/09, Bü. 506a; vgl. *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 80 ff.; *Hammerschmidt*, Wohlfahrtsverbände (wie Anm. 48), S. 361 kommt zum Ergebnis, »dass es dem Caritasverband gelungen ist, seinen Kernarbeitsbereich, die Anstaltsfürsorge, auch während der NS-Zeit im wesentlichen aufrechtzuerhalten«.

Caritasverband die wirtschaftliche Situation des Erholungshauses Marientann, nachdem es von der Kinderlandverschickung beansprucht worden war, als gut. Die Zusammenarbeit mit der Hitlerjugend beschrieb er als reibungslos.²³⁶

Es gab noch weitere Motive, die den Caritasverband bewegten, im Zusammenhang mit Nutzungsänderungen bzw. Zweckentfremdungen von Anstalten initiativ zu werden. Die Bereitstellung von Ressourcen in den Anstalten zur Unterbringung Bedürftiger entsprach dem Selbstverständnis des Caritasverbandes. So forderte der Caritasverband beispielsweise die katholischen Pfarrämter im Januar 1945 auf, bei der Schaffung von zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten für Alte und Kranke als Werk der »kirchlichen Liebestätigkeit« mitzuwirken.²³⁷

Der Umstand, dass die karitativen Einrichtungen durch die Bereitstellung ihrer Ressourcen auch kriegswirtschaftliche Aufgaben übernahmen, wurde vom Caritasverband nicht als problematisch beurteilt. Dieser konstatierte in seinem Tätigkeitsbericht vom Jahre 1944: »Die Kirche wird einmal nach dem Kriege nachweisen können, dass sie in der Bereitstellung von kirchlichem und karitativem Raum eine große Kriegsleistung aufzuweisen hat.«²³⁸

2. Beschäftigungsstruktur

Quantitative Analysen zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, insbesondere auf Regionen oder Städte bezogen, gestalten sich außerordentlich schwierig. Häufig sind lediglich Aussagen zum Einsatz einzelner Gruppen ausländischer Arbeitskräfte zu bestimmten Stichdaten möglich.²³⁹ Diese zu Stichtagen vorgenommenen Aufstel-

²³⁶ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1943, V. Anstaltsbetriebe des Caritasverbandes, ADCV, 125.81.030, Fasz. 1; Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1944 (S. 11), DAR, G 1.1, C 16.6 f.; vgl. *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 81 f.

²³⁷ Caritasverband für Württemberg an alle kath. Pfarrämter der Diözese Rottenburg, Januar 1945, ADCV 125.81.030, Fasz. 1; Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1944 (S. 1), DAR, G 1.1, C 16.6 f.

²³⁸ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1944 (S.12), DAR, G 1.1, C 16.6 f.

²³⁹ Vgl. *Mark Spoerer*, NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtsbezirken, in: *VfZ* 49 (2001), S. 665–684; vgl. zu Baden: *Roland Peter*, Rüstungspolitik in Baden. Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz in einer Grenzregion im Zweiten Weltkrieg, München 1995, S. 332 ff.; vgl. zu einzelnen Städten

lungen können allerdings nicht die insgesamt starke Fluktuation der eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte berücksichtigen. Das hat u.a. zur Folge, dass die Zahl der Arbeitskräfte mit der Zahl der Beschäftigungsverhältnisse nicht identisch ist. Ausländische Arbeitskräfte konnten während ihres Einsatzes im Reichsgebiet mehrere Beschäftigungsverhältnisse eingehen, sei es als Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter. Insgesamt wird die Zahl der während des Zweiten Weltkrieges im Reichsgebiet zur Arbeit herangezogenen zivilen ausländischen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen auf ca. 9,5 bis 13 Millionen veranschlagt.²⁴⁰ Die Bestimmung des Einsatzbereichs ist aufgrund der erheblichen Fluktuation und der innerbetrieblichen Umsetzungen von Zwangsarbeitern ebenfalls nur bedingt möglich. Eine quantitative Analyse zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in katholischen Einrichtungen sieht sich darüber hinaus mit der Problematik konfrontiert, dass Ordensniederlassungen und Anstalten im Verlauf des Krieges starken Veränderungen in ihrer Nutzung und Belegung unterlagen.

Wenngleich im Zuge der Erarbeitung dieser Darstellung auf eine detaillierte Untersuchung der wirtschaftlichen Lage und der personellen Veränderungen der einzelnen dokumentierten Einrichtungen verzichtet werden musste, lassen sich gleichwohl bestimmte Strukturmerkmale feststellen.

Im Bereich der Diözese Rottenburg wurden ausländische Arbeitskräfte in Ordensniederlassungen und ihren angeschlossenen Ökonomien, Heil- und Pflegeanstalten, Kinder-, Erziehungs- und Altersheimen, Krankenhäusern und Heilstätten zur Arbeit herangezogen. Weiterhin lässt sich die Beschäftigung von Zwangsarbeitern bei drei Kirchenpflegen, in einem Studienkolleg, einer Töchterchule, einem Wohnheim, einem Gesellenhaus, einem Schwesternhaus, einem Exerzitienheim und beim Interkalarfonds nachweisen. Der Bereich der Diözese Rottenburg weist insofern eine außerordentlich vielschichtige Beschäftigungsstruktur auf, im Gegensatz etwa zur Situation im Erzbistum Köln, für das sich auf der Grundlage der ersten

Württembergs: *Schäfer*, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik (wie Anm. 18), S. 21 ff.

²⁴⁰ *Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz« (wie Anm. 13), S. 7, nennt ca. 9,5 Millionen zivile ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene; *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 223, ca. 4,6 Millionen Kriegsgefangene und ca. 8,4 Millionen Zivilarbeiter.

Rechercheergebnisse wenige dominante Einsatzbereiche, unter anderem vor allem im Krankenhausbereich, abzeichnen.²⁴¹

Als bedeutende Einsatzbereiche in der Diözese Rottenburg zeigen sich Krankenhäuser, Ordensniederlassungen bzw. Missionshäuser und ihre angeschlossenen Ökonomien, Heil- und Pflegeanstalten und der Wald Imbrand des Interkalarfonds. In diesen vier Bereichen wurde der Großteil der Zwangsarbeiter beschäftigt. Insgesamt konnte die Beschäftigung von 322 ausländischen Arbeitskräften²⁴² in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg festgestellt werden. 248 Beschäftigungsverhältnisse dieser Arbeitskräfte konnten in den obengenannten vier Bereichen nachgewiesen werden.

Durch die Beschlagnahme eines Großteils der Ordensniederlassungen im Bereich der Diözese Rottenburg im Herbst 1940 für Zwecke der Volksdeutschen Mittelstelle wurde die Grundlage für eine Zweckentfremdung, die, wie dargelegt wurde, während der gesamten Kriegszeit andauerte, geschaffen. Die Beschlagnahmungen bezogen sich auf umfangreiche Gebäudekomplexe, da bei der Planung der Umsiedlungslager häufig mit Aufnahmekapazitäten für mindestens 200 Personen kalkuliert wurde. Die den Klöstern angeschlossenen Ökonomien wurden den Einrichtungen teilweise belassen.²⁴³ In diesem Bereich wurde die Mehrzahl der in Ordensniederlassungen und Missionshäusern beschäftigten Zwangsarbeiter eingesetzt. Bei den Ordensniederlassungen und Missionshäusern Bonlanden, Oberdisingen, Reute, Untermarchtal, Blönried, Josefstal, Neresheim, Spaichingen und Weingarten konnte die Beschäftigung von insgesamt 76 ausländischen Arbeitskräften festgestellt werden.²⁴⁴ Von diesen wurden 69 Arbeitskräfte in den angeschlossenen landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt.²⁴⁵ Wie am Beispiel des Klosters Neres-

²⁴¹ Vgl. *Helbach/Oepen*, Einsatz von Zwangsarbeitern (wie Anm. 35), S. 38.

²⁴² Beschäftigungsverhältnisse für 237 Zivilarbeiter und 91 Kriegsgefangene. 6 Kriegsgefangene wurden in den Zivilstatus »überführt«. Bei den genannten 328 handelt es sich um eindeutig nachgewiesene Beschäftigungsverhältnisse. Für einzelne Einrichtungen lagen darüber hinaus Hinweise für weitere Beschäftigungsverhältnisse vor, die sich jedoch aufgrund der bruchstückhaften Quellenlage nicht weiter konkretisieren ließen. Daher stellt dies die Mindestzahl dar.

²⁴³ Vgl. S. 48–72 in diesem Band.

²⁴⁴ 48 zivile ausländische Arbeitskräfte und 28 Kriegsgefangene.

²⁴⁵ 41 zivile und 28 Kriegsgefangene. Von drei männlichen zivilen ausländischen Arbeitskräften des Claretinerklosters Spaichingen liegen keine Angaben zum Einsatzbereich vor. Wohl ist davon auszugehen, dass

heim deutlich wurde, nutzten Klosterleitungen hierbei auch die Möglichkeit des Rückgriffs auf das in den Umsiedlungslagern zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotential. In Neresheim wurden insgesamt 25 Slowenen zur Arbeit herangezogen.²⁴⁶ Weiterhin wurde aufgezeigt, dass angesichts des Umstands, dass in den landwirtschaftlichen Betrieben der Klöster die Bedingungen zum Einsatz von Kriegsgefangenen vergleichsweise unkompliziert hergestellt werden konnten, dort auch zahlreiche Kriegsgefangene zur Arbeit herangezogen wurden. Insgesamt wurden in den Ordensniederlassungen und Missionshäusern der Diözese Rottenburg mindestens 28 Kriegsgefangene beschäftigt.²⁴⁷

Für die Heil- und Pflegeanstalten im Bereich der Diözese Rottenburg wurden bis Herbst 1940 ebenfalls Voraussetzungen für weitreichende Nutzungsänderungen geschaffen. Durch die »Verlegung« von Patienten und deren Einbeziehung in Tötungsaktionen wurden die Anstalten geräumt. In der Anstalt Liebenau wurde der nun zur Verfügung stehende Raum unter anderem für die Errichtung eines Lagers für Zivilinternierte mit einer Aufnahmekapazität für insgesamt 500 Personen, im Gertrudisheim in Rosenharz für die Einrichtung eines Lazaretts mit 200 Betten genutzt. Die »Verlegung« von Patienten aus den Heil- und Pflegeanstalten hatte jedoch nicht nur einschneidende Folgen im Hinblick auf die Nutzung der Anstalten. Mit den »verlegten« Patienten verloren die Anstalten auch wichtige Arbeitskräfte.²⁴⁸ Für die Heil- und Pflegeanstalten Hegenberg, Hegg-

auch diese in der Landwirtschaft beschäftigt wurden, die Betroffenen wurden jedoch in dieser Zusammenstellung nicht mit aufgenommen.

²⁴⁶ Vgl. S. 141–143 in diesem Band.

²⁴⁷ Von den 28 Kriegsgefangenen liegen lediglich über zehn Kriegsgefangene Angaben zur Nationalität vor: fünf Franzosen, vier Belgier, ein Pole.

²⁴⁸ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister (undatiert) auf den Erlass vom 16.4.1943, betr.: Erfassung der arbeitsfähigen Insassen von Heil- und Pflegeanstalten, StAL, E 191, Bü. 6861; vgl. auch: Heil- und Pflege-Anstalt Liebenau an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 24.4.1943, StAL, E 191, Bü. 6861. Für die Heime im Mutterhaus der Franziskanerinnen von Heiligenbronn ließen sich keine Beschäftigungsverhältnisse ausländischer Arbeitskräfte feststellen. Die in den Einrichtungen des Klosters Heiligenbronn betreuten Personen wiesen einen Behinderungsgrad auf, der sie von einer Einbeziehung in die Tötungsmaßnahmen der »Euthanasie« ausnahm. Die Pfleglinge konnten der Einrichtung als Arbeitskräfte erhalten bleiben; Erziehungsanstalten Heiligenbronn an die Zentralleitung für das Stiftungs- und An-

bach, Liebenau und Rosenharz zeigt sich, dass diese, insbesondere bedingt durch den Verlust der in den Anstalten beschäftigten Pflegerlinge, ab 1940 Kriegsgefangene und zivile ausländische Arbeitskräfte zur Arbeit heranzogen. Der Schwerpunkt des Einsatzes lag hierbei, analog zur Situation bei den Ordensniederlassungen, in den angegliederten landwirtschaftlichen Betrieben. In diesen wurde ein relativ hoher Anteil an Kriegsgefangenen eingesetzt. In den Heil- und Pflegeanstalten Hegenberg, Heggbach, Liebenau und Rosenharz konnte die Beschäftigung von insgesamt 50 ausländischen Arbeitskräften festgestellt werden, 16 zivile ausländische Arbeitskräfte und 34 Kriegsgefangene. Von den insgesamt 50 ausländischen Arbeitskräften arbeiteten 42 in der Landwirtschaft. Unter den in der Landwirtschaft eingesetzten Arbeitskräften befanden sich 34 Kriegsgefangene.

Einzelne Anstaltsleitungen nutzten auch hier die jeweils spezifischen Bedingungen vor Ort zur Rekrutierung von Zwangsarbeitern. Angesichts des Umstandes, dass in der Anstalt Liebenau ein Lager für französische Kriegsgefangene eingerichtet worden war, nahm die Anstaltsleitung die Möglichkeiten des Rückgriffs auf dieses Arbeitskräftepotential wahr.²⁴⁹ Als eine Behörde des Auswärtigen Amts in einen Teil des Gebäudekomplexes der Anstalt Liebenau einquartiert wurde, gelang es der Anstaltsleitung, durch die Fürsprache des Auswärtigen Amts eine russische Familie zugewiesen zu erhalten, die in der Hauswirtschaft beschäftigt wurde.²⁵⁰ Die Anstalten Hegenberg und Heggbach nutzten ebenfalls die Möglichkeiten des Rückgriffs auf Kriegsgefangene, welche durch die Errichtung von Kriegsgefangenenlagern in beiden Anstalten geschaffen worden waren.²⁵¹

Zusätzlich zu Ordensniederlassungen, Missionshäusern und Heil- und Pflegeanstalten wurden auch Krankenanstalten und Sanatorien in starkem Maße für kriegswirtschaftliche Zwecke genutzt. Auf diese Einrichtungen griff nahezu ausnahmslos die Wehrmacht zurück, um in diesen Reservelazarette einzurichten. Zum Teil konn-

staltswesen, 12.11.1943, betr.: Antrag auf uk-Stellung, StAL, E 191, Bü. 3548; Auswertung AOK Bezirksdirektion Rottweil. In der Hebeliste für das Kloster Heiligenbronn sind keine ausländischen Arbeitskräfte aufgeführt.

²⁴⁹ Vgl. S. 151 ff. in diesem Band.

²⁵⁰ Heil- und Pflegeanstalt Liebenau an das Württ. Innenministerium, 23.10.1943, HStA, E 151/09, Bü. 513.

²⁵¹ Vgl. S. 147 (Hegenberg) und S. 148 ff. in diesem Band; vgl. auch: Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Bistum Limburg, S. 60.

ten die Krankenanstalten und Sanatorien in beschränktem Umfang auch weiterhin zivilen Zwecken dienen. Da der Bedarf an Betten zur Unterbringung von kranken und verwundeten Soldaten mit der Ausweitung der Kriegshandlungen deutlich zunahm und außerdem im Verlauf des Krieges zusätzliche Aufnahmekapazitäten für die Aufnahme kranker und verwundeter Zivilpersonen geschaffen werden mussten, waren diese Einrichtungen in den letzten Kriegsjahren im Allgemeinen stark belegt. Dies hatte einen erhöhten Personalbedarf zur Folge. In den Hospitälern und Sanatorien im Bereich der Diözese Rottenburg²⁵² konnten 101 Beschäftigungsverhältnisse ausländischer Arbeitskräfte festgestellt werden.²⁵³ Von diesen wurden 29 im hauswirtschaftlichen Bereich und 46 in der Landwirtschaft zur Arbeit herangezogen. Sämtliche im hauswirtschaftlichen Bereich eingesetzte Zwangsarbeiter waren Frauen.

Ein weiterer bedeutender Einsatzbereich in der Diözese Rottenburg stellte der Wald Imbrand des Interkalarfonds Rottenburg dar. Dort wurden insgesamt 21 zivile ausländische Arbeitskräfte zur Arbeit herangezogen. Ab April des Jahres 1944 wurden erstmals acht und ab Juni 1944 weitere vier polnische Arbeitskräfte beschäftigt. Weitere neun »Ostarbeiter« nahmen Mitte Dezember 1944 die Arbeit im Wald auf. Die Forstverwaltung hatte sich wohl bereits ab 1941 um eine Zuteilung von Kriegsgefangenen bemüht, war jedoch mit ihrem Antrag erfolglos geblieben.²⁵⁴

Über die vier genannten Einsatzbereiche hinaus konnten ferner insgesamt sieben Heime für Säuglinge und Kleinkinder als Beschäftigungsträger ausländischer Arbeitskräfte festgestellt werden. Heime für Säuglinge und Kleinkinder blieben bis zum Jahre 1943 größtenteils ihrem ursprünglichen Zweck belassen. Nach diesem Zeitpunkt wurden einige der Heime, so unter anderem die St. Vinzentiuspflege in Donzdorf und das Kinderheim St. Josef in Neuhausen, im Zuge der Evakuierung von Kindern und Pflegebedürftigen aus der Stutt-

²⁵² Im Einzelnen im Hospital zum Heiligen Geist in Bad Mergentheim, im Reservelazarett Maria Hilf in Bad Mergentheim, im Rochusstift in Bad Mergentheim, im Sanatorium Carolinum in Bad Mergentheim, im Hospital zum Heiligen Geist in Horb am Neckar, im Spital in Neutann, im St. Elisabethen-Krankenhaus in Ravensburg, im Marienhospital in Stuttgart, in der Kinderheilstätte Wangen im Allgäu, im Hospital zum Heiligen Geist in Kißlegg, im Erholungshaus Martinsheim in Berg und im Schwesternerholungsheim Talheim.

²⁵³ 87 zivile ausländische Arbeitskräfte und 14 Kriegsgefangene.

²⁵⁴ Vgl. S. 222 ff. in diesem Band.

garter Innenstadt als »Ausweichkrankenhäuser« der Stadt Stuttgart genutzt. Der weitgehende Erhalt des ursprünglichen Nutzungszweckes begründete sich darin, dass ein erheblicher Bedarf an Plätzen zur Unterbringung von Kleinkindern und Säuglingen bestand und durch die bereits bestehenden Heime nicht in vollem Umfang gedeckt werden konnte, so dass ein Teil der Heime während der Kriegsjahre überbelegt war.²⁵⁵ Der erhöhte Bedarf an Plätzen zur Unterbringung von Säuglingen und Kleinkindern war darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Frauen unter den Erwerbstätigen im Verlauf des Krieges anstieg, jedoch zunehmend weniger Familienpflegestellen zur Verfügung standen, da es berufstätigen Frauen kaum möglich war, Kinder in Pflege zu nehmen.²⁵⁶

Wie am Beispiel der Kinderheime St. Nikolaus in Ravensburg, der St. Vinzentiuspflege in Donzdorf und des Paulusstifts in Stuttgart deutlich wird, machten die Anstaltsleitungen von der Möglichkeit Gebrauch, ausländische Frauen, deren Kinder in den Heimen untergebracht wurden bzw. die in den Heimen entbanden, als Arbeitskräfte heranzuziehen.²⁵⁷ Insofern zeigt sich für diese Heime ein hoher Anteil weiblicher ziviler ausländischer Arbeitskräfte. In den Säuglings- und Kinderheimen St. Vinzentiuspflege in Donzdorf, St. Josef in Ludwigsburg-Hoheneck, St. Franziskus in Matzenbach, St. Nikolaus in Ravensburg, St. Josef in Hürbel, im Paulusstift Stuttgart

²⁵⁵ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 1.6.1941, Der derzeitige Stand und die Neuplanung im Anstaltswesen, StAL, E 191, Bü. 6878; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 11.5.1944, betr.: Gewinnung von weiteren Anwesen zur Einrichtung von Ausweichkrankenhäusern für die Stadt Stuttgart, HStA E 151/09, Bü. 6.

²⁵⁶ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, Stuttgart, 1.6.1941, Der derzeitige Stand und die Neuplanung im Anstaltswesen, StAL, E 191, Bü. 6878. Die Einbeziehung deutscher Frauen in den Arbeitsprozess erfolgte während der Kriegsjahre gesamtwirtschaftlich betrachtet dennoch nur in beschränktem Maße; vgl. *Rüdiger Hachmann*, Industriearbeiterinnen in der deutschen Kriegswirtschaft 1936–1944/45, in: GG 19 (1993), S. 332–366; *Dörte Winkler*, Frauenarbeit im »Dritten Reich«, Hamburg 1977.

²⁵⁷ Auch in so genannten »Ausländerkinder-Pflegestätten« wurden Frauen, deren Kinder in den »Pflegestätten« untergebracht wurden, zur Arbeit herangezogen. Dies zeigte sich beispielsweise für die in Gantenwald bei Bühlerzell eingerichtete »Ausländerkinder-Pflegestätte«, AOK Bezirksdirektion Schwäbisch Hall, Hebelisten; zur »Ausländerkinder-Pflegestätte« Gantenwald vgl. *Schäfer*, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik (wie Anm. 18), S. 215 f.

und St. Josef in Neuhausen auf den Fildern konnte die Beschäftigung von insgesamt vierundzwanzig ausländischen Arbeitskräften festgestellt werden.²⁵⁸ Unter diesen befanden sich siebzehn weibliche zivile ausländische Arbeitskräfte.²⁵⁹ Von diesen wurden drei Frauen in den angeschlossenen landwirtschaftlichen Betrieben und drei in der Hauswirtschaft beschäftigt. Für das Kinderheim St. Nikolaus in Ravensburg ließ sich ferner die Beschäftigung einer Ausländerin als Amme nachweisen.²⁶⁰ Eine Ausnahme stellte insofern das Kinderheim Hürbel dar, als dort ausschließlich männliche Zwangsarbeiter im angegliederten landwirtschaftlichen Betrieb zur Arbeit herangezogen wurden. Unter diesen befanden sich vier Kriegsgefangene.

Für Anstaltsleitungen der »Erziehungsanstalten für schulentlassene Fürsorgezöglinge« war es im Gegensatz zu den Heimen für Säuglinge und Kleinkinder schwierig, einschneidende Nutzungsänderungen bzw. Zweckentfremdungen abzuwehren. Denn die Zahl der in diesen Heimen untergebrachten Jugendlichen war während der Kriegsjahre stark rückläufig, da ein erheblicher Teil der Jugendlichen angesichts des Arbeitskräftemangels in Dienst- und Arbeitsstellen wechselte. Männliche Jugendliche wurden außerdem zum Wehrdienst und junge Frauen zum Arbeitsdienst herangezogen.²⁶¹ Anstaltsleitungen sahen sich daher kaum in der Lage, einer geplanten Nutzungsänderung bzw. Zweckentfremdung stichhaltige Argumente entgegenzusetzen. So blieb auch die Beschwerde der Direktion des Konradhauses beim Württembergischen Innenministerium

²⁵⁸ 20 zivile ausländische Arbeitskräfte und vier Kriegsgefangene.

²⁵⁹ Über eine ausländische Arbeitskraft des Kinderheims Neuhausen liegen keine Angaben zum Geschlecht vor.

²⁶⁰ Von zehn Frauen liegen keine Angaben zum Beschäftigungsbereich vor.

²⁶¹ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen an den Württ. Innenminister, 9.8.1939, betr.: Bericht über die Anstaltsaufsicht vom 1.1. bis 30.6.1939, StAL, E 191, Bü. 6852; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen an den Württ. Innenminister, 16.7.1940, betr.: Bericht über die Anstaltsaufsicht vom 1.1. bis 30.6.1940, StAL, E 191, Bü. 6852; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 1.6.1941, Der derzeitige Stand und die Neuplanung im Anstaltswesen, StAL, E 191, Bü. 6878. Zum Konradhaus in Schelklingen vgl.: Direktion des St. Konradhauses an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 24.3.1941, betr.: Mitteilung von wichtigen Vorkommnissen, StAL, E 191, Bü. 3604. Die Erziehungsanstalt »Zum Guten Hirten« in Untermarchtal wurde ebenfalls von der Volksdeutschen Mittelstelle beschlagnahmt, vgl. S. 136–137 in diesem Band; vgl. auch *Hammerschmidt*, Wohlfahrtsverbände (wie Anm. 48), S. 359.

gegen die Beschlagnahme des Heims durch die Volksdeutsche Mittelstelle erfolglos. Im Jahr 1940 wurden auf dem Hofgut Oberschelkingen des Konradihauses fünfzehn Zöglinge dauernd und weitere zwölf bei besonderem Arbeitsanfall beschäftigt.²⁶² Nach der Beschlagnahme des Konradihauses durch die Volksdeutsche Mittelstelle und der Errichtung eines Lagers für »(Wieder-)Eindeutschungsfähige« im Juli 1941 reduzierte sich die Zahl der im Heim untergebrachten Zöglinge bis Juli 1942 auf insgesamt sechzehn.²⁶³ Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wurden zusätzlich acht »wiedereindeutschungsfähige« Polen aus dem Lager als landwirtschaftliche Arbeitskräfte und im Haushalt beschäftigt.²⁶⁴

Für die Heime für Schulpflichtige zeigte sich im Hinblick auf Nutzungsänderungen ein heterogenes Bild. Im Mädchenheim St. Josef und in der Gehörlosenschule St. Josef wurden Lazarette eingerichtet. Die Anstalt Mulfingen erhielt insofern einen Sondercharakter, als im Zuge der Durchführung des Heimerziehungserlasses vom November 1938 in der Anstalt »Zigeunerkinder« konzentriert wurden. Die Anstalt Oggelsbeuren wurde erst im Herbst 1944 im Zuge der Einrichtung so genannter »Wehrrertüchtigungslager« für eine Zweckentfremdung vorgesehen.

Bei Anstalten für Schulpflichtige erwiesen sich als zentrale Einsatzbereiche von Zwangsarbeitern die den Einrichtungen angegliederten landwirtschaftlichen Betriebe und die Hauswirtschaft. In der Josefspflege Mulfingen, der Piuspflege Oggelsbeuren, im Mädchenheim St. Josef in Ravensburg und in der Gehörlosenschule St. Josef in Schwäbisch Gmünd konnte die Beschäftigung von insgesamt dreizehn zivilen ausländischen Arbeitskräften festgestellt werden, davon sieben in der Landwirtschaft. In keiner der Einrichtungen wurden Kriegsgefangene zur Arbeit herangezogen.²⁶⁵

Weitere Beschäftigungsträger von Zwangsarbeitern im Bereich der Diözese Rottenburg waren ferner das Altersheim St. Joseph in Altshausen und das Altenheim St. Anna-Stift. Der Bedarf zur Unterbringung alter Personen konnte durch die in Württemberg zur Verfügung stehenden Altersheime nicht gedeckt werden, so dass diese

²⁶² Direktion des Konradihauses an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 15.3.1940, betr.: uk-Anträge für zwei landwirtschaftliche Angestellte, StAL, E 191, Bü. 3604.

²⁶³ Direktion des St. Konradihauses an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 29.9.1942, StAL, E 191, Bü. 3604.

²⁶⁴ Vgl. S. 183 ff. in diesem Band.

²⁶⁵ Vgl. S. 174–182 in diesem Band.

Heime während der Kriegsjahre voll belegt waren und für zusätzliche Aufnahmen zahlreiche Vormerkungen vorlagen.²⁶⁶ Dies bedingte einen erhöhten Personalbedarf in den Altersheimen. In beiden Einrichtungen konnte die Beschäftigung von insgesamt neun Zwangsarbeitern festgestellt werden.

In dem an das Studienkolleg der Salvatorianer angegliederten Hofgut Wiesen in Bad Wurzach ließ sich die Beschäftigung von fünf, in der Töcherschule St. Walburga in Ochsenhausen von zwei ausländischen Arbeitskräften feststellen. Dabei handelte es sich ausnahmslos um Kriegsgefangene bzw. in den Zivilstatus »überführte« Kriegsgefangene.²⁶⁷ Der ausschließliche Einsatzbereich war die Landwirtschaft. Die Salvatorianer nutzten offenbar, nachdem in den Gebäuden des Studienkollegs ein Kriegsgefangenenlager eingerichtet worden war, die Möglichkeiten des Rückgriffs auf dieses Arbeitskräftepotential.²⁶⁸

Als Beschäftigungsträger von Zwangsarbeitern ließen sich ferner die Marienanstalt und das Christkönigsheim in Stuttgart, das Gesellenhaus in Ravensburg, das Schwesternhaus Marienheim in Schramberg und nicht zuletzt auch drei Kirchenpflegen feststellen.

Von den insgesamt 322 bei kirchlichen Einrichtungen im Bereich der Diözese Rottenburg als beschäftigt festgestellten ausländischen Arbeitskräften stammten mindestens 153 aus Osteuropa²⁶⁹ und 73 aus Nord- und Westeuropa. Eine weitere große Gruppe stellten insgesamt 33 so genannte »Absiedler« aus Slowenien.²⁷⁰

Unter den insgesamt 237 zivilen ausländischen Arbeitskräften stellten Arbeitskräfte aus Osteuropa mit mindestens 142 Personen, unter denen sich 81 »Polen«, 40 »Russen« bzw. »Ostarbeiter« und 21 »Ukrainer« befanden, den größten Anteil, während unter den insgesamt 91 beschäftigten Kriegsgefangenen Franzosen und Belgier mit

²⁶⁶ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen an den Beauftragten des Reichsgesundheitsführers für die gesundheitliche Betreuung der volksdeutschen Umsiedler, 19.11.1941, betr.: Liste von Heimen und Heilstätten, StAL, E 191, Bü. 6896; Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Beirats der Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen vom 22.5.1943, Altersfürsorge, StAL, E 191, Bü. 6984.

²⁶⁷ Drei der auf dem Hofgut Wiesen eingesetzten Kriegsgefangenen wurden in den Zivilstatus »überführt«.

²⁶⁸ Vgl. S. 214 f. in diesem Band.

²⁶⁹ 142 zivile Arbeitskräfte und 11 Kriegsgefangene.

²⁷⁰ Bei der Auswertung ist zu berücksichtigen, dass für einen Teil der ausländischen Arbeitskräfte keine Angaben zur Herkunft vorliegen.

insgesamt 46 Kriegsgefangenen überdurchschnittlich repräsentiert waren.

Der Großteil der von kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg beschäftigten Zwangsarbeiter wurde im land- bzw. forstwirtschaftlichen Bereich eingesetzt. Dort arbeiteten insgesamt mindestens 218 ausländische Arbeitskräfte.²⁷¹ In den landwirtschaftlichen Betrieben stellten zivile Arbeitskräfte aus Osteuropa mit mindestens 84 Personen²⁷² und Kriegsgefangene aus Frankreich und Belgien mit mindestens 43 Personen den Großteil. Diese Verteilung der Nationalitäten entsprach der Situation im Agrarbereich in Bezug auf das gesamte Reichsgebiet.²⁷³ Ein weiterer zentraler Einsatzbereich war die Hauswirtschaft. Hier wurden ausnahmslos weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Unter den insgesamt mindestens 53 weiblichen ausländischen Arbeitskräften im Haushaltsbereich stellten Osteuropäerinnen mit 26 Personen die größte Anzahl der Beschäftigten.²⁷⁴ Osteuropäerinnen bildeten unter den weiblichen ausländischen Arbeitskräften auch die größte Gruppe im Reichsgebiet.²⁷⁵

3. Die verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte

Der Status und die Situation der verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte stellte sich sehr unterschiedlich und differenziert

²⁷¹ 131 zivile ausländische Arbeitskräfte und 87 Kriegsgefangene. Bei den statistischen Bemerkungen zum Einsatzbereich ist zu berücksichtigen, dass für einen Teil der zivilen ausländischen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen eine Zuordnung des Einsatzbereichs nicht möglich ist.

²⁷² 57 »Polen«, 17 »Russen« und 10 »Ukrainer«.

²⁷³ Vgl. die statistische Erhebung: »Ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene nach Staatsangehörigkeit und Wirtschaftszweigen« vom August 1944, abgedruckt in: *Herbert*, Fremdarbeiter (wie Anm. 88), S. 315. Innerhalb der Gruppe der osteuropäischen Arbeitskräfte bildeten Polen die größte Gruppe im landwirtschaftlichen Bereich. Eine statistische Erhebung vom Februar 1944 weist im Durchschnitt 58 % der französischen Kriegsgefangenen in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft als beschäftigt aus: *Yves Durand*, Vichy und der »Reichseinsatz«, in: *Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz« (wie Anm. 13), S. 191.

²⁷⁴ Für einen Teil der Arbeitskräfte ist eine Zuordnung des Einsatzbereichs nicht möglich.

²⁷⁵ 87 % der weiblichen Arbeitskräfte stammten aufgrund einer Erhebung vom August 1944 aus Osteuropa; *Herbert*, Fremdarbeiter (wie Anm. 88), S. 315.

dar und war darüber hinaus im Verlauf des Krieges deutlichen Veränderungen unterworfen. Die Nationalität bzw. »rassische« Einstufung der ausländischen Arbeitskräfte und ihr Status als so genannte »Zivilarbeiter« bzw. Kriegsgefangene bildeten die wesentlichen Kriterien, die für die Ausgestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der einzelnen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte entscheidend waren. Gleichmaßen waren politische Kriterien für die Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte ausschlaggebend.²⁷⁶

In der auf dieser Grundlage entwickelten Hierarchie nahmen Deutsche den obersten Platz ein, unter ihnen wurden die »Angehörigen germanischer Völker« eingeordnet, zu denen Niederländer, Dänen, Norweger und Flamen gerechnet wurden.²⁷⁷ Dann folgten »Angehörige nichtgermanischer Völker«, mit deren Staaten die deutsche Führung Bündnisse geschlossen hatte bzw. mit deren Staatsangehörigen »auf Grund ihrer kulturellen und gesamteuropäischen Bedeutung« eine Verbundenheit angenommen wurde. Dies bezog sich auf Slowaken²⁷⁸, Kroaten, Rumänen, Bulgaren, Ungarn, Spanier, Franzosen²⁷⁹ und Belgier, wobei Italiener bis 1943 eine privilegierte

²⁷⁶ Vgl. *Herbert*, Fremdarbeiter (wie Anm. 88); zusammenfassend *ders.*, Zwangsarbeit im »Dritten Reich«. Kenntnisstand (wie Anm. 11), S. 16–37; *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12).

²⁷⁷ Zur Situation dänischer Arbeitskräfte vgl.: *Therkel Straede*, »Deutschlandarbeiter«. Dänen in der deutschen Kriegswirtschaft 1940–1945, in: *Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz« (wie Anm. 13), S. 140–171. Straede veranschlagt die Zahl der zwischen 1940 und 1945 im Reichsgebiet beschäftigten Dänen auf ca. 100.000. Sie wurden vor allem im norddeutschen Raum eingesetzt; vgl. auch *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 56 f., der die Gesamtzahl der dänischen Arbeitskräfte etwas niedriger ansetzt. Zu Arbeitskräften aus den Niederlanden: *Gerhard Hirschfeld*, Die niederländischen Behörden und der »Reichseinsatz«, in: *Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz« (wie Anm. 13), S. 172–183; vgl. auch *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 57 ff.

²⁷⁸ Die Zahl der im Reichsgebiet eingesetzten Slowaken beziffert *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 43 auf ca. 100.000.

²⁷⁹ Zur Situation französischer Arbeitskräfte vgl.: *Bernd Zielinski*, Staatskollaboration. Vichy und der Arbeitskräfteeinsatz im Dritten Reich, Münster 1995; *Durand*, Vichy und der »Reichseinsatz« (wie Anm. 273), S. 184–199; *ders.*, La vie quotidienne des prisonniers de guerre dans les Stalags, les Oflags et les Kommandos 1939–1945, Paris 1987; *Helga Borries-Sawalla*, Franzosen im »Reichseinsatz«. Deportation, Zwangsarbeit, Alltag, Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1996.

Stellung einnahmen.²⁸⁰ Unter diesen wiederum wurden »Angehörige slawischer oder verwandter Völker« platziert, dies bezog sich auf Tschechen²⁸¹, Serben, Esten, Letten, Litauer und auf so genannte »Arbeitskräfte nichtpolnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den angegliederten Ostgebieten, d.h. vor allem Ukrainer und Weißrussen. Danach folgten Polen²⁸² und unter diesen wiederum so genannte »Ostarbeiter«.²⁸³

280 Zur Situation italienischer Arbeitskräfte vgl.: *Brunello Mantelli*, Von der Wanderarbeit zur Deportation. Die italienischen Arbeiter in Deutschland 1938–1945, in: *Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz« (wie Anm. 13), S. 51–89; *Cesare Bernani/Sergio Bologna/Brunello Mantelli*, Proletarier der »Achse«, Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937–1943, Berlin 1997; *Ralf Lang*, Italienische »Fremdarbeiter« im nationalsozialistischen Deutschland 1937–1945, Frankfurt a.M. 1996.

281 Zur Situation tschechischer Arbeiter vgl.: *Miroslaw Kárný*, Der »Reichsausgleich« in der deutschen Protektoratspolitik, in: *Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz« (wie Anm. 13), S. 26–50; vgl. auch *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 40–43. *Kárný*, S. 44 veranschlagt die Zahl der in den Jahren 1939 bis 1945 im Reichsgebiet zur Arbeit eingesetzten Tschechen auf mindestens 600.000. *Spoerer*, S. 41 schätzt die Zahl der im Reichsgebiet beschäftigten Tschechen abweichend auf ca. 340.000 bis 370.000.

282 Zur Situation polnischer Arbeitskräfte vgl.: *Czeslaw Luczak*, Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Entwicklung und Aufgaben der polnischen Forschung, in: *Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz« (wie Anm. 13), S. 90–105; vgl. auch: *Karl Liedke*, Gesichter der Zwangsarbeit. Polen in Braunschweig 1939–1945, Braunschweig 1997; *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 44 ff. *Spoerer*, ebd., S. 49 veranschlagt die Zahl der im Reichsgebiet eingesetzten polnischen Zivilarbeiter auf ca. 1,6 Millionen.

283 Vgl. Merkblatt über die Behandlung der im Reichsgebiet eingesetzten fremdvölkischen Arbeitskräfte auf Grund der bis zum 31.12.1942 ergangenen Erlasse des RFSSuChdDtP, abgedruckt in: *Janet Anshütz/Irmtraud Heike*, Feinde im eigenen Land. Zwangsarbeit in Hannover im Zweiten Weltkrieg, Bielefeld 2000, S. 264–268; RFSSuChdDtP, 20.2.1942, Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten, abgedruckt in: NS-Erlasse zu Zwangsarbeitern aus Beständen des Staatsarchivs Sigmaringen, zusammengestellt von *Volker Trugenberger* und *Miriam Zitter*, Materialien der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Heft 2 (2001), S. 326–342; zur Situation russischer (und polnischer) Arbeitskräfte bzw. so genannter »Ostarbeiter« vgl.: *Schäfer*, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik (wie Anm. 18); *Ulrich Herbert*, Zwangsarbeit in Deutschland. Sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene 1941–1945, in: *Peter Jahn/Reinhard*

Als »Ostarbeiter« wurden auf der Grundlage der Bestimmungen vom 20. Februar 1942 Personen definiert, die bei Kriegsbeginn in der Sowjetunion gelebt hatten, mit Ausnahme der ehemaligen baltischen Staaten, des Bezirks Bialystock und des Distrikts Lemberg, und »zum zivilen Arbeitseinsatz ins Reich hereingebracht sind oder werden«, d.h. auch Ukrainer. Für die polnische Bevölkerung aus dem Bezirk Bialystock und aus dem nach dem Überfall auf die Sowjetunion in das Generalgouvernement eingegliederten Ostgalizien galten die Behandlungsgrundlagen der »Polenerlasse«. Personen nichtpolnischer Volkszugehörigkeit aus diesen Gebieten, d.h. im Wesentlichen Menschen weißrussischer und ukrainischer Volkszugehörigkeit, sollten ab Februar 1942 auf der Grundlage der für Arbeitskräfte aus den Baltenländern erlassenen Richtlinien eingesetzt und untergebracht werden.²⁸⁴

Für Ukrainer wurden auf der formalen Ebene sehr unterschiedliche Behandlungsvorschriften erlassen. Während Ukrainer aus dem Generalgouvernement und den »eingegliederten Ostgebieten« mit Ausnahme der so genannten »ukrainischen Emigranten«²⁸⁵ bis zum 20. Februar 1942 auf der Grundlage der »Polenerlasse« behandelt werden sollten und von diesem Zeitpunkt an orientiert an den für Arbeitskräfte aus den Baltenländern erlassenen Vorschriften eingesetzt werden sollten, galten für Ukrainer aus dem »altsowjetischen Gebiet« die »Ostarbeitererlasse«. Diese außerordentlich komplizierte Unterscheidung bei der Behandlung der Ukrainer war für zahlreiche

Rürup (Hg.), *Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945*, Berlin 1991, S. 106–130.

²⁸⁴ RFSSuChdDtP, 20.2.1942, Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten, abgedruckt in: NS-Erlasse (wie Anm. 283), S. 341 f.

²⁸⁵ Von den so genannten »ukrainischen Zivilarbeitern, d.h. die durch eine Dienststelle des Reichsarbeitsministeriums [...] zum Zwecke des Arbeitseinsatzes ins Reich abgebrachten Ukrainer« wurden so genannte »ukrainische Emigranten« unterschieden, die vor dem Krieg gegen die Sowjetunion vor allem aus politischen Gründen flüchteten. Diese Gruppe sollte ausschließlich durch die Ukrainische Vertrauensstelle registriert und betreut werden und eine hellgrüne Ausweiskarte erhalten. Hingegen sollten »ukrainische Zivilarbeiter« einen Ausweis durch den Ukrainischen Hauptausschuss erhalten; vgl. Rundschreiben der Staatspolizeileitstelle Stuttgart vom 28.11.1942, betr.: Ukrainische Emigration in Deutschland, StASig, Wü 65/31, Nr. 2781; Rundschreiben der Staatspolizeileitstelle Stuttgart vom 18.2.1942, betr.: Ukrainische Emigration in Deutschland, abgedruckt in: NS-Erlasse (wie Anm. 283), S. 313–315.

Unternehmer und Entscheidungsträger der unteren und mittleren Ebene lediglich bedingt nachvollziehbar. Die auf der Erlassebene angeordnete Differenzierung setzte sich daher nur teilweise durch.²⁸⁶

Arbeitskräfte aus Estland, Lettland und Litauen sollten etwas weniger strengen Bestimmungen als »Ostarbeiter« unterworfen werden. In den Richtlinien vom Februar 1942 wurde in Bezug auf Arbeitskräfte aus dem Baltikum ausgeführt: »Für ihre Behandlung ist maßgebend, dass es sich größtenteils um fremdvölkische Arbeitskräfte handelt, die in einer gewissen Zeitspanne unter intensiver bolschewistischer Beeinflussung gestanden haben. Die Stellung dieser Völker zum Bolschewismus rechtfertigt jedoch eine bevorzugte Behandlung der Arbeitskräfte aus den Baltenländern gegenüber den Arbeitskräften aus dem altsowjetischen Gebiet.« Es bestand keine Kennzeichnungspflicht für Arbeitskräfte aus dem Baltikum, das Verlassen des Bezirkes, in dem sich die Arbeitsstelle befand, und der sexuelle Kontakt mit Deutschen waren verboten.²⁸⁷

Den Großteil der in kirchlichen Einrichtungen der Diözese beschäftigten Zwangsarbeiter stellten zivile polnische Arbeitskräfte und so genannte »Ostarbeiter«. Deren Status und Situation unterschied sich grundlegend von dem anderer Ausländergruppen.

Polnische Arbeitskräfte und »Ostarbeiter« wurden nach Maßgabe »rassischer« Kriterien, die sie als »minderwertig« auswiesen, pauschal einem speziellen Sonderrecht unterstellt, das eine diskriminierende Behandlung vorschrieb.

Das Sonderrecht wurde für die zivilen polnischen Arbeitskräfte am 8. März 1940 in den so genannten »Polenerlassen« festgeschrieben. Aufgrund der »Polenerlasse« wurde die Kennzeichnung jedes polnischen Zivilarbeiters obligatorisch. Das Kennzeichen bestand aus einem auf der Spitze stehenden Quadrat mit violetter Umrandung und zeigte auf gelbem Grund ein violettes P. Den Polen wurde außerdem der Besuch von Gaststätten, kulturellen Veranstaltungen, der Kirchenbesuch und die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel untersagt. Die Bewegungsfreiheit der Polen sollte generell einge-

²⁸⁶ Vgl. Rundschreiben der Staatspolizeileitstelle Stuttgart, 15.6.1940, betr.: Behandlung der im Reich eingesetzten polnischen Zivilarbeiter – hier: unzulässige Gleichstellung von Ukrainern mit Nationalpolen, Gemeindearchiv Schlier, Bestand I, Bü. 372. Eine Studie zur Situation der Ukrainer steht noch aus.

²⁸⁷ RFSSuChdDtP, 20.2.1942, Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten, abgedruckt in: NS-Erlasse (wie Anm. 283), S. 334 ff.

schränkt werden, um ihre Kontrolle zu vereinfachen. Demselben Zweck sollte eine möglichst geschlossene Unterbringung dienen.²⁸⁸ Bei »ständig lässiger Arbeit, Arbeitsniederlegung, Aufhetzung der Arbeiter, eigenmächtigem Verlassen der Arbeitsstätte, Sabotagehandlungen u.ä.m.« sollten polnische Arbeiter an die Gestapo ausgeliefert werden, die entweder für eine Einweisung in ein »Arbeiterziehungslager« oder in ein Konzentrationslager sorgte. In einzelnen Fällen konnte auch die Todesstrafe angeordnet werden.²⁸⁹

Die »Ostarbeitererlasse« vom 20. Februar 1942 lehnten sich in ihren Grundzügen stark an die »Polenerlasse« vom März 1940 an und bestanden aus drei Teilen: »Allgemeine Bestimmungen«²⁹⁰, einem Runderlass an höhere Verwaltungsstellen²⁹¹, der technische Fragen behandelte, und einem Runderlass an die Staatspolizei(leit)stellen²⁹². Die »Allgemeinen Bestimmungen« legten die Behandlungsrichtlinien für Behörden und Unternehmer fest, die auf dem Grundsatz beruhten, dass die sowjetischen Arbeitskräfte »jahrzehntelang unter bolschewistischer Herrschaft gelebt haben und systematisch zu Feinden des nationalsozialistischen Deutschland und der europäischen Kultur erzogen worden sind«. Die »Ostarbeiter« sollten in geschlossenen Transporten nach Deutschland gebracht und dort getrennt von deutschen und anderen ausländischen Arbeitskräften in Betrieben grundsätzlich in Kolonnen eingesetzt werden. Lediglich in der Landwirtschaft wurde der Einzeleinsatz zugelassen unter der Voraussetzung, dass männliche Arbeitskräfte geschlossen untergebracht wurden. Als Unterkunft wurden mit Stacheldraht umzäunte

²⁸⁸ RFSSuChdDtP an die oberen Verwaltungsbehörden, 8.3.1940; *Czesław Luczak* (Hg.): *Polozénie polskich robotników przymusowych w Rzeszy, 1939–1945*. Documenta occupationis, Bd. IX, Poznan 1975, Dok. Nr. 17.

²⁸⁹ RFSSuChdDtP an die Staatspolizei(leit)stellen, 8.3.1940; *Alfred Konieczny/Herbert Szurgacz* (Hg.), *Praca przymusowa Polaków pod panowaniem hitlerowskim 1939–1945*. Documenta occupationis, Bd. X, Poznan 1976, Dok. II–4.

²⁹⁰ Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten, abgedruckt in: NS-Erlasse (wie Anm. 283), S. 326–342.

²⁹¹ Der RFSSuChdDtP an die höheren Verwaltungsbehörden, 20.2.1942, Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten; *Herbert*, Fremdarbeiter (wie Anm. 88), S. 181.

²⁹² Der RFSSuChdDtP an alle Staatspolizei(leit)stellen, 20.2.1942, Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten; *Herbert*, Fremdarbeiter (wie Anm. 88), S. 181.

Lager bestimmt. Jede/r »Ostarbeiter« bzw. »Ostarbeiterin« musste auf der Kleidung auf der rechten Brustseite ein Abzeichen tragen, das aus einem hochstehenden Rechteck bestand und mit blau-weißer Umrandung auf blauem Grund mit weißer Schrift das Wort »Ost« zeigte.²⁹³

Der Runderlass an die Staatspolizei(leit)stellen bestimmte, dass »Disziplinwidrigkeit, reichsfeindliche Bestrebungen, kriminelle Verfehlungen« und Geschlechtsverkehr mit Deutschen ausschließlich durch die Gestapo zu verfolgen sei. Dabei sei in der Regel »nur mit harten Maßnahmen, d.h. Einweisung in ein Konzentrationslager oder Sonderbehandlung« vorzugehen.²⁹⁴

Diese Verordnungen für zivile polnische Arbeitskräfte und »Ostarbeiter«, die im Verlauf der Jahre bis Kriegsende weiter ergänzt und den veränderten Bedingungen angepasst wurden, reglementierten das Leben der beiden Ausländergruppen im Deutschen Reich nahezu vollständig.

Im Gegensatz zu Polen und »Ostarbeitern« waren zivile Arbeitskräfte aus Nord-, West- und Süd(ost)europa formalrechtlich den deutschen Beschäftigten gleichgestellt, allerdings mit dem wichtigen Unterschied, dass ihnen bei arbeitsrechtlichen Konflikten der Rechtsweg verwehrt blieb.²⁹⁵ Gleichwohl waren jedoch auch zivile Arbeitskräfte aus Nord- und Westeuropa als Angehörige besiegter Feindstaaten durchaus Diskriminierungen und Repressionen ausgesetzt, wurden in »Arbeitserziehungslager« oder Konzentrationslager eingeliefert und wurden dort Opfer von Misshandlungen.²⁹⁶ Und selbst

²⁹³ Allgemeine Bestimmungen über Anwerbung und Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten, abgedruckt in: NS-Erlasse (wie Anm. 283), S. 326–342.

²⁹⁴ Der RFSSuChdDtP an alle Staatspolizei(leit)stellen, 20.2.1942, Einsatz von Arbeitskräften aus dem Osten, zit. nach: *Herbert*, Fremdarbeiter (wie Anm. 88), S. 181.

²⁹⁵ *Hopmann*, Zwangsarbeit bei Daimler-Benz (wie Anm. 88), S. 109 f.; *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 14.

²⁹⁶ Die Bedingungen, denen sich französische und belgische Arbeitskräfte ausgesetzt sahen, waren erheblichen Veränderungen unterworfen. *Herbert* kommt beispielsweise zum Schluss: »Die Mehrzahl der zivilen Westarbeiter, vor allem der Belgier und Franzosen, arbeitete [...] zumindest in der Phase zwischen Frankreich-Feldzug und dem Ende des Jahres 1941 unter Bedingungen, die sich von denen eines deutschen Arbeiters nicht wesentlich unterschieden«: *Herbert*, Fremdarbeiter (wie Anm. 88), S. 121. Ab 1942 nahmen die Repressionen auf diese Ausländergruppen deutlich zu: *Durand*, Vichy und der »Reichseinsatz« (wie Anm. 273), S. 190 f.

Angehörige verbündeter Staaten, beispielsweise Italiener, blieben von dieser Behandlung nicht verschont.²⁹⁷

Einen Sonderstatus nahmen innerhalb der Gruppe der zivilen Arbeitskräfte so genannte »Absiedler« ein.²⁹⁸ Die nationalsozialistische Terminologie »Absiedler« bezog sich auf Angehörige besetzter Gebiete, die auf längere Sicht hin dem Deutschen Reich angegliedert werden sollten: die Untersteiermark und Oberkrain in Slowenien, Elsass und Lothringen in Frankreich und Luxemburg. Diese Gebiete sollten »germanisiert« werden. In Bezug auf slowenische »Absiedler« wurde in einem »Merkblatt« betont: »Dieser fremdvölkische Personenkreis soll erst durch entsprechende Führung den Nachweis und die Eignung zu einer etwaigen Eindeutschung bringen.« »Absiedlern« aus Slowenien war das Verlassen des Aufenthaltsortes und des Lagers verboten. Fluchtverdächtige waren »der nächsten Polizeidienststelle zuzuführen«.²⁹⁹ Ein Sonderstatus kam ferner so genannten »(Wieder-)Eindeutschungsfähigen« zu. Als »(Wieder-)Eindeutschungsfähige« wurden verschiedene Personengruppen auf der Grundlage »rassischer« und sozialer Kriterien klassi-

²⁹⁷ Nach den ersten Meldungen über die Einweisung von Italienern in »Arbeitserziehungslager« wurde auf die Intervention Italiens hin die Vereinbarung getroffen, italienische Arbeitskräfte zur Disziplinierung nicht mehr in »Arbeitserziehungslager« einzuweisen, sondern den italienischen Polizeibehörden zu überstellen. Diese entschieden daraufhin, ob der Betreffende verwahrt oder in Polizeiverbannung geschickt werden sollte; *Mantelli*, Wanderarbeit (wie Anm. 280), S. 69 ff.

²⁹⁸ Vgl. *Tone Ferenc*, »Absiedler« (wie Anm. 13), S. 200–209.

²⁹⁹ Merkblatt über die Behandlung der im Reichsgebiet eingesetzten fremdvölkischen Arbeitskräfte auf Grund der bis zum 31.12.1942 ergangenen Erlasse des RFSSuChdDtP, zit. nach: *Anschütz*, Feinde im eigenen Land (wie Anm. 283), S. 264–268. Der Einsatzführer des RKFdV für den Gau Württemberg berichtete im März 1944 als Ergebnis einer Besprechung mit Lagerführern über »nichteingedeutschte slowenische Lagerinsassen«: »Die Bauern geben den Leuten Urlaub. Diese gehen nicht in das Lager zu ihren Angehörigen zurück, sondern gehen zum Bürgermeister und lassen sich eine Reisegenehmigung ausstellen. Auf diese Weise sind schon sehr viele Personen flüchtig gegangen, die zwar zum allergrößten Teil durch die Gestapo und Sicherheitspolizei wieder aufgegriffen werden konnten. Allerdings gehen aber meistens einige Monate darüber und außerdem muss ein Stab von Beamten aufgewendet werden.«; Der Einsatzführer des RKFdV für den Gau Württemberg an den Württ. Innenminister, 25.3.1944, betr.: Ausstellung von Reisegenehmigungen in die Untersteiermark durch die Bürgermeisterämter, StASig, Wü 65/4, Bd. 2, Nr. 911.

fiziert.³⁰⁰ Sie blieben, da ihnen »rassisch höherwertige Blutelemente« zugeschrieben wurden, von diskriminierenden Bestimmungen zur Behandlung ausgenommen. Gleichwohl war auch ihr Aufenthalt im Reichsgebiet von Zwang bestimmt. Sie hatten sich auch gegen ihren Willen in die »Volksgemeinschaft« einzufügen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden sie im Einzelfall auch in Zwangslager eingeliefert.³⁰¹

Die Behandlung der verschiedenen Gruppen Kriegsgefangener unterschied sich ebenfalls erheblich.

Die Behandlung Kriegsgefangener während des Zweiten Weltkriegs richtete sich formal nach dem Genfer Abkommen vom 27. Juli 1929, soweit die Kriegführenden dem Abkommen beigetreten waren, bzw. der Haager Landkriegsordnung von 1907. In der Praxis allerdings wurden die internationalen Vereinbarungen nicht konsequent eingehalten. Im Hinblick auf nord-, west- und süd(ost)europäische Kriegsgefangene bezog sich dies in erster Linie auf Vorgaben zum Arbeitseinsatz, die eine Beschäftigung in der Rüstungswirtschaft untersagten.³⁰²

Einen Sonderstatus innerhalb der Gruppe der Kriegsgefangenen nahmen russische Kriegsgefangene³⁰³ und so genannte »italienische Militär-Internierte«³⁰⁴ ein.

³⁰⁰ So wurde unter anderem innerhalb der Gruppe der »Absiedler« unter »wiedereindeutschungsfähigen« und »nichteindeutschungsfähigen« unterschieden, *Ferenc*, »Absiedler« (wie Anm. 13), S. 203. Eine weitere bedeutende Gruppe stellten »Wiedereindeutschungsfähige« aus Polen.

³⁰¹ Vgl. zum Verfahren der »Wiedereindeutschung« bzw. zum Umgang mit als »wiedereindeutschungsfähig« klassifizierten Polen: *Schäfer*, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik (wie Anm. 18), S. 174 ff.; vgl. ferner *Martin*, Schelklingen (wie Anm. 28), S. 235 ff. Von diesen Gruppen sind so genannte »volksdeutsche Umsiedler« aus dem Banat, aus Bessarabien und aus dem Buchenland zu unterscheiden; vgl. Vertrauliches Rundschreiben des Württ. Innenministers vom 10.2.1945, betr.: Umsiedler, StASig, Wü 65/26, T 11, Nr. 1.

³⁰² Die Regelungen des Genfer Abkommens verboten Arbeiten, die »in unmittelbarer Beziehung zu den Kriegshandlungen stehen«. Artikel 31 aus dem Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 27. Juli 1929, abgedruckt bei: *Hans Küppers/Rudolf Bannier*, Einsatzbedingungen der Ostarbeiter sowie der sowjetrussischen Kriegsgefangenen, Berlin 1943, S. 146. Beispielsweise wurden bereits schon seit 1940 französische Kriegsgefangene in Arbeitskommandos eingeteilt, in denen sie direkt oder indirekt für die Rüstungswirtschaft arbeiteten; *Durand*, Vichy und der »Reichseinsatz« (wie Anm. 273), S. 187 f.

³⁰³ Zur Situation sowjetischer Kriegsgefangener vgl.: *Reinhard Otto*, Wehr-

Russische Kriegsgefangene wurden im Zuge des gegen die Sowjetunion geführten, ideologisch motivierten Weltanschauungskrieges von Anfang an in Vernichtungsmaßnahmen einbezogen und unmenschlichen Bedingungen ausgesetzt.³⁰⁵ Insgesamt starben ca. 3,3 Millionen, d.h. 57,8 % der in deutschem Gewahrsam befindlichen russischen Kriegsgefangenen.³⁰⁶ Ähnlich katastrophalen Bedingungen wurden nach dem Sturz Mussolinis ab 1943 die so genannten »italienischen Militär-Internierten« unterworfen.³⁰⁷ Nach dem Abfall Italiens von der »Achse« wurden ca. 600.000 so genannte »italienische Militärinternierte« ins Reich deportiert. Durch die Überführung italienischer Kriegsgefangener in den Status von »Militär-Internierten« waren diese von den Bestimmungen der Genfer Konvention ausgeschlossen.³⁰⁸

macht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998; *Christian Streit*, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Bonn 1997; *Jörg Osterloh*, Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen, Dresden 1995; *ders.*, Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager 304 (IVH) Zeithain bei Riesa/Sa. 1941 bis 1945, Leipzig 1997; *Karl Hüser/Reinhard Otto*, Das Stammlager 326 (VI K) Senne 1941–1945. Sowjetische Kriegsgefangene als Opfer des Nationalsozialistischen Weltanschauungskrieges, Bielefeld 1992; *Alfred Streim*, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im »Fall Barbarossa«, Karlsruhe 1981.

³⁰⁴ Vgl. *Gabriele Hammermann*, Zwangsarbeit für den »Verbündeten«. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943–1945, Tübingen 2002; *Gerhard Schreiber*, Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943 bis 1945. Verraten – Verachtet – Vergessen, München/Wien 1990; *Luigi Cajani*, Die italienischen Militär-Internierten im nationalsozialistischen Deutschland, in: *Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz« (wie Anm. 13), S. 295–316.

³⁰⁵ Vgl. zu den Hintergründen für eine nicht völkerrechtskonforme Behandlung russischer Kriegsgefangener: *Streit*, Keine Kameraden (wie Anm. 303), S. 224–237; vgl. auch: *Alfred Streim*, Das Völkerrecht und die sowjetischen Kriegsgefangenen, in: *Bernd Wegner*, Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum »Unternehmen Barbarossa«, München 1991, S. 291–308.

³⁰⁶ *Streit*, Keine Kameraden (wie Anm. 303), S. 244 ff.

³⁰⁷ *Cajani*, Militär-Internierte (wie Anm. 304), S. 298 ff.

³⁰⁸ Vgl. zu den Interessen der Zuweisung dieses Status auf deutscher und italienischer Seite: *Cajani*, Militär-Internierte (wie Anm. 304), S. 297. Die italienischen Soldaten wurden in drei Gruppen eingeteilt: Diejenigen, die weiter für Deutschland zu kämpfen bereit waren, sollten in die deutschen Verbände eingegliedert werden; italienische Soldaten, die

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass der Wechsel vom Status »Kriegsgefangener« zum Status »Zivilarbeiter« fließend war. Dies bezog sich insbesondere auf drei Gruppen: polnische und französische Kriegsgefangene und auf die so genannten »italienischen Militär-Internierten«.

Durch den Befehl des Oberkommandos der Wehrmacht vom Mai 1940 wurden ca. 400.000 polnische Kriegsgefangene in den zivilen Status »überführt«. Für diese Entscheidung sprach, dass inzwischen durch die »Polenerlasse« vom März 1940 die Grundlagen geschaffen worden waren, den staatspolizeilichen Zugriff auf zivile polnische Arbeitskräfte vergleichbar umfassend wie denjenigen der Wehrmacht auf die Kriegsgefangenen zu gestalten. Weiterhin waren die in den Zivilstatus entlassenen polnischen Kriegsgefangenen formal der Beobachtung internationaler Organisationen entzogen und konnten als zivile Arbeitskräfte auch in rüstungswichtigen Betrieben eingesetzt werden.³⁰⁹

Um die Arbeitsleistung französischer Kriegsgefangener zu steigern, vereinbarte der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Sauckel³¹⁰, im April 1943 mit der Vichy-Regierung die so genannte »transformation«. Aufgrund dieser Vereinbarung sollte für jeden Franzosen, den Frankreich aufgrund des »service du travail obligatoire« (STO) nach Deutschland sandte, ein französischer Kriegsgefangener in den Zivilstatus »überführt« werden. Dieser konnte nicht nach Frankreich zurückkehren, sondern wurde als Zivilarbeiter zur Arbeit im Reichsgebiet verpflichtet. Vor diesem Hintergrund wurden im Verlauf der zweiten Hälfte des Jahres 1943 ca. 220.000 fran-

Widerstand leisteten, waren für den Arbeitseinsatz an der Ostfront vorgesehen, die Offiziere innerhalb dieser Gruppe sollten erschossen werden. Alle anderen sollten unter der Statusbezeichnung »italienische Militär-Internierte« im Reichsgebiet zur Arbeit eingesetzt werden; *Schreiber*, Die italienischen Militärinternierten (wie Anm. 304), S. 297 ff.; *Cajani*, Militär-Internierte (wie Anm. 304), S. 295 ff.

³⁰⁹ *Herbert*, Fremdarbeiter (wie Anm. 88), S. 94; *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 45; *Schäfer*, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik (wie Anm. 18), S. 31 f.

³¹⁰ Zu Sauckel vgl. ausführlich: *Manfred Weißbecker*, »So einen Arbeitseinsatz wie in Deutschland gibt es nicht noch einmal auf der Welt!« Fritz Sauckel – Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, in: *Ulrike Winkler* (Hg.), *Stiften gegen: NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*, Köln 2000, S. 41–66.

zösische Kriegsgefangene in den Zivilstatus »entlassen«. ³¹¹ Eines der zentralen Motive für die »Überführung« der italienischen »Militär-Internierten« in den Zivilstatus, die von Sommer bis Herbst des Jahres 1944 erfolgte, war ebenfalls die Erwartung einer Leistungssteigerung. ³¹²

Die oben genannten Ausführungen machen deutlich, dass mit dem Begriff »Zwangsarbeitereinsatz« zahlreiche Gruppen und Kategorien ausländischer Arbeitskräfte gefasst werden, die unter vielfältigen, sich während der Kriegszeit verändernden, zum Teil sehr unterschiedlichen Bedingungen zur Arbeit im Reichsgebiet herangezogen wurden. Weiterhin wurde aufgezeigt, dass die auf »nationalen« bzw. »rassischen« Kriterien basierenden Differenzierungen zum Teil nicht klar trennbar waren und ineinander übergingen. Dies bezog sich nicht zuletzt auch auf den Wechsel vom Status »Kriegsgefangener« zum Status »Zivilarbeiter«.

4. Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zwangsarbeitern in katholischen Einrichtungen

Die ersten Befunde zur Situation der in katholischen Einrichtungen beschäftigten Zwangsarbeiter geben ein differenziertes Bild der Arbeits- und Lebensbedingungen wieder. Dies wurde unter anderem in Bezug auf die Unterbringung deutlich.

In karitativen katholischen Einrichtungen beschäftigte zivile ausländische Arbeitskräfte wurden häufig in Gebäuden der jeweiligen Einrichtung untergebracht. So lebten die bei der Hospitalstiftung Horb beschäftigten Polen und Ukrainer direkt auf dem Hof, die Italiener wurden im Krankenhauskomplex untergebracht. ³¹³ Die bei der Piuspflege Oggelsbeuren eingesetzten polnischen und ukrainischen Zwangsarbeiter wurden in dem an die Einrichtung angegliederten landwirtschaftlichen Gebäude und in der Anstalt einquartiert. ³¹⁴ Vergleichbar stellte sich die Situation auf dem Hofgut des

³¹¹ *Durand*, Vichy und der »Reichseinsatz« (wie Anm. 273), S. 184 ff.; *Spoerer*, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 64 f.

³¹² *Cajani*, Militär-Internierte (wie Anm. 304), S. 303 ff.; *Schreiber*, Die italienischen Militärinternierten (wie Anm. 304), S. 409 ff.

³¹³ *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43), S. 137.

³¹⁴ Diözesanverwaltungsrat an die Zentralleitung für Wohltätigkeit, Rotenburg, 13.11.1944, betr.: Beanspruchung von Fürsorgeanstalten für Wehrrtüchtigungslager, StAL, E 191, Bü. 6878.

Konradihouses in Oberschelklingen dar. Der Großteil der beschäftigten Polen arbeitete und wohnte auf dem Hofgut.³¹⁵

Bei Forstbetrieben, die sich in kirchlichem Besitz befanden, stellte sich die Situation insofern anders dar, als diese lediglich beschränkt auf eigene Räumlichkeiten zurückgreifen konnten. So hatte der Rentamtman des Grafen von Bissingen als Verwalter des Waldes Imbrand nach der Ankündigung des Reichsforstmeisters, der württembergischen Forstwirtschaft für den Sommer 1944 polnische Waldarbeiter zuzuweisen, zwei ausländische Arbeitskräfte beantragt und einen Architekten mit dem Ausbau eines Speichers im Wohnhaus des »Schlosshofgütchens« beauftragt.³¹⁶ Dieses landwirtschaftliche Anwesen gehörte ebenfalls zum Walldistrikt Imbrand.³¹⁷ Als Ende April 1944 acht polnische Waldarbeiter für den Wald Imbrand eintrafen, konnten die Arbeiter jedoch nicht im Speicher einquartiert werden. Zu diesem Zeitpunkt war mit den Umbauarbeiten noch nicht einmal begonnen worden, vermutlich bot der Speicher auch nicht ausreichend Platz.³¹⁸ Als Alternative wurden die Betroffenen zunächst im »Café Wolber« in Schramberg untergebracht und in der Gaststätte »Saalbau zum Bären« verpflegt. Es war vorgesehen, die Arbeiter dort zwei Wochen zu belassen und diese dann in eine in Lauterbach befindliche Unterkunft zu verlegen.³¹⁹ Als Mitte Juni 1944 weitere vier Waldarbeiter eintrafen, brachte die Wald-Imbrand-Verwaltung diese durch Vermittlung des städtischen Wohnsamtes zunächst im Gasthof »Sonne« in Schramberg unter.³²⁰

³¹⁵ C 944/2 Ausländerliste vom 5.6.1946; C 622, Einsatz eindeutschungsfähiger Personen, Alte Meldekartei, Stadtarchiv Schelklingen.

³¹⁶ Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg, 18.2.1944, betr.: Schlosshofgütchen, und 2.3.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

³¹⁷ Gräfllich von Bissingen'sches Rentamt an das Kath. Pfarramt Bad Peterstal, 6.11.1943, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

³¹⁸ Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an die Firma Flaig, 15.4.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

³¹⁹ Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an das Einwohnermeldeamt, 29.4.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; Gaststätte Saalbau zum »Bären« in Schramberg, Rechnung vom 31.5.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II. Die Waldarbeiter wurden bereits nach einer Woche nach Lauterbach umquartiert, Gräfllich von Bissingen'sches Rentamt an das Einwohnermeldeamt, 11.7.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

³²⁰ Die Kosten für die Miete wurde den polnischen Arbeitern vom Lohn abgezogen, Schreiben an das Städtische Wohnungs- und Quartieramt,

Im Gasthof »Sonne« unterhielten die Möbelwerke Moser bereits ein Unterkunfts-lager für ausländische Arbeitskräfte.³²¹

Der Rückgriff auf bereits bestehende Gebäude wie etwa Gaststätten, Turnhallen, alte Brauereigebäude und Mühlen und deren Nutzung bzw. Umbau zu Unterkunfts-lagern für Zwangsarbeiter war allgemeine Praxis im Zuge des »Ausländereinsatzes«. Denn die Aufnahmekapazitäten der im Verlauf der Kriegsjahre errichteten Barackenlager reichten nicht aus, um die steigende Zahl ausländischer Arbeitskräfte unterzubringen.³²² Im Zusammenhang mit der Errichtung größerer Barackenlager schlossen sich häufig mehrere Betriebe unter der Federführung des größten örtlichen Betriebes oder der Stadtverwaltung zu »Lagergemeinschaften« zusammen, um die Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte in organisatorischer Hinsicht zu vereinfachen.³²³ Auf die Möglichkeit der Einquartierung von Zwangsarbeitern in ein von der Firma Gebr. Junghans errichtetes Barackenlager konnte beispielsweise die Wald-Imbrand-Verwaltung zurückgreifen. Als Mitte Dezember 1944 der Wald-Imbrand-Verwaltung neun »Ostarbeiter« zugewiesen wurden, brachte sie diese zunächst im »Ostarbeiterlager Maierhof« der Firma Gebr. Junghans unter, bis die Betreffenden ab Mitte Januar 1945 in eine Forsthütte auf dem »Schlossberg« umquartiert wurden.³²⁴

Kriegsgefangene wurden, wie es die einschlägigen Bestimmungen forderten, in bewachten Unterkunfts-lagern zusammengefasst und zur Arbeit auf die verschiedenen Einsatzorte gebracht. Zu diesem Zweck bildeten die Arbeitgeber landwirtschaftlicher Betriebe Gemeinschaften, da gewisse Mindestgrößen für die Errichtung eines

4.8.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; Ferd. Moser und Sohn an das Gräflich von Bissingen'sche Rentamt, 8.8.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

³²¹ Stadtoberinspektor an Gräflich von Bissingen'sches Rentamt, Schramberg, 24.6.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II. Die vier Waldarbeiter wurden zu einem späteren Zeitpunkt in das Gasthaus »Zur Krone« in Schramberg-Sulgen umquartiert; Bürgermeister der Stadt Schramberg an das Gräflich von Bissingen'sche Rentamt, Rechnung vom 14.10.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

³²² *Schäfer*, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik (wie Anm. 18), S. 70 ff.; vgl. zur Situation in München: *Heusler* (wie Anm. 24), S. 175 ff.

³²³ *Schäfer*, Zwangsarbeit in den Kommunen (wie Anm. 81), S. 61 ff.

³²⁴ Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an das Wirtschaftsamt Rottweil, 6.1.1945, betr.: AZ-Karten für Ostarbeiter, Interkalarfonds, Korrespondenzen III; vgl. auch: Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an die Firma Flaig, 30.10.1942, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

Arbeitskommandos gefordert wurden.³²⁵ Auch katholische Einrichtungen, so beispielsweise die Hospitalstiftung Horb, beteiligten sich an diesem Verfahren.³²⁶ In einzelnen Fällen wurden Kriegsgefangenenlager durch die Wehrmacht in Gebäuden kirchlicher Einrichtungen errichtet, so beispielsweise in den Heil- und Pflegeanstalten Liebenau, Hegenberg und Heggbach.³²⁷ In diesem Fall erforderte die Beschäftigung von Kriegsgefangenen für die Einrichtungen keinen zusätzlichen organisatorischen Aufwand.

Unterschiedliche Bedingungen zeigten sich auch im Hinblick auf die Ernährungslage der Zwangsarbeiter. Während beispielsweise die bei der Hospitalstiftung Horb beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte ausreichend ernährt wurden,³²⁸ wurde dies im Hinblick auf die im Wald Imbrand eingesetzten und im »Ostarbeiterlager« Meierhof untergebrachten »Ostarbeiter« nicht gewährleistet. Die Wald-Imbrand-Verwaltung stellte gegenüber dem Forstamt Alpirsbach fest: »Die Arbeiter haben sich bei Waldhüter L.³²⁹ bitter darüber beklagt, dass sie mit dem Essen, welches sie vom Lager Meierhof erhalten, nicht arbeiten können; gestern Vormittag musste L. die Arbeiter abholen, weil sie nicht zur Arbeit erschienen sind.«³³⁰ Die Ausstattung mit Kleidern und Schuhen der im Wald Imbrand

³²⁵ Vgl. zur Organisation der Kriegsgefangenenlager: *Spoerer*, Zwangsarbeiter unter dem Hakenkreuz (wie Anm. 12), S. 101 f.

³²⁶ Die im Hospital in Horb beschäftigten französischen Kriegsgefangenen wurden in der als Gemeinschaftslager genutzten ehemaligen Wandererarbeitsstätte untergebracht und blieben dort auch nach ihrer »Überführung« in den Zivilstatus. Das Hospital bezahlte an die Stadt Kosten für die Unterkunft; *Aderbauer*, Zwangsarbeiter (wie Anm. 43), S. 128, S. 137.

³²⁷ Jahresbericht 1940 (S. 2), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Bericht über die Anstalten Liebenau, Rosenharz und Hegenberg 1941, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Pflegeanstalt Heggbach an die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 17.11.1944, betr.: Unterbringung von alten Leuten aus Stuttgart, StAL, E 191, Bü. 6998; Seelsorgebericht Hegenberg, Archiv Stiftung Liebenau.

³²⁸ *Silberzahn*, Die vergessenen Helfer (wie Anm. 43), S. 122.

³²⁹ Dieser Name und der folgende wurden aus datenschutzrechtlichen Gründen anonymisiert.

³³⁰ Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an das Forstamt Alpirsbach, 19.12.1944, betr.: Schwerarbeiterzulagen für die Ostarbeiter, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

beschäftigten Polen und »Ostarbeiter« war ebenfalls äußerst mangelhaft.³³¹

Als Einsatzbereiche der in katholischen Einrichtungen beschäftigten Zwangsarbeiter zeigten sich die Land-, Forst- und Hauswirtschaft, Gärten, Friedhöfe, der pflegerische Sektor und nicht zuletzt auch eine Tätigkeit als Amme³³². In diesen Einsatzbereichen wurden die Zwangsarbeiter größtenteils zu Hilfstätigkeiten herangezogen, lediglich in selteneren Fällen wurden qualifizierte Tätigkeiten ausgeübt.³³³ Dabei zeigte sich die Tendenz, dass vornehmlich Arbeitskräfte aus Nord-, West- und Süd(ost)europa mit qualifizierteren Tätigkeiten beauftragt wurden, während Osteuropäer lediglich in Ausnahmefällen mit solchen betraut wurden. So wurden beispielsweise von den im Sanatorium Carolinum in Bad Mergentheim beschäftigten vier weiblichen zivilen ausländischen Arbeitskräften die zwei Frauen aus Russland und eine Polin als Küchen- bzw. Hausgehilfinnen eingesetzt, während die Französin als Köchin beschäftigt wurde.³³⁴

³³¹ Die Wald-Imbrand-Verwaltung stellte im September 1944 fest: »Sollten die Polen noch längere Zeit hier beschäftigt werden, dann ist die Beschaffung von Arbeitskleidung nicht mehr zu umgehen. Die Kleidung der Polen ist zerfetzt, einer derselben hat nicht einmal ein ganzes Hemd mehr«; Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an das Forstamt Alpirsbach, 6.9.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; zur Situation der »Ostarbeiter«: Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an das Forstamt Alpirsbach, 25.2.1945, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

³³² Die Heranziehung von Ausländerinnen, einschließlich Osteuropäerinnen, als Ammen für deutsche Kinder wurde von den NS-Behörden nicht ausgeschlossen; vgl. Außenstelle Kreuznach-Birkenfeld des SD-Abschnitts Koblenz an das Staatliche Gesundheitsamt Bad Kreuznach, 25.7.1944, betr.: Verwendung fremdvölkischer Frauen als Ammen für deutsche Kinder, Landeshauptarchiv Koblenz 512.14, Nr. 876 (für diesen Hinweis danke ich Frau Ulrike Winkler).

³³³ Dies geht vor allem aus den Eintragungen in den Versicherungsunterlagen hervor. Als Tätigkeitsbeschreibung finden sich, abgesehen von der nicht weiter spezifizierten Eintragung »Landarbeiter«, häufig folgende Einträge: »(landwirtschaftlicher) Hilfsarbeiter«, »landwirtschaftliche Hilfskraft«, »Gartenhilfskraft«, »Hausgehilfin«, »Hausmädchen«, »Küchenhilfe«, »Küchenmädchen«; vgl. dazu die Dokumentation ab S. 128 in diesem Band und die statistische Zusammenfassung von *Stephan M. Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 259–261.

³³⁴ StAL, FL 20/3 I, Akten zum Ausländersuchverfahren 1946–1948, AOK Bezirksdirektion Main-Tauber-Kreis, Hebekarte. Eine systematische Erhebung zu den einzelnen Nationalitäten und zum Einsatzbereich ist nicht möglich, da lediglich unvollständige Informationen sowohl zur

Bei den in katholischen Einrichtungen ausgeübten Tätigkeiten handelte es sich auch um körperliche Schwerarbeit. So wurden beispielsweise die im Wald Imbrand beschäftigten Waldarbeiter aus Danzig zum Holzfällen an Steilhängen eingesetzt. Die Waldarbeiter wurden von 7 Uhr morgens bis 18 Uhr abends zur Arbeit herangezogen, wobei von diesen zusätzlich eine einstündige Wegstrecke zum Arbeitsort zurückgelegt werden musste.³³⁵ Eine von der Kirchenpflege Tettngang auf dem Friedhof beschäftigte ausländische Arbeiterin berichtete, dass sie zwölf Stunden täglich zur Arbeit eingesetzt wurde, die im Ausheben von Gräbern und Aufräumen des Friedhofes bestand.³³⁶

Einzelne in den Ökonomien beschäftigte Zwangsarbeiter konnten ihren Status verbessern, indem sie qualifiziertere Tätigkeiten ausübten. So wurde beispielsweise ein zunächst im Hospital zum Heiligen Geist in Bad Mergentheim als landwirtschaftlicher Arbeiter eingesetzter Pole als Melker eingelernt, als im Dezember 1943 der dort zuvor beschäftigte Melker zum Heer eingezogen wurde und keine deutsche Ersatzkraft zu erhalten war. Der polnische Arbeiter verdiente nun statt bisher 35 RM Monatsbruttolohn 45 RM.³³⁷ Auch beim Hospital in Horb übernahmen polnische und ukrainische Arbeiter qualifiziertere Tätigkeiten als Pferdeknecht und Melker.³³⁸ Ein in der Einrichtung als Bulldogfahrer eingesetzter italienischer Arbeiter erhielt mit 55 RM den höchsten Lohn, der an eine ausländische Arbeitskraft im Hospital bezahlt wurde.³³⁹

Die ersten Befunde zur Bestimmung der Position kirchlicher Einrichtungen im Umgang mit Zwangsarbeitern weisen darauf hin, dass sich kirchliche Einrichtungen um eine ausreichende Versorgung der Zwangsarbeiter mit Lebensmitteln und Kleidern und Wäsche bemühten. So wurden beispielsweise den im Wald Imbrand be-

Nationalitätenangabe als auch zum Einsatzbereich vorliegen. Aus diesem Grund sind auch statistische Aussagen zur Fluktuation nicht möglich.

³³⁵ Forstamt Alpirsbach, 3.5.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

³³⁶ Dokumentation *Christa Tholander* mit Bezug auf den Bericht einer ehemaligen Zwangsarbeiterin, vgl. Aktensammlung »Zwangsarbeit«, DAR.

³³⁷ Im Hospital wurde außerdem ein polnischer Arbeiter als Pferdeknecht beschäftigt. Die beiden erhielten den gleichen Lohn, Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 15.2.1944, § 782, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

³³⁸ *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43), S. 137.

³³⁹ *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43), S. 134.

schäftigten Waldarbeitern aus Polen und den dort ebenfalls eingesetzten »Ostarbeitern« auf Antrag des Rentamtes beim Ernährungsamt Schwerarbeiterzulagen gewährt.³⁴⁰ Das Rentamt versuchte außerdem, beim Wirtschaftsamt Arbeitsanzüge, Schuhe und Material zum Ausbessern der Kleider und Wäsche für die ausländischen Arbeitskräfte zugewiesen zu erhalten,³⁴¹ und war damit zumindest teilweise erfolgreich.³⁴²

Die Wald-Imbrand-Verwaltung entwickelte außerdem Initiativen, die darauf abzielten, dass die Arbeitsbelastung der im Wald beschäftigten Zwangsarbeiterinnen nicht gesundheitsschädigende Folgen nach sich zog. Als ab Dezember 1944 »Ostarbeiter« im Wald Imbrand beschäftigt wurden, unter denen sich auch zwei Frauen befanden, wies der Rentamtman den im Wald eingesetzten Kolonnenführer an, »dass die jeweils im Wald beschäftigte Ostarbeiterin nicht gerade zu den schwersten Arbeiten, insbesondere nicht zum Tragen der Stangen verwendet wird«. Er forderte den Kolonnenführer

³⁴⁰ Mit Bezug auf die polnischen Arbeitskräfte: Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an den Landrat in Rottweil, 15.5.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; Gräflich von Bissingen'sches Rentamt, 11.7.1944 und 21.7.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an das Ernährungsamt Rottweil, 24.7.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; mit Bezug auf die »Ostarbeiter«: Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an das Ernährungsamt Rottweil, 12.1.1945, betr.: Schwerarbeiterzulagen, Interkalarfonds, Korrespondenzen III; Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an den Oberförster in Alpirsbach, 17.2.1945, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

³⁴¹ Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an das Forstamt Alpirsbach, 2.5.1944, betr.: Arbeitskleidung und Schuhe für Waldarbeiter, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an den Bürgermeister in Lauterbach, 7.7.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an das Wirtschaftsamt Rottweil, 25.7.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an das Forstamt Alpirsbach, 31.7.1944, betr.: Arbeitskleidung für die polnischen Waldarbeiter, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; Gräflich von Bissingen'sches Rentamt, 22.8.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

³⁴² Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an das Forstamt Alpirsbach, 15.8.1944, betr.: Schuhversorgung der polnischen Waldarbeiter, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; Gräflich von Bissingen'sches Rentamt, 9.2.1945, Empfangsbescheinigung, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

rer auf, »die Arbeit so einzuteilen, dass die Ostarbeiterin mit Holzsägen oder sonstigen leichteren Arbeiten beschäftigt wird.«³⁴³

Auch bei der Entlohnung zeigten sich kirchliche Einrichtungen im Einzelfall entgegenkommend. So überstiegen beispielsweise die im Hospital in Horb an die polnischen und ukrainischen Arbeitskräfte bezahlten Löhne die durch die Reichstarifordnung festgeschriebenen Sätze deutlich.³⁴⁴ Die Hospitalverwaltung zeigte sich in einem weiteren Fall großzügig. Als bei einer Ukrainerin, die 28 RM verdiente, nachträglich eine Lohnsteuer von RM 1,30 gefordert wurde, zog das Spital diese Summe zwar ein, erhöhte aber gleichzeitig den Lohn um eben diesen Betrag, so dass die Arbeiterin ihren Barlohn in vollem Umfang behalten konnte.³⁴⁵ Die Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim entschloss sich, nachdem auch andere Arbeitgeber der Stadt Mergentheim die von den Polen erhobene Bürgersteuer übernahmen, diese ebenfalls zu bezahlen.³⁴⁶

In einzelnen kirchlichen Einrichtungen wurden den Zwangsarbeitern darüber hinaus in Anlehnung an bäuerliche Traditionen Gratifikationen gewährt. Den im Hospital in Horb beschäftigten ausländischen Arbeitskräften wurden nach der Ernte zur traditionellen »Sichelhenke« und an Weihnachten Zuwendungen gewährt.³⁴⁷ Die

³⁴³ Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an den im Wald Imbrand eingesetzten Kolonnenführer, 23.2.1945, Interkalarfonds, Korrespondenzen III. Im Dezember 1944 hatte der Rentamtmann allerdings noch festgestellt: »Die beiden Frauen wollen sich auch im Wald betätigen; dieselben werden zum Transport der Stangen an den Weg verwendet.« Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an das Forstamt Alpirsbach, betr.: Unterbringung und Arbeitseinsatz der Ostarbeiter, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

³⁴⁴ *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43), S. 133.

³⁴⁵ *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43), S. 134.

³⁴⁶ Die Bürgersteuer betrug monatlich 2,50 RM. Im Hinblick auf ein von der Kirchen- und Hospitalstiftung beschäftigtes polnische Ehepaar, das ein dreijähriges Kind hatte, fasste sie außerdem den Beschluss, »mit Rücksicht auf die geringe Entlohnung der Polen« für die Verpflegung des Kindes monatlich 12 RM vom Verdienst abzuziehen, Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 29.4.1941, § 554, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

³⁴⁷ Die Höhe der Zuwendung an Weihnachten war allerdings nach Nationalitäten gestaffelt. Während französische und italienische Arbeitskräfte wie die deutschen Arbeiter 10 RM erhielten, wurde polnischen Arbeitern 8 RM bezahlt. Bei der Sichelhenke erhielten die zivilen ausländischen Arbeitskräfte die gleichen Beträge wie die deutschen Arbeiter, Kriegsgefangene erhielten einen geringeren Betrag;

Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim bezahlte im Jahr 1941, als die Ernte durch schlechte Wetterbedingungen erschwert worden war, sowohl an die einheimischen Arbeiter als auch an die polnischen Zwangsarbeiter Erntegeld. Die deutschen Knechte erhielten 5 RM, die polnischen Männer 4 RM und die polnischen Frauen 3 RM.³⁴⁸ Als im Jahre 1942 im Zuge der Erstellung einer Güllengrube von den in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräften Mehrarbeit abverlangt wurde, die sie nach Einschätzung der Kirchen- und Hospitalstiftung »ohne Widerwillen« leisteten, wurde den deutschen Knechten und dem polnischen Arbeiter jeweils 10 RM ausbezahlt. Von der Arbeitsleistung der Arbeiter offensichtlich sehr angetan, beschloss die Kirchen- und Hospitalstiftung im selben Zug, »den Gefolgschaftsmitgliedern, wie dies jedes Jahr üblich, nach Einbringung der Ernte die gleichen Beträge als Erntegeld auszubezahlen.«³⁴⁹

Ein Motiv für die Bemühungen um eine ausreichende Versorgung und bessere Entlohnung der ausländischen Arbeitskräfte stellte für kirchliche Arbeitgeber sicherlich, wie es auch für andere Unternehmensführungen belegt ist,³⁵⁰ der Erhalt der Leistungsfähigkeit bzw. die Motivationssteigerung dar. Das Rentamt führte gegenüber dem Wirtschaftsamt aus, als es sich um eine Zuweisung von Arbeitsanzügen und Material zum Ausbessern von Kleidern für die im Wald Imbrand beschäftigten polnischen Arbeiter bemühte: »Dieses Gesuch ist sehr dringend, weil die Leute so gut wie nichts zum Anziehen haben, auch können sie die wenigen Kleider, welche sie besitzen, infolge mangels an Nähmitteln nicht flicken. Die Arbeitsfreudigkeit wird dadurch natürlich nicht gehoben, vielmehr ist mit einem Rückgang der Arbeitsleistung zu rechnen, wenn die Arbeiter nicht in aller Bälde Nähmittel und Arbeitsanzüge bekommen.«³⁵¹ Ähnlich argumentierte die Wald-Imbrand-Verwaltung im Hinblick auf die Gewährung von Schwerarbeiterzulagen für die eingesetzten

Kriegsgefangene erhielten einen geringeren Betrag; *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43), S. 136.

³⁴⁸ Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 9.9.1941, § 578, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

³⁴⁹ Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 18.8.1942, § 660, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

³⁵⁰ *Herbert*, Fremdarbeiter (wie Anm. 88), S. 187 ff.

³⁵¹ Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an das Wirtschaftsamt Rottweil, 15.7.1944, betr.: Arbeitsanzüge und Nähmittel für Waldarbeiter, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

»Ostarbeiter«.³⁵² Kirchliche Arbeitgeber nahmen gegenüber den ausländischen Arbeitskräften durchaus auch eine unternehmerische Perspektive ein. So vermerkte der Jahresbericht des Kinderheimes Hürbel im Jahre 1945: »Mit Kriegsende stellten die ausländischen Arbeiter, damit auch unser polnischer Landarbeiter, ihre Arbeit vollständig ein. Trotzdem musste ihm aber bis August volle Verpflegung gewährt werden.«³⁵³

Wie sich weiter zeigte, spiegelten sich die Grundsätze für eine nach nationalen bzw. »rassischen« Kriterien abgestufte Behandlung der verschiedenen Gruppen ausländischer Arbeitskräfte auch in katholischen Einrichtungen wider. So wurden beispielsweise die im Hospital in Horb bezahlten Löhne nach nationalen Gruppen gestaffelt. Polnische Arbeiter wurden am schlechtesten entlohnt, die Entlohnung der Ukrainer lag etwas höher, so genannte »Westarbeiter« wurden einheitlich mit einem Lohn besoldet, der dem deutscher Arbeiter entsprach.³⁵⁴

Dass der Aufenthalt im Reichsgebiet als solcher für einen Großteil der ausländischen Arbeitskräfte, und dies galt insbesondere für Osteuropäer, unter dem Charakter des Zwangs stand, wurde auch in Bezug auf in katholischen Einrichtungen beschäftigte Zwangsarbeiter deutlich. So entwich beispielsweise ein im Kinderheim Hürbel zur Arbeit eingesetzter serbischer Kriegsgefangener aus dem Unterkunfts-lager. Im Jahresbericht des Kinderheimes Hürbel wurde vermerkt: »Im Mai wurden die hier beschäftigten kriegsgefangenen Belgier mit kriegsgefangenen Serben ausgewechselt. Der uns zugewiesene Serbe war in der Nacht des 30. Mai aus dem Lager entwichen; so fehlte uns für die Heu- und Erntearbeiten eine Arbeitskraft

³⁵² Der Rentamtmann führte in diesem Zusammenhang aus: »Die Voraussetzung für die Gewährung der Schwerarbeiterzulage, dass nämlich die Ostarbeiter 90 % der einheimischen Arbeiter leisten, ist nicht erfüllt worden, weshalb an und für sich die Zulagen nicht mehr gewährt werden dürfen; tun wir dies aber, dann wird die Arbeitsleistung auf ein Minimum zurücksinken.« Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an den Oberförster in Alpirsbach, 17.2.1945, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

³⁵³ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht 1945, StAL, E 191, Bü. 3553. Im Lohnbuch wurde in Bezug auf den polnischen Arbeiter vermerkt: »Seit 1. Mai 1945 nicht mehr arbeitswillig; am 17. Juli 1945 in ein Lager überführt«, Lohnbuch Hürbel 1943–1957, Kongregationsarchiv Bonlanden.

³⁵⁴ *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43), S. 132.

in der Landwirtschaft.«³⁵⁵ Ein in der Hospitalstiftung Horb zur Arbeit herangezogenes Ehepaar aus der Ukraine nutzte den Heimaturlaub zur Flucht.³⁵⁶ Flucht stellte eine der häufigsten Reaktionen ausländischer Arbeitskräfte auf ihre von Zwang bestimmten Lebens- und Arbeitsbedingungen dar.³⁵⁷

Die diskriminierende Sondergesetzgebung, der Arbeitskräfte aus Osteuropa unterstellt waren, blieb auch in katholischen Einrichtungen präsent. Dies wurde unter anderem am Fall zweier tuberkulosekranker »Ostarbeiter« deutlich, die der Kinderheilstätte Wangen über das Arbeitsamt Ravensburg Mitte Juli 1944 aus dem Krankensammellager Großsachsenheim als Arbeitskräfte zugewiesen wurden. Die Betroffenen litten an Tuberkulose, die mittels eines Pneumothorax behandelt wurde. Der Direktor der Kinderheilstätte führte gegenüber dem Arbeitsamt Ravensburg aus: »Sie [die beiden »Ostarbeiter«] machen einen sehr guten Eindruck und zeigen einen großen Arbeitswillen. Leider ist der Befund so ausgedehnt, dass mit einem langen Arbeitseinsatz nicht gerechnet werden darf. Sie haben einen Pneumothorax auf der einen Seite. Auf der anderen Seite besteht aber bei beiden ein aktiver Prozess, der wahrscheinlich nach Arbeitseinsatz in nächster Zeit fortschreiten wird. Ich bitte um Mitteilung, ob wir sie bei Arbeitsunfähigkeit wieder zum Lager Großsachsenheim schicken sollen.«³⁵⁸ Auf längere Sicht hin arbeitsunfähige und schwerkranke Osteuropäer wurden in so genannten »Krankensammellagern« zusammengefasst. In diesen Lagern wurde den Betroffenen eine adäquate medizinische Versorgung vorenthalten, so dass ein Großteil der dort untergebrachten Osteuropäer starb.³⁵⁹ Einer der »Ostarbeiter«, welcher der Kinderheilstätte als Arbeitskraft

³⁵⁵ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht erste Hälfte 1941, StAL, E 191, Bü. 3553.

³⁵⁶ *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43), S. 129, S. 138 f.

³⁵⁷ *Herbert*, Fremdarbeiter (wie Anm. 88), S. 359 ff.

³⁵⁸ Kinderheilstätte Wangen an das Arbeitsamt Ravensburg, 20.7.1944, betr.: Einsatz tuberkulöser Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen, StASig, R 31/4, Nr. 22. Durch die Anordnung des Präsidenten des Gauarbeitsamtes Württemberg an die Arbeitsämter vom 20. März 1944 wurde der Einsatz arbeitsfähiger tuberkulöser »Ostarbeiter« und »Ostarbeiterinnen«, die nicht an offener Tuberkulose litten, angeordnet; *Tholander*, Fremdarbeiter (wie Anm. 107), S. 367.

³⁵⁹ Zum Lagertypus des »Krankensammellagers« vgl. *Annette Schäfer*, Zur Funktion von Durchgangslagern und Krankensammellagern beim Zwangsarbeitereinsatz im Zweiten Weltkrieg. Das Beispiel Württemberg, in: *Christoph Kopke* (Hg.), *Medizin und Verbrechen*, Ulm 2001, S.

Arbeitskraft zugewiesen wurde, verblieb bis nach Kriegsende in der Kinderheilstätte. Über die Dauer des Einsatzes und den Verbleib des anderen Mannes liegen keine Informationen vor.³⁶⁰

Bei Übertretung der umfangreichen Verhaltensvorschriften wurden ausländische Arbeitskräfte in Haft genommen oder in so genannte »Arbeitserziehungslager« bzw. Konzentrationslager eingewiesen.³⁶¹ Ein im Wald Imbrand beschäftigter »Ostarbeiter« wurde in Polizeihaft genommen.³⁶² Drei beim Hospital in Horb beschäftigte ausländische Arbeitskräfte wurden von der Gestapo verhaftet. Einer der Betroffenen, ein polnischer Arbeiter, wurde ins Konzentrationslager Dachau eingewiesen.³⁶³

Gleichwohl wurde in kirchlichen Einrichtungen über die spezifischen Bedingungen, denen sich der Großteil der Zwangsarbeiter, und unter diesen insbesondere Osteuropäer, ausgesetzt sah, weitgehend nicht reflektiert. In Mutterhauschroniken, Jahresberichten einzelner Einrichtungen und Kirchenstiftungsratsprotokollen wurde lediglich vereinzelt die besondere Situation ausländischer Arbeitskräf-

143–162; zum Krankensammellager Großsachsenheim vgl. *Tholander*, Fremdarbeiter (wie Anm. 107), S. 436 ff.; *Schäfer*, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik (wie Anm. 18), S. 200 ff.; zur medizinischen Versorgung siehe ausführlich: *Uwe Danker/Annette Grewe/Nils Köhler/Sebastian Lehmann* (Hg.), »Wir empfehlen Rückverschickung, da sich der Arbeitseinsatz nicht lohnte«. Zwangsarbeit und Krankheit in Schleswig-Holstein 1939–1945, Bielefeld 2001.

³⁶⁰ AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben Hebeliste, Mitgliederkarte; LVA Württemberg, Versicherungskartenarchiv. Das Stadtarchiv Sachsenheim verfügt leider über keine Unterlagen zum Krankensammellager Großsachsenheim, die über einen möglichen Rücktransport ins Lager Aufschluss geben könnten, Stadtarchiv Sachsenheim an die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart vom 21.5.2002.

³⁶¹ Zur Praxis der Strafverfolgung vgl. *Herbert*, Fremdarbeiter (wie Anm. 88), S. 133 ff., 344 ff.; vgl. zur Geschichte und Funktion der »Arbeitserziehungslager«: *Gabriele Lotfi*, KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart/München 2000.

³⁶² Als Haftgrund wurde »Körperverletzung« angegeben. Dies geht aus einem Schreiben der Wald-Imbrand-Verwaltung vom Februar 1945 hervor. Weitere Informationen ließen sich bisher nicht erschließen, Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an den Oberförster in Alpirsbach, 17.2.1945, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

³⁶³ Über die weiteren Hintergründe liegen bisher keine gesicherten Informationen vor; *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43), S. 139; vgl. abweichend: *Silberzahn*, Die vergessenen Helfer (wie Anm. 43), S. 42 f.

te thematisiert.³⁶⁴ Aus der Perspektive jener war der »Ausländereinsatz«, wie für den Großteil der deutschen Bevölkerung, lediglich ein Element des Kriegsalltags und nicht Ausdruck und Folge der NS-Unrechtspolitik.

Zusammenfassend machen die ersten Befunde zur Bestimmung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zwangsarbeitern in katholischen Einrichtungen deutlich, dass die Einsatzbedingungen durch ein persönliches Arbeitsverhältnis und partiell auch durch bäuerliche Traditionen geprägt waren. Eine Einordnung der Einsatzbedingungen innerhalb des Systems »Zwangsarbeit« verweist insofern auf deutliche Parallelen zur Situation in kleinbäuerlichen Betrieben beschäftigter Zwangsarbeiter. Beiden Einsatzbereichen war gemeinsam, dass dort die Zwangsarbeiter im Vergleich zur Situation in industriellen Großbetrieben im Allgemeinen besser gepflegt und untergebracht wurden.³⁶⁵ Gleichwohl blieben für die Zwangsarbeiter sowohl in kirchlichen Einrichtungen als auch in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben die Bestimmungen und Auswirkungen des spezifischen Straf- und Sonderrechts präsent.³⁶⁶

³⁶⁴ Vgl. Jahresberichte des Kinderheims Hürbel, StAL, E 191, Bü. 3553; Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle; Archiv Kloster Reute, Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943 und 1944–1947; Archiv Marienhospital Stuttgart, Chronik. In der Chronik des Mutterhauses der Vinzentinerinnen von Untermarchtal wurde im Jahre 1944 im Zusammenhang mit der Nutzung der Anstalt »Maria Hilf« als Umsiedlungslager berichtet: »Ein großer Teil der Slowenen usw. wird verlegt. Wie uns diese armen Menschen dauern! Kaum heimisch geworden nach all dem ausgestandenen Leid der Vertreibung von Haus und Heim, überlistet mit Versprechungen, wie gut sie im Altreich leben könnten, müssen sie, an Leib und Seele gebrochen, wieder weiterwandern«; Mutterhauschronik (Eintrag 1944), Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal.

³⁶⁵ Vgl. hierzu die exemplarischen Studien: *Hans Mommsen/Manfred Grieger*, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996; *Hopmann*, Zwangsarbeit bei Daimler-Benz (wie Anm. 88).

³⁶⁶ *Katharina Hoffmann*, Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in: *Ulrike Winkler* (Hg.), Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000, S. 143 kommt beispielsweise zum Schluss: »Resümierend lässt sich auf der Grundlage der mittlerweile zahlreichen Studien, die Zwangsarbeit von ausländischen ZivilarbeiterInnen und Kriegsgefangenen in der deutschen Landwirtschaft thematisieren, feststellen: Hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln waren osteuropäische LandarbeiterInnen im Vergleich zu den in den Lagern lebenden und in der Industrie beschäftigten Landsleuten häufig besser gestellt.« Zu die-

Exkurs: Ausländische Kinder in »deutschen Kinderheimen«

Bis Ende 1942 wurden schwangere ausländische Arbeiterinnen nach Möglichkeit vor der Entbindung in ihre Heimatgebiete abgeschoben, da die Versorgung der Kinder im Reichsgebiet aus der Perspektive der Arbeitsbehörden eine Belastung darstellte.³⁶⁷ So bemühte sich beispielsweise Ende April 1942 der Arbeitgeber einer Polin um die Aufnahme ihres Kindes in das Kinderheim Hürbel. Die Heimleitung lehnte eine Zusage über die Aufnahme »dieses nicht deutschblütigen Kindes« vorläufig ab und wandte sich an die Zentralleitung mit der Bitte, ihr Verhaltensrichtlinien bei weiteren vergleichbaren Anfragen zu geben.³⁶⁸ Die Zentralleitung leitete das Schreiben an den Landesjugendarzt weiter, der deutlich machte: »Eine Unterbringung von Polenkindern in Heimen des Landes kann bei der Knappheit der Plätze und aus grundsätzlichen Gründen nicht in Frage kommen. Diese Kinder müssen in Polen untergebracht werden, es

sem Ergebnis kommt auch *Joachim Lehmann*, Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft 1939 bis 1945, in: *Herbert* (Hg.), *Europa und der »Reichseinsatz«* (wie Anm. 13), S. 136; vgl. ferner: *Frank Schmidt*, *Der Ausländereinsatz in der brandenburgischen Landwirtschaft – Reglementierung der Lebensverhältnisse*, in: *Winfried Meyer/Klaus Neitmann* (Hg.), *Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion und Rezeption*, Potsdam 2001, S. 69–82; *Jochen August*, *Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland in den 30er Jahren und der Masseneinsatz ausländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkriegs. Das Fallbeispiel der polnischen zivilen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen*, in: *AfSG 24* (1984), S. 305–353. Zum Einsatz in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben vgl. die Fallstudie von *Gabriele Freitag*, *Zwangsarbeiter im Lipper Land. Der Einsatz von Arbeitskräften aus Osteuropa in der Landwirtschaft Lippes 1939–1945*, Bochum 1996; vgl. auch *Anton Grossmann*, *Fremd- und Zwangsarbeiter in Bayern 1939–1945*, *VfZ 34* (1986), S. 481–521; *Margarethe Ruff*, »Um ihre Jugend betrogen«. *Ukrainische Zwangsarbeiterinnen in Vorarlberg 1942–1945*, Bregenz 1996, S. 76 ff.

³⁶⁷ Schwangere Osteuropäerinnen wurden in so genannten »Rückkehrertransporten« abgeschoben. In diesen herrschten im Allgemeinen katastrophale Bedingungen: *Schäfer*, *Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik* (wie Anm. 18), S. 198; vgl. zum Umgang mit Schwangeren, ebd., S. 160 ff.

³⁶⁸ Kinderheim St. Josef Hürbel an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 1.5.1942, betr.: Aufnahme von Polenkindern, StAL, E 191, Bü. 3553.

sei denn, es handle sich um Volksdeutsche oder um Fälle, mit denen in absehbarer Zeit mit Einbürgerung gerechnet werden kann.«³⁶⁹

Vor dem Hintergrund der rüstungswirtschaftlichen Entwicklung im Verlauf des Jahres 1942 sah sich Sauckel allerdings genötigt, schwangere Zwangsarbeiterinnen nicht mehr in die Heimatgebiete abtransportieren zu lassen, um deren Arbeitskraft auch weiterhin für die deutsche Rüstungswirtschaft ausbeuten zu können. In seinem Erlass vom 15. Dezember 1942, mit dem er den Stopp des Rücktransports anordnete, formulierte er daher erste Richtlinien, welche die unterschiedliche Behandlung der im Reich geborenen Kinder entsprechend ihrem »rassischen Wert« festlegten. Kinder von Arbeiterinnen »germanischer Abstammung« sollten in deutsche Kinderheime aufgenommen und Kinder, die auf der Grundlage »rassischer Untersuchungen« als »gutrassig« klassifiziert wurden, in Heime der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt eingewiesen werden. Für Kleinkinder, die nicht unter die genannten Kategorien eingestuft wurden, sollten »Stilleinrichtungen und Kleinkinderbetreuungseinrichtungen einfachster Art« geschaffen werden. »Unter keinen Umständen«, betonte Sauckel, »dürfen die Kinder durch deutsche Einrichtungen betreut werden, in Kinderheimen den deutschen Kindern Platz wegnehmen oder sonst mit diesen gemeinsam erzogen werden.«³⁷⁰

Die Arbeitsämter wiesen jedoch, da ein Großteil der Betriebe über keine entsprechenden Einrichtungen verfügte, als nächstliegende Variante und im Widerspruch zu den Erlassvorschriften ausländische Kinder in Kinderheime ein.

Mitte Februar 1943 meldete das Kinderheim St. Josef in Hürbel der Zentralleitung die Unterbringung eines französischen und eines ukrainischen Kindes im Heim, die dort Ende Dezember 1942 aufgenommen worden seien »in der Annahme, dass es sich um reichsdeutsche Kinder handle«. Die Heimleitung bat die Zentralleitung um

³⁶⁹ Der Landesjugendarzt an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 16.5.1942, betr.: Aufnahme von Polenkindern, StAL, E 191, Bü. 3553.

³⁷⁰ Der GBA an die Präsidenten der Landesarbeitsämter, Berlin, 15.12.1942, betr.: Rückführung schwangerer ausländischer Arbeitskräfte, HStA, E 151/09, Bü.127; vgl. ausführlich: *Schäfer*, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik (wie Anm. 18), S. 206 ff.

eine Stellungnahme, wie sie sich »künftig in ähnlichen Fällen« verhalten solle.³⁷¹

Die Zentralleitung empfahl der Heimleitung daraufhin, in den Fällen, in denen die Staatsangehörigkeit der Kinder nicht eindeutig zu bestimmen sei, bei der Aufnahme »Zurückhaltung zu üben«. Im Fall des Kindes, dessen »französische Mutter den reichsdeutschen Vater heiraten will«, erhob die Zentralleitung keine Einwände gegen die weitere Pflege im Heim. Für ukrainische Kinder sei geplant, diese »in besonderen Heimen« unterzubringen. Sobald darüber nähere Informationen vorliegen würden, werde die Zentralleitung dies mitteilen.³⁷²

Der Caritasverband für Württemberg richtete sich ebenfalls im Februar 1943 an die Zentralleitung und bat um Verhaltensrichtlinien für die Unterbringung eines Kindes, dessen Vater Pole und dessen Mutter Ukrainerin war: »Wir fragen an, ob gegen die Unterbringung eines solchen Kindes in einem deutschen Heim Bedenken bestehen und ob eine deutsche Pflegefamilie ein solches Kind aufnehmen kann, ohne irgend welche Nachteile deswegen zu erleiden, falls die Voraussetzungen zur Aufnahme eines Pflegekindes gegeben sind? Wir wären der Zentralleitung für das Anstalts- und Stiftungswesen für baldige Antwort dankbar, da die Sache eilt.«³⁷³

Die Zentralleitung wandte sich auf diese Anfragen hin an das Landesjugendamt und bat dieses, da die Frage »von grundsätzlicher Bedeutung« sei, um Entscheidung. Die Zentralleitung machte vorab die eigene Position deutlich und führte aus: »Mein Standpunkt geht dahin, dass es grundsätzlich unerwünscht ist, dass ausländische Kinder in einem deutschen Heim Aufnahme und die gleiche Pflege und Betreuung finden wie deutsche Kinder.« In dem Fall, dass sich keine andere Unterbringung finden lasse und die Zahl der ausländischen Kinder in dem betreffenden Heim »verschwindend klein« sei, könne diese Praxis toleriert werden. Sollte sich deren Zahl jedoch erhöhen, sei zumindest eine Zusammenfassung der ausländischen Kinder in

³⁷¹ Kinderheim St. Josef in Hürbel an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 13.2.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern, StAL, E 191, Bü. 6878.

³⁷² Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an das Kinderheim St. Josef in Hürbel, 26.2.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern. Auf das Schreiben vom 13.2.1943 (Entwurf), StAL, E 191, Bü. 6878.

³⁷³ Caritasverband für Württemberg an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 25.2.1943, StAL, E 191, Bü. 6878.

einer besonderen Abteilung anzustreben. Als ideale Variante betrachtete es die Zentralleitung, »wenn die ausländischen Kinder, z.B. die ukrainischen, sofern sie nicht in die Heimat abgeschoben werden können, in besondere hierfür im ganzen Reich vorgesehene Heime eingewiesen werden könnten«, und machte deutlich: »Die Unterbringung des in dem Schreiben des Caritasverbandes genannten polnisch-ukrainischen Kindes in einer deutschen Pflegefamilie halte ich aus völkischen Gründen für bedenklich und untunlich.«³⁷⁴

Die Zentralleitung forderte außerdem nun auch weitere Kinderheime auf, ihr die Unterbringung ausländischer Kinder zu melden.³⁷⁵ Dadurch wurden die Einrichtungen für die aus der Perspektive der Behörden bestehende Problematik sensibilisiert und richteten in der Folgezeit an die Zentralleitung weitere Anfragen, wie sie sich im Hinblick auf die Unterbringung ausländischer Kinder verhalten sollten.³⁷⁶ Das Kinderheim Canisiushaus in Schwäbisch Gmünd meldete der Zentralleitung die Aufnahme eines ausländischen Kindes, das zuvor ein halbes Jahr im Charlottenheim in Stuttgart untergebracht worden war, und argumentierte: »Da nun das Kind schon ein Jahr in Deutschland und schon so lange in Stuttgart ist, denken wir, dass [es] kein Hindernis ist, dasselbe aufzunehmen. Dürften wir

³⁷⁴ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an das Landesjugendamt, 26.2.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern in Kinderheimen oder in Familienpflegestellen, StAL, E 191, Bü. 6878.

³⁷⁵ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an das Kinderheim St. Josef Hürbel, 26.2.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern. Auf das Schreiben vom 13.2.1943 (Entwurf), StAL, E 191, Bü. 6878. Abschriften des Schreibens wurden an weitere Kinderheime gesandt mit der Aufforderung, ausländische Kinder zu melden. Zu den Reaktionen: Kinder-Asyl St. Josef Baintd an die Zentralleitung, 4.3.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern, StAL, E 191, Bü. 6878; St. Vinzentiuspflege Donzdorf an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 6.3.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern. Schreiben vom 26.2.1943, StAL, E 191, Bü. 6878; Kinderheim im Franziskusheim Schwenningen an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 26.3.1943, betr.: Ihr Schreiben vom 26.2.1943, StAL, E 191, Bü. 6878; Säuglings- und Kleinkinderheim Neuhausen auf den Fildern an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 7.4.1943, betr.: Belegung mit ausländischen Kindern, StAL, E 191, Bü. 6878.

³⁷⁶ Vgl. u.a. Paulusstift an den Vorstand der Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.3.1943, StAL, E 191, Bü. 6878.

um etwaigen Bescheid bitten, ob das Kind weiter in unserem Heim belassen werden kann.«³⁷⁷ Die Heimleitung des Canisiushauses bezog hier auch Position für das ausländische Kind. Dies war jedoch nicht grundsätzlich der Fall.

Die Heimleitung des Kinderheims St. Josef in Ludwigsburg-Hoheneck meldete der Zentralleitung die Unterbringung eines ausländischen Kindes und führte aus: »Wir werden versuchen, es der Kindesmutter klar zu machen, das Kind bei ihren Angehörigen im Protektorat unterzubringen.« Für den Fall, dass dies nicht möglich sei, bat sie die Zentralleitung, ihr ein Heim zu nennen, in welches das Kind eingewiesen werden könnte.³⁷⁸

Für einzelne Einrichtungen stand bei der Frage nach der Unterbringung ausländischer Kinder in Kinderheimen nicht primär die Sorge für das Wohl der Kinder im Mittelpunkt der Überlegungen. Sie waren vielmehr bestrebt, Konfliktsituationen mit der als Aufsichtsinstanz eingesetzten Zentralleitung zu vermeiden, auch wenn sie dadurch zwangsläufig an der Durchsetzung der rassenideologisch begründeten Diskriminierung »fremdvölkischer« Kinder mitwirkten.

Eine vergleichbare Position nahm in dieser Frage der Caritasverband ein, der sich gegenüber der Zentralleitung auch für den Fall abzusichern suchte, dass eine deutsche Pflegefamilie, die ausländische Kinder aufnahm, keine Nachteile erfuhr.³⁷⁹

In einzelnen Fällen führte diese Haltung dazu, dass Heimleitungen von sich aus auf die Ausweisung osteuropäischer Kinder aus Kinderheimen drängten. So hatte beispielsweise das Kinderheim Hürbel bei seiner Meldung über die Aufnahme ausländischer Kinder vom Februar 1943 betont: »Besonders bei dem Ukrainerkind [...] wäre es uns sehr lieb, wenn dasselbe anderweitig untergebracht werden könnte.«³⁸⁰

³⁷⁷ Canisiushaus an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, Rottenburg a.N., 7.4.1943, betr.: Aufnahme des Kindes X, StAL, E 191, Bü. 6878.

³⁷⁸ Ludwigsburg-Hoheneck an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 29.12.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern in Kinderheime, StAL, E 191, Bü. 6878.

³⁷⁹ Caritasverband für Württemberg an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 25.2.1943, StAL, E 191, Bü. 6878.

³⁸⁰ Kinderheim St. Josef in Hürbel an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 13.2.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern, StAL, E 191, Bü. 6878; vgl. auch: Kinderheim St. Josef Hürbel an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen

Auf der Grundlage der Auswertung der Anfrage an die Kinderheime vom Frühjahr 1943 beurteilte die Zentralleitung Anfang April 1943 die Zahl der ausländischen Kinder in württembergischen Kinderheimen als »noch erträglich«. Doch befürchtete sie in der Folgezeit eine erhebliche Zunahme. Die Zentralleitung stellte daher Überlegungen an, »ob nicht die Erziehungsanstalt Mulfingen, wenn die noch dort befindlichen Zigeunerkinder anderweitig untergebracht worden sind, die ausländischen Kinder aufnehmen kann«. ³⁸¹ Diese aus der Perspektive der Zentralleitung praktisch erscheinende Lösungsvariante ließ sich unter anderem deshalb nicht realisieren, da die »anderweitige Unterbringung« der »Zigeunerkinder«, d.h. ihre Einbeziehung in Vernichtungsmaßnahmen, erst im Mai 1944 erfolgte. ³⁸²

Angesichts mangelnder Konzepte zur Lösung des »Problems« nahm der Druck auf die Heimleitungen, ausländische Kinder aufzunehmen, in der Folgezeit zu. ³⁸³

Während die Behörden in Württemberg über Möglichkeiten einer Umsetzung der bisherigen Richtlinien verhandelten, ³⁸⁴ präsentierte das Reichssicherheitshauptamt am 27. Juli 1943 weitere Erlassvorschriften als Ergebnis einer Vereinbarung zwischen Sauckel und Himmler. Zur Bezeichnung der Kinderheime, in denen »fremdvölkische« Kinder untergebracht werden sollten, hatte Himmler den

sen in Württemberg, 27.3.1943, betr.: Einweisung eines finnischen Kindes, StAL, E 191, Bü. 6878.

³⁸¹ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an das Württ. Landesjugendamt, Stuttgart, 10.4.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern in Kinderheime, HStA, E 151/09, Bü.127; vgl. auch: Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an die Josefspflege Mulfingen, 27.3.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern, StAL, E 191, Bü. 6878; St. Josefspflege Mulfingen an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 5.4.1943, betr.: Belegschaft der Anstalt, StAL, E 191, Bü. 6878.

³⁸² Zum Kinderheim Mulfingen vgl. S. 174 ff. in diesem Band.

³⁸³ Vgl. St. Vincentiuspflege Donzdorf an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 24.4.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern, HStA, E 151/09, Bü. 127; St. Vincentiuspflege Donzdorf an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 7.6.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern, StAL, E 191, Bü. 6878.

³⁸⁴ Aktenvermerk des Geschäftsteils Nr. IX im Württ. Innenministerium vom 2.8.1943 über eine am 26.7.1943 stattgefundene Besprechung, HStA, E 151/09, Bü. 127.

euphemistischen Titel »Ausländerkinder-Pflegestätte« vorgeschlagen. Die Anordnung konzentrierte sich in erster Linie auf die detaillierte Regelung der unterschiedlichen, am »rassischen Wert« des Kindes orientierten Behandlung. Kinder von Ausländerinnen, »die Träger zum Teil deutschen und stammesgleichen Blutes sind und als wertvoll angesehen werden können«, sollten nicht in »Ausländerkinder-Pflegestätten« eingewiesen, sondern »nach Möglichkeit« dem »Deutschtum [...] erhalten und [...] daher als deutsche Kinder« erzogen werden.

»Ausländerkinder-Pflegestätten« sollten von den Betrieben in den Unterkünften eingerichtet und von der Deutschen Arbeitsfront bzw. dem Reichsnährstand verwaltet werden. In landwirtschaftlich geprägten Regionen sollten Unterbringungsmöglichkeiten für sämtliche ausländischen Kinder eines Dorfes »unter Anlehnung an die Ausländerunterkünfte eines Großbetriebes« geschaffen werden. Weiterhin sollten nach Möglichkeit schwangere Ausländerinnen bzw. Ausländerinnen mit Kindern in Betriebe oder Gemeinden mit »Ausländerkinder-Pflegestätten« unvermittelt werden.³⁸⁵

Diese Vorgaben zielten an der Realität vorbei. Denn an der angestrebten »Umvermittlung« von Schwangeren bzw. von Müttern hatten weder Unternehmer noch Arbeitsämter Interesse.³⁸⁶ Großunternehmen waren nur in Ausnahmefällen bereit, in der für ihre Lager geschaffenen »Ausländerkinder-Pflegestätte« Kinder aus anderen Betrieben bzw. der Landwirtschaft aufzunehmen.³⁸⁷ Denn dies bedeutete, unabhängig von einem finanziellen Ausgleich, einen erhöhten Organisations- und Verwaltungsaufwand für das Unternehmen.

³⁸⁵ Runderlass des RFSSuChdDtP vom 27.7.1943, betr.: Behandlung schwangerer ausländischer Arbeiterinnen und der im Reich von ausländischen Arbeiterinnen geborenen Kinder; *Luczak*, Polozenie (wie Anm. 288), Dok. Nr. 162, bzw. *Konieczny* (wie Anm. 289), Dok. Nr. III-25.

³⁸⁶ Vgl. zur Praxis der Arbeitsämter in ländlichen Bezirken: Kreiswohlfahrtsamt Freudenstadt an den Württ. Landesfürsorgeverband, 14.12.1943, betr.: Unterbringung von Polenkindern und Kindern von ausländischen Arbeitskräften, HStA, E 151/09, Bü. 127; *Vögel*, Entbindungsheim (wie Anm. 30), S. 75.

³⁸⁷ Dies war beispielsweise dann der Fall, wenn Unternehmensführungen sich von diesem Entgegenkommen Vorteile bei der Durchsetzung rüstungswirtschaftlicher Interessen erhofften; vgl. mit Bezug auf das Volkswagenwerk: *Klaus-Jörg Siegfried*, Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939–1945, Frankfurt a.M./New York 1988, S. 237.

So waren es in erster Linie größere Unternehmen, die in der Folgezeit »Ausländerkinder-Pflegestätten« einrichteten.³⁸⁸

Angesichts der organisatorischen Defizite wurden daher die Vorgaben in landwirtschaftlich geprägten Regionen kaum umgesetzt.³⁸⁹

Das bedeutete, dass häufig aus Mangel an Alternative die Kinder der in Kleinbetrieben beschäftigten ausländischen Arbeiterinnen bei den Dienstherrn belassen³⁹⁰ oder nach wie vor in deutsche Kinder- und Säuglingsheime eingewiesen wurden. Mitte Februar 1944 forderte die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen die Leitungen der Kinderheime in Württemberg auf, ihr mitzuteilen, ob sie mittlerweile ausländische Kinder »in Einrichtungen der fraglichen Art« unterbringen konnten.³⁹¹ Das Ergebnis war für die Zentralleitung nicht befriedigend.

Ende April 1944 berichtete der Vorstand der Zentralleitung dem Württembergischen Innenministerium, nach wie vor werde von den Heimleitungen die Aufnahme ausländischer Kinder gefordert, weil keine anderen Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden seien. Offenbar fehle es nach wie vor an einer ausreichenden Zahl entsprechender »Bewahrungseinrichtungen«. So sei es »verständlich«, dass die Arbeitgeber von ausländischen Arbeiterinnen die Aufnahme von deren Kindern in deutschen Kinderheimen forderten. Um seiner Forderung nach einer Änderung der bestehenden Praxis Nachdruck zu verleihen, betonte der Vorstand abschließend: »Ich vertrete nach wie vor den Standpunkt, [...] dass die Plätze in unseren Kinderheimen unter allen Umständen den deutschen Kindern vorbehalten bleiben müssen und den Heimleitungen nicht die Betreuung von ausländischen Kindern zugemutet werden soll.«³⁹²

³⁸⁸ Schäfer, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik (wie Anm. 18), S. 211.

³⁸⁹ Vgl. Reichsnährstand, Kreisbauernschaft Biberach an das Kinderheim Hürbel, 16.3.1944, betr.: Einrichtungen zur Unterbringung ausländischer Kinder, StAL, E 191, Bü. 6878; Mauthe GmbH an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 20.6.1944, betr.: Unterbringung von Kleinkindern ausl. Arbeiterinnen, StAL, E 191, Bü. 6878.

³⁹⁰ Vgl. Der Landrat in Esslingen an den Württ. Innenminister, 8.5.1944, betr.: Unterbringung und Betreuung von Kindern ausländischer Arbeiterinnen, HStA, E 151/09, Bü. 127.

³⁹¹ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.2.1944, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern in Kinderheimen, HStA, E 151/09, Bü. 127.

³⁹² Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 30.4.1944, betr.: Unterbringung und Betreu-

Diese Position teilte auch die Leitung des Kinderheims St. Josef in Hürbel, als sie Anfang Januar 1944 die Zentralleitung im Hinblick auf zwei im Kinderheim untergebrachte polnische Kinder hinwies und bemerkte: »Wir möchten bitten, diese ebenfalls in ein anderes, für solche Kinder zuständiges Heim überleiten zu dürfen, um die Plätze in unserem Heim für deutsche Kinder frei zu bekommen. Einer diesbezüglichen Rückäußerung sehen wir gerne entgegen.«³⁹³

Wurden ausländische Kleinkinder, und das bezog sich in erster Linie auf osteuropäische, in für sie geschaffene »Bewahrungseinrichtungen«, d.h. »Ausländerkinder-Pflegestätten« verlegt, hatten sie dort nur geringe Überlebenschancen. Die Bedingungen für die Kinder in »Ausländerkinder-Pflegestätten« waren gekennzeichnet durch unzureichende Ernährung, mangelhafte medizinische Versorgung, mangelnde hygienische Ausstattung und fehlende menschliche Betreuung, so dass die Mehrzahl der Kinder innerhalb weniger Monate starb.³⁹⁴

In einzelnen Fällen wurden auch in Kinderheimen selbst »Ausländerkinder-Pflegestätten« eingerichtet, bzw. sie entwickelten den Charakter solcher Einrichtungen.

Entsprechende Hinweise für die Einrichtung einer »Ausländerkinder-Pflegestätte« im Kinderheim St. Josef in Neuhausen sind einem Schriftwechsel zu entnehmen, in dem die Gemeinde Neuhausen nach Kriegsende zur Pflege von 27 Kindergräbern verpflichtet wurde. Die Sterbebücher des Standesamts Neuhausen weisen insgesamt 29 im Heim verstorbene ausländische Kinder aus, fünfzehn Kinder russischer, fünf polnischer, acht französischer und eines estnischer Nationalität.³⁹⁵ Wie sich im Einzelnen der Handlungsspiel-

ung von Kindern ausländischer Arbeiterinnen, StAL, E 191, Bü. 6878; vgl. auch: Kinderheim St. Josef Hürbel an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 24.3.1944, StAL, E 191, Bü. 6878; Kinderheim im Franziskus-Heim Schweningen an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 29.4.1944, betr.: Aufnahme ausländischer Kinder, StAL, E 191, Bü. 6878.

³⁹³ Kinderheim St. Josef in Hürbel an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 20.1.1944, betr.: Unterbringung von ausländischen Kindern, StAL, E 191, Bü. 3553.

³⁹⁴ Vgl. u.a. die Studien von *Vögel*, Entbindungsheim (wie Anm. 30), *Reiter*, Tötungsstätten (wie Anm. 30) und *Susanne Hohlmann*, Pfaffenwald. Sterbe- und Geburtenlager 1942–1945, Kassel 1984.

³⁹⁵ In zwei Gräbern waren jeweils zwei Kinder beerdigt; *Traudl Bühler/Halina Krupka/Uli Simon/Gerhard Voß*, Ausländische ZwangsarbeiterInnen im Kreis Esslingen 1940–1945, in: »Räder müssen rollen für den

raum der im Heim zur Pflege der Kinder eingesetzten Franziskanerinnen darstellte, kann bisher nicht beurteilt werden.³⁹⁶ Die Heimleitung war trotz der Inanspruchnahme als »Ausweichkrankenhaus« der Olgaheilanstalt in Stuttgart in den Händen des Rettungsvereins verblieben.³⁹⁷

5. Zusammenfassung

Wie sich exemplarisch für den Bereich der Diözese Rottenburg zeigt, bemühten sich katholische Einrichtungen vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Arbeitskräftemangels im Verlauf des Krieges um die Zuweisung von Zwangsarbeitern. Denn angesichts der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt konnte der Arbeitskräftemangel nur durch den Rückgriff auf ausländische Arbeitskräfte kompensiert werden.³⁹⁸ Die Rechercheergebnisse weisen für 51 kirchliche Einrichtungen im Bereich der Diözese Rottenburg insgesamt 328 Beschäftigungsverhältnisse für zivile ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene aus.³⁹⁹

Sieg«. Zwangsarbeit im Dritten Reich, Stuttgart 2000, S. 139 f. Nach Angaben einer im Heim beschäftigten Schwester waren dort ca. 50 Kinder von ausländischen Arbeiterinnen untergebracht, die von in der Nähe befindlichen Unternehmen zur Arbeit herangezogen wurden. Sollte diese Information bestätigt werden, bedeutete dies, dass die Kinder nicht im Zusammenhang mit der Verlegung von Kindern aus der Olgaheilanstalt Stuttgart in das Kinderheim eingewiesen wurden. Vgl. zum Kinderheim Neuhausen S. 172 f. in diesem Band.

³⁹⁶ Eine im Heim beschäftigte Schwester machte dazu folgende Angaben: »In der ärztlichen und pflegerischen Betreuung waren sie den deutschen Kindern gleichgestellt. Sie waren gruppengemischt mit deutschen Kindern untergebracht. Allerdings wurden Antibiotika (wie Penicillin), die ja nur in äußerst geringen Mengen erhältlich waren, zuerst deutschen Kindern verabreicht. [...] Dass dennoch 27 dieser ausländischen Kinder starben, kann weder den Ärzten noch dem Pflegepersonal angelastet werden, denn die Kleinen kamen meist in so erbärmlichem Zustand zu uns, dass alles Bemühen sie nicht mehr retten konnte«, zit. nach *Bühler* u.a., ZwangsarbeiterInnen (wie Anm. 395), S. 139.

³⁹⁷ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1943, VI. Anstaltsbetreuung, ADCV, 125.81.030, Fasz. 1; vgl. *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 83 f.

³⁹⁸ Vgl. dazu auch Abschnitt 1.1, S. 37 ff. in diesem Band.

³⁹⁹ Es ist davon auszugehen, dass die Gesamtzahl der insgesamt in katholischen Einrichtungen im Bereich der Diözese beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte höher liegt, da insbesondere Unterlagen zum Nach-

Im Bereich der Diözese Rottenburg war eine vielschichtige Beschäftigungsstruktur gegeben. Hier wurden Zwangsarbeiter in Ordensniederlassungen und ihren angeschlossenen Ökonomien, Heil- und Pflegeanstalten, Kinder-, Erziehungs- und Altersheimen, Krankenhäusern und Heilstätten zur Arbeit herangezogen. Weiterhin ließ sich die Beschäftigung von Zwangsarbeitern bei drei Kirchenpflegen, in einem Studienkolleg, einer Töchterschule, einem Wohnheim, einem Gesellenhaus, einem Schwesternhaus, einem Exerzitenheim und im Wald einer kirchlichen Stiftung öffentlichen Rechts, dem Interkalarfonds, nachweisen. In den Ordensniederlassungen bzw. Missionshäusern und ihren angeschlossenen Ökonomien, Krankenhäusern, Heil- und Pflegeanstalten und im Wald Imbrand wurde der Großteil der Zwangsarbeiter zur Arbeit herangezogen.⁴⁰⁰

Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg kann unter quantitativem Gesichtspunkt, angesichts der Größenordnung des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte bezogen auf das gesamte Deutsche Reich, als vergleichsweise marginal beurteilt werden. In qualitativer Hinsicht macht der Befund jedoch deutlich, dass kirchliche Einrichtungen von der wirtschaftlichen Entwicklung während der Kriegsjahre nicht ausgenommen blieben und auf personelle Engpässe grundsätzlich in vergleichbarer Weise wie andere deutsche Wirtschaftsbetriebe reagierten.

Karitative Einrichtungen nutzten zur Rekrutierung von zusätzlichem Personal die Möglichkeiten der Unterstützung durch die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, der die Aufgabe der Leitung der Anstalten der freien Wohlfahrtspflege in Württemberg zukam. Die Zentraleitung fungierte für die karitativen Einrichtungen als Mittlerin bei der Durchsetzung von Unabkömmlichstellungen des Personals und bei der Zuweisung von ausländischen Arbeitskräften durch direkte Interventionen beim Landesarbeitsamt.⁴⁰¹

Einzelne Einrichtungen nutzten weiterhin auch spezifische Bedingungen vor Ort zur Heranziehung von Zwangsarbeitern. Die Zweckentfremdungen durch staatliche Behörden und Parteistellen schufen für die kirchlichen Einrichtungen in einzelnen Fällen ver-

weis des Einsatzes von Kriegsgefangenen lediglich sehr bruchstückhaft zur Auswertung zur Verfügung standen.

⁴⁰⁰ Vgl. dazu Abschnitt 2., S. 78 ff. in diesem Band.

⁴⁰¹ Vgl. dazu Abschnitt 1.3, S. 73 ff. in diesem Band.

gleichbar günstige Voraussetzungen zur Rekrutierung von Zwangsarbeitern. Dies war insbesondere dann der Fall, wenn in einer kirchlichen Einrichtung Kriegsgefangenenlager oder »Umsiedlungslager« eingerichtet wurden. Die Möglichkeiten des Rückgriffs auf Zwangsarbeiter nahmen einzelne Einrichtungen hierbei aktiv wahr, wobei sie auch Unterstützung von der Beratungsstelle des Caritasverbandes für Württemberg erhielten.⁴⁰²

Der Großteil der von kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg beschäftigten Zwangsarbeiter wurde in den an einzelne Einrichtungen angegliederten landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzt. In den landwirtschaftlichen Betrieben stellten Arbeitskräfte aus Osteuropa und Kriegsgefangene aus Frankreich und Belgien den Großteil ausländischer Arbeitskräfte. Diese Gewichtung der Nationalitäten im Agrarbereich entsprach der Situation im gesamten Reichsgebiet. Ein weiterer zentraler Einsatzbereich bildete die Hauswirtschaft. Hier zeigte sich ein überproportionaler Anteil weiblicher osteuropäischer Arbeitskräfte. Unter den weiblichen ausländischen Arbeitskräften stellten Osteuropäerinnen mit Abstand auch die größte Gruppe im Reichsgebiet.⁴⁰³

Die ersten Befunde machen deutlich, dass sich die Situation der in kirchlichen Einrichtungen beschäftigten Zwangsarbeiter differenziert darstellte. Dies bezog sich insbesondere auf die Art der Unterbringung und die Arbeitsanforderungen. Kriegsgefangene wurden, den Vorschriften gemäß, in bewachten Lagern zusammengefasst. Die Art der Unterbringung ziviler ausländischer Arbeitskräfte wurde vor allem durch den Umstand bestimmt, ob der kirchliche Beschäftigungsträger auf eigene Gebäude zurückgreifen konnte. Bot sich diese Möglichkeit für den Arbeitgeber, so wurden die Zwangsarbeiter im Allgemeinen in Gebäuden der Einrichtung bzw. auf dem Gelände der Einrichtung selbst untergebracht. War dies nicht der Fall, griffen kirchliche Arbeitgeber, wie sich am Beispiel des Waldes Imbrand zeigte, auch auf bereits bestehende Gemeinschaftslager, bei denen es sich auch um Barackenlager handelte, zurück.

Das Spektrum der Arbeitsanforderungen an die ausländischen Arbeitskräfte war vielfältig. Es umfasste Arbeiten in der Land- und Hauswirtschaft, in Gärten, in der Krankenpflege, körperliche Schwerarbeit beim Holzfällen in den Forsten, das Ausheben von Gräbern auf Friedhöfen und auch die Heranziehung als Amme. Innerhalb

⁴⁰² Vgl. dazu Abschnitt 2., S. 78 ff. in diesem Band.

⁴⁰³ Ebd.

dieser Arbeitsfelder zeigte sich, dass die ausländischen Arbeitskräfte größtenteils zu Hilfstätigkeiten herangezogen wurden, lediglich in selteneren Fällen wurden qualifizierte Tätigkeiten ausgeübt. Der Einsatz zu qualifizierteren Arbeiten konzentrierte sich tendenziell auf die Gruppe der nord-, west- und süd(ost)europäischen Arbeitskräfte.⁴⁰⁴

Bei der Praxis der Entlohnung zeigten sich katholische Einrichtungen im Einzelfall entgegenkommend und bezahlten höhere Löhne an die Zwangsarbeiter, als in der Reichstarifordnung festgelegt. Den Zwangsarbeitern wurden auch Gratifikationen etwa zu Weihnachten und zur Ernte gewährt. Gleichwohl wurden auch die Löhne und teilweise auch die Gratifikationen nach nationalen Gruppen gestaffelt.⁴⁰⁵

Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass kirchliche Arbeitgeber im Allgemeinen bestrebt waren, eine ausreichende Ernährung und Ausstattung mit Kleidung und Wäsche der Zwangsarbeiter zu erreichen. Dennoch wurde dies im Einzelfall nicht gewährleistet.⁴⁰⁶ Ein Motiv für diese Bemühungen stellte der Erhalt der Leistungskraft bzw. die Steigerung der Arbeitsmotivation der ausländischen Arbeitskräfte dar. Katholische Einrichtungen waren, analog zur Entwicklung der Situation in anderen Wirtschaftsbetrieben im Reichsgebiet, im Verlauf des Krieges in zunehmend stärkerem Maße auf die Arbeitskraft von Zwangsarbeitern angewiesen, da kein Ersatz durch deutsche Kräfte möglich war. Vor diesem Hintergrund bemühten sich einzelne Einrichtungen auch um eine Qualifizierung ausländischer Arbeitskräfte.

Die Beschäftigungsverhältnisse in katholischen Einrichtungen waren durch ein persönliches Arbeitsverhältnis und partiell durch bäuerliche Traditionen geprägt.

Der Einsatz von Zwangsarbeitern in katholischen Einrichtungen weist somit deutliche Parallelen zur Lage der Zwangsarbeiter in kleinbäuerlichen Betrieben auf. Beiden Einsatzbereichen war ge-

⁴⁰⁴ Vgl. dazu Abschnitt 4., S. 99 ff. in diesem Band.

⁴⁰⁵ Ebd.

⁴⁰⁶ Siehe S. 102–103 in diesem Band. *Kaminsky*, Dienen unter Zwang (wie Anm. 31), S. 87, kommt in seiner Studie zur evangelischen Kirche und Diakonie im Rheinland zu dem Ergebnis, dass die Beschäftigung im landwirtschaftlichen Bereich kirchlicher Einrichtungen »in puncto Ernährung am ehesten die Gewähr dafür bot, ausreichend versorgt zu werden. Dennoch blieb die Versorgung hinsichtlich Kleidung und anderer Bedürfnisse prekär.«

meinsam, dass dort die Zwangsarbeiter im Vergleich zur Situation in Großbetrieben der Rüstungsindustrie im Allgemeinen besser gepflegt und untergebracht wurden. Erste Forschungen zu Einrichtungen der evangelischen Kirche und Diakonie gelangen zu einer vergleichbaren Bewertung.⁴⁰⁷

Unabhängig von dieser punktuellen Besserstellung blieben für die Zwangsarbeiter auch in kirchlichen Einrichtungen straf- und sonderrechtliche Bestimmungen präsent. Dies fand unter anderem einen deutlichen Ausdruck darin, dass auch in katholischen Einrichtungen beschäftigte Zwangsarbeiter in Polizeihaft genommen bzw. in Konzentrationslager eingewiesen wurden.⁴⁰⁸

Wie sich weiter zeigt, wurde der Einsatz von ausländischen Arbeitskräften aus der Perspektive der katholischen Einrichtungen als Teil des Kriegsalltags und nicht als spezifisches Element des NS-Unrechts wahrgenommen. Die besondere Situation der Zwangsarbeiter und insbesondere die diskriminierende staatliche Sondergesetzgebung, der Osteuropäer unterworfen waren, wurden weitgehend nicht reflektiert.⁴⁰⁹

Die diskriminierende Sondergesetzgebung hatte nicht zuletzt auch Auswirkungen auf die Situation ausländischer Kleinkinder, die in Kinderheimen untergebracht wurden, die sich in der Trägerschaft katholischer Einrichtungen befanden. Es wurde dargelegt, dass für einzelne Einrichtungen im Zusammenhang mit der Unterbringung ausländischer Kinder in Kinderheimen nicht primär die Sorge für das Wohl der Kinder im Mittelpunkt der Überlegungen stand. Sie waren vielmehr bestrebt, Konfliktsituationen mit der als Aufsichtsinstanz eingesetzten Zentraleitung zu vermeiden, auch wenn sie dadurch zwangsläufig an der Durchsetzung der rassenideologisch begründeten Diskriminierung »fremdvölkischer« Kinder mitwirkten. Eine vergleichbare Position nahm in dieser Frage der Caritasver-

⁴⁰⁷ Vgl. dazu Abschnitt 4., S. 99 ff. in diesem Band. *Kaminsky*, Dienen unter Zwang (wie Anm. 31), S. 259, stellt in Bezug auf Einrichtungen der evangelischen Kirche und Diakonie im Rheinland eine »graduelle Besserstellung [...] gegenüber den in großen Lagern bei Industriebetrieben oder in Lagern der Kommunen lebenden Ausländern« fest. Dies führt er darauf zurück, »dass Beschäftigte in der Landwirtschaft oder Hauswirtschaft am ehesten in einen persönlichen Kontakt mit ihren Arbeitgebern kommen konnten und das Aufeinanderangewiesensein in diesen Arbeitsfeldern sehr ausgeprägt war«.

⁴⁰⁸ Siehe S. 92 ff. und S. 110 in diesem Band.

⁴⁰⁹ Siehe S. 110–111 in diesem Band.

band für Württemberg ein. In einzelnen Fällen führte diese Haltung dazu, dass Heimleitungen von sich aus auf die Ausweisung osteuropäischer Kinder aus Kinderheimen drängten.⁴¹⁰

Wie die Analyse des Verhältnisses zwischen den karitativen Einrichtungen und der Zentralleitung deutlich macht, erschöpfte sich die Rolle der Zentralleitung gegenüber den Einrichtungen nicht in der Funktion einer Aufsichtsbehörde. Vielmehr beriet und unterstützte die Zentralleitung die Einrichtungen in verschiedenen Angelegenheiten der Anstaltsführung. Die Zentralleitung bemühte sich um den Erhalt bzw. die Rekrutierung des notwendigen Personals für die karitativen Anstalten und bot außerdem ihre Unterstützung bei einer geplanten Inanspruchnahme der Anstalten für fremde Zwecke an. Es zeigte sich eine weitgehende Interessenidentität zwischen der Zentralleitung und den Einrichtungen beim Bemühen, möglichst viele Einrichtungen karitativen Zwecken zu erhalten.⁴¹¹

Am Beispiel der Diözese Rottenburg wird weiterhin deutlich, dass trotz der umfangreichen Zweckentfremdungen durch staatliche Behörden und Parteistellen und der im Zuge des so genannten »Klostersturms« vollzogenen Enteignungsmaßnahmen zahlreiche Einrichtungen bzw. Teile einzelner Einrichtungen auch während der Kriegsjahre weiterhin in kirchlicher Trägerschaft verblieben. Für den Bereich der Diözese Rottenburg erwiesen sich im Hinblick auf Zweckentfremdungen als quantitativ bedeutendste Bereiche die Einrichtung von »Umsiedlungslagern« durch die Volksdeutsche Mittelstelle, die Errichtung von Lazaretten bzw. Teillazaretten durch die Wehrmacht und die Nutzung für Zwecke der Kinderlandverschickung durch die Hitlerjugend.

Sämtliche Ordensniederlassungen in der Diözese Rottenburg führten auch dann, wenn große Teile der Gebäudekomplexe der Klöster durch die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmt worden waren, ihre angegliederten landwirtschaftlichen Betriebe weiter, sofern diese nicht auch beschlagnahmt worden waren. Bei der Errichtung von Lazaretten bzw. Teillazaretten durch die Wehrmacht übernahmen teils die Wehrmacht und teils die betreffende kirchliche Einrichtung deren Betrieb. Im Zuge der Inanspruchnahme für Zwe-

⁴¹⁰ Vgl. dazu den Exkurs: Ausländische Kinder in »deutschen Kinderheimen«, S. 112 ff. in diesem Band.

⁴¹¹ Vgl. dazu Abschnitt 1.3, S. 73 ff. in diesem Band.

cke der Kinderlandverschickung durch die Hitlerjugend verblieb die Trägerschaft im Allgemeinen bei der kirchlichen Einrichtung.⁴¹²

Wie dargelegt werden konnte, waren die Einrichtungen bestrebt, trotz der Einschränkungen und Belastungen, die ihnen im Zusammenhang mit den verschiedenen Zweckentfremdungen aufgebürdet wurden, in den Einrichtungen weiterhin präsent zu bleiben und die Einrichtung nicht aus kirchlicher Hand zu geben.⁴¹³ Dieses Interesse verfolgte auch der Caritasverband für Württemberg als institutioneller Zusammenschluss karitativer katholischer Einrichtungen Württembergs. Diese Zielsetzung bedingte, dass zahlreiche kirchliche Einrichtungen Beschäftigungsträger des Personals und somit auch der im Verlauf der Kriegsjahre zur Arbeit herangezogenen Zwangsarbeiter blieben. Das Ziel des Erhalts und Weiterbetriebs der Einrichtung konnte, wie sich am Beispiel der im Kinderheim Neuhausen errichteten »Ausländerkinder-Pflegestätte« zeigte, im Einzelfall zu einer Involvierung in die Politik des NS-Staates zur Reduzierung als »rassisch minderwertig« klassifizierter Bevölkerungsgruppen führen.⁴¹⁴

⁴¹² Vgl. dazu Abschnitt 1.2, S. 48 ff. in diesem Band.

⁴¹³ Ebd. Zu diesem Ergebnis kommt auch *Kaminsky*, *Dienen unter Zwang* (wie Anm. 31), S. 153 f. in seiner Studie zur evangelischen Kirche und Diakonie im Rheinland.

⁴¹⁴ Siehe S. 118–120 und S. 172 ff. in diesem Band.

III. Dokumentation

Katholische Einrichtungen als Beschäftigungs- träger von Zwangsarbeitern

1. Klöster

1.1 Frauenklöster/Missionshäuser bzw. angeschlosse- ne Ökonomien

Bonlanden: Kloster

Einrichtung: Mutterhaus und Mädcheninstitut

Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Bonlanden e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Kloster Bonlanden lässt sich die Beschäftigung von insgesamt zehn zivilen ausländischen Arbeitskräften (acht männlichen und zwei weiblichen) aus der Untersteiermark (4), dem Elsass (3), Polen (2) und Litauen (1) im Zeitraum von 1942 bis 1945 in der Landwirtschaft (7), im Garten und Gemüseanbau (2) und in der Wäscherei (1) nachweisen. Drei Arbeitskräfte wurden vom Jahre 1942 an, eine ab 1943, drei ab 1944 und drei ab 1945 beschäftigt.⁴¹⁵

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für das Kloster Bonlanden lässt sich die Beschäftigung von drei französischen Kriegsgefangenen im Jahre 1941 in der Landwirtschaft nachweisen.⁴¹⁶

⁴¹⁵ Einer der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte wurde auch als Gartenarbeiter beschäftigt. Die in der Wäscherei zur Arbeit herangezogene weibliche Arbeitskraft arbeitete zusätzlich in der Landwirtschaft, eine als Gartenhilfskraft beschäftigte Frau arbeitete auch als Küchenhilfe; Kongregationsarchiv Bonlanden, Meldungen an die AOK Biberach; Kreiskultur- und Archivamt Biberach, UVB, Bund 141, Az. 115.12: Meldung der Ausländer, Dezember 1945; Bürgermeisteramt Berkheim, Meldeunterlagen; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 280–281.

⁴¹⁶ Generalat der Franziskanerinnen von Bonlanden an die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, 24.9.2001, darin Auszüge der Chronik des Klosters Bonlanden, Eintrag 1941, S. 74 und S. 80, Kongregationsarchiv Bonlanden; Kreiskultur- und Archivamt Biberach, UVB, Bund 141, Az. 115.12, Meldung der Ausländer, Dezember 1945; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 280–281.

In der Chronik wurde für das Jahr 1941 notiert: »Mitarbeiter der Landwirtschaft waren schon zur Wehrmacht eingezogen und durch französische Kriegsgefangene ersetzt worden.«⁴¹⁷

In der Chronik des Jahres 1941 wurde außerdem festgehalten: »Am 6. Februar wurde einer unserer Kriegsgefangenen, ein Franzose, nach Ulm in eine Fabrik beordert, in ihm haben wir einen fleißigen Arbeiter verloren. 2 Knechte wurden zum Militär einberufen, so verringerten sich leider unsere Arbeitskräfte sehr.«⁴¹⁸

3. Informationen zur Einrichtung

Das Kloster Bonlanden wurde im Jahre 1854 gegründet. Die Erziehungstätigkeit der Kongregation beschränkte sich bis 1901 auf das Mutterhaus Bonlanden. 1902 wurde das Institut St. Agnes, eine Haushaltungs- und Handelsschule in Riedlingen eröffnet. 1908 folgten in Hürbel das Kinderheim St. Josef, 1926 die katholische höhere Mädchenschule St. Hildegard in Ulm und 1927 das Franziskusheim, eine Frauenarbeitsschule mit Kinderheim in Schwenningen. Die Kongregation wurde 1907 staatlich anerkannt und ihr dadurch die Rechtsfähigkeit verliehen.⁴¹⁹

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Mitte Februar 1941 wurden im Kloster Bonlanden im Zuge der »erweiterten Kinderlandverschickung« 80 Mädchen untergebracht.⁴²⁰

⁴¹⁷ Generalat der Franziskanerinnen von Bonlanden an die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, 24.9.2001, darin Auszüge der Chronik des Klosters Bonlanden, Eintrag 1941, S. 80, Kongregationsarchiv Bonlanden; vgl. *Paul Kopf*, Die Franziskanerinnen von Bonlanden. Licht und Schatten, Sigmaringen 1992, S. 54.

⁴¹⁸ Generalat der Franziskanerinnen von Bonlanden an die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, 24.9.2001, darin Auszüge der Chronik des Klosters Bonlanden, Eintrag 1941, S. 74, Kongregationsarchiv Bonlanden.

⁴¹⁹ Vgl. *Paul Kopf*, Die Franziskanerinnen von Bonlanden (wie Anm. 417); Das Kloster Bonlanden. Eine Festschrift aus Anlass der 100. Wiederkehr des Gründungstages 1854, Stuttgart 1954; *August Hagen*, Geschichte der Diözese Rottenburg, Bd. 3, Stuttgart 1960, S. 376 f.

⁴²⁰ Caritasverband für Württemberg an die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, Stuttgart, 14.2.1941, betr.: Erweiterte Kinderlandverschickung, StAL, E 191, Bü. 6878; vgl. auch die weiteren Angaben zu Nutzungsänderungen in: Kloster Bonlanden, S. 21 f. Dort werden »Frauen und Mädchen aus dem Osten« und »80 alte heimatlose Perso-

Im September 1941 wurde das Schulhaus von der Wehrmacht zur Einrichtung eines Reservelazaretts für 150 bis 200 kranke und verwundete Soldaten beschlagnahmt. Im März 1942 wurden erstmals Verwundete in das Lazarett, das bis Kriegsende bestand, aufgenommen und deren Pflege von den Schwestern übernommen.⁴²¹

Oberdischingen: Missionsschwesternhaus St. Hildegard

Einrichtung: Missionsschwesternhaus St. Hildegard

Träger: Steyler Missionsgesellschaft

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften vor.

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für das Missionshaus lässt sich der Einsatz von insgesamt drei Kriegsgefangenen aus Belgien (2) und Frankreich (1) in der Landwirtschaft im Jahre 1940 nachweisen.⁴²² Die Personalnachweisungen von Anstalten registrieren für Oberdischingen am 20. Januar 1943 noch einen in der Ökonomie beschäftigten belgischen Kriegsgefangenen.⁴²³

Die Hauschronik berichtete zum 16. August 1940: »Gefangene haben wir noch die beiden Belgier (Wallonen), die sehr fleißig und zuverlässig sind, sowie einen Franzosen, der die Landwirtschaft nicht versteht, doch kann er sich bei leichteren Arbeiten nützlich machen. Wir hoffen sie noch etwas behalten zu dürfen.«⁴²⁴

3. Informationen zur Einrichtung

Im Jahre 1929 erwarben die Steyler Missionsschwestern das ehemalige Schlossgebäude in Oberdischingen und erhoben dieses im 750.

nen« genannt, die während der Kriegszeit im Kloster zeitweise untergebracht waren.

⁴²¹ Generalat der Franziskanerinnen von Bonlanden an die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, 24.9.2001, darin Auszüge der Chronik des Klosters Bonlanden, Eintrag 1941, S. 84, Eintrag 1942, S. 91, Kongregationsarchiv Bonlanden, Kloster Bonlanden, S. 22.

⁴²² Provinzialatsarchiv Laupheim, Hauschronik (Einträge 1940); vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22) S. 313–314.

⁴²³ Missionsschwesternhaus St. Hildegard Oberdischingen, Geschäftsverteilungsplan vom 20.1.1943; DAR, G 1.6, Nr. 35, Personalnachweisungen von Anstalten.

⁴²⁴ Provinzialatsarchiv Laupheim, Hauschronik (Einträge 1940).

Todesjahr der Hl. Hildegard zum Missionskloster. Dem Missionshaus war eine 58 Hektar große Ökonomie angegliedert. Im Jahre 1943 wurden dort außerdem 40 Stück Großvieh und 30 Schweine gehalten. In der Ökonomie waren zu diesem Zeitpunkt ein Verwalter, fünf Schwestern, drei weltliche deutsche Arbeitskräfte und ein belgischer Kriegsgefangener beschäftigt.⁴²⁵

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Das Hauptgebäude des Klosters wurde am 7. November 1940 von der Volksdeutschen Mittelstelle beschlagnahmt.⁴²⁶ Das Umsiedlungslager Oberdischingen war Ende September 1941 mit 98 Personen belegt⁴²⁷ und wurde bis Kriegsende aufrechterhalten.⁴²⁸

Reute: Mutterhaus der Franziskanerinnen

Einrichtung: Mutterhaus der Kongregation vom 3. Orden des hl. Franziskus (Barmherzige Schwestern)

Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Kloster Reute lässt sich die Beschäftigung von insgesamt zwei zivilen ausländischen Arbeitskräften (einer männlichen und einer weiblichen) aus Slowenien und Russland im Zeitraum von 1944 bis 1945 nachweisen. Der Mann arbeitete in der Landwirtschaft, die junge Frau in der Küche.⁴²⁹

⁴²⁵ Missionsschwesternhaus St. Hildegard Oberdischingen, Geschäftsverteilungsplan vom 20.1.1943; DAR, G 1.6, Nr. 35, Personalnachweisungen von Anstalten.

⁴²⁶ Diözesanverwaltungsrat an den Württ. Innenminister und Wirtschaftsminister, Rottenburg, 8.10.1941, betr.: Entschädigung von kirchlichen Anstalten für die Unterbringung Volksdeutscher Rückwanderer, DAR, G 1.6, Nr. 18.

⁴²⁷ Aufstellung (undatiert), auf Aufforderung des Reichsgesundheitsführers für die gesundheitliche Betreuung der volksdeutschen Umsiedler vom 30.9.1941. Die Aufstellung enthält keine Hinweise auf Nationalitäten, StAL, E 191, Bü. 6896.

⁴²⁸ Provinzialatsarchiv Laupheim, Hauschronik (Einträge 1945).

⁴²⁹ Chronik der Kongregation von Reute 1944–1947, S. 1, S. 51, Archiv Kloster Reute; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 324–325.

Die Chronik berichtet 1944: »Am 4. Februar erhielten wir vom Umsiedlungslager einen landwirtschaftlichen Knecht (Slowene) und am 22. Februar hat ein Russenmädchen ihre Stellung angetreten. [...] Sie spülte in der Küche das Geschirr und war gerne bei den Schwestern, musste aber am 30. April schon wieder entlassen werden, weil die Familie angesiedelt wurde.«⁴³⁰

Die Chronik berichtet 1945: »Vom 30. Juni ab haben die in der Ökonomie angestellten Slowenen nicht mehr gearbeitet.«⁴³¹

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Die Franziskanerinnen verlegten 1870 ihr Mutterhaus von Biberach nach Reute. Die Kongregation zählte zu diesem Zeitpunkt 122 Mitglieder und hatte bereits 17 Außenstationen errichtet. In den folgenden Jahren wurden bedeutsame ordenseigene Einrichtungen gegründet: Im Jahre 1884 erwarb die Kongregation das Josefs Haus in Ravensburg und eröffnete es zunächst 1885 als Krankenhaus. Im Jahre 1901 veränderten die Franziskanerinnen dessen Nutzung. Von diesem Zeitpunkt an wurde das Josefs Haus Mädchenheim. Im Jahre 1887 erfolgte die Gründung der Pflegeanstalt Heggbach im ehemaligen Zisterzienserinnenkloster Heggbach. 1888 erwarben die Schwestern von Reute das Jordanbad in Biberach und eröffneten dort 1889 eine Kuranstalt. Eine weitere Erwerbung der Kongregation stellte das Elisabethenkrankenhaus in Ravensburg dar, das im Jahre 1901 eröffnet wurde. Im Jahre 1903 gelangte das 1899 in den Gebäuden einer ehemaligen Zuckerfabrik in Altshausen eingerichtete Invalidenhaus St. Josef in den Besitz der Kongregation. Eine weitere Gründung erfolgte im Jahre 1912 mit der Errichtung des Kinderasyls Ingerkingen. Im Jahre 1918 wurden schließlich das Kindergärtnerinnenseminar »St. Maria«, das Säuglings- und Kleinkinderheim »St. Nikolaus« und die landwirtschaftliche Töchter Schule »St. Walburga« eröffnet.⁴³²

⁴³⁰ Chronik der Kongregation von Reute 1944–1947, S. 1, Archiv Kloster Reute.

⁴³¹ Ebd., S. 51.

⁴³² Vgl. dazu: Franziskanerinnen Kloster Reute-Bad Waldsee, Bergatreute 1994; *Hagen*, Geschichte (wie Anm. 419), S. 373–375; Archiv Kloster Reute, Chronik Kinderkrankenhaus Sankt Nikolaus Ravensburg; Archiv Kloster Reute, St. Walburga – Geschichtliches.

4. Nutzungsänderungen

Mitte Oktober 1939 wurde durch Verfügung des Innenministeriums das Exerzitenhaus St. Elisabeth mit über 100 Körperbehinderten und Pflegepersonal aus dem Samariterstift Grafeneck bei Münsingen verlegt.⁴³³ Als Mitte Dezember 1940 auf Anordnung der Lagerleitung des inzwischen eingerichteten »Umsiedlungslagers« das Elisabethenhaus geräumt werden musste, wurden die Patienten nach Schussenried gebracht.⁴³⁴

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Am 29. Oktober 1940 wurde das Mutterhaus Reute für die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmt. Der Mutterhauskomplex, d.h. der so genannte Altbau, die Häuser St. Elisabeth, St. Josef und der Kindergarten bildeten schließlich das Umsiedlungslager Nr. 2. Den Schwestern verblieben zu ihrer Unterbringung und Versorgung der so genannte Neubau, d.h. das Gut-Betha-Haus und St. Franziskus sowie die Ökonomie und ein Teil der Gärten.⁴³⁵

Im Umsiedlungslager wurden ab Anfang Dezember 1940 ca. 600 Buchenland-Deutsche einquartiert und von dort aus in Städte und Gemeinden vermittelt.⁴³⁶ Bis November 1941 mussten sämtliche Personen das Lager verlassen, da es von diesem Zeitpunkt an für

⁴³³ Kloster Reute an das Bischöfliche Ordinariat Rottenburg, 17.10.1939, betr.: Proprium de tempore, Archiv Kloster Reute, Drittes Reich, 2. Weltkrieg 1939–1945, Kloster Reute; *Stöckle*, Die nationalsozialistische »Aktion T 4« (wie Anm. 127), S. 20; Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 6, Archiv Kloster Reute.

⁴³⁴ Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 38, Archiv Kloster Reute.

⁴³⁵ Ebd., S. 33–35, S. 38, S. 49; Diözesanverwaltungsrat an den Württ. Innenminister und Wirtschaftsminister, Rottenburg, 8.10.1941, betr.: Entschädigung von kirchlichen Anstalten für die Unterbringung Volksdeutscher Rückwanderer, DAR, G 1.6, Nr. 18.

⁴³⁶ Kloster Reute an das Bischöfliche Ordinariat Rottenburg, 7.12.1940, betr.: Klosterbesetzung, Archiv Kloster Reute, Drittes Reich, 2. Weltkrieg 1939–1945, Kloster Reute; Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 37, Archiv Kloster Reute. Das Umsiedlungslager Reute war im Herbst 1941 mit 546 Personen belegt; Aufstellung (undatiert), in Auftrag gegeben durch den Reichsgesundheitsführer für die gesundheitliche Betreuung der volksdeutschen Umsiedler vom 30.9.1941. Die Aufstellung enthält keine Informationen zu Nationalitäten, StAL, E 191, Bü. 6896.

die Aufnahme von Slowenen genutzt werden sollte. Mitte November 1941 trafen ca. 800 Slowenen ein.⁴³⁷

Anfang März 1943 wurde das Haus St. Elisabeth mit ca. 200 Personen aus dem Elsass belegt, die bereits Mitte März wieder in eine andere Unterkunft verlegt wurden.⁴³⁸ Das geräumte Haus wurde Mitte Januar 1944 mit ca. 370 Deutschstämmigen aus Russland belegt, die im Mai 1944 wieder zum Teil angesiedelt, zum Teil in andere Lager verlegt wurden.⁴³⁹

Im Dezember 1944 wurden aus den durch Luftangriffe zerstörten Umsiedlungslagern Heilbronn und Sontheim ca. 500 Personen ost- und südosteuropäischer Herkunft im Lager Reute untergebracht.⁴⁴⁰

Im Haus St. Josef, das über die Wintermonate zur Jahreswende 1943/44 nicht belegt worden war, wurden Anfang März 1945 ca. 220 Personen, bei denen es sich um Deutschstämmige aus Russland und Slowenen handelte, einquartiert.⁴⁴¹

Untermarchtal: Kloster, Hofgut St. Veit

Einrichtung: Hofgut St. Veit, Ökonomie des Mutterhauses

Träger: Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal (Vinzentinerinnen)

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften
Für das Hofgut St. Veit lässt sich bis zur Enteignung der Kongregation am 5. Februar 1942 die Beschäftigung von insgesamt vier zivilen ausländischen Arbeitskräften (drei männlichen und einer weiblichen) aus Polen in der Landwirtschaft ab 1942 nachweisen.⁴⁴²

⁴³⁷ Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 52, S. 56, Archiv Kloster Reute.

⁴³⁸ Ebd., S. 87.

⁴³⁹ Chronik der Kongregation von Reute 1944–1947, S. 1, Archiv Kloster Reute.

⁴⁴⁰ Ebd., S. 17.

⁴⁴¹ Ebd., S. 17, S. 33.

⁴⁴² Beschäftigungsbeginn ist jeweils der 4. Februar 1942; Personalbuch St. Veit, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal; vgl. *Jancker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 347–348.

Meldekarten im Gemeindearchiv Untermarchtal, die für zwei der betreffenden Personen vorliegen, weisen diese als »wiedereindeutschungsfähig« aus.⁴⁴³

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für das Hofgut St. Veit lässt sich der Einsatz von insgesamt sechs Kriegsgefangenen im Zeitraum von 1940 bis 1941 in der Landwirtschaft nachweisen.⁴⁴⁴ Am 1. Januar 1942 weisen die Unterlagen zum Nachweis von Verpflegungstagen drei, am 1. April fünf und am 31. Mai 1942 drei Gefangene aus.⁴⁴⁵

3. Informationen zur Einrichtung

Das im Jahre 1858 in Schwäbisch Gmünd errichtete Mutterhaus der Vinzentinerinnen wurde im Jahre 1891 von Schwäbisch Gmünd nach Untermarchtal verlegt. Der in unmittelbarer Nähe gelegene Veitshof wurde von der Kongregation erworben, um dem Mutterhaus eine Grundlage zur eigenständigen Lebensmittelversorgung zu verschaffen. Bedeutende Filialen stellten das im Jahre 1890 gegründete Marienhospital in Stuttgart, die 1898 von der Kongregation in einem ehemaligen Zisterzienserkloster errichtete Heilanstalt Rottenmünster, das 1890 erworbene Kurhaus Bad Ditzenbach, die 1868 eröffnete Gehörlosenschule St. Josef in Schwäbisch Gmünd, das

⁴⁴³ Meldekartei 1943–1950, Gemeindearchiv Untermarchtal.

⁴⁴⁴ Es liegen keine Informationen zur Nationalität vor. Eine Übersicht der Beschäftigten in landwirtschaftlichen Betrieben der Genossenschaft in Untermarchtal und Talheim vom Juli 1940 enthält den Zusatz: »Seit Juli 1940 zugeteilt: 1 Wachmann und 6 Gefangene«; Übersicht über die in den landw. Gutsbetrieben der Genossenschaft in Untermarchtal und Talheim beschäftigten Personen, Stand vom Juli 1940, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Rechtspflege. In einer weiteren Aufstellung wird ab August 1940 bis April 1941 der Einsatz von sechs Kriegsgefangenen vermerkt; Aufstellung über die in der Zeit vom 1. Sept. 1939 bis 30. April 1941 je einschließlich im Versorgungsbetrieb des Klosters Untermarchtal verpflegten Personen, Stand 6.2.1942, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Rechtspflege; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 347–348.

⁴⁴⁵ Zusammenstellung der Verpflegungstage vom 1.1.–31.5.1942, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Rechtspflege; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 347–348.

Töchterinstitut St. Loreto in Schwäbisch Gmünd und das Margarithospital in Schwäbisch Gmünd dar.⁴⁴⁶

4. Nutzungsänderungen

Von September 1939 bis August 1940 wurden im Kloster Untermarchtal so genannte »Rückwanderer« untergebracht, die aus geräumten badischen Orten entlang der deutsch-französischen Grenze stammten. Für die Monate Oktober, November und Dezember 1939 wurde deren Zahl jeweils auf 156 Personen beziffert.⁴⁴⁷

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Am 6. November 1940 wurden die nicht vom Lazarett belegten Bauten in Untermarchtal von der Volksdeutschen Mittelstelle zur Unterbringung von Volksdeutschen aus der Bukowina beschlagnahmt.⁴⁴⁸ Innerhalb von acht Tagen mussten die Anstalt »Maria Hilf« und die Erziehungsanstalt »Zum Guten Hirten« geräumt werden.⁴⁴⁹ Es war geplant, die Kinder der Erziehungsanstalt in der im Zuge der »Euthanasie«-Morde zum Teil leer gewordenen Heilanstalt Rottenmünster unterzubringen.⁴⁵⁰ Die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen teilte im August 1942 in diesem Zusammenhang dem Württembergischen Innenminister mit: »Der seitherige Anstaltsleiter [...] hat berichtet, dass am 8. August 1942 der letzte Zögling die Anstalt verlassen habe. Sein Auftrag als Anstaltsleiter sei nunmehr beendet. Die Erziehungsanstalt zum guten Hirten in Un-

⁴⁴⁶ Vgl. *Hagen*, Genossenschaft (wie Anm. 69); *Tüchle*, Die Barmherzigen Schwestern (wie Anm. 112); *Hagen*, Geschichte (wie Anm. 419), S. 369–373.

⁴⁴⁷ Aufstellung über die in der Zeit vom 1. September 1939 bis 31. Dezember 1939 je einschließlich im Versorgungsbetrieb des Klosters Untermarchtal untergebrachten Personen, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Rechtspflege; vgl. *Hagen*, Genossenschaft (wie Anm. 69), S. 98; *Tüchle*, Die Barmherzigen Schwestern (wie Anm. 112), S. 108.

⁴⁴⁸ Diözesanverwaltungsrat an den Württ. Innenminister und Wirtschaftsminister, Rottenburg, 8.10.1941, betr.: Entschädigung von kirchlichen Anstalten für die Unterbringung Volksdeutscher Rückwanderer, DAR, G 1.6, Nr. 18.

⁴⁴⁹ *Hagen*, Genossenschaft (wie Anm. 69), S. 98 f.; vgl. *Tüchle*, Die Barmherzigen Schwestern (wie Anm. 112), S. 108.

⁴⁵⁰ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, Stuttgart, 12.11.1940, betr.: Unterbringung von Volksdeutschen aus der Bukowina in württ. Anstalten, StAL, E 191, Bü. 6896.

termarchtal hat damit aufgehört zu bestehen.«⁴⁵¹ Das in den Räumen von »Maria Hilf« und »Zum Guten Hirten« errichtete Umsiedlungslager Nr. 8 war im Herbst 1941 mit 894 Personen belegt.⁴⁵²

Unter dem Vorwurf »schwerer Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnungen« wurde schließlich der gesamte Besitz und das gesamte Vermögen der Kongregation am 5. Juli 1941 durch einen Erlass des Württembergischen Innenministers beschlagnahmt, einem Treuhänder übergeben und die Schwestern verpflichtet, die Betriebe weiterzuführen. Rechtsträger blieb weiterhin die Genossenschaft.⁴⁵³

Mit Erlass des Reichsministers des Innern vom 5. Februar 1942 an die Geheime Staatspolizei wurde unter Berufung auf »das Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens« vom 14. Juli 1933 das gesamte Vermögen der Kongregation zugunsten des Deutschen Reichs eingezogen.⁴⁵⁴

Am 20. Mai 1942 wurden die Gebäude des Mutterhauses, mit Ausnahme der von der Volksdeutschen Mittelstelle beschlagnahmten Räume, von der Wehrmacht zur Errichtung eines Teillazarets »auf unbestimmte Zeit« in Anspruch genommen. Zur Versorgung

⁴⁵¹ Zentraleitung für das Stiftungs- u. Anstaltswesen in Württemberg an den Innenminister, 13.8.1942, betr.: Erziehungsanstalt »Zum guten Hirten« in Untermarchtal, HStA, E 151/09, Bü. 507.

⁴⁵² Aufstellung (undatiert), auf Aufforderung des Reichsgesundheitsführers für die gesundheitliche Betreuung der volksdeutschen Umsiedler vom 30.9.1941. Die Aufstellung enthält keine Informationen zu Nationalitäten, StAL, E 191, Bü. 6896.

⁴⁵³ Eröffnungsurkunde vom 8.7.1941 mit Bezug auf den Erlass des Württembergischen Innenministers vom 5.7.1941, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Rechtspflege II; Der Württembergische Innenminister dem Oberbürgermeister in Stuttgart und den Landräten in Schwäbisch Gmünd und Rottweil zur Kenntnisnahme, 5.7.1941, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Rechtspflege; vgl. *Hagen*, Genossenschaft (wie Anm. 69), S. 99 f.; *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 82 f.

⁴⁵⁴ Geheime Staatspolizei, 25.2.1942, Einziehungsverfügung (Abschrift), Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Rechtspflege II; vgl. auch: Württ. Innenminister an den Reichsstatthalter in Württemberg, 30.7.1942, betr.: Einziehung des Vermögens der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern in Untermarchtal (Abschrift), Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Einzelfälle; *Hagen*, Genossenschaft (wie Anm. 69), S. 100 f.

der Verwundeten hatte die Kongregation ferner der Wehrmacht die Gutsbetriebe St. Veit in Untermarchtal und in Talheim »zur Nutzung auf unbestimmte Zeit« zu überlassen. Eine entsprechende Vereinbarung wurde zwischen dem Deutschen Reich, vertreten durch einen Verhandlungspartner des Reservelazarets Riedlingen, und dem Treuhänder des Vermögens der Vinzentinerinnen, dem Kreispfleger in Ulm, geschlossen. In der Vereinbarung wurde festgehalten: »Die Verwaltung und Wirtschaftsführung über die Klostergebäulichkeiten und die Gutsbetriebe gehen im Sinne eines einheitlich zusammengefassten Gesamtbetriebs auf das Reservelazarett über.« Die Wehrmacht wurde aufgrund dieser Vereinbarung Anstellungsträger der Schwestern und des landwirtschaftlichen Personals.⁴⁵⁵

Das in Untermarchtal von der Wehrmacht errichtete Lazarett wurde von dieser während der gesamten Kriegsdauer betrieben. Am 16. Mai 1945 ging das von der Wehrmacht in Anspruch genommene Grundeigentum durch eine entsprechende Vereinbarung zwischen Vertretern des Reservelazarets und der Genossenschaft wieder in den Besitz der Kongregation über.⁴⁵⁶

1.2 Männerklöster/Missionshäuser bzw. angeschlossene Ökonomien

Blönried: Missionshaus St. Johann

Einrichtung: Missionshaus St. Johann

Träger: Steyler Missionare

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Es liegen keine Informationen zur Beschäftigung ziviler ausländischer Arbeitskräfte vor.

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für das Missionshaus St. Johann lässt sich der Einsatz von insgesamt

⁴⁵⁵ Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich (Reichsfiskus Heer) und dem Treuhänder für das eingezogene Vermögen der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern in Untermarchtal vom 19.11.1942 (mit Wirkung ab 20.5.1942); Zusatzvereinbarung zu der Vereinbarung vom 19.11.1942 vom 27.3.1943, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Verträge.

⁴⁵⁶ Rückgabe-Niederschrift vom 14.5.1945, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Verträge; vgl. auch: Sitzungs-Niederschrift vom 14.5.1945, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Verträge.

zwei Kriegsgefangenen aus Belgien in der Landwirtschaft im Zeitraum von 1941 bis 1945 nachweisen.⁴⁵⁷

3. Informationen zur Einrichtung

Das 1925/26 gegründete Steyler Missionshaus wurde nach der Aufhebung der Internatsschule Mitte März 1937 von 43 Fratres-Novizen mit sieben Patres und 18 Brüdern bewohnt.⁴⁵⁸ Zum Grundbesitz des Hauses gehörten eine kleine Gärtnerei und eine landwirtschaftliche Nutzfläche von etwa 40 Morgen.⁴⁵⁹

Zum Stichtag 30. Mai 1940 verzeichnete die Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz noch sechs Ordensgeistliche, 15 Brüder, drei inländische Arbeiter und eine inländische Arbeiterin als beschäftigt. Zum Stichtag 31. Mai wies sie in den Jahren 1941 bis 1944 jeweils vier Ordensgeistliche, drei Brüder, einen inländischen Arbeiter, eine inländische Arbeiterin und zwei Kriegsgefangene als Beschäftigte aus.⁴⁶⁰

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Das Missionshaus, d.h. das Gebäude, der Hofraum und auch der Garten wurden am 1. November 1940 von der Volksdeutschen Mittelstelle zur Einrichtung eines »Umsiedlungslagers« beschlagnahmt.⁴⁶¹ Das Umsiedlungslager Nr. 3 in Blönried war Ende September 1941 mit 300 Personen belegt.⁴⁶²

⁴⁵⁷ Die Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz weist für das Missionshaus jeweils zum Stichtag der Erhebung (31.5.) vom 31.5.1941 bis 31.5.1944 die Beschäftigung von zwei Kriegsgefangenen ohne Nationalitätenangabe aus; Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz, DAR, G 1.6, Nr. 20. Nach Informationen des Missionshauses handelte es sich um kriegsgefangene Belgier, die bis zum Einmarsch der Franzosen in der Landwirtschaft des Missionshauses arbeiteten, Missionshaus St. Johann an Bischöfliches Ordinariat, 5.7.2001; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 278–279.

⁴⁵⁸ Personalkatalog des Bistums Rottenburg 1939, S. 75.

⁴⁵⁹ Missionshaus St. Johann an Bischöfliches Ordinariat, 5.7.2001.

⁴⁶⁰ Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz, DAR, G 1.6, Nr. 20.

⁴⁶¹ Vereinbarung über die nach dem RLG vom 1.9.1939 zu leistende Vergütung zwischen dem Missionshaus St. Johann in Blönried und dem RKfV, DAR, G 1.6, Nr. 18. Leicht abweichend nennt der Diözesanverwaltungsrat als Zeitpunkt der Beschlagnahme den 30.10.1940; Diözesanverwaltungsrat an den Württ. Innenminister und Wirtschaftsminister, Rottenburg, 8.10.1941, betr.: Entschädigung von kirchlichen An-

Aufgrund von Informationen des Bürgermeisteramtes wurden dort ab 7. Dezember 1940 ca. 300 Bessarabiendeutsche einquartiert, von denen Anfang November 1941 220 ins Kloster Sießen und 88 nach Linz weitertransportiert wurden. Von Mitte November 1941 bis Ende August 1945 waren im Lager ca. 200 Slowenen untergebracht.⁴⁶³

Ellwangen: Josefstal

Einrichtung: Missionshaus Josefstal bei Ellwangen, Brüdernoviziat mit Landwirtschaft

Träger: Missionare Söhne des hl. Herzens Jesu (Comboni-Missionare)

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften
Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung ziviler ausländischer Arbeitskräfte vor.

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen
Für das Missionshaus Josefstal lässt sich der Einsatz von zwei Kriegsgefangenen aus Frankreich und Polen in der Landwirtschaft von 1941 bis 1944 nachweisen. Die Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz weist jeweils zum Stichtag 31. Mai in den Jahren 1941 und 1942 einen und in den Jahren 1943 und 1944 zwei Kriegsgefangene als beschäftigt aus.⁴⁶⁴

In einer Ergänzung zur Hauschronik vom September 1945 wurde notiert: »Als fast alle Brüder eingerückt waren, wurden gefangene Franzosen und Polen als Arbeiter eingestellt.«⁴⁶⁵

3. Informationen zur Einrichtung
1920 erwarb P. Isidor Stang in Schleifhäußle bei Ellwangen einen

stalten für die Unterbringung Volksdeutscher Rückwanderer, DAR, G 1.6, Nr. 18.

⁴⁶² Aufstellung (undatiert), auf Aufforderung des Reichsgesundheitsführers für die gesundheitliche Betreuung der volksdeutschen Umsiedler vom 30.9.1941. Die Aufstellung enthält keine Informationen zu den Nationalitäten, StAL, E 191, Bü. 6896.

⁴⁶³ Missionshaus St. Johann an Bischöfliches Ordinariat, 5.7.2001, mit Bezug auf die Informationen des Bürgermeisteramtes.

⁴⁶⁴ Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz, DAR, G 1.6, Nr. 20; Archiv der Comboni-Missionare, Ergänzung der Chronik vom 1.9.1945; vgl. *Jancker*, Zwangsarbeiterinsätze (wie Anm. 22), S. 284–285.

⁴⁶⁵ Archiv der Comboni-Missionare, Ergänzung der Chronik vom 1.9.1945.

Mühlenbesitz. Das Haus wurde ausgebaut und erhielt den Namen »Josefinum«. 1921 wurden im Josefinum die ersten Schüler aufgenommen. 1926 erfolgte der Umzug der Schüler von Schleifhäusle nach Ellwangen, das nun den Namen Josefinum erhielt. Das Haus in Schleifhäusle erhielt daraufhin die Bezeichnung »Josefstal« und wurde Ausbildungsstätte für Brüdermissionare.⁴⁶⁶

4. Nutzungsänderungen

Ab Sommer 1941 mietete die Maschinenfabrik Alfing-Kessler im sogenannten Altbau den früheren Kapellenraum und den darüber liegenden Schlafsaal, um dort durchschnittlich zehn bis zwanzig bei ihr beschäftigte ausländische Arbeitskräfte unterzubringen.⁴⁶⁷

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Das Haus Josefstal wurde Anfang November 1940 durch die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmt, letztlich jedoch nicht für diesen Zweck genutzt, da die Räume zur Errichtung eines Umsiedlungslagers als ungeeignet befunden wurden.⁴⁶⁸

Im April 1944 wurden im so genannten Neubau Räume zur Einrichtung eines Kinderlandverschickungslagers in Anspruch genommen und im Verlauf des Jahres 1944 mit Kindern belegt. Im Zuge der Mobilisierung letzter militärischer Aufgebote im Reichsgebiet wurde das Missionshaus ab Herbst 1944 darüber hinaus für die militärische Schulung Jugendlicher genutzt.⁴⁶⁹

Neresheim: Benediktinerabtei

Einrichtung und Träger: Benediktinerabtei Neresheim

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Kloster Neresheim lässt sich die Beschäftigung von insgesamt sechszwanzig zivilen ausländischen Arbeitskräften (dreizehn männlichen und dreizehn weiblichen) in der Landwirtschaft im

⁴⁶⁶ DAR, G 1.1, C 1.10.

⁴⁶⁷ Archiv der Comboni-Missionare, Ergänzung der Chronik vom 1.9.1945.

⁴⁶⁸ Diözesanverwaltungsrat an den Württ. Innenminister und Wirtschaftsminister, Rottenburg, 8.10.1941, betr.: Entschädigung von kirchlichen Anstalten für die Unterbringung Volksdeutscher Rückwanderer, DAR, G 1.6, Nr. 18; Archiv der Comboni-Missionare, Ergänzung der Chronik vom 1.9.1945.

⁴⁶⁹ Archiv der Comboni-Missionare, Ergänzung der Chronik vom 1.9.1945.

Zeitraum von 1940 bis 1945 nachweisen. 25 Arbeitskräfte kamen aus Slowenien, ein Arbeiter aus Polen.⁴⁷⁰

Vom 24. März 1940 bis 31. Mai 1941 wurde eine männliche zivile Arbeitskraft aus Polen,⁴⁷¹ ab Mai 1942 bis 1945 insgesamt fünfundzwanzig zivile ausländische Arbeitskräfte aus Slowenien als landwirtschaftliche Arbeiter auf dem Klostergut beschäftigt.⁴⁷² Für eine Arbeiterin lässt sich nachweisen, dass sie aus dem Lager für »Wiedereindeutschungsfähige« in Schelklingen nach Neresheim kam.⁴⁷³

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für das Kloster Neresheim lässt sich der Einsatz von insgesamt zehn Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft Ende Mai 1941 nachweisen. Die Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz weist für Ende Mai 1942 noch fünf Kriegsgefangene als Arbeitskräfte des Klosters aus. Bei der Auswertung vom Mai 1942 wird als Einsatzbereich die Landwirtschaft genannt.⁴⁷⁴

3. Informationen zur Einrichtung

Die Benediktinerabtei Neresheim wurde aufgrund einer Schenkung des Fürsten Albert von Thurn und Taxis nach dem Ersten Weltkrieg mit Benediktinern aus dem Kloster Emaus in Prag neu besiedelt. Nach der Beschlagnahme des Klosters im November 1940 verblieben den Patres zwei Stockwerke eines Flügels der Abtei, die 197 Hektar große Landwirtschaft, der Klostergarten und die Stiftskirche.⁴⁷⁵ Auf dem Gutshof des Klosters waren 1939 25 Ordensangehörige tätig.⁴⁷⁶

⁴⁷⁰ AOK Bezirksdirektion Ostalb, Hebekarte; Archiv der Benediktinerabtei Neresheim, AOK-Hebeliste des Arbeitgebers; vgl. *Janker, Zwangsarbeitereinsätze* (wie Anm. 22), S. 309–310.

⁴⁷¹ Polizeiliche Meldungen, Bürgermeisteramt Neresheim, Bestand unverzeichnet; Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz, DAR, G 1.6, Nr. 20.

⁴⁷² AOK Bezirksdirektion Ostalb, Hebekarte; Archiv der Benediktinerabtei Neresheim, AOK-Hebeliste des Arbeitgebers.

⁴⁷³ Polizeiliche Meldungen der Flüchtlinge im Umsiedlungslager 18 (Liste I und II), Bürgermeisteramt Neresheim, Registratur Nr. 6116.

⁴⁷⁴ Angaben zur Nationalität liegen nicht vor. Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz, DAR, G 1.6, Nr. 20; vgl. *Janker, Zwangsarbeitereinsätze* (wie Anm. 22), S. 309–310.

⁴⁷⁵ Notiz, Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium, 18.7.1944, HStA, E 151/09, Bü. 513.

⁴⁷⁶ Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz, DAR, G 1.6, Nr. 20.

4. Nutzungsänderungen

Als Anfang September 1943 im Gut-Betha-Haus der Anstalt Liebenau eine Abteilung des Auswärtigen Amts untergebracht wurde, wurde nach einer Alternative für die dort untergebrachten Kinder des Landschulheims Rosenharz gesucht.⁴⁷⁷

Im März 1944 wurde die Vereinbarung getroffen, einen Teil der Räume des Klosters Neresheim, die von der Volksdeutschen Mittelstelle beansprucht wurden, zur Unterbringung des Heimes zu verwenden. Das Kloster Neresheim sollte die Verpflegung der Kinder und des Personals übernehmen und die Einrichtung verwalten. Mitte Juli 1944 standen die notwendigen Umbauarbeiten zur Errichtung des Erziehungsheimes vor dem Abschluss.⁴⁷⁸ In dieser Phase wurde das Württembergische Innenministerium darüber informiert, dass in den Räumen der Abtei die Einrichtung einer »SS-Schule« beabsichtigt sei, weitere Bemühungen zur Unterbringung des Heimes wurden daher unterlassen.⁴⁷⁹

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmte am 9. November 1940 das Kloster⁴⁸⁰ und errichtete dort das Umsiedlungslager 18.⁴⁸¹ Das Umsiedlungslager Neresheim war im Herbst 1941 mit 250 Personen belegt.⁴⁸²

⁴⁷⁷ Vgl. unter Anstalt Liebenau, S. 151–158 in diesem Band.

⁴⁷⁸ Notiz, Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium, 18.7.1944, HStA, E 151/09, Bü. 513; vgl. auch: Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium an den Reichsstatthalter in Württemberg, 14.6.1944, betr.: Landschulheim Rosenharz, HStA, E 151/09, Bü. 513.

⁴⁷⁹ Notiz, Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium, 1.8.1944, HStA, E 151/09, Bü. 513; Notiz, Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium, 18.7.1944, HStA, E 151/09, Bü. 513.

⁴⁸⁰ Diözesanverwaltungsrat an den Württ. Innenminister und Wirtschaftsminister, Rottenburg, 8.10.1941, betr.: Entschädigung von kirchlichen Anstalten für die Unterbringung Volksdeutscher Rückwanderer, DAR, G 1.6, Nr. 18.

⁴⁸¹ Aufstellung (undatiert), auf Aufforderung des Reichsgesundheitsführers für die gesundheitliche Betreuung der volksdeutschen Umsiedler vom 30.9.1941. Die Aufstellung enthält keine Hinweise auf Nationalitäten, StAL, E 191, Bü. 6896.

⁴⁸² Ebd.

Spaichingen: Claretinerkloster Dreifaltigkeitsberg

Einrichtung und Träger: Claretinerkloster Dreifaltigkeitsberg

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Claretinerkloster lässt sich die Beschäftigung von insgesamt drei männlichen zivilen ausländischen Arbeitskräften aus Russland, Polen und der Ukraine im Zeitraum von 1942 bis 1945 nachweisen.⁴⁸³

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Die Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz weist für die Einrichtung keine Kriegsgefangenen aus.⁴⁸⁴

3. Informationen zur Einrichtung

Die »Missionsgesellschaft der Söhne vom Unbefleckten Herzen Mariä«, ein Orden spanischen Ursprungs, wurde bei ihrer Suche nach einer geeigneten Niederlassung im Jahre 1923 auf den Dreifaltigkeitsberg aufmerksam. Im April 1924 wurde schließlich ein Vertrag zwischen dem Katholischen Kirchenstiftungsrat und der Missionsgesellschaft geschlossen, der die Verwaltung und unentgeltliche Benützung aller Grundstücke der Katholischen Kirchenpflege in Spaichingen auf dem Dreifaltigkeitsberg regelte. Die Claretiner übernahmen aufgrund der vertraglichen Regelung die Instandhaltung der Gebäude, die Bewirtschaftung der daran angeschlossenen Gaststätte und Ökonomie und die Betreuung der Wallfahrtskirche.⁴⁸⁵

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

⁴⁸³ Es liegen keine Angaben über den Einsatzbereich vor. Die männliche Arbeitskraft aus Russland wurde von Herbst 1942 bis Oktober 1943, der Arbeiter aus der Ukraine von Dezember 1943 bis Februar 1945 im Claretinerkloster beschäftigt. Über die dritte Person liegen keine Angaben zur Dauer der Beschäftigung vor; Stadtarchiv Spaichingen, A 1077 und B 521; AOK Bezirksdirektion Tuttlingen. Die Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz weist für den 31. Mai 1943 und den 31. Mai 1944 jeweils die Beschäftigung einer zivilen ausländischen Arbeitskraft im Kloster aus, DAR, G 1.6, Nr. 20, Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 336.

⁴⁸⁴ Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz, DAR, G 1.6, Nr. 20.

⁴⁸⁵ Vgl. *Roland Weber*, Die kirchlichen Verhältnisse seit 1806, in: *Spaichinger Stadtchronik. Beiträge zur Geschichte der Stadt unter dem Dreifaltigkeitsberg*, hg. von der Stadt Spaichingen 1990, S. 419 ff.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung
Keine Angaben.

Weingarten: Rößlerhof

Einrichtung: Hofgut Rößler bei Unterankenreute

Träger: Benediktiner von Weingarten

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für den Rößlerhof lässt sich die Beschäftigung von insgesamt drei zivilen ausländischen Arbeitskräften aus Russland in der Landwirtschaft im Jahre 1942 nachweisen.⁴⁸⁶ Zwei Arbeitskräfte trafen am 28. März 1942 mit einem Sammeltransport in Schlier ein⁴⁸⁷ und wurden von diesem Zeitpunkt an auf dem Rößlerhof eingesetzt.⁴⁸⁸

Die »Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz« weist für das Kloster Weingarten am 31. Mai 1943 und am 31. Mai 1944 zwei zivile männliche ausländische Arbeitskräfte aus.⁴⁸⁹

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für den Rößlerhof lässt sich der Einsatz von insgesamt zwei Kriegsgefangenen zu einem nicht feststellbaren Zeitpunkt im Zeitraum von 1939 bis 1945 in der Landwirtschaft nachweisen. Für einen der Gefangenen weist die Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz die Beschäftigung Ende Mai 1941 aus.⁴⁹⁰

⁴⁸⁶ Verzeichnis der in der Gemeinde Schlier, Kreis Ravensburg, beschäftigten russischen Landarbeiter (undatiert), Gemeindearchiv Schlier, Bestand I, Akten Bü. Nr. 372; zur Datierung vgl.: Gemeinde Schlier an den Landrat in Ravensburg, 1.12.1942, betr. Aufenthaltsmeldungen Ausländer, Gemeindearchiv Schlier, Bestand I, Akten Bü. Nr. 372. Die Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz weist für den 31. Mai 1942 die Beschäftigung von drei zivilen männlichen Arbeitskräften aus Russland aus; Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz, DAR, G 1.6, Nr. 20; vgl. *Janker*, Zwangsarbeiterereinsätze (wie Anm. 22), S. 351.

⁴⁸⁷ Gemeinde Schlier, Liste der russischen Landarbeiter (undatiert), Gemeindearchiv Schlier, Bestand I, Akten Bü. Nr. 372.

⁴⁸⁸ Polizeiliche Meldekarten, Gemeindearchiv Schlier, Bestand I, Akten Bü. Nr. 406.

⁴⁸⁹ Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz, DAR, G 1.6, Nr. 20.

⁴⁹⁰ Gefangenenliste des Arbeitskommandos 35051 Unterankenreute (undatiert, ohne Angabe der Nationalitäten), Gemeindearchiv Schlier, Bestand I, Akten Bü. Nr. 403; Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz, DAR, G 1.6, Nr. 20; vgl. *Janker*, Zwangsarbeiterereinsätze (wie Anm. 22), S. 351.

3. Informationen zur Einrichtung

Der Rößlerhof mit 57 Hektar Land diente dem Restkonvent nach der Beschlagnahme der Klostergebäude als Zuflucht.⁴⁹¹

4. Nutzungsänderungen

Es liegen keine Informationen über Nutzungsänderungen vor.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Die Benediktiner von Weingarten mussten nach der Beschlagnahme der Klostergebäude am 29. Oktober 1940 durch die Volksdeutsche Mittelstelle⁴⁹² die Abtei am 9. November räumen. Die Räume waren ihr bis zu diesem Zeitpunkt vom Land Württemberg überlassen worden. In den Klostergebäuden wurde das »Umsiedlungslager Nr. 1« eingerichtet, in das zunächst »Volksdeutsche« aus dem Banat eingewiesen wurden.⁴⁹³

Das in den Klostergebäuden errichtete »Umsiedlungslager« war Ende September 1941 mit 565 Personen belegt.⁴⁹⁴

⁴⁹¹ *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 351; *Norbert Kruse* u.a. (Hg.), Weingarten von den Anfängen bis zur Gegenwart, Biberach 1992, S. 540.

⁴⁹² Diözesanverwaltungsrat an den Württ. Innenminister und Wirtschaftsminister, Rottenburg, 8.10.1941, betr.: Entschädigung von kirchlichen Anstalten für die Unterbringung Volksdeutscher Rückwanderer, DAR, G 1.6, Nr. 18.

⁴⁹³ Aufstellung (undatiert), auf Aufforderung des Reichsgesundheitsführers für die gesundheitliche Betreuung der volksdeutschen Umsiedler vom 30.9.1941, StAL, E 191, Bü. 6896; *Kruse*, Weingarten (wie Anm. 491), S. 540.

⁴⁹⁴ Aufstellung (undatiert), auf Aufforderung des Reichsgesundheitsführers für die gesundheitliche Betreuung der volksdeutschen Umsiedler vom 30.9.1941. Die Aufstellung enthält keine Angaben zu Nationalitäten, StAL, E 191, Bü. 6896.

2. Pflegeanstalten

Hegenberg: St. Gebhardihaus

Einrichtung: Pflegeanstalt Hegenberg, St. Gebhardihaus

Träger: Stiftung Liebenauer Anstalten

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für die Pflegeanstalt Hegenberg lässt sich die Beschäftigung von einem männlichen zivilen ausländischen Arbeiter aus Polen in der Landwirtschaft im Jahre 1943 nachweisen.⁴⁹⁵

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für das St. Gebhardihaus in Hegenberg und die Heil- und Pflegeanstalt Liebenau lässt sich der Einsatz von insgesamt 28 Kriegsgefangenen, 15 französischen und 13 serbischen, in der Landwirtschaft nachweisen. Die französischen Kriegsgefangenen wurden im Zeitraum von 1940 bis 1942 eingesetzt. Die Beschäftigung von serbischen Gefangenen lässt sich von 1942 bis 1945 nachweisen.⁴⁹⁶

Eine eindeutige Zuordnung der im Anstaltskomplex Liebenau und Hegenberg beschäftigten französischen Kriegsgefangenen ist nicht möglich.⁴⁹⁷ Die serbischen Kriegsgefangenen lassen sich den einzelnen Einrichtungen ebenfalls nur bedingt zuordnen.⁴⁹⁸

⁴⁹⁵ Personallisten 1943 und 1944, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 286–287.

⁴⁹⁶ Jahresbericht 1940 (S. 2), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Bericht über die Anstalten Liebenau, Rosenharz und Hegenberg 1941, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Personallisten 1942, 1943 und 1944, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten; Seelsorgebericht Hegenberg, Archiv Stiftung Liebenau; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 286–287.

⁴⁹⁷ In der Personalliste wurde im Dezember 1941 notiert: »Wachmann in Hegenberg 1, Kriegsgefangene Franzosen 10«, Personallisten 1941, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten. Im Anstaltsbericht für das Jahr 1941 wurde davon abweichend festgehalten: »Zu den Insassen der Anstalt gehören in Liebenau 10 kriegsgefangene Franzosen«, Bericht über die Anstalten Liebenau, Rosenharz und Hegenberg 1941, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

⁴⁹⁸ Für das Jahr 1942 liegt lediglich eine Aufstellung über die Zahl der in Liebenau und Hegenberg insgesamt beschäftigten serbischen Kriegsgefangenen vor. Im Jahre 1942 wurden sechs Kriegsgefangene in beiden Einrichtungen zur Arbeit herangezogen, Personallisten 1942, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten. Der Anstaltsbericht verzeichnete für die Anstalten Liebenau und Hegenberg zum Jahresende 1942 insgesamt 14 Kriegsgefangene und sieben Wachleute. Jahresbericht 1942 (S.

Die Pflegeanstalt Hegenberg lässt sich in eindeutiger Weise als Beschäftigungsträger von zwei serbischen Kriegsgefangenen für den Zeitraum vom 31. Dezember 1943 bis zum 31. Dezember 1944 feststellen.⁴⁹⁹

3. Informationen zur Einrichtung

Zur Pflegeanstalt Hegenberg gehörte eine 30 Hektar umfassende Landwirtschaft, die im Jahre 1943 von drei landwirtschaftlichen Angestellten bewirtschaftet wurde.⁵⁰⁰

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

In den Ökonomiegebäuden der Anstalt befand sich während des Krieges ein Gefangenenlager, in dem serbische Kriegsgefangene untergebracht waren.⁵⁰¹

Heggbach: Kirchliche Pflegeanstalt

Einrichtung: Kirchliche Pflegeanstalt Heggbach für »Epileptische, Schwachsinnige und Unheilbare«

Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für die Pflegeanstalt Heggbach lässt sich die Beschäftigung von insgesamt fünf weiblichen zivilen ausländischen Arbeitskräften aus Polen, der Ukraine und möglicherweise Russland⁵⁰² in der Landwirtschaft (4) und Küche (1) im Zeitraum von 1942 bis 1945 nachweisen. Eine der Arbeiterinnen wurde seit Juni 1942, zwei seit August bzw. September 1944 und zwei ab März 1945 beschäftigt.⁵⁰³

1), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; vgl. zu Liebenau, S. 151–158 in diesem Band.

⁴⁹⁹ Personallisten 1943 und 1944, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten; vgl. auch die übereinstimmenden Angaben im Jahresbericht 1943 (S. 1), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

⁵⁰⁰ Jahresbericht 1943 (S. 1), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

⁵⁰¹ Seelsorgebericht Hegenberg, Archiv Stiftung Liebenau.

⁵⁰² Jede der Frauen wurde in den Versicherungsunterlagen der AOK als »Ostarbeiterin« bezeichnet.

⁵⁰³ Registratur Verwaltung Heggbach, Lohnlisten; AOK-Hebeliste des Arbeitgebers; Kreiskultur- und Archivamt Biberach, UVB, Bund 141, Az. 115.12: Meldung der Ausländer, Dezember 1945; AOK Bezirksdirekti-

In der Chronik wurde dazu abweichend für das Jahr 1944 notiert: »Für die Ökonomie wurden zugewiesen eine junge Frau aus der Ukraine seit 1943 und von Juli bis Oktober 1944 zwei Polinnen (Bürofräulein!)«. ⁵⁰⁴

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für die Anstalt Heggbach lässt sich der Einsatz von insgesamt sechs Kriegsgefangenen aus Belgien in der Landwirtschaft im Zeitraum 1941 bis Ende 1942 nachweisen. ⁵⁰⁵

In der Chronik wurde für das Jahr 1941 notiert: »Den ganzen Sommer über hat man in Heggbach Kriegsgefangene mit Wachmann (Belgier)«. ⁵⁰⁶

Als Anfang November 1942 der Schmiedemeister zur Wehrmacht eingezogen wurde, hielt die Chronistin fest: »[...] einer der hiesigen belgischen Gefangenen kann als Motorführer an seine Stelle treten.« ⁵⁰⁷

3. Informationen zur Einrichtung

Die 1887 von den Franziskanerinnen von Reute errichtete Pflegeanstalt ⁵⁰⁸ zur »Aufnahme und Verpflegung von Epileptikern, Schwachsinnigen, sonstigen Unheilbaren, Altersschwachen, Gebrechlichen und Pflegebedürftigen jeder Art mit Ausnahme von anstaltsbedürftigen Geisteskranken« verfügte im Jahr 1941 über 260 Plätze. ⁵⁰⁹ Im Jahr 1943 war die Anstalt voll belegt ⁵¹⁰ und im November 1944 mit

on Biberach; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 288–289.

⁵⁰⁴ Archiv Kloster Reute, Chronik Heggbach 1898–1947, Eintrag 1944, S. 153.

⁵⁰⁵ Pflegeanstalt Heggbach, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7; Archiv Kloster Reute, Chronik Heggbach 1898–1947, Eintrag 1941, S. 134 und Eintrag 1942, S. 140.

⁵⁰⁶ Archiv Kloster Reute, Chronik Heggbach 1898–1947, Eintrag 1941, S. 134.

⁵⁰⁷ Ebd., Eintrag 1942, S. 140.

⁵⁰⁸ Vgl. Franziskanerinnen Kloster Reute-Bad Waldsee, Bergatreute 1994.

⁵⁰⁹ Pflegeanstalt Heggbach an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 18.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7.

⁵¹⁰ Pflegeanstalt Heggbach an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 8.5.1943, betr.: Belegung in der Abteilung für Körperbehinderte, HStA, E 151, Bü. 501.

ca. 280 untergebrachten Personen überbelegt.⁵¹¹ Zur Pflegeanstalt gehörte eine Landwirtschaft, die ca. 170 Hektar umfasste. Dort waren im Juli 1941 28 hauptamtliche Kräfte und sechs Kriegsgefangene beschäftigt. Außerdem wurden durchschnittlich 15–20 Pfleglinge während des ganzen Jahres zur Mitarbeit herangezogen.⁵¹²

Im Herbst 1940 wurden im Zuge der »Euthanasie-Aktion« insgesamt 173 Patienten aus der Anstalt Heggbach nach Grafeneck gebracht und dort getötet. Bis 1943 wurden weitere zwanzig Patienten aus der Anstalt Heggbach abtransportiert. Unter diesen befanden sich auch Patienten der im Oktober 1939 in Heggbach errichteten »Sonderabteilung für jüdische Pfleglinge«.⁵¹³ Insgesamt fielen den »Euthanasie«-Morden 265 Patienten der Heggbacher Einrichtungen, d.h. der Anstalt Heggbach und des Kinderheimes Ingerkingen, zum Opfer.⁵¹⁴

4. Nutzungsänderungen

Im Februar 1941 wurden 53 Minderjährige aus dem Kinderheim Ingerkingen, das von diesem Zeitpunkt an für die erweiterte Kinderlandverschickung in Anspruch genommen wurde, in die Pflegeanstalt Heggbach eingewiesen.⁵¹⁵

⁵¹¹ Pflegeanstalt Heggbach an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 17.11.1944, betr.: Unterbringung von alten Leuten aus Stuttgart, StAL, E 191, Bü. 6998.

⁵¹² Pflegeanstalt Heggbach, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7.

⁵¹³ *Stöckle*, Vernichtungsanstalt (wie Anm. 127), S. 36; *Rapp*, Heggbacher Einrichtungen (wie Anm. 130), S. 42–49; vgl. auch: Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 28, Archiv Kloster Reute; Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945, Bd. 5/2: Baden-Württemberg II, Regierungsbezirke Freiburg und Tübingen, hg. vom Studienkreis Deutscher Widerstand und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Frankfurt a.M. 1997, S. 202 f.

⁵¹⁴ *Rapp*, Heggbacher Einrichtungen (wie Anm. 130), S. 42; *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 67; vgl. auch: Chronik St. Maria Ingerkingen (Eintrag 1940), Archiv Kloster Reute.

⁵¹⁵ Ein Teil der Kinder war zuvor von Rosenharz nach Ingerkingen eingewiesen worden; Pflegeanstalt Heggbach an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 18.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7; Caritasverband für Württemberg an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, Stuttgart, 14.2.1941, betr.: Erweiterte Kinderlandverschickung, StAL, E 191, Bü. 6878; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Innenminister, 25.4.1942, betr.: Pflegeanstalt für schwachsinnige Kinder in Ingerkingen

Ende des Jahres 1941 wurde ferner in der Anstalt eine Abteilung für körperbehinderte Kinder eingerichtet. In diese wurden unter anderem Kinder aus der Wernerschen Kinderheilanstalt in Ludwigsburg⁵¹⁶ und körperbehinderte Pfleglinge aus der Staatlichen Heilanstalt Schussenried, die zuvor in Grafeneck untergebracht gewesen waren, eingewiesen. Die Anstalt war im Jahr 1943 voll belegt.⁵¹⁷

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Im ältesten zur Pflegeanstalt Heggbach gehörenden Gebäude, der ehemaligen Gastwirtschaft »Zum Hirsch« wurde während des Krieges ein Kriegsgefangenenlager eingerichtet. Im November 1944 wurden die Kriegsgefangenen in ein anderes Lager verlegt, um im Gebäude alte und gebrechliche Personen aus Stuttgart unterbringen zu können.⁵¹⁸

Liebenau: Heil- und Pflegeanstalt

Einrichtung: Heil- und Pflegeanstalt Liebenau, St. Gallushaus

Träger: Stiftung Liebenauer Anstalten

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für die Heil- und Pflegeanstalt Liebenau lässt sich die Beschäftigung von insgesamt fünf zivilen ausländischen Arbeitskräften (zwei männlichen und drei weiblichen) aus Polen (2) und Russland (3) in der Ökonomie und Anstalt von 1940 bis zum 31. Dezember 1944 nach-

gen, HStA, E 151/09, Bü. 501; vgl. Heimatgeschichtlicher Wegweiser, Bd. 5/2 (wie Anm. 513), S. 205 f.

⁵¹⁶ Der Landesjugendarzt an den Leiter des Württ. Landesfürsorgeverbands, 29.10.1941, betr.: Unterbringung körperbehinderter Kinder in der Pflegeanstalt Heggbach, HStA, E 191/09, Bü. 501; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Innenminister, 5.12.1941, betr.: Einrichtung einer Pflegeabteilung für körperbehinderte Kinder in der Pflegeanstalt Heggbach, HStA, E 191/09, Bü. 501.

⁵¹⁷ Pflegeanstalt Heggbach an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 8.5.1943, betr.: Belegung in der Abteilung für Körperbehinderte, HStA, E 151, Bü. 501.

⁵¹⁸ Aus dem Dokument ist nicht ersichtlich, welcher Nationalität die Gefangenen angehörten noch in welches Lager die Gefangenen verlegt wurden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass in diesem Lager zeitweise belgische Kriegsgefangene untergebracht wurden; Pflegeanstalt Heggbach an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 17.11.1944, betr.: Unterbringung von alten Leuten aus Stuttgart, StAL, E 191, Bü. 6998.

weisen. Sämtliche weiblichen Arbeitskräfte kamen aus Russland und wurden ab 1943 in der Anstalt beschäftigt.⁵¹⁹

Am 23. Oktober 1943 teilte der Direktor der Anstalt dem Württembergischen Innenministerium mit: »Habe durch Vermittlung des Auswärtigen Amts eine russische Familie bekommen, die in der Hauswirtschaft mithelfen muss.«⁵²⁰

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für die Heil- und Pflegeanstalt Liebenau und das St. Gebhardihaus in Hegenberg lässt sich der Einsatz von insgesamt 28 Kriegsgefangenen, 15 französischen und 13 serbischen, in der Landwirtschaft nachweisen.

Die französischen Kriegsgefangenen wurden im Zeitraum von 1940 bis 1942 eingesetzt.⁵²¹ Bis Ende des Jahres 1942 wurde ein Teil der französischen Kriegsgefangenen offensichtlich aus den Anstalten Liebenau und Hegenberg abgezogen und durch serbische Kriegsge-

⁵¹⁹ In den Personallisten des Jahres 1940 wird die Beschäftigung von zwei männlichen polnischen Arbeitskräften in der Ökonomie der Anstalt Liebenau registriert; Personallisten 1940, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten. Die Betroffenen waren im Jahre 1941 in der Ökonomie in Rosenharz eingesetzt; Jahresbericht 1941 (S. 1), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944. Einer der polnischen Arbeiter wurde weiterhin als Arbeiter in der Rosenharzer Ökonomie, der andere unter den Anstaltsangestellten in Liebenau bis 31. Dezember des Jahres 1944 registriert, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten. Die Personallisten zum Jahresende 1943 und 1944 führen drei in der Anstalt beschäftigte russische Frauen sowie drei »Russenkinder« auf, die offensichtlich sämtliche einem Familienverband angehörten; Personallisten 1943 und 1944, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 299–301; vgl. in diesem Zusammenhang auch: *Wolf-Peter Bischoff*, Zwangsarbeit in der Stiftung Liebenau? Quellenlage lässt keine sichere Aussage zu, in: *Anstifter – Infos der Stiftung Liebenau* 10/2000, S. 4–6.

⁵²⁰ Heil- und Pflegeanstalt Liebenau an das Württ. Innenministerium, 23.10.1943, HStA, E 151/09, Bü. 513.

⁵²¹ Im Jahresbericht 1940 wurde vermerkt: »Wir haben in Liebenau ein Lager mit 32 französischen Kriegsgefangenen, 15 davon sind für die Anstalt beschäftigt«, Jahresbericht 1940 (S. 2), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944. Im Anstaltsbericht vom März 1942 für das Jahr 1941 wurde notiert: »Zu den Insassen der Anstalt gehören in Liebenau 10 kriegsgefangene Franzosen«, Bericht über die Anstalten Liebenau, Rosenharz und Hegenberg 1941, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

fangene ersetzt.⁵²² Die Beschäftigung von serbischen Gefangenen lässt sich von 1942 bis 1945 nachweisen.⁵²³

Eine eindeutige Zuordnung der im Anstaltskomplex Liebenau und Hegenberg beschäftigten französischen Kriegsgefangenen ist nicht möglich. Die serbischen Kriegsgefangenen lassen sich den einzelnen Einrichtungen lediglich bedingt zuordnen.⁵²⁴

Eine eindeutige Zuordnung der Anstalt Liebenau als Beschäftigungsträger von vier serbischen Kriegsgefangenen ist für die Jahre 1943 und 1944 möglich.⁵²⁵

⁵²² In der Anstaltschronik wurde am 25. April 1942 festgehalten: »Auf Betreiben von Bürgermeister [...] wurden von unseren 10 französischen Gefangenen fünf weggenommen. Durch Beihilfe von Major [...] haben wir wenigstens drei andere erhalten, aber erst 31. Juli.« Angaben zur Nationalität liegen nicht vor, Archiv Stiftung Liebenau, Anstaltschronik 1.7.1902–31.12.1964.

⁵²³ Zum Jahresende 1942 verzeichnete der Anstaltsbericht für die Anstalten Liebenau und Hegenberg zusammen insgesamt 14 Kriegsgefangene und sieben Wachleute, Jahresbericht 1942 (S. 1), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; vgl. auch: Personallisten 1942, 1943 und 1944, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten. Eine innerhalb der Personallisten befindliche Zusammenstellung vom 1.1.1943 registrierte darüber hinaus fünf »von Bauern bei Waldarbeiten« eingesetzte Serben. Da diese Aufstellung als Teil der Personallisten des Anstaltskomplexes Liebenau geführt wurde, wurde dies so interpretiert, dass auch bei dieser Gruppe von Serben der eigentliche Beschäftigungsträger die Stiftung Liebenau darstellte und die Betroffenen lediglich zeitweise Bauern zu Waldarbeiten zur Verfügung gestellt wurden, Zusammenstellung vom 1.1.1943, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten; als allgemeiner Hinweis zur Dauer des Einsatzes vgl. Seelsorgebericht Hegenberg; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 299–301.

⁵²⁴ Die Personallisten des Jahres 1942 registrieren unter dem Titel »Kriegsgefangene Serben« insgesamt sieben Personen. Diese wurden sowohl in der Anstalt Liebenau als auch in Hegenberg eingesetzt, da ein Wachmann in Liebenau und ein weiterer in Hegenberg zur Bewachung verpflichtet war, Personallisten 1942, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten. Unter den Betroffenen befindet sich auch ein Deutscher. In der Aufstellung des Jahres 1943 ist diese Person nicht mehr unter den kriegsgefangenen Serben erfasst, der Fehler in der Aufstellung der Personalliste des Jahres 1942 wurde korrigiert, Personallisten 1942 und 1943, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten. Bis zum Jahr 1943 wurden zwei der serbischen Gefangenen durch zwei andere Serben ersetzt, Personallisten 1943, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten; vgl. zu Hegenberg, S. 147–148 in diesem Band.

⁵²⁵ Personallisten 1943 und 1944, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten; vgl. auch die übereinstimmenden Angaben im Jahresbericht 1943 (S. 1), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

3. Informationen zur Einrichtung

Zu der 1870 gegründeten Stiftung gehörten die Heil- und Pflegeanstalt Liebenau⁵²⁶, das St. Gebhardihaus in Hegenberg⁵²⁷ und das Erziehungsheim St. Gertrudis in Rosenharz⁵²⁸. Die Anstalt Liebenau verfügte im Juli 1941 noch über 475 Plätze, nachdem bis dahin 420 Betten vom inzwischen in der Anstalt errichteten Lager für Zivilinternierte beansprucht wurden.⁵²⁹ Einen großen Teil des Erziehungs- und Pflegepersonals der Liebenauer Anstalten stellten die Franziskanerinnen von Reute.⁵³⁰

Die Liebenauer Ökonomie bestand aus 101 Hektar Land und wurde 1941 von zwanzig Personen,⁵³¹ im Jahre 1943 von zehn Angestellten bewirtschaftet.⁵³²

Die »Verlegungen« von Patienten im Zuge der »Euthanasie«-Aktion⁵³³ setzten in der Anstalt Liebenau am 1. Juli 1940 ein,⁵³⁴ bis Ende des Jahres 1940 wurden aus der Anstalt Liebenau 480 Patienten abtransportiert.⁵³⁵ Am 13. März 1941 fanden letztmals »Verlegungen« statt.⁵³⁶ Von insgesamt 512 Patienten, die aus den Anstalten

⁵²⁶ Vgl. *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130); *ders.*, Die Stiftung Liebenau und ihr Gründer Adolf Aich, Tett nang 1983; Festschrift zum 75-jährigen Bestand 1870–1945 der Heil- und Pflegeanstalt Liebenau, Liebenau 1946.

⁵²⁷ Vgl. zum St. Gebhardihaus in Hegenberg, S. 147–148 in diesem Band.

⁵²⁸ Vgl. zum Erziehungsheim St. Gertrudis in Rosenharz, S. 158–161 in diesem Band.

⁵²⁹ Heil- und Pflegeanstalt Liebenau, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7.

⁵³⁰ Jahresbericht 1944 (S. 1), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

⁵³¹ Heil- und Pflegeanstalt Liebenau, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7.

⁵³² Jahresbericht 1943 (S. 1), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

⁵³³ Vgl.: Lebenswertes Leben. »Aktion Gnadentod« in der Stiftung Liebenau. 50 Jahre danach, Tett nang 1993; *Markus Biermann*, Die Stiftung Liebenau in der Zeit der »Euthanasie«-Aktion 1939–45, Magisterarbeit an der Universität Konstanz 1987.

⁵³⁴ *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 45 ff.

⁵³⁵ Jahresbericht 1940, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

⁵³⁶ *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 50; vgl. Jahresbericht 1941 (o. S.) und Jahresbericht 1942 (S. 6), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944. Im Jahresbericht 1941

Liebenau und Rosenharz »verlegt« wurden, wurden 489 Personen in Grafeneck, sechs in Hadamar getötet.⁵³⁷

4. Nutzungsänderungen

Als Anfang November 1940 das St. Gertrudishaus in Rosenharz für die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmt wurde,⁵³⁸ wurde der Großteil der Kinder und Jugendlichen in die St. Galluspflege nach Liebenau eingewiesen.⁵³⁹

Ende des Jahres 1942 befanden sich in der Erziehungsabteilung Liebenau 110 Kinder und Jugendliche.⁵⁴⁰

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

In der Anstalt wurde im Verlauf des Jahres 1940 durch die Wehrmacht ein Lager für französische Kriegsgefangene eingerichtet, das vermutlich zumindest bis zum Jahre 1942 aufrechterhalten wurde.⁵⁴¹ Die Räumung der Anstalt ab Anfang Juli 1940 durch »Verlegungen« von Pflinglingen im Zuge der »Euthanasie«-Aktion bildete die Voraussetzung dafür, die Anstalt für andere Zwecke zu verwenden. Anfang Oktober 1940 wurden durch das Generalkommando der Wehrmacht in Stuttgart in der Anstalt Liebenau 400 Betten zur Unterbringung »feindlicher Ausländer« in Anspruch genommen und dort ein Zweiglager des Internierungslagers Biberach eingerichtet.⁵⁴²

wird die Zahl der abtransportierten Patienten auf zwölf beziffert. Tatsächlich waren es sieben.

⁵³⁷ *Stöckle*, Vernichtungsanstalt (wie Anm. 127), S. 36; *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 50 ff.

⁵³⁸ Volksdeutsche Mittelstelle, Umsiedlung Gau Württemberg an den Vorstand der Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, Heilbronn, 29.11.1940, betr.: Unterbringung von Volksdeutschen, StAL, E 191, Bü. 6896.

⁵³⁹ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, Stuttgart, 18.11.1940, betr.: Überstellung der Zöglinge des Landeserziehungsheims St. Gertrudis in Rosenharz nach Liebenau und die Fortführung der bisherigen Erziehungs- und Ausbildungsarbeit, HStA, E 151/09, Bü. 513; vgl. *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 49.

⁵⁴⁰ Ärztlicher Jahresbericht 1942, Archiv Stiftung Liebenau, Ärztliche Jahresberichte 1935–1967.

⁵⁴¹ Jahresbericht 1940 (S. 2), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Bericht über die Anstalten Liebenau, Rosenharz und Hegenberg 1941, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

⁵⁴² *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 49; zum so genannten »Lager Lindele« in Biberach vgl.: *Reinhold Adler/Joachim Guderlei*, Das »Lager Lindele« im Zweiten Weltkrieg, in:

Mitte Oktober wurde das Lager mit insgesamt ca. 240 Frauen, Männern und Kindern belegt.⁵⁴³ Anfang Februar 1942 wurden für die Unterbringung dieser so genannten »Zivilinternierten« noch weitere 100 Betten angefordert, da deren Zahl auf 500 erhöht werden sollte. Die Anstaltsleitung ging angesichts dieser Situation davon aus, dass dann auch die Abteilung im Josefshaus, in der die Jungen aus Rosenharz untergebracht waren, geräumt werden müsse. Für den eigentlichen Anstaltsbetrieb stand der Anstalt zu diesem Zeitpunkt für männliche Pflegebedürftige lediglich das Parterre des Josefshauses zur Verfügung. Zur Unterbringung weiblicher Pflegebedürftiger konnte außer der Anstalt Hegenberg lediglich der erste Stock des Gut-Betha-Hauses genutzt werden. Im Erdgeschoss befanden sich die Schulräume, der zweite Stock war mit Mädchen aus Rosenharz belegt.⁵⁴⁴

Anfang September 1943 wurde für die Unterbringung einer Abteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin zusätzlich auch auf die Räume im Gut-Betha-Haus zurückgegriffen.⁵⁴⁵ Als Ausweichunterkunft für die im Gut-Betha-Haus untergebrachten Kinder wurden Räume im Kloster Siessen ins Auge gefasst. Das Kloster Sießen wurde zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits von der Volksdeutschen Mittelstelle als Umsiedlungslager genutzt.⁵⁴⁶ Entgegen der Anweisung der Volksdeutschen Mittelstelle Berlin, das Heim in das Kloster Sießen zu verlegen,⁵⁴⁷ kam die Volksdeutsche Mittelstelle Heilbronn

Heimatkundliche Blätter für den Kreis Biberach, 7. Jg., Heft 2, Biberach 1984, S. 26–32; vgl. auch: Heimatgeschichtlicher Wegweiser Bd. 5/2 (wie Anm. 513), S. 195–198.

⁵⁴³ Jahresbericht 1940 (S. 1), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Heil- und Pflegeanstalt Liebenau, Ärztlicher Jahresbericht 1940, Archiv Stiftung Liebenau, Ärztliche Jahresberichte 1935–1967; *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 50, beziffert die Zahl der Internierten auf 260; zum Internierungslager siehe auch ebd., S. 57 ff.

⁵⁴⁴ Pflegeanstalt Liebenau, Dr. Ritter an Medizinalrat Dr. Eyrich, Liebenau, 12.2.1942, HstA, E 151/09, Bü. 513; vgl. auch: Geschäftsteil Nr. III C im Württ. Innenministerium (Mussgay) an den Landesjugendarzt, 13.2.1942, betr.: Unterbringung von Epileptikern in der Heilanstalt Liebenau, HstA, E 151/09, Bü. 513.

⁵⁴⁵ Jahresbericht 1943 (S. 4), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; vgl. *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 61.

⁵⁴⁶ Vgl. S. 56, 58 in diesem Band.

⁵⁴⁷ Der Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle an den RFSSuChdDtP, 9.9.1943, betr.: Internierungslager (Abschrift; enthalten in einem Schrei-

dieser Anweisung nicht nach mit dem Argument, dass sie auf keine Räume in Sießen verzichten könne.⁵⁴⁸ So war die Anstaltsleitung genötigt, den Großteil der Kinder, insgesamt 60, nach Hause zu entlassen und die anderen Kinder in den der Anstalt noch zur Verfügung stehenden Räumen unterzubringen.⁵⁴⁹

Im März 1944 wurde schließlich die Vereinbarung getroffen, dass die Volksdeutsche Mittelstelle einen Teil der für ihre Zwecke in Anspruch genommenen Räume im Kloster Neresheim für die Unterbringung von vier Klassen des Landschulheimes Rosenharz zur Verfügung stellen sollte. In Rosenharz selbst sollten die Oberklassen und die schulentlassenen Anlernlinge verbleiben, in Liebenau sollte zunächst noch die unterste Klasse fortgeführt werden. Die erforderliche Einrichtung wurde dadurch gewonnen, dass ein größerer Bestand aus dem St. Konradihaus in Schelklingen zur Verfügung gestellt wurde.⁵⁵⁰ Als Mitte Juli 1944 die Umbauarbeiten zur Errichtung des Erziehungsheimes vor dem Abschluss standen,⁵⁵¹ wurde das Württembergische Innenministerium darüber informiert, dass in den Räumen der Abtei die Einrichtung einer »SS-Schule« beabsichtigt sei. Weitere Bemühungen zur Verlagerung des Landschulheimes

ben des Reichsministers des Innern an das Württ. Innenministerium vom 17.9.1943), HStA, E 151/09, Bü. 513; vgl. auch: RFSSuChdDtP an den Württ. Innenminister, 6.9.1943, betr.: Internierungslager Liebenau, Verlegung der dort untergebrachten erziehungsbedürftigen Kinder in das Kloster Sießen bei Saulgau, HStA, E 151/09, Bü. 513.

⁵⁴⁸ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1943, VI. Anstaltsbetreuung, ADCV, 125.81.030, Fasz. 1.

⁵⁴⁹ Heil- und Pflege-Anstalt Liebenau an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 7.9.1943, StAL, E 191, Bü. 3567; vgl. auch: Ärztlicher Jahresbericht 1943 (S. 3), Archiv Stiftung Liebenau, Ärztliche Jahresberichte 1935–1967; vgl. *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 61; vgl. abweichend S. 63.

⁵⁵⁰ Notiz, Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium, 24.3.1944, betr.: Hilfsschulheim Rosenharz, HstA, E 151/09, Bü. 513; vgl. auch die Ausführungen zum Konradihaus Schelklingen, S. 183–187 in diesem Band.

⁵⁵¹ Notiz, Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium, 18.7.1944, HstA, E 151/09, Bü. 513; vgl. auch: Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium an den Reichsstatthalter in Württemberg, 14.6.1944, betr.: Landschulheim Rosenharz, HstA, E 151/09, Bü. 513.

in die Klostergebäude wurden daher unterlassen.⁵⁵² Etwa 40 Kinder wurden im Verlauf des Jahres 1944 schließlich im Kinderheim Mulfingen untergebracht.⁵⁵³

Rosenharz: Erziehungsheim St. Gertrudis

Einrichtung: Landeserziehungsheim St. Gertrudis für »schwachsinnige Kinder«

Träger: Stiftung Liebenauer Anstalten

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Erziehungsheim St. Gertrudis lässt sich die Beschäftigung von insgesamt fünf zivilen ausländischen Arbeitskräften (drei männlichen und zwei weiblichen) aus Frankreich (3) und Polen (2) in der Anstalt und in der Ökonomie im Zeitraum von 1941 bis 1945 nachweisen.⁵⁵⁴

Im Bericht über die Anstalten Liebenau, Rosenharz und Hegenberg für das Jahr 1941 wurde notiert: »Zu den Insassen der Anstalt gehören [...] in ... Rosenharz zwei zivilbedienstete Polen.«⁵⁵⁵

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Die 1925 errichtete Anstalt Rosenharz zur »Erziehung schwachsinniger Kinder« verfügte im Jahre 1941 über 250 Plätze.⁵⁵⁶ Im März 1942 war die Anstalt mit 11 Pfléglingen und 55 Kindern und Jugend-

⁵⁵² Notiz, Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium, 1.8.1944, HstA, E 151/09, Bü. 513; Notiz, Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium, 18.7.1944, HstA, E 151/09, Bü. 513.

⁵⁵³ Jahresbericht 1944 (S. 4), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; zum Kinderheim Mulfingen vgl. S. 174–177 in diesem Band.

⁵⁵⁴ Die zwei polnischen Arbeitskräfte wurden in der Ökonomie, die drei französischen Arbeitskräfte in der Anstalt beschäftigt, Archiv Stiftung Liebenau, Personallisten 1941, 1942, 1943 und 1944; AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 305–308; vgl. auch: »Kurz notiert«, Mitarbeiterinformationsschrift der Stiftung Liebenau 20/81 vom 1.11.1981, S. 1, 23/81 vom 15.12.1981, S. 4, 10/82 vom 15.5.1982.

⁵⁵⁵ Bericht über die Anstalten Liebenau, Rosenharz und Hegenberg 1941, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

⁵⁵⁶ Landeserziehungsheim Rosenharz, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HstA, E 151/09, Bü. 7.

lichen belegt,⁵⁵⁷ nachdem dort im September 1941 ein Lazarett mit einer Aufnahmekapazität von vermutlich 200 Betten⁵⁵⁸ eingerichtet worden war. Zur Pflegeanstalt gehörte eine 52 Hektar große Landwirtschaft,⁵⁵⁹ in der im Juli 1941 neun Personen beschäftigt wurden. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten in der Einrichtung insgesamt 14 Personen als hauswirtschaftliches Personal.⁵⁶⁰

Im Zuge der »Euthanasie«-Aktion wurden aus der Anstalt Rosenharz, wie auch aus der Anstalt Liebenau, Patienten »verlegt«. Bis Ende des Jahres 1940 wurden aus Rosenharz insgesamt 25 Patienten abtransportiert mit dem Ziel, diese in zu Tötungsanstalten umfunktionierten Heilanstalten zu töten.⁵⁶¹

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Anfang November 1940 wurde das Hauptgebäude des St. Gertrudisheimes für die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmt und die Anstaltsleitung aufgefordert, die Anstalt innerhalb von zehn Tagen zu räumen, um Volksdeutsche aus der Bukowina unterbringen zu können.⁵⁶² Der Großteil der in Rosenharz untergebrachten Kinder

⁵⁵⁷ Heil- und Pflegeanstalt Liebenau an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.3.1942, betr.: Erhöhung des Pflegesatzes für das Gertrudis-Heim, Rosenharz, StAL, E 191, Bü. 3567.

⁵⁵⁸ Vgl. Landeserziehungsheim Rosenharz, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HstA, E 151/09, Bü. 7; Heil- und Pflegeanstalt Liebenau an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.3.1942, betr.: Erhöhung des Pflegesatzes für das Gertrudis-Heim, Rosenharz, StAL, E 191, Bü. 3567.

⁵⁵⁹ Ökonomie-Verwalter des Gertrudisheims-Rosenharz an den Württ. Wirtschaftsminister, 22.2.1940, StAL, E 191, Bü. 3603.

⁵⁶⁰ Landeserziehungsheim Rosenharz, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HstA, E 151/09, Bü. 7.

⁵⁶¹ Jahresbericht 1940, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; vgl. *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 44 ff.

⁵⁶² Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 12.11.1940, betr.: Unterbringung von Volksdeutschen aus der Bukowina in württ. Anstalten, StAL, E 191, Bü. 6896; Volksdeutsche Mittelstelle, Umsiedlung Gau Württemberg an den Vorstand der Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, Heilbronn, 29.11.1940, betr.: Unterbringung von Volksdeut-

und Jugendlichen, insgesamt 117, wurde in die St. Galluspflege in Liebenau überwiesen,⁵⁶³ 35 weitere nach Ingerkingen, einer Zweigeinrichtung der Pflegeanstalt Heggbach gebracht. 71 Kinder und Jugendliche und die Schwestern, die diese Kinder betreuten, verblieben in Rosenharz im so genannten Altbau.⁵⁶⁴

Die Anstalt wurde jedoch nicht zur Unterbringung von »Volksdeutschen« genutzt, auch die zwischenzeitlich in Betracht gezogene Nutzung als Tuberkuloseheilstätte für die Landesversicherungsanstalt wurde letztlich nicht realisiert.⁵⁶⁵ Von November 1940 bis September 1941 blieben die geräumten Bereiche der Anstalt ungenutzt,⁵⁶⁶ bis am 22. September 1941 die Heeresverwaltung verfügte, die Anstalt Rosenharz als Teil-Lazarett des Reservelazaretts Ravensburg in Anspruch zu nehmen.⁵⁶⁷

schen, StAL, E 191, Bü. 6896; Jahresbericht 1940 (S. 2), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

⁵⁶³ Die Verlegung der Kinder von Rosenharz nach Liebenau erfolgte unter den Anstaltsleitungen nicht konfliktlos. Der Rektor der Anstalt Rosenharz, Maier, führte dies auf grundsätzliche Unterschiede in der Betrachtungsweise zum Umgang mit »Schwachsinnigen« zurück. Maier postulierte das Konzept des »wirtschaftlichen Einsatzes Schwachsinniger«; Rektor Maier an Obermedizinalrat Dr. Mauthe, 5.2.1941, betr.: Erziehungsheim Rosenharz – Liebenau, HStA, E 151/09, Bü. 513; vgl. auch die entsprechenden Ausführungen in seinem Aufsatz: »Grundsätzliches zum Problem des schwachsinnigen Kindes und Jugendlichen«, HStA, E 151/09, Bü. 513.

⁵⁶⁴ Landeserziehungsheim St. Gertrudis an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 7.11.1940, betr.: Räumung des Erziehungsheimes, StAL, E 191, Bü. 3603; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, Stuttgart, 18.11.1940, betr.: Überstellung der Zöglinge des Landeserziehungsheims St. Gertrudis in Rosenharz nach Liebenau und die Fortführung der bisherigen Erziehungs- und Ausbildungsarbeit, HStA, E 151/09, Bü. 513; vgl. *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 49, seine Zahlenangabe der nach Ingerkingen eingewiesenen Kinder weicht ab.

⁵⁶⁵ Jahresbericht 1940 (S. 2 f.), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an Direktor Wilhelm, 8.1.1942, betr.: Erhöhung des Pflegesatzes für das Gertrudisheim Rosenharz, StAL, E 191, Bü. 3603.

⁵⁶⁶ Heil- und Pflegeanstalt Liebenau an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.3.1942, betr.: Erhöhung des Pflegesatzes für das Gertrudis-Heim, Rosenharz, StAL, E 191, Bü. 3567.

⁵⁶⁷ Bericht über die Anstalten Liebenau, Rosenharz und Hegenberg 1941, Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; Notiz, Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium, 12.5.1942, HStA, E

Im Lazarett, das im März 1942 mit 140 kranken Soldaten belegt war,⁵⁶⁸ waren Ende des Jahres 1942 16 Schwestern und 13 Angestellte beschäftigt.⁵⁶⁹ Die Anstalt wurde bis nach Kriegsende als Lazarett genutzt.⁵⁷⁰

151/09, Bü. 513; *Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Wilhelm (wie Anm. 130), S. 50.

⁵⁶⁸ Heil- und Pflegeanstalt Liebenau an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.3.1942, betr.: Erhöhung des Pflegesatzes für das Gertrudis-Heim, Rosenharz, StAL, E 191, Bü. 3567.

⁵⁶⁹ Jahresbericht 1942 (S. 2), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944.

⁵⁷⁰ Notiz, Geschäftsteil Nr. IX im Württ. Innenministerium, 2.10.1945, HStA, E 151/09, Bü. 513.

3. Erziehungsanstalten

3.1 Heime für Säuglinge und Kleinkinder

Donzdorf: St. Vinzentiuspflege

Einrichtung: Erziehungs- und Verpflegungsanstalt

Träger: Stiftung St. Vinzentiuspflege

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für die St. Vinzentiuspflege lässt sich die Beschäftigung von insgesamt drei zivilen ausländischen Arbeitskräften (zwei weiblichen und einer männlichen) aus der Ukraine, Jugoslawien und Polen in der Landwirtschaft im Zeitraum 1940 bis 1945 nachweisen. Der männliche Arbeiter aus Polen arbeitete ab Februar 1940 bis 1945 in der Vinzentiuspflege. Eine der Frauen wurde von Februar 1941 bis Mai 1941, die andere von März 1942 bis März 1943 in der Vinzentiuspflege beschäftigt. Ein Frau war Mutter eines Kindes, die andere war Mutter zweier Kinder. Diese wurden in der Vinzentiuspflege untergebracht.⁵⁷¹

In der Hauschronik wurde für das Jahr 1942 notiert: »Die Verhältnisse, die der Bewegungskrieg im Osten und Südosten von Europa schuf und viele Ausländer als Arbeitskräfte nach Deutschland brachte, machen es erklärlich, dass eine Kroatian bei uns als Magd Anstellung fand. Ihre zwei Kinder wurden im Hildegardishaus untergebracht.«⁵⁷²

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Die 1851 errichtete Stiftung diente zunächst der Aufnahme von Waisemädchen, die unter der Anleitung von Schwestern vom heiligen Kreuz, deren Mutterhaus sich in Straßburg befand, zu »brauchbaren Dienstmädchen« erzogen werden sollten. 1862 wurde der Einrich-

⁵⁷¹ Archiv St. Vinzentiuspflege, Personalbuch und Hauschronik 1850–1976 (Eintrag 1942); Kreisarchiv Göppingen, A 114.10, Ausländersuchverfahren; AOK Bezirksdirektion Göppingen, Mitgliederkartei. Nach Angaben der früheren Provinzoberin blieb der polnische Arbeiter noch bis nach Kriegsende in Donzdorf; Domkapitular (em.) an das Dom- und Diözesanarchiv Mainz, 31.10.2001; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 282–283.

⁵⁷² Hauschronik 1850–1976 (Eintrag 1942), Archiv St. Vinzentiuspflege.

tung eine Privatschule und 1868 eine Kleinkinderschule angegliedert. Im Jahre 1870 wurde von den Schwestern als weiterer Aufgabenbereich die Pflege Kranker übernommen.⁵⁷³

Im Jahre 1941 wurden vier Personen in der Hauswirtschaft und sieben Personen in der Landwirtschaft beschäftigt; ein Teil der Jugendlichen arbeitete in der Landwirtschaft mit. Zu diesem Zeitpunkt bewirtschaftete die Vinzentiuspflege ca. 17 Hektar Pachtgüter und hielt 14 Rinder, zwei Pferde, Schweine und Hühner.⁵⁷⁴

Anfang November 1942 verfügte die Einrichtung über 60 Plätze für Säuglinge und Kleinkinder und war mit 58 Kindern belegt.⁵⁷⁵ Von ihren 36 Plätzen für schulpflichtige Mädchen waren zu diesem Zeitpunkt 30⁵⁷⁶ und von 50 Plätzen für schulentlassene Mädchen 43 belegt.⁵⁷⁷

In die St. Vinzentiuspflege wurden während der Kriegszeit auch ausländische Frauen mit ihren Kindern bzw. einzelne ausländische Kinder aufgenommen.⁵⁷⁸ Im März 1943 befanden sich sechs ausländische Kinder im Heim.⁵⁷⁹

⁵⁷³ Zit. nach: Hauschronik 1850–1976, Archiv St. Vinzentiuspflege; vgl.: St. Vinzentiuspflege (Hg.), 150 Jahre St. Vinzentiuspflege Donzdorf, Stuttgart 2001; Schwester Eugenie, Die St. Vinzentiuspflege Donzdorf, in: Heimatbuch Donzdorf, hg. von der Stadt Donzdorf, Donzdorf 1976, S. 146–152.

⁵⁷⁴ St. Vinzentiuspflege Donzdorf, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 191/09, Bü. 7. Im Jahre 1937 waren in der Vinzentiuspflege ein Knecht und eine Magd in der Landwirtschaft beschäftigt; Erhebung über Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege vom September 1937, StAL, E 191, Bü. 4292.

⁵⁷⁵ Stand der Württ. Erziehungs- und Pflegeanstalten am 1.11.1942, Für Säuglinge und Kleinkinder, HStA, E 151/09, Bü. 6.

⁵⁷⁶ Stand der Württ. Erziehungs- und Pflegeanstalten am 1.11.1942, Für Schulpflichtige, HStA, E 151/09, Bü. 6.

⁵⁷⁷ Stand der Württ. Erziehungs- und Pflegeanstalten am 1.11.1942, Für schulentlassene Weibliche, HStA, E 151/09, Bü. 6.

⁵⁷⁸ Archiv St. Vinzentiuspflege, Kinderheim, Entlassene bis 1950; Kreisarchiv Göppingen, A 114.10, Ausländersuchverfahren.

⁵⁷⁹ St. Vinzentiuspflege Donzdorf an die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 6.3.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern. Schreiben vom 26.2.1943, StAL, E 191, Bü. 6878; vgl. das Kapitel: Ausländische Kinder in »deutschen Kinderheimen«, S. 112–121 in diesem Band.

4. Nutzungsänderungen Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung
Im Zuge der Evakuierung von Kindern und Pflegebedürftigen aus Anstalten und Krankenhäusern der Stadt Stuttgart wurde die Vinzentiuspflege als Ausweichkrankenhaus für die Olgaheilanstalt Stuttgart in Anspruch genommen. Im November 1944 war mit der Einweisung kranker Kinder aus der Olgaheilanstalt begonnen worden. Die Kalkulation ging von 150 kranken Kindern aus, die in der St. Vinzentiuspflege untergebracht werden sollten. Um den benötigten Platz zu schaffen, sollten die schulpflichtigen Kinder und die schulentlassenen Jugendlichen in anderen Anstalten untergebracht werden.⁵⁸⁰ Die Säuglinge und Kleinkinder wurden von den Eltern nach Hause genommen oder in Familienpflegestellen vermittelt.⁵⁸¹

Ludwigsburg-Hoheneck: Kinderheim St. Josef

Einrichtung: Theresienkloster mit Kinderheim St. Josef und Erholungsheim

Träger: St. Josefsheim e.V. Hoheneck/Ludwigsburg

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften
Für das Kinderheim St. Josef lässt sich die Beschäftigung von einer zivilen ausländischen Arbeiterin aus Polen in der Hauswirtschaft und als Gartenarbeiterin im Zeitraum 1942 bis 1945 nachweisen.⁵⁸²

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen
Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

⁵⁸⁰ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen an den Verwaltungsdirektor Olgaheilanstalt Stuttgart, 27.11.1944, betr.: Inanspruchnahme der Vinzentiuspflege in Donzdorf für Zwecke der Olgaheilanstalt, StAL, E 191, Bü. 3518; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Herrn Innenminister – Landesjugendamt –, 28.9.1944, betr.: St. Vinzentiuspflege Donzdorf, StAL, E 191, Bü. 3518.

⁵⁸¹ Vgl. St. Vinzentiuspflege, 13.12.1944, Archiv St. Vinzentiuspflege, Kinderheim, Entlassene bis 1950.

⁵⁸² Ausländerkartei, StAL; Versicherungskartenarchiv, LVA Württemberg; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 302–303.

3. Informationen zur Einrichtung

Der Besitz Hoheneck wurde im Frühjahr 1930 vom Verein St. Josefsheim e.V. erworben. Der Verein, dem ausschließlich Schwestern der Kongregation der Karmelitinnen vom Göttlichen Herzen Jesu angehörten, bezweckte »die Erziehung und Pflege von armen verlassenen Kindern und die Errichtung von Heimstätten für alte Leute«. ⁵⁸³ Das Personal des Heims bestand im Sommer 1941 aus einer Heimleiterin, vier Pflegerinnen und fünfzehn Hauswirtschaftskräften. Ein Garten von 81 Ar diente der Versorgung der Einrichtung. ⁵⁸⁴

Das Heim bot im Jahr 1942 insgesamt 34 Plätze für Kleinkinder und war mit 37 Kindern belegt. ⁵⁸⁵ Im Zuge eines Luftangriffs am 21. Februar 1944 wurden auch Räume des Kinderheims beschädigt, so dass sich die im Heim zur Verfügung stehende Bettenzahl bis zur Wiederherstellung des Gebäudes auf 24 reduzierte. ⁵⁸⁶ Im Januar 1945 befanden sich insgesamt 29 Säuglinge und Kleinkinder im Heim. ⁵⁸⁷

4. Nutzungsänderungen

Es liegen keine Angaben über Nutzungsänderungen vor.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Im August 1941 wurde das Heim St. Josef von der Wehrmacht beschlagnahmt, die im ersten Stockwerk des Gebäudes ein Lazarett errichtete. In diesem Teil des Gebäudes waren zuvor Gäste beherbergt worden, die von der Landesversicherungsanstalt Stuttgart zur Erholung eingewiesen worden waren. Die Räume zur Unterbringung der Kinder befanden sich im Erd- und Dachgeschoss. Im Sommer 1942 war das Lazarett mit Verwundeten voll belegt. ⁵⁸⁸

⁵⁸³ Satzung des Vereins St. Josefsheim in Ludwigsburg-Hoheneck, StAL, E 191, Bü. 3552; vgl. auch: Der Landesjugendarzt an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 29.9.1943, betr.: Josefs-Kinderheim in Ludwigsburg-Hoheneck, StAL, E 191, Bü. 3552.

⁵⁸⁴ Kinderheim St. Josef Ludwigsburg-Hoheneck, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7.

⁵⁸⁵ Stand der Württ. Erziehungs- und Pflegeanstalten am 1.11.1942, Für Säuglinge und Kleinkinder, HStA, E 151/09, Bü. 6.

⁵⁸⁶ Kinderheim St. Josef Ludwigsburg-Hoheneck an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 7.3.1944, StAL, E 191, Bü. 3552.

⁵⁸⁷ Stand der Württ. Erziehungsanstalten und Pflegeanstalten am 1.1.1945, I. Säuglinge und Kleinkinder, StAS, Bestand 202, Bü. 1056.

⁵⁸⁸ St. Josefs-Kinderheim Ludwigsburg/Hoheneck an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 24.6.1942, betr.: Un-

Matzenbach: Kinderheim St. Franziskus

Einrichtung: Kinderheim St. Franziskus, Erziehungsanstalt für Schulkinder der Hausierhändler

Träger: Asylverein e.V. der Kirchengemeinde

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Kinderheim St. Franziskus lässt sich die Beschäftigung von einer weiblichen zivilen ausländischen Arbeiterin aus der Ukraine im Zeitraum von 1942 bis 1945 als »landwirtschaftliche Alleinmagd« nachweisen.⁵⁸⁹

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Die von der Raphaelsanstalt in Unterdeufstetten 1899 errichtete Filialanstalt wurde 1905 selbständig.⁵⁹⁰ Das Kinderheim verfügte 1941 über 37 Plätze und war mit 24 Kindern belegt. Unter diesen befanden sich auch vierzehn Kinder, die im Zuge der Kinderlandverschickung in die Anstalt eingewiesen worden waren.

Der Anstalt war ein landwirtschaftlicher Betrieb von 4 Hektar angegliedert, der 1941 von einer Magd und den im Kinderheim tätigen Schwestern von Untermarchtal bewirtschaftet wurde.⁵⁹¹

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

terbringung von Obdachlosen, StAL, E 191, Bü. 6878. Der Landesjugendarzt an die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 29.9.1943, betr.: Josefs-Kinderheim in Ludwigsburg-Hoheneck, StAL, E 191, Bü. 3552; Kinderheim St. Josef Ludwigsburg-Hoheneck, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7.

⁵⁸⁹ DAR, G 1.6 Nr. 35, Personalnachweisungen von Anstalten; AOK Bezirksdirektion Schwäbisch Hall; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 304.

⁵⁹⁰ *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 304.

⁵⁹¹ Kinderheim St. Franziskus in Matzenbach, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7. Im Jahre 1937 war im Kinderheim St. Franziskus eine Magd in der Landwirtschaft beschäftigt; Erhebung über Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege vom September 1937, StAL, E 191, Bü. 4292.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Anfang des Jahres 1941 hatte der Caritasverband für Württemberg auf eine Anfrage der Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, die sich auf die Nutzung weiterer Anstalten zur Kinderlandverschickung bezog, unter anderem auch das Kinderheim St. Franziskus in Matzenbach angeboten.⁵⁹² Das Kinderheim wurde im Juni 1941 zur Unterbringung von vierzehn Kindern, die aus Mannheim kamen, genutzt.⁵⁹³

Ravensburg: Säuglingsheim St. Nikolaus

Einrichtung: Säuglingsheim und -heilstätte St. Nikolaus

Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Säuglingsheim St. Nikolaus lässt sich die Beschäftigung von insgesamt zehn weiblichen zivilen ausländischen Arbeitskräften aus Russland (4), Polen (4), Jugoslawien (1) und Frankreich (1) im Zeitraum von 1942 bis 1945 nachweisen. Eine Frau wurde ab 1942 in der Nikolauspflege beschäftigt, drei Frauen arbeiteten ab 1943, vier Frauen ab 1944 und zwei Frauen ab 1945. Für eine der Frauen weisen die Personalnachweisungen als Beschäftigung »Amme« aus.⁵⁹⁴

Für drei der Frauen lässt sich nachweisen, dass diese wenige Wochen vor ihrem Aufenthalt in St. Nikolaus entbanden. Eines der Kinder wurde in der Entbindungsstation des »Krankensammella-

⁵⁹² Caritasverband für Württemberg an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, Stuttgart, 14.2.1941, betr.: Erweiterte Kinderlandverschickung, StAL, E 191, Bü. 6878.

⁵⁹³ Kinderheim St. Franziskus in Matzenbach, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7.

⁵⁹⁴ Für die anderen Frauen liegen keine Angaben zum Beschäftigungsbereich vor; Nachforschungen nach Angehörigen der Vereinten Nationen, die vom 1.9.1939 bis 25.4.1945 in Ravensburg beschäftigt waren, 1945–1946, Stadtarchiv Ravensburg, Bestand A I 4179; Personalnachweisungen von Anstalten, DAR, G 1.6 Nr. 35; AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 321.

gers« Großsachsenheim geboren.⁵⁹⁵ Ihre Kinder wurden in der Nikolauspflge untergebracht.⁵⁹⁶

In der Chronik wurde notiert: »Im Kriegsjahr steigerte sich die Zahl der frühgeborenen Kinder, deren schwächliche Konstitution dringend Frauenmilch benötigt. Es werden seit mehreren Jahren ständig drei Ammen gehalten.«⁵⁹⁷

Nach Angaben von Zeitzeugen versorgten die Frauen im Kinderheim ihre eigenen Säuglinge und wurden darüber hinaus als Ammen im Säuglingsheim beschäftigt. Sie halfen außerdem bei Hausarbeiten mit, unter anderem beim Waschen von Windeln und Säubern von Milchflaschen.⁵⁹⁸

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise über die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Im Jahre 1918 gründete das Kloster Reute durch Ankauf eines Hauses in der Kapuzinerstraße 12 in Ravensburg ein Säuglings- und Kleinkinderheim, in dem 1925 zusätzlich eine Abteilung für kranke Säuglinge und Kleinkinder errichtet wurde. Ein Jahr später konnte eine Säuglingspflegeschule mit 20 Schülerinnen eröffnet werden.⁵⁹⁹

Bis zum Jahre 1935 wurden sämtliche gesunde Kinder entlassen, um die insgesamt 45 Betten des Heimes ausschließlich kranken Kindern zur Verfügung stellen zu können. Während der Kriegsjahre war das Heim mit ca. 50–60 kranken Säuglingen und Kleinkindern stets überbelegt.⁶⁰⁰

⁵⁹⁵ Stadtarchiv Ravensburg, Einwohnermeldekartei; zum »Krankensammellager« Großsachsenheim vgl. *Schäfer*, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik (wie Anm. 18), S. 169 f., S. 214; *Tholander*, Fremdarbeiter (wie Anm. 107), S. 436 ff.

⁵⁹⁶ Nachforschungen nach Angehörigen der Vereinten Nationen, die vom 1.9.1939 bis 25.4.1945 in Ravensburg beschäftigt waren, 1945–1946 und Einwohnermeldekartei, Stadtarchiv Ravensburg, Bestand A I 4179.

⁵⁹⁷ Chronik Kinderkrankenhaus Sankt Nikolaus Ravensburg, S. 5, Archiv Kloster Reute.

⁵⁹⁸ Mitteilung der Generaloberin vom 13.10.2000.

⁵⁹⁹ Chronik Kinderkrankenhaus Sankt Nikolaus Ravensburg, S. 3, Archiv Kloster Reute.

⁶⁰⁰ Chronik Kinderkrankenhaus Sankt Nikolaus Ravensburg, S. 5, Archiv Kloster Reute; Haus St. Nikolaus an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 17.8.1942, betr.: Unterbringung obdachlos gewordener Personen, StAL, E 191, Bü. 6878. Im Januar

4. Nutzungsänderungen

Es wurden keine Nutzungsänderungen vorgenommen.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Es liegen keine Hinweise für eine Inanspruchnahme, Beschlagnahme oder Enteignung vor.

Hürbel: Kinderheim St. Josef

Einrichtung: Kinderheim St. Josef

Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Bonlanden e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Kinderheim St. Josef in Hürbel lässt sich die Beschäftigung eines männlichen zivilen ausländischen Arbeiters aus Polen in der Landwirtschaft im Zeitraum von September 1942 bis Mai 1945 nachweisen.⁶⁰¹

Im Jahresbericht über die zweite Hälfte des Jahres 1942 wurde vermerkt: »Am 6. Oktober wurde unser zweiter Knecht [...] einberufen, so dass zur Herbst-Feldbestellung noch ein einziger Knecht zur Verfügung stand. Wohl konnte im September ein junger polnischer Landarbeiter eingestellt werden, doch muss dieser erst in die landwirtschaftlichen Arbeiten eingelernt werden.«⁶⁰²

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für das Kinderheim St. Josef in Hürbel lässt sich der Einsatz von zwei Kriegsgefangenen aus Belgien im Zeitraum von 1940 bis 1941, eines Kriegsgefangenen aus Serbien im Jahre 1941 und eines französischen Kriegsgefangenen im Jahre 1942 in der Landwirtschaft nachweisen.⁶⁰³

1945 war das Heim mit 70 Kindern belegt; Stand der Württembergischen Erziehungsanstalten und Pflegeanstalten am 1.1.1945, I. Säuglinge und Kleinkinder, StAS, Bestand 202, Bü. 1056.

⁶⁰¹ Lohnbuch Hürbel 1943–1957, Kongregationsarchiv Bonlanden; AOK Bezirksdirektion Biberach, Hebeliste; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 292–294.

⁶⁰² Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht zweite Hälfte 1942, StAL, E 191, Bü. 3553.

⁶⁰³ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht erste Hälfte 1940, StAL, E 191, Bü. 3553; Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht zweite Hälfte 1940, StAL, E 191, Bü. 3553; Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht erste Hälfte 1941, StAL, E 191, Bü. 3553; Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht erste Hälfte 1942, StAL, E 191, Bü. 3553; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 292–294.

Im Jahresbericht über die zweite Hälfte des Jahres 1940 wurde notiert: »Von den im Juni uns zugewiesenen zwei kriegsgefangenen Belgiern mussten wir Ende Juli einen wieder abgeben zu anderweitiger Aushilfe.«⁶⁰⁴

Der Jahresbericht über die erste Hälfte des Jahres 1941 vermerkte: »Im Mai wurden die hier beschäftigten kriegsgefangenen Belgier mit kriegsgefangenen Serben ausgewechselt. Der uns zugewiesene Serbe war in der Nacht des 30. Mai aus dem Lager entwichen; so fehlte uns für die Heu- und Erntearbeiten eine Arbeitskraft in der Landwirtschaft.«⁶⁰⁵

Im Jahresbericht über die erste Hälfte des Jahres 1942 wurde festgestellt: »Am 20. März 1942 wurde uns für den landwirtschaftlichen Betrieb ein französischer Kriegsgefangener zugeteilt, im Mai jedoch wieder weggenommen.«⁶⁰⁶

Im Jahresbericht des Jahres 1943 wurde vermerkt: »Seit der Abberufung von S.⁶⁰⁷ ist neben Herrn M. nur noch ein polnischer Landarbeiter als männliche Arbeitskraft vorhanden.«⁶⁰⁸

3. Informationen zur Einrichtung

Das 1908 errichtete Kinderheim verfügte 1942 über 110 Plätze. Im April 1942 befanden sich 103 Kinder im Heim.⁶⁰⁹

Im Dezember 1944 war das Kinderheim, nachdem es 32 Kinder aus dem Säuglingsheim »Zum Guten Hirten« in Ulm aufgenommen hatte, mit 160 untergebrachten Kindern erheblich überbelegt.⁶¹⁰ Der

⁶⁰⁴ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht zweite Hälfte 1940, StAL, E 191, Bü. 3553.

⁶⁰⁵ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht erste Hälfte 1941, StAL, E 191, Bü. 3553.

⁶⁰⁶ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht erste Hälfte 1942, StAL, E 191, Bü. 3553.

⁶⁰⁷ Dieser Name und der folgende wurden aus datenschutzrechtlichen Gründen anonymisiert.

⁶⁰⁸ Kinderheim St. Josef, Hürbel, Jahresbericht 1943, StAL, E 191, Bü. 3553.

⁶⁰⁹ Bericht der Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg über einen Besuch des Kinderheims St. Josef in Hürbel am 23.4.1942, StAL, E 191, Bü. 3533; vgl. zur Geschichte des Kinderheims: Das Kloster Bonlanden, S. 29–32.

⁶¹⁰ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an das Landesjugendamt Reutlingen, 30.12.1944, betr.: Kinderheim St. Josef in Hürbel, HStA, E 151/09, Bü. 500. Anfang Januar 1945 befanden sich 148 Kinder im Heim: Stand der Württ. Erziehungsanstalten und Pflegeanstalten am 1.1.1945, I. Säuglinge und Kleinkinder, StAS, Bestand 202, Bü. 1056.

mit der Anstalt verbundene landwirtschaftliche Betrieb umfasste 23,3 ha.⁶¹¹

4. Nutzungsänderungen

Es liegen keine Hinweise für Nutzungsänderungen vor.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Es liegen keine Hinweise für eine Inanspruchnahme, Beschlagnahme oder Enteignung vor.

Stuttgart: Paulusstift

Einrichtung: Paulusstift Stuttgart

Träger: Rettungsverein zum Guten Hirten

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Paulusstift lässt sich die Beschäftigung von insgesamt zwei weiblichen ausländischen Arbeitskräften aus der Slowakei und Polen im Zeitraum von 1943 bis 1944 und 1945 nachweisen. Beide Frauen wurden als Hausgehilfinnen beschäftigt. Für eine der Frauen lässt sich nachweisen, dass auch ihr Kind in der Einrichtung untergebracht war.⁶¹²

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Das Paulusstift wurde 1910 durch den Rettungsverein gegründet und diente als »Heim für Mutter und Kind, werdende Mütter und Wöchnerinnen«. Der Aufenthalt der Frauen im Heim war zeitlich begrenzt, nach einer bestimmten Frist kehrten diese wieder an ihre Dienst- und Arbeitsstellen zurück. Im Juli 1941 waren die insgesamt 35 Plätze des Heims belegt und insgesamt vier Personen in der

⁶¹¹ Kinderheim St. Josef in Hürbel, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7.

⁶¹² Paulusstift Stuttgart an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 28.1.1944, StAL, E 191, Bü. 6878. Beschäftigungszeitraum einer der Frauen war vom 15.2.1945 bis 15.5.1945; AOK Stuttgart, Mitglieder- und Leistungskarten; vgl. *Jancker, Zwangsarbeitereinsätze* (wie Anm. 22), S. 340.

Hauswirtschaft beschäftigt. Das Kinderheim verfügte über eine Wäscherei und eine Bügelei, es unterhielt keine Landwirtschaft.⁶¹³

Am 24. Dezember 1942 wurden vom Paulusstift Stuttgart zwei Kinder ausländischer Arbeiterinnen in das Kinderheim Hürbel eingewiesen.⁶¹⁴

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Keine Angaben.

Neuhausen auf den Fildern: Kinderheim St. Josef

Einrichtung: St. Josef, Kinderheim für Säuglinge und Kleinkinder

Träger: Rettungsverein zum Guten Hirten

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Kinderheim Neuhausen lässt sich die Beschäftigung von insgesamt zwei zivilen ausländischen Arbeitskräften zu einem nicht feststellbaren Zeitpunkt im Zeitraum von 1939 bis 1945 nachweisen. Bei einer der ausländischen Arbeitskräfte handelte es sich um eine Frau aus der Ukraine.⁶¹⁵

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Das im Jahre 1913 vom Rettungsverein zum Guten Hirten errichtete Kinderheim diente der Aufnahme unehelicher Kinder, deren Mütter nicht in der Lage waren, ihre Kleinkinder zu betreuen oder aufzuziehen. Die Betreuung der Kleinkinder wurde von Franziskanerinnen

⁶¹³ Paulusstift Stuttgart, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7. Im Jahre 1937 waren drei Hausgehilfinnen im Paulusstift beschäftigt; Erhebung über Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege vom September 1937, StAL, E 191, Bü. 4292.

⁶¹⁴ Kinderheim St. Josef Hürbel an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 13.2.1943, betr.: Aufnahme von ausländischen Kindern, StAL, E 191, Bü. 6878.

⁶¹⁵ Über die Nationalität und das Geschlecht der zweiten Arbeitskraft liegen keine Informationen vor. Es liegen keine Informationen über den Einsatzbereich vor; Gemeindearchiv Neuhausen auf den Fildern, NA 1060; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 310–311.

nen von Heiligenbronn übernommen.⁶¹⁶ Das Kinderheim verfügte 1942 über 116 Plätze. Im Jahre 1942 war das Heim mit insgesamt 136 untergebrachten Kindern überbelegt.⁶¹⁷

Im April 1943 waren im Heim insgesamt fünf ausländische Kinder untergebracht.⁶¹⁸

Mitte August 1943 befanden sich im Heim 130 Säuglinge und 30 Personen Pflegepersonal.⁶¹⁹

4. Nutzungsänderungen

Ein Hinweis auf eine im Kinderheim eingerichtete so genannte »Ausländerkinder-Pflegestätte« ist einem Schriftwechsel zu entnehmen, in dem die Gemeinde Neuhausen nach Kriegsende zur Pflege von siebenundzwanzig Kindergräbern verpflichtet wurde. Unter diesen befanden sich fünfzehn Kinder russischer, fünf polnischer, acht französischer und eines estländischer Nationalität.⁶²⁰

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Aufgrund eines Erlasses des Luftgaukommandos vom 14. August 1943 wurde die Stadt Stuttgart angewiesen, aus seinen in der Innenstadt befindlichen Krankenanstalten möglichst sämtliche nicht gefährlichen Kranken in so genannten »Ausweichkrankenhäusern« außerhalb der Stadt unterzubringen. In diesem Zusammenhang war vorgesehen, die in der näheren Umgebung befindlichen Kinderheime für die Aufnahme kranker Kinder aus den Stuttgarter Kinderkrankenanstalten zu räumen und die dort bisher untergebrachten Kinder in weiter entfernte Kinderheime einzuweisen.⁶²¹

⁶¹⁶ Der kommissarische Bürgermeister der Gemeinde Neuhausen an den Oberbürgermeister in Stuttgart, 2.7.1945, Gemeindearchiv Neuhausen, NA 1114.

⁶¹⁷ Stand der Württ. Erziehungs- und Pflegeanstalten am 1.11.1942, Für Säuglinge und Kleinkinder, HStA, E 151/09, Bü. 6.

⁶¹⁸ Säuglings- und Kleinkinderheim Neuhausen auf den Fildern an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 7.4.1943, betr.: Belegung mit ausländischen Kindern, StAL, E 191, Bü. 6878.

⁶¹⁹ Rettungsverein zum Guten Hirten an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 23.8.1943, betr.: Luftschutzmaßnahmen für das Kinderheim Neuhausen/Fildern, StAL, E 191, Bü. 3930.

⁶²⁰ In zwei Gräbern wurden jeweils zwei Kinder beerdigt; *Bühler* u.a., *ZwangsarbeiterInnen* (wie Anm. 395), S. 139 f.

⁶²¹ Der Oberbürgermeister der Stadt der Auslandsdeutschen an den Landrat in Esslingen, 9.9.1943, betr.: Luftschutzmaßnahmen für das Kinderheim Neuhausen/Fildern, StAL, E 191, Bü. 3930.

Im Zuge dieser Verlegungsmaßnahme wurde das Kinderheim Neuhausen bis November 1943 mit Kindern aus der Stuttgarter Olgaheilanstalt belegt. Zuvor waren ca. 50 Kinder aus dem Kinderheim Neuhausen in das Kinderheim St. Josef in Baidt gebracht worden, ein Teil der Kinder war in Familienpflegestellen untergebracht und teilweise auch von den Müttern nach Hause genommen worden. Der Großteil der Schwestern verblieb in Neuhausen und behandelte dort die kranken Kinder, einige der Schwestern wechselten mit in das Kinderheim Baidt. Für die Pflege der Kinder wurden zusätzlich Schwestern, die der NS-Schwesternschaft angehörten, herangezogen.⁶²² Trotz der Inanspruchnahme als »Ausweichkrankenhaus« blieb die Heimleitung in den Händen des Rettungsvereins, auch das Eigentumsrecht der Anstalt blieb gewahrt.⁶²³

3.2 Kinder- und Jugendheime (für Schulpflichtige)

Mulfingen: Josefspflege

Einrichtung: St. Josefspflege

Träger: Anstalt Josefspflege Mulfingen (Stiftung)

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für die St. Josefspflege lässt sich die Beschäftigung von insgesamt zwei zivilen ausländischen Arbeitskräften aus Polen (einer männlichen und einer weiblichen) in der Landwirtschaft im Jahr 1940 und im Zeitraum von 1941 bis 1945 nachweisen.⁶²⁴

⁶²² Notiz, Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.11.1943, Kinderheim Neuhausen a. F., StAL, E 191, Bü. 3930; Notiz, Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg (undatiert), Kinderheim Neuhausen a. F., StAL, E 191, Bü. 3930; Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1943, VI. Anstaltsbetreuung, ADCV, 125.81.030, Fasz. 1. Die Sterbebücher des Standesamtes weisen für das Kinderheim Neuhausen im Jahr 1944 insgesamt 110, im Jahr 1945 116 und im Jahr 1946 69 verstorbene Kinder aus; *Bühler* u.a., ZwangsarbeiterInnen (wie Anm. 395), S. 140. Zur Geschichte und zu den Aufgaben der NS-Schwesternschaft: *Birgit Breiding*, Die Braunen Schwestern. Ideologie – Struktur – Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Stuttgart 1998.

⁶²³ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1943, VI. Anstaltsbetreuung, ADCV, 125.81.030, Fasz. 1; vgl. *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 83 f.

⁶²⁴ Das Dekanatsamt Amrichshausen meldete dem Bischöflichen Ordinariat am 10.12.1940 die Beschäftigung eines Polen und eine Polin in der Josefspflege; Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz, DAR, G 1.6 Nr. 20.

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Die im Jahre 1857 als »Erziehungs- und Unterrichtsanstalt für arme und verwahrloste Jugendliche« errichtete Josefspflege wurde von den Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal betreut.⁶²⁵ Zur Anstalt gehörte eine Landwirtschaft mit 11 Hektar Ackerland bzw. Wiesen und 36 Hektar Wald, im Jahr 1941 wurden ferner 10,6 Hektar Pachtgüter bewirtschaftet.⁶²⁶

Auf der Grundlage des württembergischen Heimerziehungserlasses vom 7. November 1938 wurden schulpflichtige »Zigeunerkin-der« und »zigeunerähnliche Kinder« aus den verschiedenen Erziehungsheimen in der St. Josefspflege in Mulfingen zusammengefasst.⁶²⁷ Im April 1943 war das Heim mit 71 Kindern belegt.⁶²⁸

Am 30.10.1945 forderte das Arbeitsamt Bad Mergentheim die Josefspflege auf, eine Urlaubsentschädigung »an das bei Ihnen in der Zeit vom 20.8.1941 bis heute beschäftigte Landarbeiterehepaar« zu bezahlen; Archiv der Stiftung St. Josefspflege, Unterlagen der Lohnbuchhaltung; Personelnachweisungen von Anstalten, DAR, G 1.6 Nr. 35; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 305–308. *Janker* wertet diese Nachweise abweichend, insofern dass es sich bei dem »Polen und der Polin« und dem Landarbeiterehepaar um verschiedene Personen handelte und weist daher vier Beschäftigungsverhältnisse aus. Allerdings sind nur die Personendaten des Ehepaares bekannt.

⁶²⁵ *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 305–308.

⁶²⁶ St. Josefspflege Mulfingen, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HstA, E 151/09, Bü. 7.

⁶²⁷ Kinder und Jugendliche, die sich in Heimerziehung befanden, wurden in Württemberg auf der Grundlage sozialer und rassenbiologischer Kriterien in fünf Gruppen eingeteilt. Unter der Gruppe V wurden »Zigeuner und zigeunerähnliche« gefasst. Kinder und Jugendliche sollten in den einzelnen Heimen nach Gruppen getrennt erzogen werden. Zu diesem Zweck wurden auch die Heime entsprechend kategorisiert. Als Heim zur Unterbringung der Gruppe V wurde Mulfingen bestimmt; Erlaß des Württ. Innenministers vom 7.11.1938, StAL, E 191, Bü. 6896. Vgl. *Karola Fings/Frank Sparing*, »tunlichst als erziehungsunfähig hinzustellen«. Zigeunerkin-der und -jugendliche: Aus der Fürsorge in die Vernichtung, in: *Dachauer Hefte* 9 (1993), S. 159–180; zur Situation in Württemberg siehe ebd., S. 170–172.

⁶²⁸ St. Josefspflege Mulfingen an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 5.4.1943, betr.: Belegschaft der Anstalt, StAL, E 191, Bü. 6878.

Am 9. Mai 1944 erfolgte die Deportation der »Zigeunerkinder« nach Auschwitz-Birkenau. Im August 1944 wurden sie in den Gaskammern ermordet. Der Abtransport fand deshalb relativ spät statt, da die Kinder als »Untersuchungsmaterial« für wissenschaftliche Arbeiten herangezogen wurden.⁶²⁹

In Zusammenarbeit mit der Marienpflege in Ellwangen wurde im Verlauf des Jahres 1944 eine Hilfsschulabteilung in die Anstalt verlegt.⁶³⁰

Im Dezember 1944 befanden sich ca. 90 Kinder, die in zwei Abteilungen aufgeteilt waren, in der St. Josefspflege. In der Abteilung für so genannte »vollständige« Kinder waren ca. 40 Kinder untergebracht, in der Abteilung für »Hilfsschüler« 50 Kinder.⁶³¹ Etwa 40 Kinder waren im Verlauf des Jahres 1944 von der Anstalt Liebenau nach Mulfingen gebracht worden.⁶³² Ein Teil der Zöglinge wurde zu Arbeiten in der Landwirtschaft herangezogen.⁶³³

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Ende des Jahres 1944 wurde von der HJ-Gebietsführung die Beschlagnahme der Josefspflege Mulfingen als Wehrrertüchtigungslager

⁶²⁹ Vgl. ausführlich: *Johannes Meister*, Die »Zigeunerkinder« von der St. Josefspflege in Mulfingen, in: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jhdts., 2 (1987), Hamburg 1987, S. 14–51; *Reimar Gilsenbach*, Wie Lolitschaj zur Doktorwürde kam, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 6, Berlin 1988, S. 117 ff.; die publizistische Aufarbeitung des Schicksals einer Betroffenen: *Michail Krausnick*, Auf Wiedersehen im Himmel. Die Geschichte der Angela Reinhardt, München 2001.

⁶³⁰ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1944 (S. 12), DAR, G 1.1, C 16.6 f.

⁶³¹ Caritasverband für Württemberg an den Württ. Innenminister, betr.: Inanspruchnahme der Erziehungsanstalten Piuspflege Oggelsbeuren und Josefspflege Mulfingen als Wehrrertüchtigungslager, HStA, E 151/09, Bü. 506a.

⁶³² Jahresbericht 1944 (S. 4), Archiv Stiftung Liebenau, Jahresberichte 1914–1944; zu Liebenau, vgl. S. 151–158 in diesem Band.

⁶³³ St. Josefspflege Mulfingen, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7; Caritasverband für Württemberg an den Württ. Innenminister, betr.: Inanspruchnahme der Erziehungsanstalten Piuspflege Oggelsbeuren und Josefspflege Mulfingen als Wehrrertüchtigungslager, HStA, E 151/09, Bü. 506a.

ins Auge gefasst.⁶³⁴ Weiterhin sah der Landrat von Künzelsau vor, in der Josefspflege eine Pflegeabteilung für etwa 40 alte Leute zu errichten.⁶³⁵ Es lässt sich nicht feststellen, ob diese Vorhaben realisiert wurden.⁶³⁶

Oggelsbeuren: Kinderheim Piuspflege

Einrichtung: Kinderheim Piuspflege, »Erziehungs- und Unterrichtsanstalt für arme und verwahrloste Knaben«

Träger: Stiftung Piuspflege

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für die Piuspflege Oggelsbeuren lässt sich die Beschäftigung von insgesamt fünf zivilen ausländischen Arbeitskräften (einer männlichen und vier weiblichen) aus Polen (4) und der Ukraine (1) im Zeitraum 1942 bis 1945 nachweisen. Zwei Arbeitskräfte arbeiteten in der Landwirtschaft, eine Arbeitskraft in der Hauswirtschaft und eine weitere als Näherin. Eine der ausländischen Arbeiterinnen wurde ab 1942, eine weitere ab Januar 1943 und die drei anderen Arbeitskräfte ab August 1944 in der Piuspflege beschäftigt.⁶³⁷

Mitte November 1944 stellte der Diözesanverwaltungsrat in einem Schreiben an die Zentralleitung fest: »Mit der Anstalt ist eine größere Landwirtschaft verbunden, die aus Gründen der Volksernährung nicht stillgelegt werden kann. Daher muss das landwirtschaftliche Personal, zur Zeit bestehend aus zwei Knechten, zwei

⁶³⁴ Caritasverband für Württemberg an den Württ. Innenminister, betr.: Inanspruchnahme der Erziehungsanstalten Piuspflege Oggelsbeuren und Josefspflege Muldingen als Wehrrtüchtigungslager, HStA, E 151/09, Bü. 506a.

⁶³⁵ Ebd.

⁶³⁶ Anfang Februar 1945 bekräftigte die Gebietsführung der HJ ihren Anspruch, das Lager war noch nicht eingerichtet; Notiz, Geschäftsteil Nr. IX im Württembergischen Innenministerium vom 11.2.1945, HStA, E 151/09, Bü. 506a.

⁶³⁷ Zu einer Arbeitskraft liegen keine Angaben zum Einsatzbereich vor. Personalmachweisungen von Anstalten, DAR, G 1.6 Nr. 35; Gemeinde Attenweiler, Meldeunterlagen; Eheregister der Kath. Pfarrei Attenweiler; Arbeitskarten, Zuweisungskarte des Arbeitsamts, Privatbesitz; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 317–318.

Mägden, einer Polenfamilie mit fünf Köpfen⁶³⁸ und einer Ukraine-
rin, erhalten bleiben.«⁶³⁹

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Die 1850 gegründete Einrichtung verfügte im August 1941 über 90 Plätze und war mit 87 Kindern belegt.⁶⁴⁰

Die Erziehungsanstalt war aufgrund des Heimerziehungserlasses vom November 1938 für die Aufnahme von Kindern der Gruppe III bestimmt.⁶⁴¹

Im Juli 1941 wurden sechs Personen in der Hauswirtschaft und fünf Personen in der Landwirtschaft beschäftigt. Der Anstalt war ein landwirtschaftlicher Betrieb mit ca. 17 Hektar Äcker und Wiesen angegliedert.⁶⁴²

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Im Zusammenhang mit den Planungen zur Errichtung von Wehrrtüchtigungslagern in württembergischen Fürsorgeerziehungsheimen

⁶³⁸ Der Familie gehörten die Großmutter, die Eltern, eine Tochter und ein Kleinkind an.

⁶³⁹ Diözesanverwaltungsrat an die Zentraleitung für Wohltätigkeit, Rotenburg, 13.11.1944, betr.: Beanspruchung von Fürsorgeanstalten für Wehrrtüchtigungslager, StAL, E 191, Bü. 6878; vgl. auch: Caritasverband für Württemberg an den Württ. Innenminister, betr.: Inanspruchnahme der Erziehungsanstalten Piuspflege Oggelsbeuren und Josefpflege Muldingen als Wehrrtüchtigungslager, HStA, E 151/09, Bü. 506a.

⁶⁴⁰ Bericht der Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg über eine Besichtigung der Erziehungsanstalt Oggelsbeuren am 20.8.1941, HStA, E 151/09, Bü. 506a.

⁶⁴¹ Unter der Gruppe III wurden »erbgeschädigte Minderjährige sowie solche mit Erscheinungen fortgeschrittener Verwahrlosung« gefasst; Erlass des Württ. Innenministers vom 7.11.1938, StAL, E 191, Bü. 6896.

⁶⁴² Piuspflege Oggelsbeuren, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7. Im Jahre 1937 waren in der Piuspflege vier männliche Kräfte als hauswirtschaftliches und technisches Personal beschäftigt; Erhebung über Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege vom September 1937, StAL, E 191, Bü. 4292.

wurde auch die Piuspflege für die Errichtung eines Wehrtüchtigungslagers vorgesehen.⁶⁴³

Als sich Mitte Januar 1945 der Plan zur Errichtung eines Wehrtüchtigungslagers in der Piuspflege konkretisierte, wurden Vorbereitungen getroffen, um die in der Piuspflege untergebrachten Bewohner anderweitig unterzubringen.⁶⁴⁴

In der Anstalt befanden sich zu diesem Zeitpunkt 92 Zöglinge und 25 pflegebedürftige Alte. Letztere waren vom Landrat in Ehingen aufgrund des Erlasses des Württembergischen Innenministers vom November 1944 in die Anstalt eingewiesen worden.⁶⁴⁵

Mitte Februar 1945 gab die Kreisleitung der NSDAP in Ehingen ihren Plan jedoch auf, in der Piuspflege in Oggelsbeuren ein Wehrtüchtigungslager einzurichten, da sich für dieses eine aus ihrer Perspektive günstigere Unterbringungsmöglichkeit im Kloster Untermarchtal eröffnet hatte. 80 Jungen und das Ausbildungspersonal des Lagers sollten in Räumen einquartiert werden, die bisher vom musischen Gymnasium genutzt worden waren. Die Leitung des Gymnasiums hatte sich bereit erklärt, eine Reihe von Räumen für das Wehrtüchtigungslager freizumachen, so dass beide Einrichtungen nebeneinander bestehen konnten.⁶⁴⁶

Das Kreisamt für Volkswohlfahrt beanspruchte angesichts dieser Entwicklung weitere Plätze für die Unterbringung von evakuierten Alten aus der »Westmark«.⁶⁴⁷

⁶⁴³ Piuspflege Oggelsbeuren an den Landesfürsorgeverband, 7.12.1944, StAL, E 191, Bü. 3588.

⁶⁴⁴ NSDAP, Hitler-Jugend, Gebiet Württemberg an Regierungsdirektor Mailänder, 25.1.1945, StAL, E 191, Bü. 3588.

⁶⁴⁵ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Landrat des Kreises Ehingen/Donau, 31.1.1945, betr.: Belegung der Piuspflege in Oggelsbeuren mit einem Wehrtüchtigungslager, HStA, E 151/09, Bü. 506a. Der Landrat in Ehingen an die Landesfürsorgebehörde, 29.12.1944, betr.: Sicherstellung und Beschlagnahme von Räumen in der Piuspflege Oggelsbeuren für Zwecke der Einrichtung von Kriegssiechenbetten, StAL, E 191, Bü. 3588.

⁶⁴⁶ Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Württ. Innenminister, 24.2.1945, betr.: Belegung der Piuspflege Oggelsbeuren mit einem Wehrtüchtigungslager, HStA, E 151/09, Bü. 506a.

⁶⁴⁷ Amt für Volkswohlfahrt an die Piuspflege Oggelsbeuren, 23.1.1945, betr.: Umquartierung aus Luftschutzgründen und Fliegerschäden, StAL, E 191, Bü. 3588.

Mitte März 1945 war die Piuspflege mit 50 Männern und Frauen belegt und die Unterbringung weiterer 20 Personen vorgesehen. Die Piuspflege konnte mit dieser Belegung die Oberklasse in der Anstalt belassen, die Unterklasse mit 30 Schülern hatte sie in die Elisabethenpflege nach Schönebürg verlegt.⁶⁴⁸

Ravensburg: Mädchenheim St. Josef

Einrichtung: St. Josefshaus; Mädchenheim mit Nähsschule

Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften
Für das Mädchenheim St. Josef lässt sich die Beschäftigung von insgesamt zwei weiblichen zivilen ausländischen Arbeitskräften aus Italien und Frankreich nachweisen. Die Italienerin arbeitete im Mai 1944⁶⁴⁹ im Mädchenheim, die Französin von Januar 1945 bis Mai 1945.⁶⁵⁰

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen
Es liegen keine Hinweise zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung
Im Jahre 1884 erwarb die Kongregation das Josefshaus in Ravensburg und eröffnete es 1885 zunächst als Krankenhaus. Im Jahre 1901 wurde die Einrichtung Mädchenheim.⁶⁵¹

4. Nutzungsänderungen
Keine Angaben.

⁶⁴⁸ Piuspflege Oggelsbeuren an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 13.3.1945, betr.: Belegung unseres Heimes, StAL, E 191, Bü. 3588.

⁶⁴⁹ Vom 1.5.1944 bis 24.5.1944.

⁶⁵⁰ Es liegen keine Angaben zum Einsatzbereich vor; Nachforschungen nach Angehörigen der Vereinten Nationen, die vom 1.9.1939 bis 25.4.1945 in Ravensburg beschäftigt waren, Stadtarchiv Ravensburg, Bestand A I 4179, 1945–1948; AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben; vgl. *Janker, Zwangsarbeitereinsätze* (wie Anm. 22), S. 320.

⁶⁵¹ Vgl. dazu: Franziskanerinnen Kloster Reute-Bad Waldsee, Bergatreute 1994.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Das Mädchenheim St. Josef in Ravensburg wurde mit Kriegsbeginn von der Wehrmacht als Lazarett bestimmt und in der Folgezeit entsprechend eingerichtet.⁶⁵²

Von Mitte Februar 1941 bis Anfang Juli 1941 wurde das Mädchenheim als Kinderlandverschickungslager in Anspruch genommen und 67 Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren, eine Lagerleiterin und drei Lagerführerinnen einquartiert. Die Kinder wurden in ein andere Unterkunft verlegt, als Anfang Juli 1941 der erste Transport Verwundeter im als Lazarett eingerichteten Mädchenheim eintraf.⁶⁵³

Schwäbisch Gmünd: Private Gehörlosenschule St. Josef

Einrichtung: Private Gehörlosenschule St. Josef

Träger: Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal (Vinzentinerinnen)

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für die Gehörlosenschule St. Josef lässt sich die Beschäftigung von insgesamt vier zivilen ausländischen Arbeitskräften (zwei männlichen und zwei weiblichen) aus Polen im Jahre 1940 nachweisen. Die zwei männlichen Arbeitskräfte wurden in der Landwirtschaft, eine der Frauen als Hausgehilfin beschäftigt. Drei der Arbeitskräfte wechselten noch im Verlauf des Jahres 1940 auf andere Arbeitsstellen, eine männliche Arbeitskraft verblieb bis zum Februar 1941⁶⁵⁴ in der Gehörlosenschule.⁶⁵⁵

⁶⁵² Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 6, S. 22, Archiv Kloster Reute.

⁶⁵³ Ebd., S. 52, S. 62 f.; Württ. Landesjugendamt an den RMdI, 25.8.1941, betr.: Planwirtschaftliche Verwendung von Anstalten und Heimen zur Unterbringung Minderjähriger für Zwecke der erweiterten Kinderlandverschickung, StAL, E 191, Bü. 6878.

⁶⁵⁴ In der Meldekartei der Stadt Schwäbisch Gmünd ist der Betreffende dazu abweichend bis zum 26.2.1943 in St. Josef gemeldet; Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, Meldekartei.

⁶⁵⁵ Über den Einsatzbereich einer ausländischen Arbeiterin liegen keine Angaben vor; Einwohnermeldebuch und AOK-Meldebuch des Arbeitgebers, Archiv der Schule für Hörgeschädigte Schwäbisch Gmünd; Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, Meldekartei; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 334–335.

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Die im Jahre 1868 eröffnete Gehörlosenschule St. Josef in Schwäbisch Gmünd beherbergte 1938 347 Personen, unter diesen befanden sich 59 Schwestern, 102 Schulkinder und 118 Zöglinge.⁶⁵⁶ Nach der Beschlagnahme des Gebäudes durch die Volksdeutsche Mittelstelle wurde die Gehörlosenschule St. Josef ab Dezember 1940 im Martinihaus in Rottenburg am Neckar weitergeführt. Im April 1941 wurde auch die Abteilung Wäscheschneiderei mit zwanzig gehörlosen Mädchen und vier Schwestern ins Martinihaus verlegt. Mitte Juni 1942 befanden sich dort 63 Schulkinder, 31 schulentlassene Mädchen, zwei Hausangestellte und 25 Schwestern. Die Bettenreinigung verblieb als einzige Abteilung im Untergeschoss des als Lazarett genutzten Gebäudes.⁶⁵⁷

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Mit Kriegsbeginn wurde das Haus St. Vinzenz als Lazarett für 200 Soldaten eingerichtet.⁶⁵⁸ Die Bewohner dieses Gebäudes wurden daraufhin ins Hauptgebäude verlegt. Am 8. November 1940 wurde zusätzlich das Schulgebäude St. Josef für die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmt. Die Anstaltsleitung sah sich daher genötigt, die Kinder in die Ferien zu schicken und einen großen Teil der schulentlassenen gehörlosen Mädchen sowie sämtliche Pensionäre

⁶⁵⁶ *Hagen*, Genossenschaft (wie Anm. 69), S. 28; *Hagen*, Geschichte (wie Anm. 419), S. 370.

⁶⁵⁷ Private Gehörlosenschule St. Josef an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 17.7.1941, betr.: Bestandsaufnahme der Anstalten, HStA, E 151/09, Bü. 7; Private Gehörlosenschule St. Josef an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.6.1942, betr.: Veränderungen in unserer Anstalt, StAL, E 191, Bü. 3532.

⁶⁵⁸ Private Gehörlosenschule St. Josef an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.6.1942, betr.: Veränderungen in unserer Anstalt, StAL, E 191, Bü. 3532. Abweichend dazu nennt ein Schreiben vom September 1939 »über hundert Soldatenbetten«; vgl. St. Josef an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 14.9.1939, StAL, E 191, Bü. 6897.

zu entlassen. Ein Teil der Mädchen konnte im Mutterhaus und in dem Mutterhaus angeschlossenen Filialen untergebracht werden. Die noch in der Einrichtung verbleibenden Zöglinge zogen zusammen mit den Schwestern in die Hintergebäude von St. Josef, dort konnte die Wäsche- und Damenschneiderei in kleinem Umfang weitergeführt werden. Als am 19. Februar 1941 auch die 35 Hektar umfassende Ökonomie einschließlich sämtlicher Wirtschaftsgebäude von der Volksdeutschen Mittelstelle beschlagnahmt wurde, sah sich die Anstaltsleitung gezwungen, auch die Abteilung Wäscheschneiderei und das Lehrpersonal ins Martinihaus nach Rottenburg zu verlegen.⁶⁵⁹

Das »Umsiedlungslager« wurde erstmals Anfang Dezember 1940 mit 355 »Umsiedlern« belegt,⁶⁶⁰ im Herbst 1941 waren dort 286 Personen untergebracht.⁶⁶¹

3.3 Heim für schulentlassene Fürsorgezöglinge

Schelklingen: Hofgut Oberschelklingen des St. Konradihauses Schelklingen

Träger: Stiftung Konradihaus Schelklingen

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Hofgut Oberschelklingen des St. Konradihauses Schelklingen lässt sich die Beschäftigung von insgesamt acht zivilen ausländischen Arbeitskräften (vier männlichen und vier weiblichen) aus Polen in der Landwirtschaft und im Haushalt bis 1945 nachweisen.⁶⁶²

⁶⁵⁹ Private Gehörlosenschule St. Josef an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 16.6.1942, betr.: Veränderungen in unserer Anstalt, StAL, E 191, Bü. 3532; Private Gehörlosenschule St. Josef an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 17.7.1941, betr.: Bestandsaufnahme der Anstalten, HStA, E 151/09, Bü. 7; Private Gehörlosenschule St. Josef, Bestandsaufnahme des Württembergischen Innenministeriums vom 1.7.1941, HStA, E 151/09, Bü. 7; vgl. auch: Hauschronik (Einträge 1940 und 1941), Archiv der Schule für Hörgeschädigte Schwäbisch Gmünd.

⁶⁶⁰ Hauschronik (Eintrag 1940), Archiv der Schule für Hörgeschädigte Schwäbisch Gmünd.

⁶⁶¹ Aufstellung (undatiert) auf Aufforderung des Reichsgesundheitsführers für die gesundheitliche Betreuung der volksdeutschen Umsiedler vom 30.9.1941. Die Aufstellung enthält keine Hinweise auf Nationalitäten, StAL, E 191, Bü. 6896.

⁶⁶² Ein Mann und eine Frau wurden in der Landwirtschaft, zwei Frauen in der Hauswirtschaft beschäftigt. Eine Zuordnung der Einsatzbereiche für

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise über die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Die Fürsorgeanstalt für Jugendliche⁶⁶³ war im Juli 1941 mit 43 Zöglingen und zusätzlich ca. 80 Kindern aus dem St. Canisiushaus in Schwäbisch Gmünd belegt.⁶⁶⁴

Mitte Januar 1943 befanden sich lediglich noch 16 Zöglinge in der Zweiganstalt Oberschelklingen, die alle auf dem landwirtschaftlichen Gut beschäftigt wurden.⁶⁶⁵

Das Albgut in Oberschelklingen hatte eine Gesamtfläche von 41 Hektar und 87 Ar. Davon entfielen auf Ackerland 26 Hektar 57 Ar, auf Garten 4 Ar, Wiesen und Viehweiden 11 Hektar 31 Ar, Forsten und Holzungen 1 Hektar 10 Ar, Ödland 1 Hektar 15 Ar, Gebäude und Hofflächen 90 Ar und Wege 80 Ar.⁶⁶⁶

4. Nutzungsänderungen

Mitte November 1940 wurden ca. 80 Kinder aus dem St. Canisiushaus in Schwäbisch Gmünd in das Konradihaus eingewiesen.⁶⁶⁷

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Am 23. Juli 1941 ordnete das Landratsamt Ehingen die Beschlagnahme des Konradiheimes auf Grund des Reichsleistungsgesetzes für Zwecke der »Umsiedlung« durch die Volksdeutschen Mittelstelle an.

die vier weiteren Arbeitskräfte ist nicht möglich; C 944/2 Ausländerliste vom 5.6.1946, C 622 Einsatz eindeutschungsfähiger Personen, Alte Meldekartei, Stadtarchiv Schelklingen; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 328–329.

⁶⁶³ Vgl. *Martin*, Schelklingen (wie Anm. 28), S. 232–247; *Hans Dolde*, 100 Jahre St. Konradi-Haus 1880–1980. Geschichte des Heimes von seiner Gründung bis heute, Schelklingen 1980.

⁶⁶⁴ Direktion des St. Konradihauses an den Württ. Innenminister, 24.7.1941, betr.: Beschlagnahme unseres Heimes, StAL, E 191, Bü. 3604. In den 1920er Jahren lebten ca. 150–180 Zöglinge in der Anstalt; *Dolde*, 100 Jahre St. Konradi-Haus, S. 135 f.

⁶⁶⁵ Direktion des St. Konradihauses an die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 21.1.1943, betr.: Zuteilung von Schuhwerk.

⁶⁶⁶ Direktion des St. Konradihauses an den Landrat in Ehingen, 17.7.1941, betr.: Zuteilung von Lebensmitteln, StAL, E 191, Bü. 3604.

⁶⁶⁷ Direktion des St. Konradihauses an den Württ. Innenminister, 24.7.1941, betr.: Beschlagnahme unseres Heimes, StAL, E 191, Bü. 3604; vgl. *Martin*, Schelklingen (wie Anm. 28), S. 232.

Direktor Traa legte dagegen Beschwerde beim Innenministerium ein.⁶⁶⁸ Der Württembergische Innenminister wies wohl die Beschwerde im Grundsatz ab, verfügte jedoch, dass von der Beschlagnahme der Südostflügel des Gebäudekomplexes, in dem die Fürsorgezöglinge untergebracht werden sollten, sowie die Wohnungen des Direktors, des Lehrers der Anstalt, des Personals und der im Heim tätigen Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal ausgenommen wurden. Die Einschränkung begründete er damit, dass das Verbleiben der Fürsorgezöglinge für den Weiterbetrieb der Landwirtschaft und der Werkstätten notwendig sei und dass die Anstalt für die Fürsorgeerziehung erhalten werden müsse. Die ebenfalls in der Anstalt untergebrachten Kinder aus dem Canisiushaus in Schwäbisch Gmünd sollten bis 6. August 1941 das Anwesen räumen.⁶⁶⁹ Tatsächlich gelang es, für die Kinder innerhalb dieser kurzen Frist eine neue Unterkunft im Priesterseminar in Rottenburg zu finden.⁶⁷⁰

Der beschlagnahmte Gebäudeteil wurde nunmehr von der Volksdeutschen Mittelstelle übernommen. Bis Mitte August 1941 war das Umsiedlungslager eingerichtet, mit dem Eintreffen der ersten Transporte aus Slowenien wurde gerechnet.⁶⁷¹

Anfang Mai 1942 waren im Lager Schelklingen nach Angaben des Württembergischen Innenministers »mehrere 100 Slowenen, Po-

⁶⁶⁸ Direktion des St. Konradihauses an den Württ. Innenminister, 24.7.1941, betr.: Beschlagnahme unseres Heimes, StAL, E 191, Bü. 3604.

⁶⁶⁹ Württ. Innenminister an den Landrat in Ehingen, 1.8.1941, betr.: Beschlagnahme des St. Konradihauses in Schelklingen. (Bei dem im Schreiben genannten Datum für die Beschlagnahme, dem 23. Juni 1941, handelt es sich um einen Schreibfehler.); *Martin*, Schelklingen (wie Anm. 28), S. 234.

⁶⁷⁰ Bischöfliches Ordinariat an den Reichsstatthalter in Württemberg, 4.9.1943, StAL, E 191, Bü. 3532. Im September 1943 wurden die Kinder noch ein weiteres Mal umquartiert, nachdem die Reichsbahndirektion das Priesterseminar in Anspruch genommen hatte. Sie wurden in den Erziehungsanstalten Heiligenbronn untergebracht; Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 15.9.1943, betr.: Verlegung der Kinder des St. Canisiushauses in Schwäbisch Gmünd von Rottenburg nach Heiligenbronn, StAL, E 191, Bü. 3532; Erziehungsanstalten Heiligenbronn an die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 23.9.1943, betr.: Aufnahme der Kinder und Schwestern des St. Canisiushauses, StAL, E 191, Bü. 3532.

⁶⁷¹ Bericht, Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 21.8.1941, betr.: Beschlagnahme des St. Konradihauses in Schelklingen, StAL, E 191, Bü. 3604.

len, Litauer mit ihren Familien untergebracht«. Der Höhere SS- und Polizeiführer in Stuttgart bezog vor diesem Hintergrund den Standpunkt, dass nun das ganze Anwesen für das Umsiedlungslager benötigt werde. Angesichts der seit Kriegsbeginn stetig sinkenden Belegungszahlen der Anstalt stimmte der Innenminister zu, die bisher für die Fürsorgeanstalt vorbehaltenen Teile des Anwesens dem Lager zur Verfügung zu stellen.⁶⁷²

Am 5. Juni 1942 wurde durch den Höheren SS- und Polizeiführer in Stuttgart schließlich die vollständige Räumung des Gebäudes angeordnet, am 23. Juni 1942 fand die Übergabe des Anwesens statt. Neben dem eigentlichen Gebäudekomplex übernahm die Volksdeutsche Mittelstelle außerdem die Schuhmacherwerkstätte und auch die landwirtschaftlichen Grundstücke der Anstalt im Tal von Schelklingen. Das für diese Bereiche zuständige Personal der Anstalt wurde für die Dienste der Volksdeutschen Mittelstelle verpflichtet; dessen Dienstwohnungen im Haus blieben daher unangetastet, während Direktor Traa und die Barmherzigen Schwestern das Gebäude verlassen mussten.⁶⁷³

Dem Konradiheim verblieb außer der als Lagerraum genutzten Hauskapelle allein das etwa drei Kilometer nördlich von Schelklin-

⁶⁷² Württ. Innenminister an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 6.4.1942, betr.: Inanspruchnahme des St. Konradihauses für die Zwecke des RFSS – Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, StAL, E 191, Bü. 3604. (Dieses Schreiben ist falsch datiert. Es muß sich um den 6.5.1942 handeln.); vgl. auch: Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg an den Leiter der Erziehungsanstalt St. Konradihaus, 9.5.1942, betr.: Inanspruchnahme des St. Konradihauses in Schelklingen für die Zwecke des RFSS – Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, StAL, E 191, Bü. 3604.

⁶⁷³ Der Höhere SS- und Polizeiführer bei den Reichsstatthaltern in Württemberg und Baden im Wehrkreis V und beim Chef der Zivilverwaltung im Elsaß (gez. Kaul) an den Landrat in Ehingen, 5.6.1942, betr.: Beschlagnahme des St. Konradihauses in Schelklingen, StAL, E 191, Bü. 3604; der Landrat in Ehingen an das St. Konradihaus, 13.6.1942, betr.: Inanspruchnahme des St. Konradihauses in Schelklingen für Zwecke der Festigung deutschen Volkstums, StAL, E 191, Bü. 3604; Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 23.6.1942, betr.: Inanspruchnahme des St. Konradihauses in Schelklingen für Zwecke der Festigung deutschen Volkstums, StAL, E 191, Bü. 3604.

gen liegende Hofgut Oberschelklingen, dorthin wurden die verbliebenen sechzehn Zöglinge des Heimes gebracht.⁶⁷⁴

Nachdem die Volksdeutsche Mittelstelle im Februar 1944 auch noch die Räumung der Hauskapelle durchgesetzt hatte, besaß Direktor Traa keinen Zutritt mehr zum Gebäude, obwohl er formal weiterhin die Leitung der gesamten Anstalt innehatte und das Konradenheim nach wie vor Eigentümer blieb.⁶⁷⁵

⁶⁷⁴ *Martin*, Schelklingen (wie Anm. 28), S. 235.

⁶⁷⁵ Direktion des St. Konradhauses an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 2.3.1944, betr.: Räumung der Kapelle, HStA, E 151/09, Bü. 513; Direktion des St. Konradhauses an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg, 29.9.1942, StAL, E 191, Bü. 3604; *Martin*, Schelklingen (wie Anm. 28), S. 235.

4. Anstalten der Gesundheitsfürsorge

4.1 Sanatorien

Bad Ditzenbach: Sanatorium

Einrichtung: Mineralbad und Sanatorium (heute Vinzenz-Klinik)

Träger: Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal (Vinzentinerinnen)

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Sanatorium Bad Ditzenbach lässt sich die Beschäftigung von insgesamt fünf zivilen ausländischen Arbeitskräften (zwei männlichen und drei weiblichen) aus Jugoslawien (2), Polen (1), Belgien (2) in der Landwirtschaft und im Haushalt ab 1941 bis zur Enteignung der Kongregation am 5. Februar 1942 nachweisen.⁶⁷⁶

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Das Kurhaus Bad Ditzenbach wurde von der Kongregation 1890 erworben.⁶⁷⁷ Vor dem Hintergrund der Beschlagnahme von Räumlichkeiten des Mutterhauses durch die Volksdeutsche Mittelstelle im Herbst 1940 entschied sich die Genossenschaft, das Mineralbad in eine GmbH zu überführen, um, wie in der Chronik festgehalten wurde, »unser Anwesen für die Schwestern zu sichern«. Die Verzögerung der Eintragung ins Grundbuch hatte jedoch zur Folge, dass die Verfügungen, die im Zusammenhang mit der Beschlagnahme und Enteignung des Mutterhauses getroffen wurden, auch für das Mineralbad Anwendung fanden.⁶⁷⁸

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

⁶⁷⁶ Die beiden männlichen Arbeitskräfte wurden in der Landwirtschaft, die Frauen in der Hauswirtschaft beschäftigt; Vinzenz-Klinik Bad Ditzenbach, Personalbuch vom 26.10.1891–15.3.1960, Lohnkartei. Nach der Enteignung der Kongregation von Untermarchtal wurden zwischen November 1942 und Mai 1945 weitere neun ausländische Zivilarbeiter(innen) als Gartenarbeiter oder Hausgehilfen eingestellt; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 266.

⁶⁷⁷ *Hagen*, Genossenschaft (wie Anm. 69), S. 59 ff.

⁶⁷⁸ Haus-Chronik Bad Ditzenbach 1927–1951 (Einträge 1941 und 1942), Vinzenz-Klinik Bad Ditzenbach.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Die Verfügungen zur Beschlagnahme des gesamten Besitzes und Vermögens der Kongregation der Vinzenterinnen von Untermarchtal Anfang Juli 1941 und zur Enteignung des gesamten Vermögens vom 5. Februar 1942 waren auch für die Filiale in Bad Ditzenbach wirksam, so dass auch im Mineralbad ab Juli 1941 ein Treuhänder eingesetzt und die Geldanlage gesperrt wurde. In der Chronik wurde vermerkt: »Durch Entgegenkommen des als Treuhänder fungierenden Bürgermeisters [...] konnte der Betrieb äußerlich wie bisher geführt werden.«⁶⁷⁹

Im Jahre 1941 wurde das Sanatorium durch die Wehrmacht zur Errichtung eines Lazaretts mit einer Aufnahmekapazität für 120 Personen beschlagnahmt und Anfang August erstmals mit Verwundeten belegt.⁶⁸⁰

Vor dem Hintergrund der Ausweitung der Kriegshandlungen wurde im Verlauf des Jahres 1942 die Zahl der zur Verfügung gestellten Betten auf 190 erhöht. Die Zahl der von der Wehrmacht angestellten Schwestern stieg von zunächst sieben im Jahre 1941 auf dreizehn im Jahre 1942 an.⁶⁸¹ Bis Anfang des Jahres 1945 erhöhte sich die Zahl der für die Wehrmacht zur Verfügung gestellten Betten weiter auf 220.⁶⁸²

Bad Mergentheim: »Deutscher Hof«

Einrichtung: Kuranstalt »Deutscher Hof«

Träger: Katholische Kirchengemeinde (Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim)

⁶⁷⁹ Haus-Chronik Bad Ditzenbach 1927–1951 (Einträge 1941 und 1942), Vinzenz-Klinik Bad Ditzenbach; vgl. auch: Mineralbad Ditzenbach GmbH an den Bürgermeister in Deggingen, 12.5.1942, Haus-Chronik Bad Ditzenbach 1927–1951, Vinzenz-Klinik Bad Ditzenbach; zu Untermarchtal, vgl. S. 134–137 in diesem Band.

⁶⁸⁰ Haus-Chronik Bad Ditzenbach 1927–1951 (Einträge 1941), Vinzenz-Klinik Bad Ditzenbach. Bereits im Frühjahr 1940 waren mit der Wehrmacht Verhandlungen über die Einrichtung eines Lazaretts geführt worden, diese kamen jedoch nicht zum Abschluss, da die Wehrmacht im August 1940 keinen Bedarf mehr zur Errichtung eines zusätzlichen Lazaretts sah; Haus-Chronik Bad Ditzenbach 1927–1951 (Einträge 1940), Vinzenz-Klinik Bad Ditzenbach.

⁶⁸¹ Haus-Chronik Bad Ditzenbach 1927–1951 (Einträge 1941 und 1942), Vinzenz-Klinik Bad Ditzenbach.

⁶⁸² Haus-Chronik Bad Ditzenbach 1927–1951 (Einträge 1945), Vinzenz-Klinik Bad Ditzenbach.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für die Kuranstalt »Deutscher Hof« lässt sich die Beschäftigung von insgesamt vier weiblichen zivilen ausländischen Arbeitskräften aus Russland (1), Belgien (1) und Polen (2) in der Hauswirtschaft nachweisen. Sämtliche Frauen nahmen die Arbeit in der Kuranstalt im Verlauf des Jahres 1944 auf. Während die Frau aus Belgien im Verlauf des Jahres 1944 auf eine andere Arbeitsstelle wechselte, verblieben die drei anderen Frauen bis Mai 1945 in der Einrichtung.⁶⁸³

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Die Kuranstalt »Deutscher Hof« wurde während des Krieges als Kuranstalt für Kranke verwendet, die von den Landesversicherungsanstalten eingewiesen wurden.⁶⁸⁴ Das benachbarte Kolpingsheim war der Kuranstalt angegliedert worden.⁶⁸⁵ Die Bewirtschaftung der gesamten Kuranstalt verblieb der Stiftungsverwaltung.⁶⁸⁶

Die Einrichtung wurde spätestens ab 1944 der Stadt Stuttgart zur Einrichtung von Pflegeabteilungen von chronisch Kranken und Pflegebedürftigen überlassen.⁶⁸⁷

Von Dezember 1944 bis Anfang März 1945 wurde einer Gruppe, bestehend aus fünfzehn Weißen Schwestern, fünf Caritasschwestern, einem Lazarettgeistlichen und einem Bruder, im »Deutschen Hof« Unterkunft gewährt, bis diese in der Rechtsform der »Gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Trier GmbH« das in der Bi-

⁶⁸³ StAL, FL 20/3 I, Akten zum Ausländersuchverfahren 1946–1948; AOK Bezirksdirektion Main-Tauber-Kreis, Hebeliste; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 267.

⁶⁸⁴ Der Vorsitzende der Hospital- und Stiftungsverwaltung an das Wehrbezirkskommando Bad Mergentheim, 24.3.1943, DAR, G.1.1–D 9. 3a.

⁶⁸⁵ Katholischer Kirchenstiftungsrat Bad Mergentheim an den Diözesanverwaltungsrat, 21.11.1946, DAR, G.1.1–D 9. 3a.

⁶⁸⁶ Der Vorsitzende der Hospital- und Stiftungsverwaltung an das Wehrbezirkskommando Bad Mergentheim, 24.3.1943, DAR, G.1.1–D 9. 3a.

⁶⁸⁷ Der Oberbürgermeister der Stadt der Auslandsdeutschen an die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 23.11.1944, betr.: Verlegung von Insassen der hiesigen Altersheime nach auswärts, StAL, E 191, Bü. 6984.

schöflichen Studienanstalt Maria Hilf in Bad Mergentheim errichtete Reservelazarett übernehmen.⁶⁸⁸

4. Nutzungsänderungen
Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung
Keine Angaben.

Berg: Martinsheim (Erholungshaus)

Einrichtung: Erholungshaus St. Martinsheim

Träger: Priesterunterstützungsverein St. Martinus der Diözese Rottenburg

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften
Für das Martinsheim lässt sich die Beschäftigung von einer weiblichen zivilen ausländischen Arbeiterin aus Russland von April 1944 bis Oktober 1944 nachweisen.⁶⁸⁹

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen
Es liegen keine Hinweise zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung
Der im Jahre 1897 gegründete Priesterversorgungsverein St. Martinus erwarb 1925 ein Haus in Berg, zu dem auch eine kleine Ökonomie gehörte. Das Martinsheim wurde zu einem Erholungsheim für pensionierte Mitglieder ausgebaut.⁶⁹⁰ Für die Versorgung und Betreuung der Gäste wurden die Franziskanerinnen von Reute gewonnen. Der Vertrag zwischen dem Mutterhaus und dem Priesterunterstützungsverein sah vor: »Zur Beihilfe in Küche und Hausarbeit wird eine Magd beigegeben, die der Schwester Oberin untersteht

⁶⁸⁸ Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf an das Bischöfliche Ordinariat, 1.3.1945, betr.: Übernahme des Res.-Lazarett in Maria Hilf durch die Weißen Schwestern von Trier, DAR, G 1.1–D 9.3a; zur Bischöflichen Studienanstalt Maria Hilf vgl. S. 195–197 in diesem Band.

⁶⁸⁹ Es liegen keine Informationen zum Einsatzbereich vor; Stadtarchiv Friedrichshafen, Gemeinde Ailingen I, Büschel 15, S. 22 Nr. 50; Namentliche Liste Russland, S. 87 Nr. 1873; A-3-Liste Russland, Nr. 1902; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 275–276.

⁶⁹⁰ Kaufvertrag über das Haus Berg vom 12.2.1925, DAR, G 1.1–B 2.3a; Priesterunterstützungsverein an den Domkapitular, 13.2.1925, DAR, G 1.1–B 2.3a.

und von ihr angestellt bzw. entlassen wird.« Weiter wurde vereinbart: »Ökonomie, Feld und Garten besorgt ein Knecht nach Weisung der Oberin.«⁶⁹¹

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Keine Angaben.

Talheim: Gutshof (Schwesternerholungsheim)

Einrichtung: Schwesternerholungsheim mit landwirtschaftlichem Gutshof in Talheim

Träger: Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal (Vinzentinerinnen)

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für den Gutshof Talheim lässt sich die Beschäftigung von insgesamt drei zivilen ausländischen Arbeitskräften (einer männlichen und zwei weiblichen) aus Slowenien in der Landwirtschaft bis zum 20. Mai 1942, als die Wehrmacht Anstellungsträger des Personals wurde, nachweisen. Sämtliche Arbeitskräfte traten im Verlauf des Jahres 1942 in Talheim als Beschäftigte ein.⁶⁹²

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Siehe Untermarchtal.

⁶⁹¹ Vertrag zwischen dem Mutterhaus der Barmherzigen Schwestern in Reute und dem Priesterunterstützungsverein der Diözese Rottenburg vom 12. Mai 1925, Archiv Kloster Reute, Filiale Berg St. Martin, Priesterunterstützungsverein, Verträge und diesbezügliche Schreiben 1925–1969.

⁶⁹² Eintrittsdaten waren im Einzelnen der 31.1.1942, der 14.4.1942 und der 7.5.1942. Die Personalunterlagen wurden von den Schwestern noch bis Ende Mai 1942 geführt. Daher wurden in Bezug auf diese Einrichtung noch bis zum 20. Mai 1942 eingestellte ausländische Arbeitskräfte als entschädigungsberechtigt gemeldet; Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Personallisten, Lohnkartei, Personalbuch 1905–1958; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 343.

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Die Verfügungen, die im Zusammenhang mit der Beschlagnahme und Enteignung des Mutterhauses getroffen wurden, waren auch für das landwirtschaftliche Gut Talheim wirksam.⁶⁹³ Am 1. Mai 1942 wurde das Schwesternerholungsheim Talheim von der Wehrmacht zur Errichtung eines Teillazaretts »auf unbestimmte Zeit« in Anspruch genommen. Am 20. Mai 1942 übernahm die Wehrmacht auch das Hofgut Talheim »zur besseren eigenen Versorgung der verwundeten und kranken Soldaten zur Nutzung auf unbestimmte Zeit«.⁶⁹⁴

4.2 Hospitäler

Bad Mergentheim: Hospital zum Heiligen Geist

Einrichtung: Hospital zum Heiligen Geist

Träger: Katholische Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Hospital zum Heiligen Geist in Bad Mergentheim lässt sich die Beschäftigung von insgesamt sechs zivilen ausländischen Arbeitskräften (drei männlichen und drei weiblichen) aus Polen in der Landwirtschaft im Zeitraum von 1940 bis 1945 nachweisen. Zwei der Männer wurden im Verlauf ihres Einsatzes bei der Hospitalstiftung zu qualifizierteren Arbeiten herangezogen. Einer der Männer arbeitete als Pferdeknecht, ein weiterer als Melker.⁶⁹⁵

⁶⁹³ Der für das Mutterhaus Anfang Juli 1941 eingesetzte Treuhänder übernahm auch die Verwaltung des Gutes Talheim; Eröffnungsurkunde vom 8.7.1941 mit Bezug auf den Erlass des Württembergischen Innenministers vom 5.7.1941, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Rechtspflege II; zu Untermarchtal vgl. S. 137–137 in diesem Band.

⁶⁹⁴ Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich (Reichsfiskus Heer) und dem Treuhänder für das eingezogene Vermögen der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern in Untermarchtal vom 19.11.1942 (mit Wirkung ab 20.5.1942); Zusatzvereinbarung zu der Vereinbarung vom 19.11.1942 vom 27.3.1943, Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal, Verträge.

⁶⁹⁵ Staatsarchiv Ludwigsburg, FL 20/3 I, Akten zum Ausländersuchverfahren 1946–1948; Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Personal-

Im Kirchenstiftungsratsprotokoll der Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim wurde im Juli 1940 protokolliert: »Am 9. März sind im Hospital als landwirtschaftliche Hilfskräfte zwei Polen, ein Mann und dessen Frau, eingestellt worden. Die Frau war während dieser Zeit des öfteren krank und kann nicht als vollwertige Arbeitskraft angesprochen werden. Die Verwaltung hat Gelegenheit, die Tochter dieser Leute, eine kräftige Polin, mit 19 Jahren zu erhalten. Mit Rücksicht auf die bald beginnende Ernte und die sich im Herbst häufende Arbeit gibt der Kirchenstiftungsrat zur Einstellung dieser weiteren Hilfskraft seine Zustimmung. Der Lohn beträgt monatlich 17,50 RM neben freier Kost und Wohnung.«⁶⁹⁶

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

Der Kirchenstiftungsrat hatte bereits im Oktober 1939 angesichts des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften den Beschluss gefasst, sich um die Zuweisung von zwei Kriegsgefangenen für das Hospital zum Heiligen Geist zu bemühen.⁶⁹⁷

3. Informationen zur Einrichtung

Das Hospital zum Heiligen Geist, das als Pfründner- und Altersheim und als Waisenanstalt genutzt wurde, verfügte im Jahre 1937 über 30 Betten für Erwachsene und 6 Betten für Kinder.⁶⁹⁸ Im Jahre 1944 war das Hospital überbelegt.⁶⁹⁹ Der Einrichtung war eine Ökonomie angegliedert, die rd. 38 Hektar Landwirtschaft und 126 Hektar Wald umfasste.⁷⁰⁰

4. Nutzungsänderungen

Als infolge der Luftangriffe auf Stuttgart verschiedene Bevölkerungs-

kartei, Kirchenstiftungsratsprotokolle; AOK Bezirksdirektion Main-Tauber-Kreis, Hebekarte; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 268–269.

⁶⁹⁶ Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 16.7.1940, § 504, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

⁶⁹⁷ Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 17.10.1939, § 450, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

⁶⁹⁸ Erhebung über Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege vom September 1937, StAL, E 191, Bü. 4292.

⁶⁹⁹ Hospital- und Stiftungsverwaltung Bad Mergentheim an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 4.9.1944, StAL, E 191, Bü. 6984.

⁷⁰⁰ *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 268–269.

gruppen aus dem Stuttgarter Raum in Einrichtungen außerhalb Stuttgarts eingewiesen wurden, wurde auch das Hospital zum Heiligen Geist in Bad Mergentheim mit Evakuierten belegt.⁷⁰¹

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung
Keine Angaben.

Bad Mergentheim: Reservelazarett Maria Hilf

Einrichtung: Reservelazarett in der Bischöflichen Studienanstalt Maria Hilf

Betriebsträger: Gemeinnützige Kranken- und Pflegeanstalten Trier GmbH der Barmherzigen Brüder von Maria Hilf Trier

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften
Für das Reservelazarett Maria Hilf lässt sich die Beschäftigung von insgesamt zwölf zivilen ausländischen Arbeitskräften (3 männlichen und 9 weiblichen) aus Lettland (4), Litauen (4), Russland (3) und Polen (1) nachweisen.

Von den weiblichen Arbeitskräften arbeiteten acht als Küchen- und Haushaltshilfen und eine Frau als Hilfsarbeiterin. Von den männlichen Arbeitskräften wurden zwei als Hilfsarbeiter und eine Arbeitskraft als Bote eingesetzt. Sämtliche Arbeitskräfte wurden nach der Übernahme des Lazarett am 1. März 1945 durch die Gemeinnützige Kranken- und Pflegeanstalten Trier GmbH beschäftigt. Allein acht der zwölf zur Arbeit herangezogenen Arbeitskräfte traten am 1. März 1945 als Arbeitskräfte bei Maria Hilf ein.⁷⁰²

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen
Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung
Die 1872 gegründete Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf wurde, bedingt durch die sich verändernde politische Lage, im März 1940 aufgehoben.⁷⁰³

⁷⁰¹ Hospital- und Stiftungsverwaltung Bad Mergentheim an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 4.9.1944, StAL, E 191, Bü. 6984.

⁷⁰² StAL, FL 20/3 I, Akten zum Ausländersuchverfahren 1946–1948; AOK Bezirksdirektion Main-Tauber-Kreis, Hebeliste; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 270–271.

⁷⁰³ Den Titel »Bischöfliche Studienanstalt« trug die Einrichtung seit dem Jahre 1915; zur Studienanstalt siehe: *Bernhard Geiger*, 75 Jahre Bischöflich-

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Mit Kriegsbeginn nahm die Wehrmacht Gebäudeteile für die Einquartierung von Soldaten in Anspruch.⁷⁰⁴ Anfang August 1940 errichtete die Wehrkreisverwaltung in der inzwischen aufgehobenen Studienanstalt ein Reservelazarett unter Übernahme sämtlicher Wirtschaftsgebäude und Einrichtungsgegenstände. Lediglich das Nebengebäude, der so genannte »Spielsaal« und die Kapelle blieben zunächst ausgenommen.⁷⁰⁵ Im Jahre 1942 wurde eine Vereinbarung über die zusätzliche Nutzung des Nebengebäudes durch die Lazarettverwaltung abgeschlossen.⁷⁰⁶ Das Lazarett verfügte im Jahre 1941 über 100 Betten.⁷⁰⁷ Bis zum Jahr 1945 wurde die Zahl der Betten auf 200 erhöht.⁷⁰⁸

Ende Januar 1945 bewarb sich die »Gemeinnützige Kranken- und Pflegeanstalten Trier GmbH« um die Übernahme des Reservelazaretts.

Bei der »Gemeinnützige Kranken- und Pflegeanstalten Trier GmbH« handelte es sich um eine Gruppe, bestehend aus einem

che Studienanstalt Maria Hilf Bad Mergentheim, Bad Mergentheim 1947.

⁷⁰⁴ Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf, 6.4.1941, auf die Erhebung des Caritasverbands für Württemberg, betr.: Kriegsleistungen der Kirche in den verflossenen 18 Kriegsmonaten in der Diözese Rottenburg, DAR, G 1.1-D 9.3a.

⁷⁰⁵ Vereinbarung zwischen dem Reichsfiskus Heer, vertreten durch die Lazarettverwaltung Bad Mergentheim, und dem Bischöflichen Ordinariat Rottenburg, vertreten durch den Vorsitzenden des Kuratoriums, vom 19.8.1941, DAR, G 1.1-D 9.3a.

⁷⁰⁶ Das Bischöfliche Ordinariat erhielt als Entschädigung für die Dauer der Überlassung des Nebengebäudes monatlich 40 RM; Nachtrag zur Vereinbarung zwischen dem Reichsfiskus Heer und dem Bischöflichen Ordinariat vom 12.6.1942, DAR, G 1.1-D 9.3a; vgl. auch: Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf an das Bischöfliche Ordinariat, 25.6.1942, betr.: Vermietung des Spielsaals im alten Nebengebäude Maria Hilf, DAR, G 1.1-D 9.3a.

⁷⁰⁷ Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf, 6.4.1941, auf die Erhebung des Caritasverbands für Württemberg, betr.: Kriegsleistungen der Kirche in den verflossenen 18 Kriegsmonaten in der Diözese Rottenburg, DAR, G 1.1-D 9.3a.

⁷⁰⁸ Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf an das Bischöfliche Ordinariat, 1.3.1945, betr.: Übernahme des Res.-Lazaretts in Maria Hilf durch die Weißen Schwestern von Trier, DAR, G 1.1-D 9.3a.

Bruder, einem Lazarettgeistlichen sowie fünfzehn Weißen Schwestern und fünf Caritasschwestern, die zuvor in Bad Rilchingen an der Saar ein Reservelazarett mit 500 Betten unterhalten hatte. Als das Lazarett in Rilchingen in Frontnähe geriet und durch Artillerie beschossen wurde, gab die GmbH das Lazarett im Dezember 1944 auf.

Als neues Betätigungsfeld fasste die GmbH daraufhin das in der Studienanstalt Maria Hilf eingerichtete Lazarett ins Auge. Die GmbH machte im Januar 1945 dem Generalvikariat in Rottenburg den Vorschlag: »Die Gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten treten in die Vereinbarung, die das Bischöfliche Generalvikariat betr. Maria Hilf mit der Wehrkreisverwaltung XIII in Nürnberg hat, mit allen Pflichten und Rechten ein. [...] Die Gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten übernehmen den ganzen Betrieb mit Unternehmerverpflegung, das heißt, sie stellt das ganze Pflege- und Hauspersonal, ausschließlich des militärischen Personals. Ferner stellt sie die Verpflegung der Kranken und deren Beköstigung sowie die Beköstigung und Entlohnung des Personals. Dafür erhält sie von der Wehrkreisverwaltung einen entsprechenden Pflegesatz.«⁷⁰⁹ Das Bischöfliche Ordinariat nahm dieses Angebot unter den von der GmbH vorgeschlagenen Bedingungen an.⁷¹⁰ Offensichtlich stimmte auch die Wehrkreisverwaltung XIII in Nürnberg dem Plan zu, denn vom 1. März 1945 an bewirtschaftete die »Gemeinnützige Kranken- und Pflegeanstalten Trier GmbH« das Reservelazarett. Die Schwestern, welche zuvor im »Deutschen Hof« in Bad Mergentheim untergebracht worden waren, erhielten nun in der Studienanstalt Unterkunft.⁷¹¹

⁷⁰⁹ Die Schwestern arbeiteten bis zur Übernahme des Lazaretts bereits dort und in weiteren in Bad Mergentheim befindlichen Lazaretten; Gemeinnützige Kranken- und Pflegeanstalten Trier GmbH an das Generalvikariat in Rottenburg, 29.1.1945, DAR, G 1.1–D 9.3a.; vgl. auch: Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1944 (S.15), DAR, G 1.1, C 16.6 f.; *Laubacher*, Gelebte Caritas (wie Anm. 49), S. 80.

⁷¹⁰ Bischöfliches Ordinariat an das Kuratorium der Bischöflichen Studienanstalt Maria Hilf, 31.1.1945, DAR, G 1.1–D 9.3a.

⁷¹¹ Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf an das Bischöfliche Ordinariat, 1.3.1945, betr.: Übernahme des Res.-Lazaretts in Maria Hilf durch die Weißen Schwestern von Trier, DAR, G 1.1–D 9.3a; zum »Deutschen Hof« siehe S. 189–191 in diesem Band.

Bad Mergentheim: Rochusstift

Einrichtung: Kuranstalt und Altersheim St. Rochusstift

Träger: Katholische Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Rochusstift lässt sich die Beschäftigung eines männlichen zivilen ausländischen Arbeiters aus Polen im Jahre 1940 und einer weiblichen Arbeitskraft aus Italien ab August 1944 bis 1945 nachweisen. Der Mann wurde in der Landwirtschaft, die Frau in der Hauswirtschaft als Hausgehilfin beschäftigt.⁷¹²

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

Der Kirchenstiftungsrat hatte bereits im Oktober 1939 angesichts des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften den Beschluss gefasst, sich um die Zuweisung eines Kriegsgefangenen für das Rochusstift zu bemühen.⁷¹³

3. Informationen zur Einrichtung

Das Rochusstift diente der Aufnahme »armer hiesiger Bürger« und solcher aus der Region, die an »ansteckenden Krankheiten, [...] an Geistesstörung, Epilepsie u.a.« litten, und verfügte im Jahre 1937 über 20 Betten.⁷¹⁴ Im Jahre 1944 war die Einrichtung überbelegt.⁷¹⁵ Der Einrichtung war ein landwirtschaftlicher Betrieb angegliedert.⁷¹⁶

⁷¹² StAL, FL 20/3 I, Akten zum Ausländersuchverfahren 1946–1948; AOK Bezirksdirektion Main-Tauber-Kreis, Hebekarte; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 272.

⁷¹³ Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 17.10.1939, § 450, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

⁷¹⁴ Erhebung über Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege vom September 1937, StAL, E 191, Bü. 4292.

⁷¹⁵ Hospital- und Stiftungsverwaltung Bad Mergentheim an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 4.9.1944, StAL, E 191, Bü. 6984.

⁷¹⁶ Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

4. Nutzungsänderungen

Im Zuge der Verlegung von Personen aus dem Stuttgarter Raum in Einrichtungen außerhalb Stuttgarts wurde auch das St. Rochusstift mit Evakuierten belegt.⁷¹⁷

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Das Rochusstift wurde bereits vor Kriegsbeginn von der Wehrmacht als Reservelazarett mit 20 Betten bestimmt. Die übrigen Betten⁷¹⁸ waren aufgrund einer Anordnung des Landrats für die Aufnahme von Kranken der Allgemeinen Ortskrankenkasse bereitzuhalten.⁷¹⁹ Die Bewirtschaftung des Reservelazaretts lag in den Händen der Stiftungsverwaltung.⁷²⁰

Bad Mergentheim: Sanatorium Carolinum

Einrichtung: Stiftungskrankenhaus Sanatorium Carolinum

Träger: Katholische Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Sanatorium Carolinum lässt sich die Beschäftigung von insgesamt vier weiblichen zivilen ausländischen Arbeitskräften aus Russland (2), Polen (1) und Frankreich (1) 1942 und im Zeitraum 1944 bis 1945 nachweisen. Die drei Frauen aus Osteuropa wurden als Küchen- bzw. Hausgehilfinnen, die Französin als Köchin beschäftigt.⁷²¹

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

⁷¹⁷ Hospital- und Stiftungsverwaltung Bad Mergentheim an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen, 4.9.1944, StAL, E 191, Bü. 6984.

⁷¹⁸ Die Bettenzahl war inzwischen offensichtlich über den Stand von 1937 hinaus erhöht worden.

⁷¹⁹ Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 3.10.1939, § 435, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

⁷²⁰ Der Vorsitzende der Hospital- und Stiftungsverwaltung an das Wehrbezirkskommando Bad Mergentheim, 24.3.1943, DAR, G.1.1-D 9. 3a.

⁷²¹ StAL, FL 20/3 I, Akten zum Ausländersuchverfahren 1946–1948; AOK Bezirksdirektion Main-Tauber-Kreis, Hebekarte; vgl. *Jancker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 273.

3. Informationen zur Einrichtung
Keine Angaben.

4. Nutzungsänderungen
Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung
Das Sanatorium Carolinum wurde am 1. Juli 1940 von der Wehrmacht als Lazarett mit 95 Betten beschlagnahmt.⁷²² Die Bewirtschaftung des Reservelazaretts lag in den Händen der Stiftungsverwaltung.⁷²³ Die Stiftungsverwaltung ging davon aus, die Carolinumstiftung werde »durch die Überlassung ihrer Gebäulichkeiten zu Lazarettzwecken voraussichtlich keine finanziellen Nachteile erleiden.«⁷²⁴

Horb am Neckar: Hospital zum Heiligen Geist

Einrichtung: Hospital zum Heiligen Geist

Träger: Katholische Kirchen- und Hospitalpflege Horb am Neckar

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften
Für das Hospital zum Heiligen Geist in Horb lässt sich die Beschäftigung von insgesamt 29 zivilen ausländischen Arbeitskräften (24 männlichen und 5 weiblichen) aus Polen (10), der Ukraine (8), Italien (8) und Frankreich (3) in der Land- und Forstwirtschaft im Zeitraum von 1939 bis 1945 nachweisen.⁷²⁵

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen
Für das Hospital zum Heiligen Geist in Horb lässt sich der Einsatz von insgesamt vierzehn Kriegsgefangenen aus Polen (10) und Frankreich (4) in der Land- und Forstwirtschaft im Zeitraum von 1939 bis

⁷²² Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 25.6.1940, § 493, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle. Vermutlich wurde ein Teil der Betten zunächst nicht belegt. Im Jahre 1941 wurde die »Erhöhung der Bettenzahl auf 80« im Protokoll festgehalten; Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 16.12.1941, § 611, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

⁷²³ Der Vorsitzende der Hospital- und Stiftungsverwaltung an das Wehrbezirkskommando Bad Mergentheim, 24.3.1943, DAR, G.1.1-D 9. 3a.

⁷²⁴ Kirchenstiftungsratsprotokoll vom 28.1.1941, § 527, Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim, Kirchenstiftungsratsprotokolle.

⁷²⁵ *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43), S. 125 ff.; auf der Grundlage der Auswertung von Lohn- und Rechnungsunterlagen des Spitalarchivs Horb; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 290–291.

1940 und 1940 bis 1943 nachweisen. Drei der beschäftigten französischen Kriegsgefangenen wurden in den Zivilstatus »überführt«. ⁷²⁶

3. Informationen zur Einrichtung

Das im Jahre 1352 von einem Bürger der Stadt Horb gestiftete Spital entwickelte sich unter Beibehaltung seiner ursprünglichen Funktion als Pfründner- und Altenheim in der Folgezeit auch als Krankenhaus. Der Einrichtung war ein umfangreiches landwirtschaftliches Gut angegliedert, das bis nach dem Zweiten Weltkrieg in Eigenregie durch Angestellte der Kirchen- und Hospitalpflege betrieben wurde. Es umfasste im Jahre 1941 40 Hektar Ackerland, 20 Hektar Wiesen und 271 Hektar Wald. Die Produktion ging weit über den Eigenbedarf hinaus und war für die Versorgung Horbs von nicht unerheblicher Bedeutung. ⁷²⁷

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Keine Angaben.

Neutann: Spital

Einrichtung: Fürstlich zu Waldburg-Wolfegg'sches Hospital Neutann

Rechtsträger: Spitalstiftung

Betriebsträger: Caritasverband für Württemberg e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Waldburg-Wolfegg'sche Hospital Neutann lässt sich die Beschäftigung von einer männlichen zivilen ausländischen Arbeitskraft aus Polen in der Landwirtschaft von Juli 1942 bis August 1945 nachweisen. ⁷²⁸

⁷²⁶ Vom 2.12.1939 bis 15.1.1940 wurden zehn polnische Kriegsgefangene, vom 20.8.1940 bis 28.6.1943 wurden zwei, vom 20.8.1940 bis Dezember 1941 und vom 15.1.1942 bis 28.6.1943 jeweils ein französischer Kriegsgefangener beschäftigt; vgl. *Aderbauer*, Zwangsarbeit (wie Anm. 43), S. 125 ff.; auf der Grundlage der Auswertung von Lohn- und Rechnungsunterlagen des Spitalarchivs Horb; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 290–291.

⁷²⁷ Vgl. *Georg Maikler/Peter Silberzahn*, Das Spital zum Hl. Geist in Horb, in: *Joachim Köhler* (Hg.), 600 Jahre Stiftskirche Heilig-Kreuz Horb, Horb a.N. 1987, S. 161–172.

⁷²⁸ AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben, Hebeliste; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 312.

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Das 1733 für die Grafschaft Wolfegg errichtete Hospital wurde während des Zweiten Weltkrieges von Verbandsangestellten des Caritasverbandes für Württemberg e.V. verwaltet. Im Januar 1943 verfügte die Einrichtung über 45 Kranken- und Altersheimplätze und 42 Plätze zur Unterbringung von Müttern und Kindern aus luftkriegsgefährdeten Gebieten. Dem Hospital war ein landwirtschaftlicher Betrieb von 85 Hektar angegliedert.⁷²⁹

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Im Januar 1943 waren in der Einrichtung durch die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt 42 Plätze zur Unterbringung von Müttern und Kindern aus luftkriegsgefährdeten Gebieten in Anspruch genommen.⁷³⁰

Ravensburg: St. Elisabethen-Krankenhaus

Einrichtung: St. Elisabethen-Krankenhaus

Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das St. Elisabethen-Krankenhaus lässt sich die Beschäftigung von einer weiblichen zivilen ausländischen Arbeiterin aus Jugoslawien als Küchenhilfe von August 1942 bis Juli 1943 nachweisen.⁷³¹

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Das Elisabethen-Krankenhaus wurde im Jahre 1901 mit zunächst 60 Betten eröffnet. In den folgenden Jahren wurde dessen Kapazität

⁷²⁹ DAR, G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Anstalten.

⁷³⁰ Ebd.

⁷³¹ Ebd.; AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 322.

erweitert und ferner eine staatliche Krankenpflegeschule angegliedert.⁷³²

4. Nutzungsänderungen

Es liegen keine Hinweise für Nutzungsänderungen vor.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Ende August 1939 wurde das Elisabethen-Krankenhaus von der Wehrmacht als Lazarett mit 200 Betten in Anspruch genommen und in der Folgezeit entsprechend eingerichtet. Parallel zur Nutzung für die Versorgung kranker und verwundeter Soldaten diente es weiterhin auch zivilen Zwecken.⁷³³

Wangen im Allgäu: Kinderheilstätte

Einrichtung: Kinderheilstätte für tuberkulosekranke Kinder

Träger: Caritasverband für Württemberg e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für die Kinderheilstätte Wangen lässt sich die Beschäftigung von insgesamt sieben zivilen ausländischen Arbeitskräften (zwei männlichen und fünf weiblichen) im Zeitraum von 1944 bis 1945 nachweisen. Drei der Frauen wurden in der Krankenpflege und zwei als Hausgehilfinnen beschäftigt, die männlichen Arbeitskräfte als Hilfsarbeiter. Herkunftsort der männlichen Arbeitskräfte war Russland.⁷³⁴

Die als Hilfskräfte eingesetzten männlichen Arbeitskräfte wurden im Juli 1944 aus dem Krankensammellager Großsachsenheim der Kinderheilstätte Wangen zugewiesen. Einer der Männer verblieb bis nach Kriegsende in der Einrichtung.⁷³⁵

⁷³² Vgl. Hundert Jahre Krankenhaus St. Elisabeth 1901–2001, hg. von der Oberschwaben-Klinik GmbH, Ravensburg 2001; Franziskanerinnen Kloster Reute-Bad Waldsee, Bergatreute 1994; *Hagen*, Geschichte (wie Anm. 419), S. 374.

⁷³³ Chronik des St. Elisabethen-Krankenhauses Ravensburg 1897–1952 (Einträge 1939), Archiv Kloster Reute; Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 6, S. 11, S. 22, Archiv Kloster Reute.

⁷³⁴ Über die Herkunftsländer der anderen Arbeitskräfte liegen keine Angaben vor. Zwei Arbeitskräfte traten im Juli 1944, eine Arbeitskraft im Oktober 1944 und vier Arbeitskräfte im November 1944 in der Kinderheilstätte ein: AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben, Hebeliste; LVA Württemberg, Versicherungskartenarchiv; vgl. *Janker*, Zwangsarbeiterereinsätze (wie Anm. 22), S. 349–350.

⁷³⁵ Über die Dauer des Einsatzes des anderen Mannes liegen keine Informationen vor, AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben, Hebeliste,

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Die im Jahre 1928 errichtete Kinderheilstätte war im Jahr 1939 durchschnittlich mit 350 Kindern belegt.⁷³⁶ Im Jahr 1942 war die Kinderheilstätte mit bis zu 470 untergebrachten Kindern erheblich überbelegt.⁷³⁷ In den Jahren 1943 und 1944 konnte die Überbelegung insoweit reduziert werden, als in der Einrichtung durchschnittlich 400 bis 420 Kinder untergebracht wurden. Angesichts der Auslastung der Kinderheilstätte war ihre finanzielle Entwicklung gut, im Jahre 1944 konnte die Einrichtung Überschüsse erwirtschaften, die zur Rückzahlung von Hypotheken benutzt wurden.⁷³⁸

4. Nutzungsänderungen

Es liegen keine Hinweise für Nutzungsänderungen vor.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Es liegen keine Hinweise für eine Inanspruchnahme, Beschlagnahme oder Enteignung vor.

Stuttgart: Marienhospital

Einrichtung: Marienhospital Stuttgart

Träger: Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal e.V. (Vinzentinerinnen)

Mitgliederkarte; LVA Württemberg, Versicherungskartenarchiv; Kinderheilstätte Wangen an das Arbeitsamt Ravensburg, 20.7.1944, betr.: Einsatz tuberkulöser Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen, StASig, R 31/4, Nr. 22.

⁷³⁶ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1939 (S. 4), DAR, G 1.1, C 16.6 f.

⁷³⁷ Einen Teil des Personals der Kinderheilstätte Wangen stellten auch Schwestern der Schulschwesternkongregation der Franziskanerinnen von Sießen. Im Januar 1942 waren in der Einrichtung vier Schwestern beschäftigt; Erhebungsbogen B für die Mutterhäuser (Stand 1.1.1942), Klosterarchiv Sießen, Bestand 05516.

⁷³⁸ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1943, V. Anstaltsbetriebe des Caritasverbandes, ADCV, 125.81.030, Fasz. 1; Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1944 (S. 10 f.), DAR, G 1.1, C 16.6 f.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Marienhospital lässt sich die Beschäftigung von insgesamt acht weiblichen zivilen ausländischen Arbeitskräften aus Belgien (4), Flandern (1), Rumänien (1), Frankreich (1) und der Slowakei (1) ab 1941 bis zum Zeitpunkt der Enteignung der Kongregation am 5. Februar 1942 als Hausgehilfinnen (6) und Hebammen (2) nachweisen. Als Hebammen wurden die beiden Frauen aus Rumänien und der Slowakei beschäftigt.⁷³⁹

In der Chronik wurde für das Jahr 1941 notiert: »Um die immer mehr fühlbaren Lücken unter den Hausgehilfinnen auszufüllen, machten wir einen Versuch mit Auslandsdeutschen. Doch durch die schlechten Erfahrungen haben wir von weiteren Einstellungen Abstand genommen.«⁷⁴⁰

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Das Marienhospital wurde 1890 von der Genossenschaft der Vinzentinerinnen von Untermarchtal gegründet. Mit dem Marienhospital war ein größerer landwirtschaftlicher Betrieb verbunden.⁷⁴¹

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Mitte August 1939 wurde das Marienhospital von der Wehrmacht als Reservelazarett beschlagnahmt. Trotz dieser Inanspruchnahme durch die Wehrmacht konnte ein Teil des Marienhospitals weiterhin für zivile Zwecke genutzt werden. In den folgenden Monaten wurden von den insgesamt 485 Betten, welche die Wehrmacht gefordert hatte, lediglich 200 belegt. Ende November 1939 wurde das Lazarett schließlich auf ca. 200 Betten reduziert, so dass von diesem Zeit-

⁷³⁹ Archiv Marienhospital, Personalbuch vom 1.8.1934 bis 12.4.1945; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 339.

⁷⁴⁰ Archiv Marienhospital, Chronik (Einträge 1941).

⁷⁴¹ Vgl. ausführlich: *Margarita Beitzl* (Hg.), 100 Jahre Marienhospital 1890–1990, Ulm 1990; darin insbesondere der Aufsatz von *Sauer*, Das Marienhospital (wie Anm. 119), S. 49–69.

punkt an wieder eine größere Zahl von Zivilpersonen als Patienten aufgenommen werden konnte.⁷⁴²

Die Verfügungen zur Beschlagnahme des gesamten Besitzes und Vermögens der Kongregation der Vinzenterinnen von Untermarchtal Anfang Juli 1941 waren auch für das Marienhospital Stuttgart wirksam. Im Zuge dessen wurde im Marienhospital ein Treuhänder eingesetzt, Rechtsträger blieb die Genossenschaft.⁷⁴³ Am 5. Februar 1942 wurde der gesamte Besitz der Schwestern von Untermarchtal, und somit auch das Marienhospital, dem Deutschen Reich übertragen.⁷⁴⁴

Kißlegg: Hospital zum Heiligen Geist

Einrichtung: Fürstlich Waldburg'sches Hospital zum Heiligen Geist

Rechtsträger: Fürstliche Hospitalstiftung zum Heiligen Geist

Betriebsträger: Caritasverband für Württemberg e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Waldburg'sche Hospital zum Heiligen Geist lässt sich die Beschäftigung von insgesamt vier zivilen ausländischen Arbeitskräften (drei männlichen und einer weiblichen) aus Polen in der Landwirtschaft im Zeitraum von 1941 bis 1945 nachweisen.⁷⁴⁵

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

⁷⁴² Im Jahre 1940 war das Lazarett durchschnittlich mit ca. 220 Soldaten belegt; Archiv Marienhospital, Chronik (Einträge 1939 und 1940); vgl. *Sauer*, Das Marienhospital (wie Anm. 119), S. 63.

⁷⁴³ Archiv Marienhospital, Chronik (Einträge 1941, darin enthalten auch die Abschrift der Verfügung zur Beschlagnahme vom 5.7.1941); vgl. *Sauer*, Das Marienhospital (wie Anm. 119), S. 64.

⁷⁴⁴ Archiv Marienhospital, Chronik (Einträge 1942, darin enthalten auch die Abschrift des Erlasses vom 5.2.1942); vgl. *Sauer*, Das Marienhospital (wie Anm. 119), S. 64; zu Untermarchtal siehe S. 134–137 in diesem Band.

⁷⁴⁵ Personalunterlagen, Archiv des Heilig-Geist-Hospitals Kißlegg; LVA Württemberg, Versicherungskartenarchiv; vgl. entsprechende Hinweise auch bei *Thomas Weiland*, Das Hospital zum Heiligen Geist in Kißlegg. Ein Streifzug durch die Geschichte, Kißlegg 1995, S. 149; vgl. *Janker*, Zwangsarbeiterereinsätze (wie Anm. 22), S. 295–296.

3. Informationen zur Einrichtung

Die 1575 errichtete Hospitalstiftung zum Heiligen Geist in Kißlegg⁷⁴⁶ wurde während des Zweiten Weltkrieges von Verbandsangestellten des Caritasverbandes für Württemberg e.V. verwaltet. Im Januar 1943 verfügte die Einrichtung über 35 Altersheimplätze. Dem Hospital war ein landwirtschaftlicher Betrieb von 50 Hektar angegliedert.⁷⁴⁷

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Keine Angaben.

⁷⁴⁶ Vgl. ausführlich: *Weiland*, Das Hospital (wie Anm. 745).

⁷⁴⁷ DAR, G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Anstalten. In den Jahren 1934 bis 1936 umfasste die bewirtschaftete Fläche des Betriebes 95,29 Morgen, vgl.: *Weiland*, Das Hospital (wie Anm. 745), S. 91.

5. Anstalten der Wirtschaftsfürsorge Altshausen: Altersheim St. Joseph

Einrichtung: Alters- und Invalidenheim St. Joseph

Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Altersheim St. Joseph lässt sich die Beschäftigung von insgesamt fünf zivilen ausländischen Arbeitskräften (einer männlichen und vier weiblichen) aus der Ukraine (2), Weißruthenien (2) und dem Elsass (1) im Zeitraum von 1942 bis 1945 nachweisen. Die männliche zivile Arbeitskraft aus der Ukraine wurde als landwirtschaftlicher Arbeiter beschäftigt. Eine der Frauen aus der Ukraine wurde als Haushilfin, eine der Frauen aus Weißruthenien als Hilfsarbeiterin beschäftigt. Über die zwei weiteren zur Arbeit eingesetzten Frauen liegen keine Hinweise zum Einsatzbereich vor.⁷⁴⁸

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für das Altersheim St. Joseph lässt sich der Einsatz von insgesamt zwei Kriegsgefangenen aus Frankreich im Zeitraum von 1941 bis April 1945 nachweisen.⁷⁴⁹

3. Informationen zur Einrichtung

Das 1899 in den Gebäuden einer ehemaligen Zuckerfabrik in Altshausen eingerichtete Invalidenhaus St. Josef wurde im Jahre 1903 von den Franziskanerinnen von Reute übernommen.⁷⁵⁰

Es verfügte im Jahre 1939 über 300 Betten⁷⁵¹ und war 1943 mit 295 alten Menschen und 67 Evakuierten belegt.⁷⁵²

⁷⁴⁸ StASig, Wü 65/31, Landratsamt Saulgau, T 4, Nr. 2769, Verzeichnis der am 2.9.1939–25.4.1945 dauernd oder in den Kommandos oder Lagern beschäftigten Ausländer, 1945–1946; AOK Bezirksdirektion Sigmaringen, Hebekarte; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 265.

⁷⁴⁹ Einer der Gefangenen wurde ab Januar 1941, der zweite ab November 1943 im Altersheim beschäftigt. Über den Einsatzbereich liegen keine Informationen vor, StASig, Wü 65/31, Landratsamt Saulgau, T 4, Nr. 2769, Verzeichnis der am 2.9.1939–25.4.1945 dauernd oder in den Kommandos oder Lagern beschäftigten Ausländer, 1945–1946; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 265.

⁷⁵⁰ Vgl. dazu: Franziskanerinnen Kloster Reute–Bad Waldsee, Bergatreute 1994; *Hagen*, Geschichte (wie Anm. 419), S. 374 f.

⁷⁵¹ Verzeichnis der Altersheime in Württemberg und Hohenzollern, Stand vom 1. Juli 1939, StAL, E 191, Bü. 6861.

Im Jahre 1937 beschäftigte das Invalidenheim St. Joseph eine weibliche Person in der Hauswirtschaft. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten 62 Schwestern der Kongregation von Reute in der Einrichtung.⁷⁵³ Mit der Einrichtung war ein landwirtschaftlicher Betrieb verbunden.⁷⁵⁴

4. Nutzungsänderungen

Im Altersheim St. Joseph wurden im Jahr 1943 14 Personen aus luftkriegsgefährdeten Gebieten untergebracht,⁷⁵⁵ deren Zahl bis zum Jahr 1944 auf 67 anstieg.⁷⁵⁶

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Es liegen keine Hinweise für eine Inanspruchnahme, Beschlagnahme oder Enteignung vor.

Ulm: Altenheim St. Anna-Stift

Einrichtung: Altenheim St. Anna-Stift in Ulm

Träger: Kirchengemeinde St. Georg (Gemeindehaus St. Georg e.V.)

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Altenheim St. Anna-Stift lässt sich die Beschäftigung von insgesamt zwei weiblichen zivilen ausländischen Arbeitskräften aus Polen als »Haus- und Küchenmädchen« im Zeitraum von 1940 bis 1945 nachweisen.⁷⁵⁷

⁷⁵² Chronik der Kongregation von Reute 1944–1947, S. 24, Archiv Kloster Reute.

⁷⁵³ Erhebung über Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege vom September 1937, StAL, E 191, Bü. 4292.

⁷⁵⁴ Chronik Altenheim St. Joseph Altshausen 1899–1998, Archiv Kloster Reute.

⁷⁵⁵ Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 96, Archiv Kloster Reute.

⁷⁵⁶ Chronik der Kongregation von Reute 1944–1947, S. 24, Archiv Kloster Reute.

⁷⁵⁷ Eine der Frauen wurde im Altenheim von November 1940 bis August 1943, die zweite Frau von April 1942 bis Mai 1945 beschäftigt; DAR, G 1.6 Nr. 35, Personalnachweisungen von Anstalten; St. Anna-Stift Ulm, Quittungskarten zur Invalidenversicherung bei der Landesversicherungsanstalt Württemberg; Abmeldebescheinigung der AOK Ulm; LVA Württemberg, Versicherungskartenarchiv; vgl. *Jancker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 346.

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Das im Gemeindehaus der Stadtpfarrei St. Georg errichtete Altersheim verfügte im Jahr 1939 über 22 Plätze.⁷⁵⁸ Im Jahre 1937 beschäftigte die Einrichtung zwei Hausangestellte.⁷⁵⁹

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Keine Angaben.

⁷⁵⁸ Verzeichnis der Altersheime in Württemberg und Hohenzollern, Stand vom 1. Juli 1939, StAL, E 191, Bü. 6861.

⁷⁵⁹ Erhebung über Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege vom September 1937, StAL, E 191, Bü. 4292.

6. Kirchenpflegen

Biberach an der Riß: Kirchenpflege St. Martin

Einrichtung und Träger: Katholische Kirchenpflege St. Martin

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften
Für die Kirchenpflege St. Martin lässt sich die Beschäftigung von einer männlichen zivilen ausländischen Arbeitskraft aus Osteuropa von Anfang April bis 19. Mai 1945 nachweisen.⁷⁶⁰

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen
Es liegen Hinweise von Zeitzeugen zur Beschäftigung von zwei Kriegsgefangenen vor.⁷⁶¹

3. Informationen zur Einrichtung
Keine Angaben.

4. Nutzungsänderungen
Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung
Keine Angaben.

Renhardswweiler: Katholische Kirchenpflege St. Georg

Einrichtung und Träger: Katholische Kirchenpflege St. Georg

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften
Für die Katholische Kirchenpflege St. Georg lässt sich die Beschäftigung von einer männlichen zivilen ausländischen Arbeitskraft aus Polen im Januar 1943 nachweisen.⁷⁶²

⁷⁶⁰ Bei der betreffenden Person wurde in den AOK-Unterlagen unter der Rubrik Herkunft »Ostarbeiter« eingetragen; AOK Bezirksdirektion Biberach; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 277.

⁷⁶¹ Katholische Kirchenpflege Biberach/Riß an das Bischöfliche Ordinariat, 7.9.2000, betr.: Zwangsarbeiter/innen in katholischen Einrichtungen. Dass in Biberach/Riß die Beschäftigung von Kriegsgefangenen erfolgte, begründet sich dadurch, dass sich in Biberach ein Kriegsgefangenenlager befand; vgl. ausführlich: *Adler/Guderlei*: Das »Lager Lindele« im Zweiten Weltkrieg (wie Anm. 542).

⁷⁶² AOK Bezirksdirektion Sigmaringen; Stadtarchiv Bad Saulgau, Verzeichnis der ausländischen Arbeitnehmer in Renhardswweiler; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 323.

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Keine Angaben.

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Keine Angaben.

Tett nang: Friedhof

Einrichtung: Friedhof

Träger: Kirchenpflege St. Gallus

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für den Friedhof der Kirchenpflege St. Gallus in Tett nang lässt sich die Beschäftigung von einer weiblichen zivilen ausländischen Arbeiterin aus Russland in den Monaten April und Mai 1945 nachweisen.⁷⁶³

Die betreffende Frau, welche zunächst in Friedrichshafen zur Arbeit eingesetzt und im so genannten »Wiesenlager« untergebracht war, berichtete: »Am 28. oder 29. April 1945 wurden wir – zehn Personen – in die Stadt Tett nang gebracht. Hier kam ich zum Friedhofsverwalter [...] Der Arbeitstag dauerte 12 Stunden, d.h. von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Während der Arbeit habe ich den Friedhof aufgeräumt und Gräber ausgegraben. Am 14. Mai bin ich in das Lager gegangen, von dort wurden wir nach Hause zurückgeschickt.«⁷⁶⁴

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

⁷⁶³ Bericht einer ehemaligen Zwangsarbeiterin, Dokumentation *Christa Tholander*, vgl. Aktensammlung »Zwangsarbeit«, DAR; Stadtarchiv Friedrichshafen, Ärzteliste Dr. Keppeler; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 344–345.

⁷⁶⁴ Bericht einer ehemaligen Zwangsarbeiterin, Dokumentation *Christa Tholander*, vgl. Aktensammlung »Zwangsarbeit«, DAR.

3. Informationen zur Einrichtung
Keine Angaben.

4. Nutzungsänderungen
Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung
Keine Angaben.

7. Studienkolleg

Bad Wurzach: Hofgut Wiesen

Einrichtung: Hofgut Wiesen

Träger: Salvatorianer

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Hofgut Wiesen der Salvatorianer lässt sich die Beschäftigung von insgesamt drei männlichen zivilen ausländischen Arbeitskräften aus Frankreich in der Landwirtschaft im Zeitraum von November 1943 bis Mai 1945 nachweisen. Die Betroffenen hatten zuvor auf dem Hofgut im Status von Kriegsgefangenen gearbeitet und wurden am 1. November 1943 in den Zivilstatus »überführt«. ⁷⁶⁵

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für das Hofgut Wiesen lässt sich der Einsatz von insgesamt vier Kriegsgefangenen aus Frankreich jeweils am 31. Mai in den Jahren 1941, 1943 und 1944 und von fünf Kriegsgefangenen am 31. Mai 1942 nachweisen. ⁷⁶⁶

3. Informationen zur Einrichtung

Dem Provinzialat der Salvatorianer in Bad Wurzach war das Studienkolleg St. Georg, ein Internat mit Progymnasium, angeschlossen. Im Jahre 1939 befanden sich dort ca. 65 Schüler, 12 Patres und 25 Laienbrüder und 12 Salvatorianerinnen, die den Haushalt besorgten. Die »Lateinschule« musste Anfang April 1940 geschlossen werden. Die wehrfähigen Laienbrüder wurden zum Heeresdienst eingezogen. Als im August 1940 Teile der Einrichtung für Zwecke der Wehrmacht in Anspruch genommen wurden, verblieb die der Einrichtung angegliederte Landwirtschaft, das Hofgut Wiesen, dem Orden. ⁷⁶⁷

⁷⁶⁵ AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben, Hebeliste; DAR, G 1.6 Nr. 20: Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz; Stadtarchiv Bad Wurzach, Einwohnermeldekartei; Internationaler Suchdienst Bad Arolsen, Ausländerliste der Gemeinde Gspoldshofen; vgl. *Janker*, Zwangsarbeiter-einsätze (wie Anm. 22), S. 274.

⁷⁶⁶ DAR, G 1.6 Nr. 20, Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz; vgl. *Janker*, Zwangsarbeiter-einsätze (wie Anm. 22), S. 274.

⁷⁶⁷ DAR, G 1.6 Nr. 40; Salvatorkolleg Bad Wurzach an die Diözese Rotenburg, 24.7.2000, betr.: Ihre Anfrage wegen Zwangsarbeitern in unseren Einrichtungen.

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Im August 1940 errichtete die Wehrkreisverwaltung Stuttgart im Schloss und angrenzenden Park ein Offizierslager.⁷⁶⁸ Dieses wurde im Verlauf des Jahres 1942 aufgelöst. Im November 1942 richtete das Innenministerium dort ein Internierungslager zur Unterbringung britischer Staatsangehöriger ein.⁷⁶⁹

⁷⁶⁸ Dabei handelte es sich um das Offizierslager (Oflag) V C; vgl. zur Organisation des Kriegsgefangenenwesens im Wehrkreis V: *Bernd Boll*, »Das wird man nie mehr los ...«. *Ausländische Zwangsarbeiter in Offenburg 1939 bis 1945*, Pfaffenweiler 1994, S. 44–50.

⁷⁶⁹ Schreiben des Salvatorkollegs Wurzach vom 7.6.1943, DAR, G 1.6, Nr. 40; *Heimatgeschichtlicher Wegweiser*, Bd. 5/2 (wie Anm. 513), S. 227.

8. Töcherschule

Ochsenhausen: Töcherschule St. Walburga

Einrichtung: Land- und hauswirtschaftliche Töcherschule St. Walburga

Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung ziviler ausländischer Arbeitskräfte vor.

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Für die Töcherschule lässt sich der Einsatz von mindestens zwei Kriegsgefangenen aus Frankreich in der Landwirtschaft im Zeitraum von 1940 bis 1945 nachweisen.⁷⁷⁰

In einer Aufzeichnung über die Geschichte der Töcherschule wurde über die Ereignisse beim Einmarsch französischer Truppen im April 1945 vermerkt: »Alle deutschen Soldaten wurden gefangen genommen und einer unserer Gefangenen wurde ihnen als Wachmann gegeben, der sie aber gut versorgte. [...]

Nachdem die Franzosen eingezogen waren, kam auch unser französischer Gefangener zum Vorschein; er war fünf Jahre bei uns und leistete uns treue Dienste.«⁷⁷¹

Die Oberin der Töcherschule berichtete im Mai 1945: »Nun sind unsere Gefangenen, die wir zum Arbeiten hatten, frei und jedenfalls werden dieselben am Montag zu ihren Familien nach Frankreich zurückkehren. Sie freuen sich sehr; denn sie sind nun über fünf Jahre hier.«⁷⁷²

3. Informationen zur Einrichtung

Die 1918 von Franziskanerinnen von Reute errichtete landwirtschaftliche Töcherschule sollte katholischen Mädchen notwendige theoretische Kenntnisse und praktische Fertigkeiten für eine zukünftige Aufgabe als »ländliche Hausfrauen« vermitteln. Die Schule ver-

⁷⁷⁰ Unsere Erlebnisse im Umsturzjahr 1945 und Brief der Oberin des Filials St. Walburga an die Generaloberin in Reute vom 6.5.1945, Archiv Kloster Reute, St. Walburga-Geschichtliches; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 315–316.

⁷⁷¹ Unsere Erlebnisse im Umsturzjahr 1945, Archiv Kloster Reute, St. Walburga-Geschichtliches.

⁷⁷² Brief der Oberin des Filials St. Walburga an die Generaloberin in Reute vom 6.5.1945, Archiv Kloster Reute, St. Walburga-Geschichtliches.

fügte über große Wirtschaftsgebäude, Gärten und eine über 100 Morgen umfassende Ökonomie.⁷⁷³

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Keine Angaben.

⁷⁷³ Archiv Kloster Reute, St. Walburga-Geschichtliches.

9. Wohnheim

Stuttgart: Marienanstalt

Einrichtung: Marienanstalt Stuttgart, Wohnheim für berufstätige Mädchen und junge Frauen, Durchgangsheim für stellensuchende Mädchen, Fachschulen und Kindergarten

Träger: Stiftung Marienanstalt

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für die Marienanstalt lässt sich die Beschäftigung von insgesamt sechs weiblichen zivilen ausländischen Arbeitskräften aus der Ukraine in der Hauswirtschaft von Juni 1944 bis 1945 nachweisen.⁷⁷⁴

Im Bericht für das Geschäftsjahr 1942/43 wurde festgestellt: »Das große Arbeitsmaß, das in diesem Hause anfällt, wird von 33 Schwestern und einer Anzahl Dienstmädchen bewältigt, leider eine bedeutend zu kleine Zahl.«⁷⁷⁵

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Mit Kriegsbeginn wurde die Marienanstalt verpflichtet, die Verpflegung von Personen des in Stuttgart eingesetzten Sicherheits- und Hilfsdienstes zu übernehmen.⁷⁷⁶

Das Wohnheim der Marienanstalt war im Jahre 1942 mit einer Belegung von ca. 230 berufstätigen Mädchen und jungen Frauen voll besetzt. Der Kindergarten, die Nähsschule und die Haushaltungsschule waren ebenfalls gut belegt.

⁷⁷⁴ Eintrittsdatum sämtlicher Arbeitskräfte war der 16.6.1944, Archiv der Stiftung Marienheim, Meldebuch des Arbeitgebers 1930–1949, Akte ausgeschiedenes Dienstpersonal; Leistungskartei AOK Stuttgart; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 337.

⁷⁷⁵ Bericht der Schwester Oberin über das Geschäftsjahr 1942/43, S. 3; Archiv der Stiftung Marienheim, Geschäftsberichte der Schwester Oberin.

⁷⁷⁶ Während im Jahre 1943 durchschnittlich ca. 300 Personen verpflegt wurden, stieg deren Zahl im Jahre 1944 auf durchschnittlich 600 an. Nach Luftangriffen mussten im Einzelfall bis zu 1600 Personen verpflegt werden; Marienanstalt Stuttgart, 3.10.1939, Klosterarchiv Sießen, Bestand 05516; Schulschwestern-Kongregation Sießen, Beilage zum Fragebogen der Jahresarbeit 1939, Klosterarchiv Sießen, Bestand 05516; Bericht der Schwester Oberin über das Geschäftsjahr 1943/44 und 1944/45, Archiv der Stiftung Marienheim, Geschäftsberichte der Schwester Oberin.

Ab 1943 wohnten zwölf bis vierzehn holländische Zimmerleute in den von der Stadt Stuttgart beschlagnahmten Räumen der Handelsschule.⁷⁷⁷ Die Zimmerleute wurden durch ihre Meister zur Behebung von Kriegsschäden im Raum Stuttgart eingesetzt. Als die Marienanstalt ab Februar 1944 durch mehrere Luftangriffe stark zerstört wurde, übernahmen die holländischen Arbeiter umfangreiche Reparaturarbeiten.⁷⁷⁸

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Im Jahre 1941 wurden die Räume der Handelsschule von der Stadt Stuttgart beschlagnahmt, um diese als Unterkunft für verschiedene Personengruppen nutzen zu können. Ab Frühjahr 1942 wurden in den Räumen zunächst weibliche Angehörige des Reichsarbeitsdienstes und in der Folgezeit Schwestern, die der NS-Schwesternschaft angehörten, einquartiert. Ab 1943 wurden dort Arbeitskräfte untergebracht, die in der Stadt Stuttgart zu Instandsetzungsarbeiten eingesetzt wurden.⁷⁷⁹

⁷⁷⁷ Bericht der Schwester Oberin über das Geschäftsjahr 1940/42 und 1942/43, Archiv der Stiftung Marienheim, Geschäftsberichte der Schwester Oberin.

⁷⁷⁸ Bericht der Schwester Oberin über das Geschäftsjahr 1943/44 und 1944/45, Archiv der Stiftung Marienheim, Geschäftsberichte der Schwester Oberin.

⁷⁷⁹ Bericht der Schwester Oberin über das Geschäftsjahr 1940/42, 1942/43, 1943/44 und 1944/45, Archiv der Stiftung Marienheim, Geschäftsberichte der Schwester Oberin.

10. Gesellenhaus

Ravensburg: Gesellenhaus

Einrichtung: Katholisches Gesellenhaus (Gemeindehaus)

Träger: Katholische Kirchengemeinde Liebfrauen Ravensburg

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften
Für das Gesellenhaus lässt sich die Beschäftigung von insgesamt zwei weiblichen zivilen ausländischen Arbeitskräften aus Estland von Februar 1945 bis Juni 1945 nachweisen. Eine der Betroffenen wurde als Nähgehilfin beschäftigt.⁷⁸⁰

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen
Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung
Im Jahre 1936 erfolgte der Verkauf des Ravensburger Gesellenhauses an die katholische Kirchengemeinde, um einer möglichen Enteignung durch die Partei vorzubeugen.⁷⁸¹

4. Nutzungsänderungen
Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung
Keine Angaben.

⁷⁸⁰ Für die zweite Frau liegen keine Informationen über den Einsatzbereich vor; Stadtarchiv Ravensburg, Bestand A I 4179: Nachforschungen nach Angehörigen der Vereinten Nationen, die vom 1.9.1939 bis 25.4.1945 in Ravensburg beschäftigt waren, 1945–1948; LVA Württemberg, Versicherungskartenarchiv; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 319.

⁷⁸¹ *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 319; vgl. *Ansgar Krimmer*, Der Katholische Gesellenverein der Diözese Rottenburg von 1852 bis 1945, Paderborn, München/Wien/Zürich 1994, S. 266 ff.; vgl. auch: 125 Jahre Kolpingsfamilie Ravensburg 1862–1987, hg. von der Kolpingsfamilie Ravensburg, Ravensburg 1987.

11. Schwesternhaus

Schramberg: Marienheim

Einrichtung: Stadtschwesternhaus Marienheim

Träger: Kath. Kirchenpflege Maria Himmelfahrt Schramberg

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Marienheim lässt sich die Beschäftigung von einer weiblichen zivilen ausländischen Arbeitskraft aus Russland als Hausgehilfin von November 1942 bis 1945 nachweisen.⁷⁸²

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Das 1906 durch die Katholische Kirchengemeinde Maria Himmelfahrt errichtete Schwesternhaus diente als Unterkunft für die in der Stadt Schramberg auf den Gebieten der Caritas tätigen Schwestern. Diese widmeten sich insbesondere der Krankenpflege. In den Räumen wurden außerdem Nählehrgänge durchgeführt und eine Essensausgabe für Bedürftige unterhalten.⁷⁸³

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Im Jahre 1944 wurde die Nähstube des Marienheims zur Unterbringung von Personen, die nach Luftangriffen obdachlos geworden waren, und als Unterkunft von Arbeitskräften der Firma Junghans in Anspruch genommen.⁷⁸⁴

⁷⁸² AOK Bezirksdirektion Rottweil, Hebeliste und Leistungskarten; vgl. *Janker, Zwangsarbeitereinsätze* (wie Anm. 22), S. 330.

⁷⁸³ Rechnung des Marienheims für 1941, DAR, M 175, Bü. 12 U 7.

⁷⁸⁴ DAR, G 1.3 Schramberg St. Maria (Himmelfahrt), Fasz. 18 und Quardrangel 10–18.

12. Kirchliche Stiftung öffentlichen Rechts

Schramberg: Wald Imbrand

Einrichtung: Wald Imbrand

Eigentümer: Interkalarfonds Rottenburg

Beschäftigungsträger: Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg in Schramberg

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für den Interkalarfonds lässt sich die Beschäftigung von insgesamt 21 zivilen ausländischen Arbeitskräften (19 männlichen und zwei weiblichen) aus Polen (12) und Russland (9) in der Forstwirtschaft von April 1944 bis April 1945 nachweisen.⁷⁸⁵

Am 28. April 1944 trafen acht Waldarbeiter aus Danzig/Westpreußen⁷⁸⁶ und am 23. Juni 1944 weitere vier Waldarbeiter aus Posen durch Vermittlung des Forstamtes Alpirsbach für den Wald Imbrand ein.⁷⁸⁷

Ende September wurden die Arbeiter aus Danzig⁷⁸⁸ und Mitte Oktober 1944 die Arbeiter aus Posen auf Anordnung des Reichsforstmeisters wieder abgezogen.⁷⁸⁹ Mitte Dezember 1944 wurden der Wald-Imbrand-Verwaltung neun »Ostarbeiter« zugewiesen.⁷⁹⁰

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.⁷⁹¹

⁷⁸⁵ AOK Bezirksdirektion Rottweil, Hebeliste; vgl. *Janker*, Zwangsarbeiter-einsätze (wie Anm. 22), S. 331–333.

⁷⁸⁶ Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an das Einwohnermeldeamt, 29.4.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

⁷⁸⁷ Stadtoberinspektor an Gräflich von Bissingen'sches Rentamt, Schramberg, 24.6.1944, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

⁷⁸⁸ Württ. Forstamt Alpirsbach an die Wald-Imbrand-Verwaltung, 22.9.1944, betr.: Waldarbeiter aus Danzig, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

⁷⁸⁹ Württ. Forstamt Alpirsbach an die Wald-Imbrand-Verwaltung, 6.10.1944 und 12.10.1944, betr.: Rücktransport der Waldarbeiter aus Posen, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

⁷⁹⁰ Gräflich von Bissingen'sches Rentamt an das Wirtschaftsamt Rottweil, 6.1.1945, betr.: AZ-Karten für Ostarbeiter, Interkalarfonds, Korrespondenzen III.

⁷⁹¹ Vgl. Wehrpflichtigen- und Beschäftigtenmeldung für Stichtag 31.5.1943, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

3. Informationen zur Einrichtung

Der Interkalarfonds, eine kirchliche Stiftung öffentlichen Rechts, erwarb 1936 vom Grafen von Bissingen den Walddistrikt Imbrand mit einer Fläche von 259,4 ha. In diesem Zusammenhang wurde die Vereinbarung getroffen, dass die Verwaltung des Waldes durch das Gräfliche Rentamt besorgt werden sollte.⁷⁹²

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Keine Angaben.

⁷⁹² Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg an das Forstamt Alpirsbach, 9.8.1944, betr.: Beförderung, Interkalarfonds, Korrespondenzen II; Holzeinschlagsnachweisung vom 1.10.1942 bis 30.6.1943 der Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg, Interkalarfonds, Korrespondenzen II.

13. Exerzitienheim

Stuttgart: Christkönigsheim

Einrichtung: Exerzitienheim

Träger: Verein für katholische Heimatmission e.V.

1. Beschäftigung von zivilen ausländischen Arbeitskräften

Für das Christkönigsheim lässt sich die Beschäftigung von insgesamt zwei zivilen weiblichen ausländischen Arbeitskräften aus Belgien im Zeitraum von 1941 bis 1942 als »Hausgehilfinnen« nachweisen.⁷⁹³

2. Beschäftigung von Kriegsgefangenen

Es liegen keine Hinweise für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen vor.

3. Informationen zur Einrichtung

Der Verein für katholische Heimatmission erwarb im Jahre 1931 ein ehemaliges Fabrikgebäude am Rande des Schlossparks Hohenheim, um dort ein Exerzitienheim einzurichten.⁷⁹⁴

4. Nutzungsänderungen

Keine Angaben.

5. Inanspruchnahme/Beschlagnahme/Enteignung

Das Christkönigsheim wurde Anfang Februar 1942 durch die Wehrmacht zur Einrichtung eines Reservelazarettes beschlagnahmt.⁷⁹⁵

⁷⁹³ Stadtarchiv Stuttgart, Bestand Plieningen 4817; AOK Bezirksdirektion Stuttgart, Mitglieder- und Leistungskarten; LVA Württemberg, Versicherungskartenarchiv; vgl. *Janker*, Zwangsarbeitereinsätze (wie Anm. 22), S. 341–342.

⁷⁹⁴ Vgl. *Wilfried Kunz*, Die Geschichte des Christkönigsheims und der Palotiner von Stuttgart-Hohenheim, Stuttgart 2000.

⁷⁹⁵ Vgl. ebd., S. 22 f.

Quellen⁷⁹⁶

AOK-Bezirksdirektionen

- Allgäu-Oberschwaben, Hebelisten
- Bad Urach-Münsingen, Hebelisten
- Biberach, Hebelisten
- Böblingen, Hebelisten
- Freudenstadt, Hebelisten
- Göppingen, Mitgliederkartei
- Heilbronn, Hebelisten
- Ludwigsburg, Hebelisten
- Main-Tauber-Kreis, Hebelisten
- Ostalb, Hebelisten
- Rottweil, Hebelisten
- Schwäbisch Hall, Hebelisten, Mitgliederkartei
- Sigmaringen, Hebelisten
- Tübingen, Hebelisten
- Tuttlingen, Hebelisten

Archiv der Benediktinerabtei Neresheim

- AOK-Hebeliste des Arbeitgebers

Archiv Deutscher Caritasverband

- Bestand 125.81.030 (Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Vermischtes Schriftgut)

Archiv der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal

- Einzelfälle (Beschlagnahme, Enteignung)
- Mutterhauschronik
- Personalbuch St. Veit
- Personalbuch 1905–1958
- Personalliste
- Rechtspflege (Lebensmittelberichte, Versorgungs-Nachweise)
- Rechtspflege II (Prozessakten, Beschlagnahme bis zum Urteil)
- Verträge

⁷⁹⁶ Bei wörtlichen Quellenzitatzen im Text wurden Abkürzungen und Zahlen ausgeschrieben und Fehler in der Orthographie und Zeichensetzung korrigiert bzw. der heutigen Schreibweise angepasst.

Archiv des Heilig-Geist-Hospitals Kißlegg

- Personalunterlagen

Archiv Kloster Reute

- Chronik Altenheim St. Josef Altshausen 1899–1998
- Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943
- Chronik der Kongregation von Reute 1944–1947
- Chronik Heggbach 1898–1947
- Chronik Jordanbad 1905–1951
- Chronik Kinderkrankenhaus Sankt Nikolaus Ravensburg (ohne Laufzeit)
- Chronik des St. Elisabethenkrankenhauses Ravensburg 1897–1952
- Chronik St. Maria Ingerkingen (ohne Laufzeit)
- Drittes Reich, 2. Weltkrieg 1939–1945, Kloster Reute
- Filiale Berg St. Martin, Priesterunterstützungsverein; Verträge und diesbezügliche Schreiben 1925–1969
- St. Walburga – Geschichtliches

Archiv Marienhospital Stuttgart

- Chronik (ohne Laufzeit)
- Personalbuch vom 1.8.1934–12.4.1945

Archiv der Schule für Hörgeschädigte Schwäbisch Gmünd

- AOK-Meldebuch des Arbeitgebers
- Einwohnermeldebuch
- Hauschronik

Archiv Stiftung Liebenau

- Anstaltschronik 1.7.1902–31.12.1964
- Ärztliche Jahresberichte 1935–1967
- Chronik 1921–1945
- Jahresberichte 1914–1944
- Personallisten
- Seelsorgebericht Hegenberg 1945

Archiv der Stiftung Marienheim

- Akte ausgeschiedenes Dienstpersonal 1930–1946
- Fremdenverzeichnis 1939–1944
- Geschäftsberichte der Schwester Oberin
- Meldebuch des Arbeitgebers 1930–1949

Archiv der Stiftung St. Josefspflege

- Unterlagen der Lohnbuchhaltung

Archiv St. Vinzentiuspflege

- Hauschronik 1850–1976
- Kinderheim, Entlassene bis 1950
- Personalbuch

Bürgermeisteramt Berkheim

- Meldeunterlagen

Bürgermeisteramt Neresheim

- Polizeiliche Meldungen; Bestand unverzeichnet
- Registratur Nr. 6116 Polizeiliche Meldungen der Flüchtlinge im Umsiedlungslager 18, Liste I und II

Diözesanarchiv Rottenburg

- Aktensammlung »Zwangsarbeit«
- G 1.1 Bischöfliches Ordinariat – Generalakten
- G 1.3 Bischöfliches Ordinariat – Ortsakten
- G 1.6 Bischöfliches Ordinariat – Zweiter Weltkrieg
- M 175 Pfarrarchiv Schramberg St. Maria

Gemeinde Attenweiler

- Meldeunterlagen

Gemeindearchiv Mulfingen

- Meldeverzeichnis vom 1.4.1934 bis 31.12.1946

Gemeindearchiv Neuhausen auf den Fildern

- NA 1060 Ausländersuchverfahren 1944–1951
- NA 1114 Kinderheim St. Josef des katholischen Rettungsvereins 1914–1957

Gemeindearchiv Schlier

- Bestand I, Akten, Bü. Nr. 372 Ausländer in Schlier 1940–1947
- Bestand I, Akten, Bü. Nr. 403 Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz 1939–1945
- Bestand I, Akten, Bü. Nr. 406 Polizeiliche Meldekarten über Ausländer 1936–1944

Gemeindearchiv Untermarchtal

- Meldekartei 1943–1950

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

- Bestand E 151/09 Innenministerium, Wohlfahrtspflege

Interkalarfonds Rottenburg

- Interkalarfonds, Korrespondenzen I

- Interkalarfonds, Korrespondenzen II
- Interkalarfonds, Korrespondenzen III

Internationaler Suchdienst Bad Arolsen

- Ausländerliste der Gemeinde Gospoldshofen

Katholische Pfarrei Attenweiler

- Eheregister

Klosterarchiv Sießen

- Bestand 05516, Zweiter Weltkrieg, Übernahme zeitbedingter Aufgaben
- Erfahrungsberichte

Kongregationsarchiv Bonlanden

- Lohnbuch Hürbel 1943–1957
- Meldungen an die AOK Biberach

Kreisarchiv Göppingen

- Bestand A 114.10 (Ausländersuchverfahren)

Kreiskultur- und Archivamt Biberach

- UVB, Bund 141, Az. 115.12 Meldung der Ausländer, Dezember 1945

Landesversicherungsanstalt Württemberg

- Versicherungskartenarchiv

Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim

- Kirchenstiftungsratsprotokolle
- Personalkartei

Provinzialatsarchiv Laupheim

- Hauschronik

Registrierung Verwaltung Heggbach

- Lohnlisten
- AOK-Hebeliste des Arbeitgebers

Staatsarchiv Ludwigsburg

- E 180 a II Württembergischer Landesfürsorgeverband
- E 191 Zentraleitung des Wohltätigkeitsvereins
- FL 20/3 I Landratsamt Bad Mergentheim
- FL 20/9 I Landratsamt Heilbronn
- FL 20/12 II Landratsamt Ludwigsburg
- FL 20/14 Landratsamt Öhringen
- FL 20/19 Landratsamt Waiblingen

Staatsarchiv Sigmaringen

- Wü 65/4 Landratsamt Balingen
- Wü 65/5 Landratsamt Biberach
- Wü 65/13 Landratsamt Horb
- Wü 65/20 Landratsamt Münsingen
- Wü 65/26 Landratsamt Ravensburg
- Wü 65/27 Landratsamt Reutlingen
- Wü 65/31 Landratsamt Saulgau
- Wü 65/36 Landratsamt Tübingen
- R 31/4 Arbeitsamt Ravensburg 1929–1969

Stadtarchiv Bad Saulgau

- Verzeichnis der ausländischen Arbeitnehmer in Renhardswweiler

Stadtarchiv Bad Wurzach

- Einwohnermeldekartei

Stadtarchiv Friedrichshafen

- A-3-Liste Russland
- Gemeinde Ailingen I
- Namentliche Liste Russland

Stadtarchiv Ludwigsburg

- Ausländerkartei

Stadtarchiv Ravensburg

- Bestand A I 4179 Nachforschungen nach Angehörigen der Vereinten Nationen, die vom 1.9.1939 bis 25.4.1945 in Ravensburg beschäftigt waren, 1945–1948
- Einwohnermeldekartei

Stadtarchiv Schelklingen

- Alte Meldekartei
- C 622 Einsatz eindeutschungsfähiger Personen
- C 944/2 Ausländerliste vom 5.6.1946

Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd

- Meldekartei

Stadtarchiv Spaichingen

- A 1077 Suche nach Verschleppten und Zivil- und Militärpersonen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen 1945–1958
- B 521 Einwohnermeldeliste der Stadt Spaichingen 26.1.1943–1952

Stadtarchiv Stuttgart

- Bestand 202, Gesundheitsamt 1873–1990
- Bestand Plieningen

St. Anna-Stift Ulm

- Abmeldebescheinigung der AOK Ulm
- Quittungskarten zur Invalidenversicherung bei der Landesversicherungsanstalt Württemberg

Vinzenz-Klinik Bad Ditzenbach

- Haus-Chronik Bad Ditzenbach 1927–1951
- Lohnkartei
- Personalbuch vom 26.10.1891–15.3.1960

Gedruckte Quellen und Literatur

- Aderbauer, Herbert*: Zwangsarbeit im kirchlichen Dienst. Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern in der Landwirtschaft des Horber Spitals, in: *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel* (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung* (Hohenheimer Protokoll, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 125–142.
- Ders.*: Zwangsarbeit in kirchlichem Dienst. Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern in der Landwirtschaft des Horber Spitals, in: *Jahrbuch des Landkreises Freudenstadt*, Freudenstadt 2001, S. 25–37.
- Adler, Reinhold/Guderlei, Joachim*: Das »Lager Lindele« im Zweiten Weltkrieg, in: *Heimatkundliche Blätter für den Kreis Biberach*, 7. Jg., Heft 2, Biberach 1984, S. 26–32.
- Akten zur Wohltätigkeits- und Sozialpolitik Württembergs im 19. und 20. Jahrhundert; hrsg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Stuttgart 1983.
- Aly, Götz* (Hg.): *Aktion T4 1939–1945. Die »Euthanasie«-Zentrale in der Tiergartenstraße 4*, Berlin 1989.
- Anschütz, Janet/Heike, Irmtraud*: *Feinde im eigenen Land. Zwangsarbeit in Hannover im Zweiten Weltkrieg*, Bielefeld 2000.
- August, Jochen*: Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland in den 30er Jahren und der Masseneinsatz ausländischer Arbeitskräfte während des Zweiten Weltkriegs. Das Fallbeispiel der polnischen zivilen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen, in: *AfSG* 24 (1984), S. 305–353.
- Barwig, Klaus/Saathoff, Günter/Weyde, Nicole* (Hg.): *Entschädigung für NS-Zwangsarbeit*, Baden-Baden 1998.
- Barwig, Klaus/Bauer, Dieter R./Hummel, Karl-Joseph* (Hg.): *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung* (Hohenheimer Protokoll, Bd. 56), Stuttgart 2001.
- Beck, Christoph*: *Sozialdarwinismus, Rassenhygiene, Zwangssterilisation und Vernichtung »lebensunwerten« Lebens. Eine Bibliographie zum Umgang mit behinderten Menschen im »Dritten Reich« – und heute*, Bonn 1995 (2., erw., aktual. und neu ausgestattete Ausg.).

- Beitl, Margarita* (Hg.): 100 Jahre Marienhospital 1890–1990, Ulm 1990.
- Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäftigung von Fremd- und Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, vorgelegt dem Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Dr. gebhard Fürst, Stuttgart, 5. Juni 2002 (unveröffentlicht).
- Bermani, Cesare/Bologna, Sergio/Mantelli, Brunello*: Proletarier der »Achse«, Sozialgeschichte der italienischen Fremdarbeit in NS-Deutschland 1937–1943, Berlin 1997.
- Biermann, Markus*: Die Stiftung Liebenau in der Zeit der »Euthanasie«-Aktion 1939–45, Magisterarbeit an der Universität Konstanz 1987.
- Birn, Ruth Bettina*: Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986.
- Bischoff, Wolf-Peter*: Zwangsarbeit in der Stiftung Liebenau? Quellenlage lässt keine sichere Aussage zu; in: Anstifter – Infos der Stiftung Liebenau 10/2000, S. 4–6.
- Boll, Bernd*: »Das wird man nie mehr los ...«. Ausländische Zwangsarbeiter in Offenburg 1939 bis 1945, Pfaffenweiler 1994.
- Bories-Sawalla, Helga*: Franzosen im »Reichseinsatz«. Deportation, Zwangsarbeit, Alltag, Erfahrungen und Erinnerungen von Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1996.
- Braun, Hermann-Josef*: Zwangsarbeiter in Einrichtungen der katholischen Kirche (dargestellt am Beispiel der Diözesen der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland), in: Unsere Archive. Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven Nr. 46 (April 2001), S. 29–35.
- Breiding, Birgit*: Die Braunen Schwestern. Ideologie – Struktur – Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Stuttgart 1998.
- Buchheim, Hans*: Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. 1, München 1984, S. 182–200.
- Bühler, Traudl/Krupka, Halina/Simon, Uli/Voß, Gerhard*: Ausländische ZwangsarbeiterInnen im Kreis Esslingen 1940–1945, in: »Räder müssen rollen für den Sieg«. Zwangsarbeit im »Dritten Reich«, Stuttgart 2000, S. 64–157.
- Bulla, Siegmund*: Das Schicksal der schlesischen Männerklöster während des Dritten Reiches und 1945/46, Sigmaringen 1991.

- Cajani, Luigi*: Die italienischen Militär-Internierten im nationalsozialistischen Deutschland, in: *Ulrich Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 295–316.
- Danker, Uwe/Grewe Annette/Köhler Nils/Lehmann Sebastian* (Hg.): »Wir empfehlen Rückverschickung, da sich der Arbeitseinsatz nicht lohnt«. Zwangsarbeit und Krankheit in Schleswig-Holstein 1939–1945, Bielefeld 2001.
- Dolde, Hans*: 100 Jahre St. Konradi-Haus 1880–1980. Geschichte des Heimes von seiner Gründung bis heute, Schelklingen 1980.
- Durand, Yves*: La vie quotidienne des prisonniers de guerre dans les Stalags, les Oflags et les Kommandos 1939–1945, Paris 1987.
- Ders.*: Vichy und der »Reichseinsatz«, in: *Ulrich Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 184–199.
- Düring, Jonathan*: Wir weichen nur der Gewalt. Die Mönche von Münsterschwarzach im Dritten Reich, Münsterschwarzach 1997.
- Eikel, Markus*: Französische Katholiken im Dritten Reich. Die religiöse Betreuung der französischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter 1940–1945, Freiburg 1999.
- Einsatz von ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern/Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen im Bistum Berlin 1939–1945. Ein Werkstattbericht, Stand 30.9.2001, hrsg. von der Pressestelle des Erzbistums Berlin.
- Faulstich, Heinz*: Von der Irrenfürsorge zur »Euthanasie«. Geschichte der Badischen Psychiatrie bis 1945, Freiburg 1993.
- Ferenc, Tone*: »Absiedler«. Slowenen zwischen »Eindeutschung« und Ausländereinsatz, in: *Ulrich Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 200–209.
- Festschrift zum 75jährigen Bestand 1870–1945 der Heil- und Pflegeanstalt Liebenau, Liebenau 1946.
- Fings, Karola/Sparing, Frank*: »tunlichst als erziehungsunfähig hinustellen«. Zigeunerkinde und -jugendliche: Aus der Fürsorge in die Vernichtung, in: Dachauer Hefte 9 (1993), S. 159–180.
- Franziskanerinnen Kloster Reute-Bad Waldsee (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bad Waldsee Nr. 9), Bergatreute 1994.

- Frauen, die das Leben lieben: Benediktinerinnen der Abtei St. Erentraud, Kellenried, Ravensburg 2001.
- Freitag, Gabriele*: Zwangsarbeiter im Lipper Land. Der Einsatz von Arbeitskräften aus Osteuropa in der Landwirtschaft Lippes 1939–1945, Bochum 1996.
- Fremdarbeiter in Ettal während des Zweiten Weltkriegs [Dokumentation], in: *Ettaler Mandl* 79 (2000), S. 40–57.
- Fürst, Gebhard*: Wir treten ein für gerechte Entschädigung und aufrichtige Versöhnung. Statement bei der Pressekonferenz am 10.11.2000 in der Geschäftsstelle des Caritas Suchdienstes in Stuttgart; abgedruckt in: *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel* (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung* (Hohenheimer Protokoll, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 313–319.
- Geiger, Bernhard*: 75 Jahre Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf Bad Mergentheim, Bad Mergentheim 1947.
- Gilsenbach, Reimar*: Wie Lolitschai zur Doktorwürde kam, in: *Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik*, Bd. 6, Berlin 1988, S. 101–134.
- Grossmann, Anton*: Fremd- und Zwangsarbeiter in Bayern 1939–1945, *VfZ* 34, (1986), S. 481–521.
- Hagen, August*: *Geschichte der Diözese Rottenburg*, Band 3, Stuttgart 1960.
- Ders.*: *Die Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern zu Untermarchtal*, Stuttgart 1951.
- Ders.*: *Gestalten aus dem schwäbischen Katholizismus*, Stuttgart 1963.
- Hammermann, Gabriele*: *Zwangsarbeit für den »Verbündeten«*. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der italienischen Militärinternierten in Deutschland 1943–1945, Tübingen 2002.
- Hammerschmidt, Peter*: *Die Wohlfahrtsverbände im NS-Staat*, Opladen 1999.
- Hansen, Eckhard*: *Wohlfahrtspolitik im NS-Staat. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im »Sozialismus der Tat« des Dritten Reiches*, Augsburg 1991.
- Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945*, Bd. 5/1: *Baden-Württemberg I, Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart*, hg. vom Studienkreis Deutscher Widerstand, Frankfurt a.M. 1991.
- Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945*, Bd. 5/2: *Baden-Württemberg II, Regierungsbezirke Freiburg und Tübingen*, hg. vom Studienkreis

- Deutscher Widerstand und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Frankfurt a.M. 1997.
- Herbert, Ulrich* (Hg.): Europa und der »Reichseinsatz«: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991.
- Ders.*: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.
- Ders.*: »Nicht entschädigungsfähig? Die Wiedergutmachungsansprüche der Ausländer, in: *Ludolf Herbst/Constantin Goschler* (Hg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 273–302.
- Ders.*: Zwangsarbeit in Deutschland. Sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene 1941–1945, in: *Peter Jahn/Reinhard Rürup* (Hg.), Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945, Berlin 1991, S. 106–130.
- Ders.*: Zwangsarbeit im »Dritten Reich«. Kenntnisstand, offene Fragen, Forschungsprobleme, in: *Wilfried Reininghaus/Norbert Reimann* (Hg.): Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 16–37.
- Ders.*: Zwangsarbeiter im »Dritten Reich« – ein Überblick, in: *Klaus Barwig/Günter Saathoff/Nicole Weyde* (Hg.): Entschädigung für NS-Zwangsarbeit, Baden-Baden 1998, S. 17–32.
- Hehl, Ulrich von*: Die Kirchen in der NS-Diktatur. Zwischen Anpassung, Selbstbehauptung und Widerstand, in: *Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen* (Hg.), Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, S. 153–181.
- Helbach, Ulrich/Oepen, Joachim*: Einsatz von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen im Bereich des Erzbistums Köln, Ein Werkstattbericht (Stand 1. September), Köln 2000.
- Heusler, Andreas*: Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939–1945, München 1996.
- Hirschfeld, Gerhard*: Die niederländischen Behörden und der »Reichseinsatz«, in: *Ulrich Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 172–183.
- Hockerts, Hans Günter*: Ausblick: Kirche im Krieg. Aspekte eines Forschungsfeldes, in: *Peter Pfister* (Hg.), Katholische Kirche und Zwangsarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung, Regensburg 2001, S. 47–55.

- Ders.*: Wiedergutmachung in Deutschland, eine historische Bilanz 1945–2000, in: VfZ 49 (2001), S. 167–214.
- Hoffmann, Katharina*: Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in: Ulrike Winkler (Hg.), *Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*, Köln 2000, S. 130–147.
- Hohlmann, Susanne*: *Pfaffenwald. Sterbe- und Geburtenlager 1942–1945*, Kassel 1984.
- Hopmann, Barbara* (u.a.): *Zwangsarbeit bei Daimler-Benz*, Stuttgart 1994.
- Hachtmann, Rüdiger*: Industriearbeiterinnen in der deutschen Kriegswirtschaft 1936–1944/45, in: GG 19 (1993), S. 332–366.
- Hüser, Karl/Otto, Reinhard*: *Das Stammlager 326 (VI K) Senne 1941–1945. Sowjetische Kriegsgefangene als Opfer des Nationalsozialistischen Weltanschauungskrieges*, Bielefeld 1992.
- Hundert Jahre Krankenhaus St. Elisabeth 1901–2001*, hg. von der Oberschwaben-Klinik GmbH, Ravensburg 2001.
- Hummel, Karl-Joseph*: Zwangsarbeit in der katholischen Kirche – Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung: Eine Projektskizze der Kommission für Zeitgeschichte Bonn, in: *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel* (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung* (Hohenheimer Protokoll, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 257–270.
- Ihme, Gerhard*: Von der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins zum Landeswohlfahrtswerk für Baden-Württemberg, in: *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 114. Jg. 1967, Nr. 1/2, S. 28–68.
- Jachomowski, Dirk*: *Die Umsiedlung der Bessarabien-, Bukowina- und Dobrudschadeutschen. Von der Volksgruppe in Rumänien zur »Siedlungsbrücke« an der Reichsgrenze*, München 1984.
- Janik, Emil*: *Klerus und Klöster des Bistums Passau im Dritten Reich*, Passau 1980.
- Janker, Stephan M.*: Auf der Suche nach (überlebenden) Zwangsarbeitern. Methodische, strukturelle und personelle Aspekte, in: *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel* (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung* (Hohenheimer Protokoll, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 109–119.
- Jenner, Harald/Klieme, Joachim* (Hg.): *Nationalsozialistische Euthanasieverbrechen und Einrichtungen der Inneren Mission – Eine Übersicht*, Reutlingen 1997.

- Kárný, Miroslaw*: Der »Reichsausgleich« in der deutschen Protektorsratspolitik, in: *Ulrich Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 26–50.
- Knauff, Wolfgang*: Schnitter, KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter. Vergessene Kapitel der Seelsorge im Bistum Berlin, Berlin 2001.
- Kaiser, Jochen-Christoph*: NS-Volkswohlfahrt und freie Wohlfahrtspflege im »Dritten Reich«, in: *Hans-Uwe Otto und Heinz Sünker* (Hg.), Politische Formierung und soziale Erziehung im Nationalsozialismus, Frankfurt 1991, S. 78–105.
- Kalusche, Martin*: »Das Schloß an der Grenze«. Kooperation und Konfrontation mit dem Nationalsozialismus in der Heil- und Pflegeanstalt für Schwachsinnige und Epileptische Stetten i.R., Heidelberg 1997.
- Kaminsky, Uwe*: Dienen unter Zwang. Studien zu ausländischen Arbeitskräften in Evangelischer Kirche und Diakonie im Rheinland während des Zweiten Weltkriegs, Köln 2002.
- Ders.*: Zwangssterilisation und »Euthanasie« im Rheinland, Köln 1995.
- Klee, Ernst*: Dokumente zur »Euthanasie«, Frankfurt a.M. 1986.
- Ders.*: »Euthanasie« im NS-Staat. Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«, Frankfurt/Main 1989.
- Ders.*: Was sie taten – Was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord, Frankfurt a.M. 1990.
- Das Kloster Bonlanden. Eine Festschrift aus Anlass der 100. Wiederkehr des Gründungstages 1854, Stuttgart 1954.
- Koch, Laurentius*: »Ein erträgliches, unerträgliches Leben«. Kloster Ettal und die »Zwangsarbeiter« im II. Weltkrieg, in: *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel* (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung (Hohenheimer Protokoll, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 163–170.
- Körner, Hans-Michael*: Katholische Kirche und polnische Zwangsarbeiter 1939–1945, in: *Historisches Jahrbuch* 112 (1992), S. 128–142.
- Köhler, Joachim*: Das Bistum Rottenburg von der Gründung bis zur Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *Die Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg*, hg. von *Heinz Sproll und Jörg Thierfelder*, Stuttgart 1984, S. 89–115.
- 125 Jahre Kolpingsfamilie Ravensburg 1862–1987, hg. von der Kolpingsfamilie Ravensburg, Ravensburg 1987.

- Konieczny, Alfred/Szurgacz, Herbert* (Hg.) Praca przymusowa Polaków pod panowaniem hitlerowskim 1939–1945. Documenta occupationis, Bd. X, Poznan 1976.
- Kopf, Paul*: Die Franziskanerinnen von Bonlanden. Licht und Schatten, Sigmaringen 1992.
- Krankenmord im Nationalsozialismus. Grafeneck und die »Euthanasie« in Südwestdeutschland, Stuttgart 2001.
- Krause, Michael*: Flucht vor dem Bombenkrieg. »Umquartierungen« im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943–1963, Düsseldorf 1997.
- Krausnick, Michail*: Auf Wiedersehen im Himmel. Die Geschichte der Angela Reinhardt, München 2001.
- Krimmer, Ansgar*: Der Katholische Gesellenverein der Diözese Rottenburg von 1852 bis 1945, Paderborn, München, Wien, Zürich 1994.
- Kruse, Norbert* u.a. (Hg.): Weingarten von den Anfängen bis zur Gegenwart, Biberach 1992.
- Kunz, Wilfried*: Die Geschichte des Christkönigsheims und der Pallotiner von Stuttgart-Hohenheim, Stuttgart 2000.
- Küppers, Hans/Bannier, Rudolf*: Einsatzbedingungen der Ostarbeiter sowie der sowjetrussischen Kriegsgefangenen, Berlin 1943.
- »Kurz notiert«, Mitarbeiterinformationsschrift der Stiftung Liebenau 20/81, 23/81, 10/82.
- Längericht, Christoph* (u.a.): Von »gutrassischen« und »schlechtrassischen« Kindern. Grausige Entdeckung in Kelsterbach, in: Die Kriegsjahre in Deutschland 1939 bis 1945, Ergebnisse und Anregungen aus dem Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1982/83, Hamburg 1985, S. 95–120.
- Lang, Ralf*: Italienische »Fremdarbeiter« im nationalsozialistischen Deutschland 1937–1945, Frankfurt a.M. 1996.
- Laubacher, Anton*: Gelebte Caritas. Das Werk der Caritas in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart, 1982.
- Laube, Volker*: Fremdarbeiter in kirchlichen Einrichtungen in der Erzdiözese München und Freising: Stand 14.02.2001, in: *Peter Pfister* (Hg.), Katholische Kirche und Zwangsarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung, Regensburg 2001, S. 40–46.
- Lebenswertes Leben. »Aktion Gnadentod« in der Stiftung Liebenau. 50 Jahre danach, Tettnang 1993.
- Lechner, Silvester* (Hg.): Schönes, schreckliches Ulm. 130 Berichte ehemaliger polnischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter,

- die in den Jahren 1940 bis 1945 in die Region Ulm/Neu-Ulm verschleppt worden waren, Ulm² 1997.
- Lehmann, Joachim*: Zwangsarbeiter in der deutschen Landwirtschaft 1939 bis 1945, in: Ulrich Herbert (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 127–139.
- Leniger, Markus*: »Heim im Reich?« Das Amt XI und die »Umsiedlerlager« der Volksdeutschen Mittelstelle 1939–1945, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 17 (2001), S. 81–109.
- Leugers, Antonia*: Gegen eine Mauer bischöflichen Schweigens. Der Ausschuss für Ordensangelegenheiten und seine Widerstandskonzeption 1941 bis 1945, Frankfurt/Main 1996.
- Liedke, Karl*: Gesichter der Zwangsarbeit. Polen in Braunschweig 1939–1945, Braunschweig 1997.
- Link, Hermann*: Die Stiftung Liebenau und ihr Gründer Adolf Aich, Tettngang 1983.
- Ders.*: Die Stiftung Liebenau unter Direktor Josef Wilhelm 1910–1953, Tettngang 1995.
- Loeber, Dietrich A.* (Hg.): Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941, Neumünster 1972.
- Lotfi, Gabriele*: KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart/München 2000.
- Luczak, Czeslaw*: Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. Entwicklung und Aufgaben der polnischen Forschung, in: *Ulrich Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 90–105.
- Ders.* (Hg.): Polozienie polskich robotników przymusowych w Rzeszy, 1939–1945. Documenta occupationis, Bd. IX, Poznan 1975.
- Lumans, Valdis O.*: Himmler's Auxiliaries. The Volksdeutsche Mittelstelle and the German national minorities of Europe 1933–1945, London 1993.
- Maikler, Georg/Silberzahn, Peter*: Das Spital zum Hl. Geist in Horb, in: Joachim Köhler (Hg.), 600 Jahre Stiftskirche Heilig-Kreuz Horb, Horb a. N. 1987, S. 161–172.
- Mantelli, Brunello*: Von der Wanderarbeit zur Deportation. Die italienischen Arbeiter in Deutschland 1938–1945, in: *Ulrich Herbert*

- (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 51–89.
- Martin, Jörg*: Das Umsiedlungslager Schelklingen 1941–1945, in: Ulm und Oberschwaben 51 (2000), S. 232–247.
- Meister, Johannes*: Die »ZigeunerKinder« von der St. Josefspflege in Muldingen, in: 1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jhdts, 2 (1987), Hamburg 1987, S. 14–51.
- Mengel, Thomas*: Das Schicksal der schlesischen Frauenklöster während des Dritten Reiches und 1945/46, Köln/Wien 1986.
- Mommsen, Hans/Grieger, Manfred*: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996.
- Nowak, Kurt*: »Euthanasie« und Sterilisierung im »Dritten Reich«, Göttingen 1984.
- NS-Erlasse zu Zwangsarbeitern aus Beständen des Staatsarchivs Sigmaringen, zusammengestellt von Volker Trugenberger und Miriam Zitter, Materialien der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Heft 2 (2001).
- Osterloh, Jörg*: Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager 304 (IVH) Zeithain bei Riesa/Sa. 1941 bis 1945, Leipzig 1997.
- Ders.*: Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen, Dresden 1995.
- Otto, Reinhard*: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998.
- Personalkatalog des Bistums Rottenburg, Rottenburg am Neckar 1939.
- Peter, Roland*: Rüstungspolitik in Baden. Kriegswirtschaft und Arbeitseinsatz in einer Grenzregion im Zweiten Weltkrieg, München 1995.
- Pretsch, Hermann J.* (Hg.): »Euthanasie«. Krankenmorde in Südwestdeutschland, Zwiefalten 1996.
- Raberg, Frank*: Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933, Stuttgart 2001.
- Rapp, Norbert*: Heggbacher Einrichtungen, in: Euthanasie. 50 Jahre nach der Aktion »Gnadentod«, Materialien 2/95 der Tagung der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart vom 14.–16.9.1990, S. 42–49.
- Reininghaus, Wilfried/Reimann, Norbert* (Hg.): Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001.

- Reiter, Raimond:* Tötungsstätten für ausländische Kinder im Zweiten Weltkrieg. Zum Spannungsverhältnis von kriegswirtschaftlichem Arbeitseinsatz und nationalsozialistischer Rassenpolitik in Niedersachsen, Hannover 1993.
- Ruff, Margarethe:* »Um ihre Jugend betrogen. Ukrainische Zwangsarbeiterinnen in Voralberg 1942–1945, Bregenz 1996.
- Sauer, Paul:* Das Marienhospital in der Zeit von 1919 bis 1945, in: Margarita Beitzl (Hg.), 100 Jahre Marienhospital 1890–1990, Ulm 1990, S. 49–69.
- Schäfer, Annette:* Historische Aufarbeitung: Themenstellungen – Arbeitsperspektiven – »Vernetzung«, in: *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel* (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung* (Hohenheimer Protokoll, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 271–289.
- Dies.:* Zur Funktion von Durchgangslagern und Krankensammellagern beim Zwangsarbeitereinsatz im Zweiten Weltkrieg. Das Beispiel Württemberg, in: Christoph Kopke (Hg.), *Medizin und Verbrechen*, Ulm 2001, S. 143–162.
- Dies.:* Zwangsarbeit in den Kommunen. »Ausländereinsatz« in Württemberg 1939–1945, in: VfZ 49 (2001), S. 53–75.
- Dies.:* Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik. Russische und polnische Arbeitskräfte in Württemberg 1939–1945, Stuttgart 2000.
- Schmidt, Frank:* Der Ausländereinsatz in der brandenburgischen Landwirtschaft – Reglementierung der Lebensverhältnisse, in: *Winfried Meyer/Klaus Neitmann* (Hg.), *Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion und Rezeption*, Potsdam 2001, S. 69–82.
- Schmuhl, Hans-Walter:* Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung »lebensunwerten Lebens« 1890–1945, Göttingen 1992.
- Schreiber, Gerhard:* Die italienischen Militärinternierten im deutschen Machtbereich 1943 bis 1945. Verraten – Verachtet – Vergessen, München, Wien 1990.
- Schwaiger, Georg* (Hg.): *Das Erzbistum München und Freising in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft*, 2 Bde., München/Zürich 1984.
- Schwarze, Gisela:* »Kinder, die nicht zählten«. Ostarbeiterinnen und ihre Kinder im Zweiten Weltkrieg, Essen 1997.
- Schwester Eugenie:* Die St. Vinzentiuspflege Donzdorf, in: *Heimat Buch Donzdorf*, hg. von der Stadt Donzdorf, Donzdorf 1976, S. 146–152.

- Siegfried, Klaus-Jörg*: Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939–1945, Frankfurt/New York 1988.
- Sieve, Peter*: Die katholische Kirche und die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkriegs im Oldenburger Land. Ein Zwischenbericht, Vechta 2000.
- Silberzahn, Peter*: Kirche und Zwangsarbeiter am Beispiel Katholische Spitalstiftung Horb, in: *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel* (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung (Hohenheimer Protokoll, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 121–123.
- Ders.*: Die vergessenen Helfer, Zwangsarbeiter in den Einrichtungen der Katholischen Spitalstiftung Horb 1939 bis 1945, Horb 2001.
- Spoerer, Mark*: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart, München 2001.
- Ders.*: NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtsbezirken, in: VfZ 49 (2001), S. 665–684.
- Stöckle, Thomas*: Die nationalsozialistische »Aktion T4« in Württemberg, in: *Hermann J. Pretsch* (Hg.), »Euthanasie«. Krankenmorde in Südwestdeutschland, Zwiefalten 1996, S. 15–26.
- Ders.*: Die Vernichtungsanstalt Grafeneck und die »Euthanasie«-Verbrechen in Südwestdeutschland im Jahr 1940, in: *Krankenmord im Nationalsozialismus. Grafeneck und die »Euthanasie« in Südwestdeutschland*, Stuttgart 2001, S. 27–43.
- Stossun, Harry*: Die Umsiedlungen der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges, Marburg 1993.
- Straede, Therkel*: »Deutschlandarbeiter«. Dänen in der deutschen Kriegswirtschaft 1940–1945, in: *Ulrich Herbert* (Hg.), Europa und der »Reichseinsatz«: ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945, Essen 1991, S. 140–171.
- Streim, Alfred*: Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im »Fall Barbarossa«, Karlsruhe 1981.
- Streim, Alfred*: Das Völkerrecht und die sowjetischen Kriegsgefangenen, in: *Bernd Wegner*, Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt zum »Unternehmen Barbarossa«, München 1991, S. 291–308.
- Streit, Christian*: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Bonn 1997.

- St. Vinzentiuspflege (Hg.), 150 Jahre St. Vinzentiuspflege Donzdorf, Stuttgart 2001.
- Tholander, Christa*: Fremdarbeiter 1939 bis 1945. Ausländische Arbeitskräfte in der Zeppelin-Stadt Friedrichshafen, Essen 2001.
- Trugenerberger, Volker/Ziwes, Franz-Josef*: Quellen zu NS-Zwangsarbeitern im Staatsarchiv Sigmaringen, in: *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel* (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung (Hohenheimer Protokoll, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 197–221.
- Tüchle, Hermann*: Die Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal. Zur 125jährigen Tätigkeit der Vinzentinerinnen im Bistum Rotenburg-Stuttgart, Stuttgart 1983.
- Vögel, Bernhild*: »Entbindungsheim für Ostarbeiterinnen«: Braunschweig, Broitzemer Straße 200, Hamburg 1989.
- Weber, Roland*: Die kirchlichen Verhältnisse seit 1806, in: Spaichinger Stadtchronik. Beiträge zur Geschichte der Stadt unter dem Dreifaltigkeitsberg, hg. von der Stadt Spaichingen, Spaichingen 1990, S. 383–430.
- Weiland, Thomas*: Das Hospital zum Heiligen Geist in Kißlegg. Ein Streifzug durch die Geschichte, Kißlegg 1995.
- Weißbecker, Manfred*: »So einen Arbeitseinsatz wie in Deutschland gibt es nicht noch einmal auf der Welt!« Fritz Sauckel – Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, in: Ulrike Winkler (Hg.), Stiften gegen: NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000, S. 41–66.
- Winkler, Dörte*: Frauenarbeit im »Dritten Reich«, Hamburg 1977.
- Winkler, Ulrike*: Lebenswirklichkeiten. Menschen unter Menschen. Der Einsatz von Zwangsarbeitskräften in den Einrichtungen der kreuznacher diakonie von 1940–1945, Bad Kreuznach 2002.
- Winkler, Ulrike* (Hg.): Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000.
- Wuttke, Walter*: Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« und die »Euthanasie« in Ulm, in: Gotthold Knecht (Hg.), Zeitzeugen aus Demokratie und Diktatur 1930–1950, Bd. 2, Blaubeuren 2002, S. 119–162.
- Zielinski, Bernd*: Staatskollaboration. Vichy und der Arbeitseinsatz im Dritten Reich, Münster 1995.
- Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im Bistum Limburg, Limburger Texte 25, Limburg 2001.

Zwangsarbeitereinsätze in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese
Rottenburg-Stuttgart (Württemberg), Überblick zum Stand der
Nachforschungen, 10.10.2002 (in diesem Band).

Abkürzungen

AfSG: Archiv für Sozialgeschichte
ADCV: Archiv des Deutschen Caritasverbandes Freiburg
DAF: Deutsche Arbeitsfront
DAR: Diözesanarchiv Rottenburg
GBA: Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz
GG: Geschichte und Gesellschaft
HJ: Hitlerjugend
HStA: Hauptstaatsarchiv Stuttgart
KLV: Kinderlandverschickung
LVA: Landesversicherungsanstalt
RAD: Reichsarbeitsdienst
RFSSuChdDtP: Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei
RKfV: Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RLG: Reichsleistungsgesetz
RMdI: Reichsminister(ium) des Innern
StAL: Staatsarchiv Ludwigsburg
StAS: Stadtarchiv Stuttgart
StASig: Staatsarchiv Sigmaringen
uk: unabhkömmlich
VfZ: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VoMi: Volksdeutsche Mittelstelle
WHW: Winterhilfswerk

Register: Einrichtungen

- Altenheim St. Anna-Stift 86, 209
Altersheim St. Joseph 37, 42, 208, 209
Benediktinerabtei 141, 142, 225
Christkönigsheim 224
Claretinerkloster Dreifaltigkeitsberg 144
Deutscher Hof 68, 189, 190
Erholungshaus Marientann 54, 55, 60
Erziehungsheim St. Gertrudis 154, 158
Gebhardihaus 147, 152, 154
Gehörlosenschule St. Josef 51, 54, 56, 86, 135, 181, 182
Gesellenhaus 66, 79, 87, 122, 220
Heggbach 53, 60, 69, 82, 102, 132, 148, 149, 150, 151, 160, 226, 228
Heilanstalt Rottenmünster 60, 135, 136
Hofgut Oberschelklingen 86, 183, 187
Hofgut St. Veit 134, 135
Hofgut Wiesen 87, 214
Institut St. Agnes 54, 129
Interkalarfonds 35, 45, 79, 80, 83, 122, 222, 223, 224, 227, 228
Jordanbad 51, 132, 226
Josefspflege 86, 174, 175, 176, 226, 240
Josefstal 41, 54, 55, 70, 72, 80, 140, 141
Kinderheilstätte 109, 203, 204
Kinderheim Piuspflege 177
Kinderheim St. Franziskus 166, 167
Kirchenpflege St. Georg 211
Kloster Bonlanden 41, 60, 128, 129, 237
Kloster Reute 37, 38, 42, 45, 49, 50, 51, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 63, 111, 131, 132, 133, 134, 149, 150, 168, 180, 181, 192, 203, 208, 209, 216, 217, 226, 233
Mädchenheim St. Josef 51, 60, 63, 86, 180, 181
Marienanstalt 34, 87, 218, 219
Marienheim 87, 221, 226
Marienhospital 50, 135, 204, 205, 206, 226, 232, 241
Martinsheim 191
Missionshaus St. Johann 56, 138
Olgaheilanstalt 69, 70, 121, 164, 174
Paulusstift 84, 171, 172
Raphaelspflege Unterdeufstetten 68
Reservelazarett Maria Hilf 195
Rochusstift 40, 50, 65, 198, 199
Röblerhof 145, 146

Sanatorium Carolinum 50,
65, 103, 199, 200
Säuglingsheim St. Nikolaus
167
St. Elisabethen-Krankenhaus
202

St. Vinzentiuspflege 34, 35,
70, 83, 84, 162, 163, 164,
227, 241, 243
Töchterinstitut St. Ludwig 54
Töcherschule St. Walburga
87, 216

Register: Orte

- Altshausen 37, 42, 45, 67, 86,
132, 208, 226
- Bad Ditzenbach 34, 63, 67,
135, 188, 189, 230
- Bad Liebenzell 56
- Bad Mergentheim 34, 40, 50,
51, 65, 68, 103, 104, 106,
189, 191, 193, 194, 195,
197, 198, 199, 228, 234
- Bad Wurzach 87, 214, 229
- Baindt 69, 174
- Berg 191, 226
- Biberach 132, 155, 211, 225,
228, 229, 231, 238
- Blönried 54, 56, 80, 138, 139
- Buchaul 54
- Donzdorf 34, 35, 70, 83, 84,
162, 241, 243
- Ehingenl 54, 76, 77, 179, 184
- Ellwangen 41, 50, 54, 55, 72,
140, 176
- Freudenstadt 61, 66, 225, 231
- Hebsack 70
- Hegenberg 60, 81, 82, 102,
147, 148, 152, 153, 154,
156, 158, 226
- Heidenheim 67
- Heiligenbronn 52, 73, 173
- Herbrechtingen 67
- Horb 29, 35, 99, 102, 104,
106, 108, 109, 110, 200,
201, 229, 239, 242
- Hürbel 41, 42, 44, 77, 84,
108, 112, 113, 116, 120,
129, 169, 172, 228
- Ingerkingen 60, 132, 150,
160, 226
- Kirchheim/Teck 70
- KiBlegg 206, 207, 226, 243
- Leutkirch 68
- Ludwigsburg-Hoheneck 66,
84, 164
- Matzenbach 61, 84, 166, 167
- Mulfingen 71, 86, 117, 158,
174, 175, 176, 227, 240
- Munderkingen 54, 55
- Neckarsulm 54
- Neresheim 54, 57, 59, 80,
141, 142, 143, 157, 225,
227
- Neuhausen 69, 83, 85, 120,
127, 172, 173, 174, 227
- Neutann 201
- Oberdischingen 54, 80, 130,
131
- Oberndorf 52
- Oberurbach 70
- Ochsenhausen 87, 216
- Oggelsbeuren 71, 73, 77, 86,
99, 177, 179
- Ravensburg 34, 50, 51, 54, 60,
63, 84, 86, 87, 109, 132,
160, 167, 168, 180, 181,
202, 220, 226, 229, 233,
236, 237
- Renhardsweiler 211, 229
- Reutlingen 67, 229, 236
- Rosenharz 55, 81, 143, 154,
155, 156, 157, 158, 159,
160

Rottweil 45, 52, 62, 225
 Salzstetten 49, 71
 Schelklingen 25, 34, 37, 56,
 76, 142, 157, 183, 185,
 186, 187, 229, 233, 240
 Schönbühl 70
 Schramberg 52, 87, 100, 221,
 222
 Schwäbisch Gmünd 51, 54,
 55, 57, 61, 62, 86, 115,
 135, 181, 182, 184, 185,
 226, 229
 Schwäbisch Hall 56, 225
 Sießen 36, 49, 54, 56, 58, 140,
 156, 228
 Sontheim 57, 134
 Spaichingen 80, 144, 229, 243
 Stetten 70, 237
 Stuttgart 15, 16, 17, 34, 35,
 50, 59, 63, 66, 67, 68, 69,
 84, 87, 115, 121, 135,
 151, 155, 164, 165, 171,
 172, 173, 186, 190, 194,
 204, 206, 215, 218, 219,
 224, 225, 226, 227, 230,
 231, 232, 234, 236, 237,
 238, 239, 240, 241, 242,
 243, 244, 245
 Talheim 65, 66, 138, 192, 193
 Tettngang 104, 212, 238, 239
 Ulm 129, 138, 170, 209, 230,
 232, 238, 240, 241, 243
 Untermarchtal 34, 35, 49, 54,
 56, 62, 65, 66, 80, 134,
 135, 136, 138, 166, 175,
 179, 181, 185, 188, 189,
 192, 204, 205, 206, 225,
 227, 234, 243
 Wangen 109, 203
 Weingarten 54, 56, 80, 145,
 146, 238
 Wernau 54, 55
 Wildbad 61

Überblick zum Stand der Nachforschungen

Zwangsarbeitereinsätze in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Württemberg)

Überblick zum Stand der Nachforschungen¹

Stephan M. Janker

Im September 2000 erarbeitete der Verfasser für die diözesane »Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäftigung von Fremd- und Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen« eine Tischvorlage, in der die Ergebnisse der am 20. Juli 2000 gestarteten Recherchekampagne² in eine erste Übersicht gebracht wurden.³ Rückblickend kann festgestellt werden, dass diese unter großem Zeitdruck und mit einfachsten Mitteln zur Anregung des internen Diskurses erstellte Broschüre Ausgangs- und Bezugspunkt für die laufend zu ergänzende historisch-statistische Übersicht der Rechercheergebnisse geworden ist.

Der Schritt zur Publikation und laufenden Aktualisierung der Ergebnisse erfolgte, als Bischof Dr. Gebhard Fürst entschied, die Personaldaten zu den damals ermittelten Zwangsarbeitern im Rahmen einer Pressekonferenz dem Präsidenten des Deutschen Caritas-

¹ Stand: 10.10.2002.

² Zur ersten Arbeitsphase (Juni 2000 bis Januar 2001) vgl. *Stephan M. Janker*, Auf der Suche nach (überlebenden) Zwangsarbeitern. Methodische, strukturelle und personelle Aspekte am Beispiel der Diözese Rottenburg-Stuttgart, in: *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel* (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung* (Hohenheimer Protokoll, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 109–119, und *Annette Schäfer*, *Historische Aufarbeitung: Themenstellungen – Arbeitsperspektiven – »Vernetzung«*, ebd., S. 271–290.

³ *Stephan M. Janker*, *Beschäftigung von Zwangsarbeitern in katholischen Einrichtungen der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Übersicht zu den Rückmeldungen aus der Umfrage und den Nachweisungen des Diözesanarchivs* (unter Berücksichtigung der Kriegsgefangenen). Stand: 25.09.2000.

verbands, Herrn Prälat Hellmut Puschmann, zu übergeben.⁴ Infolge der Pressekonferenz sollte die interessierte Öffentlichkeit auch via Internet über den aktuellen Stand der Nachforschungen auf dem Laufenden gehalten werden.

Um die nüchternen Fakten ansprechender darzubieten, suchten wir zuerst eine Abbildung für die Titelseite. Die Forschungen der ersten Monate hatten erbracht, dass in unseren Einrichtungen der Anteil an polnischen Zwangsarbeitern überwiegend war. Der Verfasser wählte deshalb ein P-Abzeichen aus Württemberg⁵ für die Internetpublikation.

Zur Visualisierung sollte eine Diözesankarte dienen, die dem nicht landeskundigen Internet-Leser die topografische Lage der beschriebenen Einrichtungen anzeigt. Die in jeder wissenschaftlichen Darstellung übliche Trias – Einleitung, Inhalt, Zusammenfassung – wurde zugunsten der Internetpräsentation umgestellt. Auf die zum Anlass der Darstellung und den aktuellen Begebenheiten informierende Einleitung folgte deshalb zuerst die Zusammenfassung der statistisch gewinnbaren Aussagen – die sog. Überblicke; dann erst der eigentliche Inhalt, der Einrichtung für Einrichtung den Befund in ein vergleichbares Schema⁶ brachte.

Im Hauptteil finden sich die Einrichtungen mit Ortsnamen und Kurztiteln in alphabetischer Reihe. Zu jeder Einrichtung wurden folgende Angaben erhoben:

- die Kreis- und Gemeindezugehörigkeit nach dem Stand der württembergischen Kreisreform von 1938 sowie die heutige Kreiszugehörigkeit. Diese Angaben dienten einerseits der raschen Ermittlung der Unterlagen verwahrenden AOK-Stellen bzw. der

⁴ Zur Pressekonferenz am 10. November 2000 in den Räumen des Kirchlichen Suchdienstes in Stuttgart erfolgte die erste Ausgabe der »Zwangsarbeiterereinsätze in kirchlichen Einrichtungen der Diözese Rotenburg-Stuttgart (Württemberg). Überblick zum Stand der Nachforschungen: 09.11.2000«.

⁵ Das P-Abzeichen wurde dankenswerterweise von Herrn Kreisarchivar Dr. Hans P. Müller (Kreisarchiv Schwäbisch Hall, Zeitgeschichtliche Sammlungen) zur Verfügung gestellt und kam seit der zweiten Fassung zum Einsatz.

⁶ *Stephan M. Janker*, Auf der Suche (wie Anm. 2), S. 115, Anm. 27. Das Schema wurde für die 6. Auflage verbessert und um die Darstellung der Ergebnisse zu den Kriegsgefangenen erweitert, ab der 8. Auflage um die Rubrik »rassisch Verfolgte« ergänzt.

heute zuständigen AOK-Bezirksdirektionen, andererseits der Sichtung der Bestände in Kreis- und Staatsarchiven;

- die genaue Bezeichnung der Einrichtung und ihres damaligen Rechts- und Betriebsträgers, in dessen Verantwortung die dort beschäftigten Personen tätig waren;
- der Quellennachweis zu den ermittelten Zwangsarbeiterbelegen;
- eine Aufschlüsselung der gewonnenen Sozialdaten (Anzahl der Personen, Anteil der männlichen und weiblichen Kräfte, namentliche Identifizierung, Jahrgänge, Herkunftsländer, Einsatzzeitraum und Einsatzbereich);
- eine knappe Schilderung zusätzlicher Informationen zur Geschichte der Einrichtung in der NS-Zeit;
- Angaben zur Literatur, soweit sie für die Geschichte der einzelnen Einrichtung in der NS-Zeit oder aber zur dortigen Beschäftigung von Zwangsarbeitern herangezogen werden konnte.

Für die Internetpublikation stellten wir uns unter den Zwang von äußerster Knappheit (eine Seite pro Einrichtung) und Übersichtlichkeit. Um den wissenschaftlichen Anspruch dabei nicht ganz aufzugeben, wurden bei jeder Einrichtung die Quellen, die zum Nachweis der Zwangsarbeiter führten, in der Reihenfolge ihrer Entdeckung angeführt. Die Angaben zu den Einrichtungen hingegen, die weitgehend aus den Akten des Diözesanarchivs gewonnen werden konnten, wurden nicht ausgewiesen, da die Akten für jedermann einsehbar und unsere Schilderungen damit überprüfbar sind.⁷ Für Leser mit weitergehenden Interessen wurden sodann am Ende Literaturhinweise in subjektiver Auswahl geboten. Diese Auswahl informierte über die zuletzt erschienenen Schlüsselwerke der Zwangsarbeiterforschung in Deutschland und in Württemberg (in denen umfangreiche Bibliografien vorliegen). Im Bestreben auf Vollständigkeit wurden Veröffentlichungen zur Thematik Zwangsarbeit(er) in der Katholischen Kirche Deutschlands bibliografiert. Zu Vergleichszwecken interessierten sodann vor allem Forschungsergebnisse aus dem Bereich der Evangelischen Landeskirche Württembergs. Arbeiten zur Quellenkunde der Zwangsarbeiterforschung sowie autobiografische Quellen aus Württemberg sollten den Abschluss bilden.⁸

⁷ Gelegentlich sind in die Darstellung Hinweise von weiteren Archiven eingeflossen, die künftig über die Zwangsarbeiterakten verifiziert werden können.

⁸ Vgl. S. 352–360 in diesem Band.

Mit Zunahme des Materials entschieden wir uns sodann für die Aufnahme von Quellentexten und Selbstzeugnissen.

Die Fortschreibung der gedruckten Überblicke⁹ erfolgte zuerst monatlich, nicht zuletzt im Hinblick auf die Berichterstattung in den Sitzungen der diözesanen Kommission, die Unterrichtung der vorgeordneten Gremien (z.B. Diözesanrat¹⁰) und der betroffenen kirchlichen Einrichtungen. Sie dienten ferner der Multiplikation des Sachstandes für die am 10./11. Februar 2001 durchgeführte Fachtagung¹¹, auf Konferenzen und in Kollegenkreisen.

Die von der Kommission angestrebte, unter Einsatz von zusätzlichem, qualifiziertem Personal bis zum Abschluss erfolgreich durchgeführte systematische Quellenerhebung¹² führte – zeitweise pausenlos – zu neuen Ergebnissen, die dem Diözesanarchivar mitgeteilt wurden. Er fungierte als verantwortliche Schnittstelle zu dem beim Deutschen Caritasverband eingerichteten Entschädigungsfonds, meldete nach Abklärung der Rechts- bzw. Betriebsträgerschaft dort die ermittelten Personen und forderte in regelmäßigen Abständen die suchdienstlichen Ergebnisse beim Entschädigungsfonds¹³ ein, um

⁹ Überarbeitete, zweite Fassung vom 25.11.2000. – 3., überarbeitete Fassung: 05.12.2000. – 4., überarbeitete Fassung: 05.01.2001. – 5., überarbeitete Fassung: 08.02.2001. – 6., korrigierte und erweiterte Fassung: 01.05.2001. – 7., korrigierte und erweiterte Fassung: 01.09.2001.

¹⁰ Die zweite Auflage vom 25.11.2000 wurde für die Sitzung des Diözesanrats erstellt und übernommen in: *Klaus Barwig/Dieter R. Bauer* (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Überblick, Statements. INFO der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart*, November 2000, S. 13–26.

¹¹ Vgl. hierzu den von *Klaus Barwig, Dieter R. Bauer* und *Karl-Joseph Hummel* herausgegebenen Tagungsband: *Zwangsarbeit in der Kirche* (wie Anm. 2). – Für die Tagung wurde die fünfte Auflage der »Zwangsarbeitereinsätze« vom 08.02.2001 erstellt. Sie fand auch Abdruck und damit weitere Verbreitung im Evangelischen Pressedienst: *epd-dokumentation 14/01* (Frankfurt a.M. 2001), S. 34–43.

¹² Vgl. die Beiträge von *Janker* und *Schäfer* in: *Klaus Barwig* u.a. (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche* (wie Anm. 2). Zur Erschließung der für Württemberg vorhandenen Quellen und ihrer Auswertung vgl. nun den Beitrag von *Annette Schäfer* in: Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäftigung von Fremd- und Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, vorgelegt dem Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Dr. Gebhard Fürst, Stuttgart, 5. Juni 2002, Anhang I (unveröffentlicht).

¹³ *Ferdinand Michael Pronold*, Der Entschädigungsfonds der Deutschen Bischöfe und die kirchlichen Suchdienste: Arbeitsauftrag, Arbeitsweise und bisherige Recherche-Ergebnisse, in: *Klaus Barwig* u.a. (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche* (wie Anm. 2), S. 249–253.

alle Beteiligten oder Interessierten im Rahmen des *Überblicks zu den bisherigen Ergebnissen* auch über die suchdienstlichen Ergebnisse des Entschädigungsfonds zu informieren. Dies war erstmals im Februar 2001 geschehen.¹⁴

Als absehbar wurde, dass die wesentliche Archivarbeit geleistet war und auch die Erfassung der einschlägigen Versicherungsunterlagen der Allgemeinen Ortskrankenkassen bis Februar 2002 ihren regulären Abschluss finden würde, veranlasste unsere Kommission die Abfassung eines Berichts an den Auftraggeber, der dem Bischof von Rottenburg-Stuttgart am 5. Juni 2002 übergeben werden konnte.¹⁵

Seither sind zu den erforderlichen Korrekturen und Sachergänzungen auch diesmal¹⁶ neue Ergebnisse zu verzeichnen. Durch einen Quellenfund des Stadtarchivs Stuttgart wurden zwei belgische Zwangsarbeiterinnen im Christkönigsheim (vgl. den Abschnitt zu Stuttgart-Hohenheim) bekannt, und vom kirchlichen Suchdienst erhielten wir die Nachricht, dass weitere von uns in den Suchauftrag gegebene Personen gefunden werden konnten.

Seit dem 20. Juni 2000 recherchieren wir mit größtem Aufwand nach Zwangsarbeitern, die in kirchlichen Einrichtungen in unserer Diözese beschäftigt worden sind, seit dem 10. November 2000 gehen dem Entschädigungsfonds des Deutschen Caritasverbands die Sozialdaten der aus den landesweit erhobenen historischen Quellen zu.

Wir dürfen dankbar feststellen, dass der Kirchliche Suchdienst innerhalb von kaum zwei Jahren die Lebensschicksale von 47 % der aus der Diözese Rottenburg-Stuttgart gemeldeten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter klären konnte.

¹⁴ Zu den Ergebnissen des Suchdienstes und des Entschädigungsfonds vgl. 5. Auflage (08.02.2001), S. 9; 6. Auflage (01.05.2001), S. 12; 7. Auflage (01.09.2001), S. 10; 8. Auflage (06.06.2002), S. 8 und 11; zum Stand 10.10.2002 vgl. unten S. 262.

¹⁵ Für den gedruckten »Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäftigung von Fremd- und Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, vorgelegt dem Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Dr. Gebhard Fürst, Stuttgart, 5. Juni 2002« (unveröffentlicht) wurde der aktuelle Stand zum 15. Mai 2002 (ebd., Anhang II, S. 15 ff.) erarbeitet, der nach der offiziellen Übergabe des Berichts als achte Auflage (mit ergänztem Stand vom 06.06.2002) nur im Internet publiziert worden ist, da seine Drucklegung im Rahmen der Hohenheimer Protokolle bereits in Aussicht genommen worden war.

¹⁶ In Fortschreibung der Berichte vom 15. Mai und 6. Juni (wie Anm. 15).

Überblick zu den bisherigen Ergebnissen

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind 51 kirchliche Einrichtungen bekannt, die in den Jahren 1939 bis 1945 Zwangsarbeiter(innen) beschäftigt haben. Diese Einrichtungen werden auf den nachfolgenden Seiten kurz vorgestellt.¹⁷

Zusammenfassend kann gesagt werden: In 35 Einrichtungen wurden nur ausländische Zivilarbeiter, in vier nur Kriegsgefangene und in 12 weiteren Einrichtungen beide Statusgruppen zeitweise beschäftigt.

Insgesamt sind etwa 322 Beschäftigungsverhältnisse anhand von Archivalien nachgewiesen: 237 ausländische Zivilarbeiter¹⁸ sowie über 85 Kriegsgefangene¹⁹.

Für den überwiegenden Teil der Kriegsgefangenen fehlen Personalangaben überhaupt.²⁰ Wesentlich günstiger gestaltet sich die Quellenlage zu den ausländischen Zivilarbeitern.²¹ Bis auf die land-

¹⁷ Zusätzlich erfährt die St. Annapflege Leutkirch eine Kurzdarstellung, um auch an die dort untergebrachten Sintikinder zu erinnern.

¹⁸ Hinweis: Die Auszählung der ausländischen Zivilarbeiter aufgrund der nachfolgenden Darstellung zu den einzelnen Einrichtungen ergibt 239, da zwei Arbeiter sowohl in Liebenau als auch in Rosenharz eingesetzt waren. Ebenso ist es bei den rassistisch Verfolgten, da *Angela Reinhardt* sowohl in Muldingen als auch in Leutkirch lebte.

¹⁹ Die Kriegsgefangenen wurden schon aus methodischen Gründen von Anfang an miterfasst. Vgl. *Stephan M. Janker*, Beschäftigung von Zwangsarbeitern (unter Berücksichtigung der Kriegsgefangenen) (wie Anm. 3). Seit der 6. Auflage wurde der Stand der Nachforschungen um die Ergebnisse zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen in kirchlichen Einrichtungen erweitert. Im Kapitel ›Überblick zu den bisherigen Ergebnissen‹ wurde seither die Zahl der *Beschäftigungsverhältnisse* durch Addition von *ausländischen Zivilarbeitern* und *Kriegsgefangenen* ermittelt. Hierbei hat sich ein statistischer Fehler eingeschlichen. Die Gesamtzahl der anhand von Quellenaussagen ermittelten Kriegsgefangenen beläuft sich auf ≥ 91 . Davon sind die sechs Kriegsgefangenen abzuziehen, die in den Zwangsarbeiterstatus überführt wurden (vgl. bei den Abschnitten zu Bad Wurzach und Horb in diesem Text).

²⁰ Von 22 Kriegsgefangenen sind die Namen bekannt. Darunter sind sechs Kriegsgefangene, für die die Überführung in den Zwangsarbeiterstatus nachgewiesen werden kann (diese werden in unserer Statistik als ausländische Zivilarbeiter geführt).

²¹ Zur Quellenlage allgemein vgl. *Gerhard Jochem* (Bearb.), Verzeichnis der Nachweise für NS-Zwangsarbeiter(innen) bei Archiven und anderen Institutionen in Deutschland, Köln 2000, S. 8–12, sowie *Ulrich Helbach*, Quellen in Registraturen und Archiven der katholischen Kirche zur Er-

wirtschaftlichen Knechte in Reute, die ausländischen Zivilarbeiter in Neuhausen und die unsichere Quellenlage bzgl. Mulfingen, die möglicherweise zwei namentlich noch nicht bekannte polnische Zwangsarbeiter annehmen lässt, konnten alle statistischen oder fragmentarischen Angaben aufgeklärt werden.

231 *ausländische Zivilarbeiter*, näherhin 120 *Frauen* und 111 *Männer*, konnten namentlich identifiziert werden. Die nachfolgenden statistischen Angaben beziehen sich auf den Personenkreis der ausländischen Zivilarbeiter.

1. Nationalität oder Herkunft

Aus den zeitgenössischen Quellen ist die damalige *Nationalität oder Herkunft* von beinahe allen Personen bekannt. In neun Fällen ist die Herkunft unbekannt: zu drei Personen ist nur »Ostarbeiter« in den zur Verfügung stehenden Unterlagen festgehalten, in sechs Fällen keine Herkunft angegeben.

Fünf Sechstel (83,5 %) davon kamen aus *Ost- und Südosteuropa*.

Als Herkunftsländer werden Russland (31), Weißrussland (2), Ukraine (19), Polen (82), Litauen (5), Estland (2), Lettland (4) sowie die Slowakei (2), Rumänien (1), Jugoslawien (33) und Untersteiermark (4) genannt.

Von Anfang an machten den überwiegenden Anteil die polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen aus (derzeit 36,5 %). Seit der ersten Publikation verwenden wir deshalb das sog. Polenabzeichen als Symbol für Zwangsarbeit in Württemberg.

Ein Sechstel (16,5 %) davon kam aus *Westeuropa*.

Hier sind bislang Frankreich (13) – darunter auch in den Status von Zivilarbeitern überführte Kriegsgefangene –, das Elsass (4), Belgien mit Flandern (10) und Italien (10) vertreten. Nach dem Sturz des Faschismus im Sommer 1943 wurden die in Deutschland lebenden Italiener über Nacht Zwangsarbeiter (Zivilinternierte).

2. Art der Beschäftigung

Durch die vollständige Auswertung der bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen verwahrten Unterlagen hat sich der Informationsstand zur Art der Beschäftigung wesentlich verbessert. Es liegen 237

forschung der Zwangsarbeit in Deutschland 1939 bis 1945, in: *Klaus Barwig* u.a. (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche* (wie Anm. 2), S. 143–161. – Zu den in Württemberg vorhandenen und im Rahmen unserer Forschungen ausgewerteten Unterlagen siehe nun *Annette Schäfer* (wie Anm. 12).

nachgewiesene Beschäftigungsverhältnisse vor. Zu 213 Personen sind direkte Hinweise auf die *Art der Beschäftigung* gegeben, für 24 Personen fehlen sie.²²

103 unserer ausländischen Zivilarbeiter arbeiteten in Bereichen der *Landwirtschaft* (einschließlich Garten- und Gemüsebau), 57 waren in Bereichen der *Hauswirtschaft* des jeweiligen Arbeitgebers eingesetzt (Haus, Küche und Garten, Wäscherei, Büglerei, Näherei).

Seit kurzem kommt einem dritten Sektor auch zahlenmäßig Bedeutung zu: der *Wald- oder Holzarbeit*. Zu den in den Wäldern des Horber Hospitals Beschäftigten (8) treten die im Wald des Interkalarfonds kurzfristig wie zahlreich eingesetzten *Waldarbeiter und Waldarbeiterinnen* (21); bezogen auf die Gesamtzahl macht der Einsatz in der *Forstwirtschaft* einen prozentualen Anteil von 12,2 % aus.

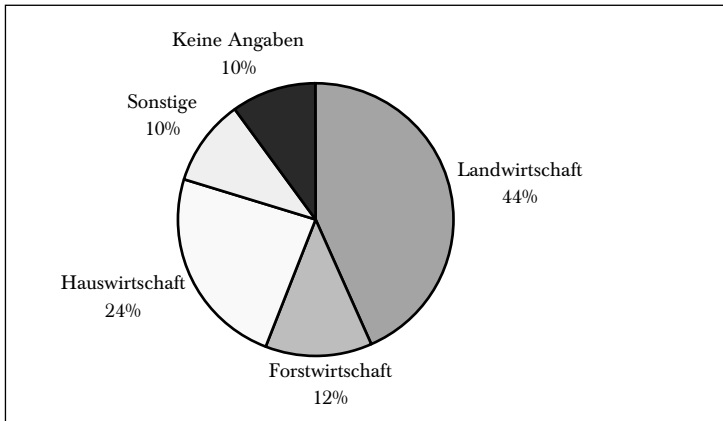
Einzelne Ausnahmen sind hervorzuheben:

- Der 1945 durch die Kirchenpflege Biberach eingesetzte »Ostarbeiter« war möglicherweise zu *Bestattungsarbeiten* eingesetzt; gesichert ist dies bei einer Russin auf dem Friedhof in Tettngang
- das zum 1. März 1945 durch die Gemeinnützige Kranken- und Pflegeanstalten Trier GmbH der Barmherzigen Brüder von Maria Hilf in Bewirtschaftung übernommene *Reservelazarett* Maria Hilf Bad Mergentheim stellte neben Küchen- und Hausgehilfinnen auch *Hilfsarbeiter(innen)* und einen *Boten* ein
- von den im Säuglingsheim St. Nikolaus in Ravensburg seit 1942 beschäftigt gemeldeten Frauen ist nur eine als *Amme* bezeichnet, aber auch die anderen Frauen waren in der *Säuglingspflege* tätig
- neben Hausgehilfinnen und *Hilfsarbeitern* wurden in der TBC-Kinderheilstätte Wangen auch drei *Krankenpflegerinnen*, im Marienhospital Stuttgart zwei *Hebammen* angestellt.

Dieser Gruppe der sonstigen Beschäftigungsarten gehören 24 Personen an.

²² Die Hausüberlieferung zu den Liebenauer Anstalten (vgl. die Abschnitte zu Liebenau, Hegenberg und Rosenharz in diesem Text) unterscheidet zwischen Beschäftigten in der »Oekonomie« und jenen in der »Anstalt«. Die Tätigkeit der sieben in der »Anstalt« Beschäftigten ist dadurch nicht erkennbar. Sie sind deshalb in der Zahl der Personen für die keinen Angaben vorliegen enthalten.

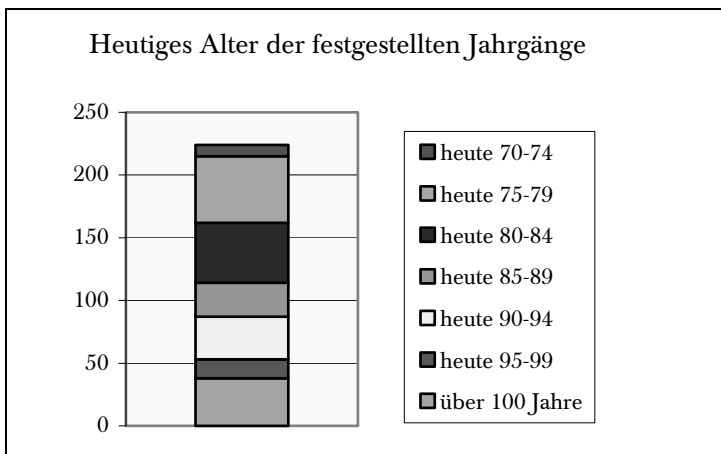
Art der Beschäftigung der Zivilarbeiter



3. Altersstruktur

Von 224 Erwachsenen ist im Moment das *Geburtsdatum* bekannt. Die Auszählung der *Jahrgänge* wirft ein bezeichnendes Licht auf die *Dringlichkeit der raschen Ermittlung* von noch lebenden Zwangsarbeitern:

- 32 Personen sind vor dem Jahr 1900 geboren (Jg. 1867–1899).
- 106 Personen sind vor dem Jahr 1921 geboren (Jg. 1900–1920) und, sofern sie noch leben, heute über 80 Jahre alt.
- 86 Personen stehen heute in einem Alter zwischen 70 und 80 Jahren (Jg. 1921–1930).



4. Vorleistungen und suchdienstliche Erkenntnisse

Aufgrund der diözesanen Vorleistungen hat der *Entschädigungsfonds des Deutschen Caritasverbandes 108 der zur Zeit 231 gesuchten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter* suchdienstlich feststellen können. Das entspricht einer zwischenzeitlichen Aufklärung des Schicksals von 47 % der von der Diözese gesuchten Personen.

85 Personen sind nachweislich *verstorben*. 23 ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter konnten eine Entschädigung erhalten. In fünf Fällen erreichte die Entschädigung Familienangehörige. Der Vergabeausschuss des Entschädigungsfonds der Deutschen Bischofskonferenz hat sodann – nach Prüfung der Anträge durch die zuständige Diözese – vier ehemalige Sintikinder (vgl. die Abschnitte zu Mulfingen und Leutkirch) entschädigt.

5. Wie viele Zwangsarbeiter hatte die katholische Kirche?

Im Jahr 2000 sah sich die katholische Kirche in Deutschland Vorwürfen ausgesetzt, sie habe in ihren Einrichtungen Zwangsarbeiter »im großen Umfang« (Monitor), »im großen Stil« (Spiegel) oder »flächendeckend« (Welt am Sonntag) beschäftigt.

Da die vor zwei Jahren begonnene systematische Quellenerhebung zu den Zwangsarbeiternachweisen inzwischen abgeschlossen ist, kann am Beispiel der Diözese Rottenburg²³ eine Verhältnisaussage errechnet werden.

Mit Stichtag 30. September 1944 wurden »die ausländischen und protektoratsangehörigen Arbeiter und Angestellten im Großdeutschen Reich nach Arbeitsamtsbezirken« ein letztes Mal statistisch erfasst.²⁴ Zum 1. Juli 1943 waren die Landesarbeitsämter in Gauarbeitsämter umbenannt, die Bezirke teilweise neu gegliedert worden. Zum Landesarbeitsamt Südwestdeutschland mit Sitz in Stuttgart hatten Württemberg, Hohenzollern, Baden und Elsass ge-

²³ Der Name wurde 1978 in Diözese Rottenburg-Stuttgart geändert. Vgl. Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Rottenburg-Stuttgart 1978, S. 493–495.

²⁴ Mark Spoerer, NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtsbezirken, in: VfZ 49 (2001), S. 667–684.

hört.²⁵ Nach der Neugliederung bestanden die Gauarbeitsamtsbezirke Württemberg (mit Hohenzollern) und Baden (mit Elsass).

Dem Gauarbeitsamt Württemberg waren insgesamt 15 Arbeitsämter zugeordnet, darunter das Arbeitsamt Sigmaringen für die hohenzollerischen Lande. In der Kirchenorganisation gehört(e) Hohenzollern jedoch zur Erzdiözese Freiburg. Bei Abzug der für das Arbeitsamt Sigmaringen angegebenen Zahlen von den Gesamtzahlen für das Gauarbeitsamt Württemberg erhält man schließlich die das Land Württemberg betreffenden Zahlenwerte:

Zum 30. September 1944 wurden durch die Arbeitsämter in Württemberg insgesamt 185.540 ausländische Zivilarbeiter gemeldet. Davon waren 119.466 männlich (64,4 %) und 66.074 weiblich (35,6 %). Der Ostarbeiteranteil betrug mit 76.014 Personen 40,96 %.

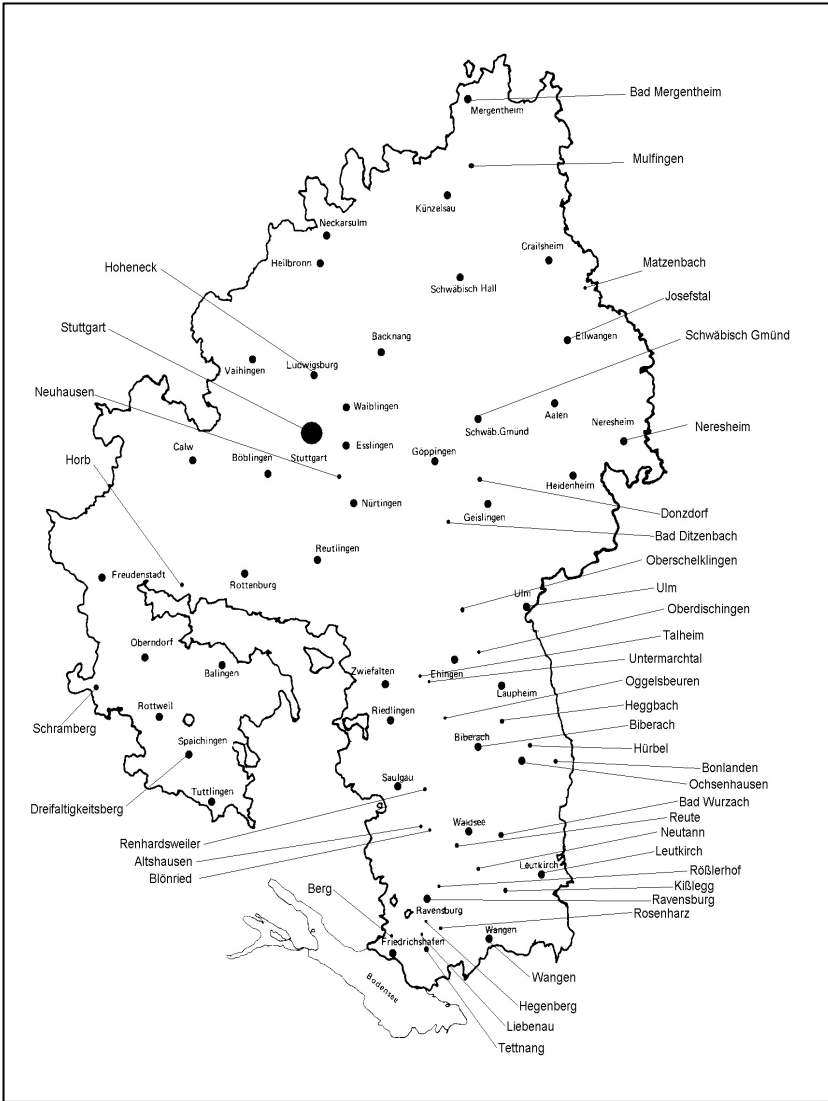
Zu Vergleichszwecken wurden aus der diözesanen Zwangsarbeiterdokumentation die zum 30. September 1944 bestehenden Beschäftigungsverhältnisse ermittelt:

Es kann festgestellt werden, dass zu diesem Stichtag in 30 Einrichtungen 88 Zwangsarbeiter, 41 männliche und 47 weibliche, beschäftigt worden sind. Der Anteil von Zwangsarbeiterinnen in kirchlichen Einrichtungen liegt mit 53,4 % deutlich über dem Landesdurchschnitt (35,6 %).

Unter der Voraussetzung dass die Zahlen zutreffend sind, betrug der Anteil der in kirchlichen Einrichtungen beschäftigten Zwangsarbeiter am 30. September 1944 0,047 %.

²⁵ *Heinz Boberach/Rolf Thommes/Hermann Weiß* (Bearb.), *Ämter, Abkürzungen, Aktionen des NS-Staates. Handbuch für die Benutzung von Quellen der nationalsozialistischen Zeit. Amtsbezeichnungen, Ränge und Verwaltungsgliederungen, Abkürzungen und nichtmilitärische Tarnbezeichnungen (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte Bd. 5)*, München 1997, S. 185–188.

Übersichtskarte



Altshausen: Altersheim St. Joseph

1938: Kreis Saulgau; heute: Lkr. Ravensburg
 Einrichtung: Alters- und Invalidenheim St. Joseph
 Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.
 Quellen: Staatsarchiv Sigmaringen (Wü 65/31 Landratsamt
 Saulgau, Bd. 4 Nr. 2769: Verzeichnis der vom
 2.9.1939–25.4.1945 dauernd oder in den Kommandos
 oder Lagern beschäftigten Ausländer, 1945–1946);
 AOK Bezirksdirektion Sigmaringen (Hebekarten)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	5	2
Geschlecht	männlich: 1, weiblich: 4	
Namentlich identifiziert	5	2
Jahrgänge	1869–1888, 1912, 1927	1912, ?
Herkunftsländer	Ukraine, Weißruthenien, Elsass	Frankreich
Einsatzzeitraum	1942–1945	1941–1945
Einsatzbereich	Landwirtschaft (1), Haushalt (1), Hilfsarbeiterin (1), ohne Angabe (2)	?

1899 wurde in einer ehemaligen Zuckerfabrik das Invalidenheim St. Joseph mit einer Schwesternstation errichtet und 1903 von den Reuter Franziskanerinnen erworben. Das Haus bot Platz für 250–300 Insassen, deren Versorgung und Pflege sich durchschnittlich 45 Schwestern widmeten.

Bad Ditzenbach: Sanatorium

1938: Kreis Göppingen; heute: Lkr. Göppingen
Einrichtung: Mineralbad und Sanatorium (heute Vinzenz-Klinik)
Träger: Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von
Untermarchtal (Vinzentinerinnen)
Quellen: Vinzenz-Klinik Bad Ditzenbach (Lohnkartei, Perso-
nalbuch 1891–1960)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	5	
Geschlecht	männlich: 2, weiblich: 3	
Namentlich identifiziert	5	
Jahrgänge	1893, 1908, 1912, 1922, 1924	
Herkunftsländer	Jugoslawien (2), Polen (1), Bel- gien (2)	
Einsatzzeitraum	1941–1942	
Einsatzbereich	Landwirtschaft (2), Haushalt (3)	

Nach der Enteignung der Kongregation von Untermarchtal²⁶ wurden zwischen November 1942 und Mai 1945 weitere neun ausländische Zivilarbeiter(innen) als Gartenarbeiter oder Hausgehilfen eingestellt: Ukraine (6), Polen (2), Frankreich (1).

²⁶ Vgl. dazu den Abschnitt zu Untermarchtal, S. 347 in diesem Band.

Bad Mergentheim: Deutscher Hof

- 1938: Kreis Mergentheim; heute: Main-Tauber-Kreis
Einrichtung: Kuranstalt Deutscher Hof
Träger: Kath. Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim
Quellen: Staatsarchiv Ludwigsburg (FL 20/3 I: Akten zum Ausländersuchverfahren 1946–1948); Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim (Kirchenstiftungsratsprotokolle); AOK Bezirksdirektion Main-Tauber-Kreis (Hebekarten)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	4	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	4	
Jahrgänge	1916, 1921, 1925, 1930	
Herkunftsländer	Russland (1), Belgien (1), Polen (2)	
Einsatzzeitraum	1944–1945	
Einsatzbereich	Hausgehilfinnen (3), ohne Angabe (1)	

Der »Deutsche Hof« wurde während des Krieges als Kuranstalt für Kranke verwendet, die von den Landesversicherungsanstalten zugewiesen wurden: zumeist Beschäftigte der Rüstungsindustrie und unmittelbar kriegswichtiger Betriebe. Das benachbarte Kolpingsheim war der Kuranstalt angegliedert worden, um so einer Enteignung entgegenzuwirken. Die Bewirtschaftung der gesamten Kuranstalt verblieb der Stiftungsverwaltung.

Bad Mergentheim: Hospital zum Hl. Geist

- 1938: Kreis Mergentheim; heute: Main-Tauber-Kreis
Einrichtung: Hospital zum Hl. Geist
Träger: Kath. Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim
Quellen: Pfarr- und Hospitalarchiv Mergentheim (Personalkartei; Kirchenstiftungsratsprotokolle); AOK Bezirksdirektion Main-Tauber-Kreis (Hebekarten); Staatsarchiv Ludwigsburg (FL 20/3 I: Akten zum Ausländer-suchverfahren 1946–1948)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	6	
Geschlecht	männlich: 3, weiblich: 3	
Namentlich identifiziert	6	
Jahrgänge	1898–1921	
Herkunftsland	Polen	
Einsatzzeitraum	1940–1945	
Einsatzbereich	Landwirtschaft (Pferdeknecht, Melker)	

Das Hospital war Pfründnerheim mit einer Ökonomie, die rund 38 ha Landwirtschaft und 126 ha Wald umfasste. Am 17. Oktober 1939 beschäftigte sich der Kirchenstiftungsrat erstmals mit der veränderten Personalsituation:

»Der erste Pferdeknecht Schürle wurde Ende August zum Frontdienst eingezogen. Ausser dieser im besten Alter stehenden Arbeitskraft fehlen auch noch einige ältere Leute, die bisher bei der Landwirtschaft auch mitgeholfen haben, zum Teil durch Krankheit und durch Tod. Einen Ersatz hierfür zu beschaffen, wenn der Betrieb in Ordnung gehalten werden soll, läßt sich nicht mehr länger hinausschieben. Da landwirtschaftliche Arbeitskräfte kaum zu erhalten sind, soll der Versuch gemacht werden, für das Hospital 2 Gefangene und für das St. Rochusstift einen Gefangenen zu erhalten. Mit diesem Vorschlag ist der K. St. Rat einverstanden.«²⁷

»Am 9. März 1940 sind im Hospital als landwirtschaftliche Hilfskräfte 2 Polen, 1 Mann und dessen Frau, eingestellt wor-

²⁷ Protokoll des Kirchenstiftungsrats vom 17.10.1939, S. 472.

den. Die Frau war während dieser Zeit des öfteren krank und kann nicht als vollwertige Arbeitskraft angesprochen werden. Die Verwaltung hat Gelegenheit, die Tochter dieser Leute, eine kräftige Polin, mit 19 Jahren zu erhalten. Mit Rücksicht auf die bald beginnende Ernte und die sich im Herbst häufende Arbeit gibt der K. St. Rat zur Einstellung dieser weiteren Hilfskraft seine Zustimmung. Der Lohn beträgt monatlich 17.50 RM. neben freier Kost und Wohnung.«²⁸

»Die Polen müssen monatlich 2.50 RM. Bürgersteuer an die Stadt entrichten. Dieselbe wurde ihnen bisher abgezogen. Nachdem andere Arbeitgeber die Bürgersteuer den Polen bezahlen, bitten dieselben um Uebernahme der Steuer auf die Hospitalpflege. Die polnischen Eheleute ... haben ein dreijähriges Kind bei sich. Mit Rücksicht auf die geringe Entlohnung der Polen wird vorgeschlagen, für die Verpflegung des Kindes täglich 40 Rpf., also monatlich 12 RM. vom Verdienst in Abzug zu bringen. *Beschluss:* Die Bürgersteuer ab 1. April auf die Hospitalverwaltung zu übernehmen und für das Kind 12 RM. Kostgeld zu verrechnen.«²⁹

²⁸ Protokoll des Kirchenstiftungsrats vom 16.07.1940, S. 520.

²⁹ Protokoll des Kirchenstiftungsrats vom 29.04.1941, S. 561.

Bad Mergentheim: Reservelazarett Maria Hilf

- 1938: Kreis Mergentheim; heute: Main-Tauber-Kreis
Einrichtung: Reservelazarett in der Bischöflichen Studienanstalt Maria Hilf
Betriebsträger: Gemeinnützige Kranken- und Pflegeanstalten Trier GmbH der Barmherzigen Brüder von Maria Hilf Trier
Quellen: Staatsarchiv Ludwigsburg (FL 20/3 I: Akten zum Ausländersuchverfahren 1946–1948); AOK Bezirksdirektion Main-Tauber-Kreis (Hebekarten)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	12	
Geschlecht	männlich: 3, weiblich: 9	
Namentlich identifiziert	12	
Jahrgänge	1902–1926	
Herkunftsländer	Lettland (4), Litauen (4), Russland (3), Polen (1)	
Einsatzzeitraum	1945	
Einsatzbereich	Reservelazarett: Küchen- und Haushaltshilfen (8), Hilfsarbeiter (3), Bote (1)	

Die Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf wurde am Ende des Schuljahres 1939/40 aufgehoben. Seit Kriegsbeginn hatte die Wehrmacht Gebäudeteile für die Einquartierung von Soldaten in Anspruch genommen. Zum 1.8.1940 errichtete die Wehrkreisverwaltung dort ein Reservelazarett unter Übernahme sämtlicher Wirtschaftsgebäude und Einrichtungsgegenstände.

Eine im Dezember 1944 evakuierte Gruppe, die in Bad Rilchingen/Saar ein Reservelazarett mit 500 Betten unterhalten hatte, bewarb sich um Übernahme des Teil-Reservelazaretts Maria Hilf in Bad Mergentheim. Sie bestand aus einem Bruder, einem Lazarettgeistlichen sowie 15 Weißen Schwestern und 5 Caritasschwestern, die das Pflegepersonal stellten.

Seit 1. März 1945 bewirtschaftete die Gemeinnützige Kranken- und Pflegeanstalten Trier GmbH das Reservelazarett der Wehrmacht.

Literatur: *Bernhard Geiger*, 75 Jahre Bischöfliche Studienanstalt Maria Hilf Bad Mergentheim, Bad Mergentheim 1947. – *Franz Stärk*, 25 Jahre. Die Gründung und Entwicklung des St. Annaver eins vom Dritten Orden in der Diözese Rottenburg 1921–1946, Ellwangen 1947, S. 22.

Bad Mergentheim: Rochusstift

- 1938: Kreis Mergentheim; heute: Main-Tauber-Kreis
Einrichtung: Kuranstalt und Altersheim St. Rochusstift
Träger: Kath. Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim
Quellen: Staatsarchiv Ludwigsburg (FL 20/3 I: Akten zum Ausländersuchverfahren 1946–1948); Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim (Kirchenstiftungsratsprotokolle); AOK Bezirksdirektion Main-Tauber-Kreis (Hebekarten)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	2	
Geschlecht	männlich: 1, weiblich: 1	
Namentlich identifiziert	2	
Jahrgänge	1898, 1925	
Herkunftsländer	Polen (1), Italien (1)	
Einsatzzeitraum	1940, 1944–1945	
Einsatzbereich	Landwirtschaft (1), Haushalt (1)	

Mit Erlass des Landrats vom 30.8.1939 wurde das Kur- und Altenheim einerseits als Reservelazarett (20 Betten), andererseits zur Aufnahme von Kranken der Allgemeinen Ortskrankenkasse (nach Tarif) vorgesehen. Über die Benützung als Reservelazarett wurde mit der Wehrkreisinspektion ein Vertrag abgeschlossen. Die Bewirtschaftung von Reservelazarett und Hilfskrankenhaus oblag der Stiftungsverwaltung. »Da landwirtschaftliche Arbeitskräfte kaum zu erhalten sind«, überlegte der Stiftungsrat schon im Oktober 1939, für die zum Rochusstift gehörende Landwirtschaft (etwa 5 ha) einen Kriegsgefangenen anzufordern.

Bad Mergentheim: Sanatorium Carolinum

- 1938: Kreis Mergentheim; heute: Main-Tauber-Kreis
Einrichtung: Stiftungskrankenhaus Sanatorium Carolinum
Träger: Kath. Kirchen- und Hospitalstiftung Bad Mergentheim
Quellen: Staatsarchiv Ludwigsburg (FL 20/3 I: Akten zum Ausländersuchverfahren 1946–1948); Pfarr- und Hospitalarchiv Bad Mergentheim (Kirchenstiftungsratsprotokolle); AOK Bezirksdirektion Main-Tauber-Kreis (Hebekarten)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	4	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	4	
Jahrgänge	1898, 1900, 1920, 1922	
Herkunftsländer	Polen, Frankreich, Russland	
Einsatzzeitraum	1942, 1944–1945	
Einsatzbereich	Küchen- bzw. Haushilfen im Reservelazarett	

Bad Wurzach: Hofgut Wiesen

- 1938: Gem. Gospoldshofen, Kreis Wangen; heute: Gem. Bad Wurzach, Lkr. Ravensburg
- Einrichtung: Hofgut Wiesen
- Träger: Salvatorianer in Bad Wurzach
- Quellen: Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 20: Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz); Zeitzeuge (Nachbar des Hofgutes Wiesen); Stadtarchiv Bad Wurzach (Einwohnermeldekartei); Salvatorikolleg Bad Wurzach (Hauschronik)³⁰; AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben (Hebeliste); Bad Arolsen (Ausländerliste der Gemeinde Gospoldshofen)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	3	4–5 (Statusumwandlung 3)
Geschlecht	männlich	
Namentlich identifiziert	3	Vgl. bei ausländische Zivilarbeiter
Jahrgänge	1907, 1908, 1913	
Herkunftsland	Frankreich	Frankreich
Einsatzzeitraum	1943–1945	1941–1944(/45)
Einsatzbereich	Landarbeit	Landarbeit

In Wurzach hatte der Salvatorianerorden ein Provinzialat, dem das Studienkolleg St. Georg (Internat mit Progymnasium) angeschlossen war (1939: ca. 65 Schüler, 12 Patres und 25 Laienbrüder; Besorgung des Haushalts durch 12 Salvatorianerinnen). Die »Lateinschule« musste zum 01.04.1940 geschlossen werden. Die einsatzfähigen Laienbrüder wurden zum Heeresdienst eingezogen. Im August 1940 belegte die Wehrkreisverwaltung Stuttgart Schloss und Schlosspark mit kriegsgefangenen Offizieren (Oflag). Im November 1942 richtete dort das Innenministerium ein Internierungslager für Briten (Ilag) ein.

Die klostereigene Landwirtschaft, das Hofgut Wiesen, verblieb dem Orden. Seit Mai 1941 meldete das Salvatorikolleg die Beschäftigung von 4–5 Kriegsgefangenen. Zum 1. November 1943 wurden drei französische Kriegsgefangene als zivile Landarbeiter eingestellt.

³⁰ Die Hauschronik der Salvatorianer endet »im Juni 1940, als der Chronist P. Eligius selbst zu den Waffen gerufen wurde«.

Berg: Martinsheim

- 1938: Gem. Ailingen, Kreis Tettngang; heute: Bodenseekreis
Einrichtung: Erholungshaus St. Martinsheim
Träger: Priesterunterstützungsverein St. Martinus der Diözese Rottenburg
Quellen: Stadtarchiv Friedrichshafen (Gemeinde Ailingen I, Bü. 15, S. 22 Nr. 50; Namentliche Liste Russland, S. 87 Nr. 1873; A-3-Liste Russland, Nr. 1902)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	1	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	1	
Jahrgang	1923	
Herkunftsland	Russland	
Einsatzzeitraum	1944	
Einsatzbereich	?	

Der im Jahre 1897 gegründete Priesterversorgungsverein St. Martinus erwarb 1925 ein Haus in Berg, zu dem auch eine kleine Ökonomie gehörte. Das Martinsheim wurde zu einem Erholungsheim für pensionierte Mitglieder ausgebaut; für die Versorgung und Betreuung der Gäste wurden die Franziskanerinnen von Reute gewonnen. Nach dem Schwesterngestellungsvertrag konnte die Filialoberin »zur Beihilfe in Küche und Hausarbeit« eine Magd anstellen; »Ökonomie, Feld und Garten« sollte »ein Knecht nach Weisung der Oberin« besorgen.

Durch einen Fliegerangriff auf Friedrichshafen in der Nacht vom 27./28. April 1944 wurden die Stadt und auch die Industriebetriebe von Maybach und der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG zum großen Teil zerstört. Unmittelbar danach erfolgte eine Umsetzung der Zwangsarbeiter in die Landwirtschaft oder in Privathaushalte.³¹ Eine russische Zwangsarbeiterin, die seit dem 7. Juli 1942 in der Zahnradfabrik gearbeitet hatte, wurde vom 29. April bis 12. Oktober 1944 im Martinsheim beschäftigt.

³¹ Freundlicher Hinweis von Frau Christa Tholander, Friedrichshafen.

Literatur: *Christa Tholander*, Fremdarbeiter 1939 bis 1945. Ausländische Arbeitskräfte in der Zeppelin-Stadt Friedrichshafen, Essen 2001, S. 177, 287–294.

Biberach an der Riß: Kirchenpflege St. Martin

1938: Kreis Biberach; heute: Lkr. Biberach
Einrichtung: Katholische Kirchenpflege St. Martin
Träger: Katholische Kirchenpflege St. Martin
Quellen: Zeitzeugen; AOK Bezirksdirektion Biberach

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	1	2
Geschlecht	männlich	
Namentlich identifiziert	1	0
Jahrgänge	1889	?
Herkunftsländer	»Ostarbeiter«	?
Einsatzzeitraum	1945	1945
Einsatzbereich	Bestattungshilfe	Friedhof

Hinweise von Zeitzeugen auf uniformierte Kriegsgefangene, die dem Mesner bei der Friedhofsarbeit zur Hand gingen. Totengräber und Bestattungsordner wurden während der letzten Kriegsmonate eingezogen.

Literatur: Studienkreis Deutscher Widerstand (Hg.), Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945, Bd. 5/2: Baden-Württemberg, Frankfurt a.M. 1997, S. 194–198.

Blönried: Missionshaus St. Johann

1938: Kreis Ravensburg; heute: Gem. Aulendorf, Lkr. Ravensburg
Einrichtung: Missionshaus St. Johann
Träger: Steyler Missionare
Quellen: Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 20: Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz); Zeitzeuge

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt		2
Geschlecht		
Namentlich identifiziert		1
Jahrgänge		?
Herkunftsland		Belgien
Einsatzzeitraum		1941–1945
Einsatzbereich		Landwirtschaft

Das 1925/26 gegründete Steyler Missionshaus wurde nach Aufhebung der Internatsschule (24.03.1937) von 43 Fratres-Novizen mit 7 Patres und 18 Brüdern bewohnt (Stand: 31.10.1938). Zum Grundbesitz des Hauses gehörten eine kleine Gärtnerei und eine landwirtschaftliche Nutzfläche von etwa 40 Morgen.

Das Missionshaus (Gebäude und Hofraum einschließlich Garten), dessen Belegungsstärke auf 300 Personen veranschlagt und am 30. Oktober 1940 von der Volksdeutschen Mittelstelle beschlagnahmt worden war, beherbergte zwischen 07.12.40 und 08.11.41 302 Bessarabiendeutsche (Buchenland-Umsiedler), seit 26.11.41 200 Slowenen, die am 30.08.45 in Durlesbach nach Jugoslawien verladen worden sind.

Von den Missionaren (Patres und Brüder) wurden zwei Drittel zum Wehrdienst eingezogen, ebenso zwei der drei männlichen Arbeiter. Zum Stichtag 30.05.40 sind noch 6 Ordensgeistliche, 15 Brüder, drei inländische Arbeiter und eine inländische Arbeiterin beschäftigt gemeldet; an den Stichtagen 1941–44 jeweils 4 Ordensgeistliche, 3 Brüder, ein inländischer Arbeiter, eine inländische Arbeiterin und *zwei Kriegsgefangene*.

»Nur der Name von einem [der Kriegsgefangenen aus Belgien] ist [später] bekannt gewesen, Pierre Rassart, der sich

beim Einmarsch der Franzosen zum Schutz des Dorfes eingesetzt und nach dem Krieg auch das Missionshaus und Dorf besucht hat.«³²

³² Freundliche Auskunft von P. Ludwig Steck SVD (Zeitzeuge).

Bonlanden: Kloster

- 1938: Gem. Berkheim, Kreis Biberach; heute: Lkr. Biberach
- Einrichtung: Mutterhaus und Mädcheninstitut
- Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Bonlanden e.V.
- Quellen: Kongregationsarchiv Bonlanden (Meldungen an die AOK Biberach; Hauschronik); Kreiskultur- und Archivamt Biberach (UVB, Bund 141, Az. 115.12: Meldung der Ausländer, Dezember 1945); Bürgermeisteramt Berkheim (Meldeunterlagen); AOK Bezirksdirektion Biberach; Hauptstaatsarchiv Stuttgart (E 151/09, Bü. 7)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	10	?3
Geschlecht	männlich: 8, weiblich: 2	
Namentlich identifiziert	10	2
Jahrgänge	1879–1887, 1908–1920	
Herkunftsländer	Elsass (3), Polen (2), Litauen (1), Untersteiermark (4)	Frankreich
Einsatzzeitraum	1942–1945	1941–?
Einsatzbereich	Landwirtschaft, Garten- und Gemüsebau (8), Küche, Büglerei (2)	Landarbeit

Im Institut des Mutterhauses Bonlanden waren von den Nationalsozialisten 1937 das Hauswirtschaftslehrerinnenseminar und das Lehrerinnenseminar geschlossen, die Privat-Volksschule abgebaut und die Aufnahme weiterer Schülerinnen verboten worden. Die im Mädcheninstitut vorhandenen 150 Plätze waren nur zum geringeren Teil von Schülerinnen belegt. Am 01.07.1941 sind dort untergebracht: 33 Jugendliche der Haushaltungsschule, 17 Kinder aus luftgefährdeten Gebieten (Köln und Koblenz), die die Ortsschule besuchten, sowie 75 Mädchen des Kinderlandverschickungslagers. »Von März 1942 bis Kriegsende wurde das Schulhaus als Lazarett für 150 bis 200 kranke und leichtverwundete Soldaten eingerichtet und deren Pflege von den Schwestern übernommen.« Vorüberge-

hend waren in Bonlanden auch Frauen und Mädchen aus dem Osten untergebracht, dann etwa 80 alte heimatlose Personen.

Das Mutterhaus verfügte über eine ansehnliche Ökonomie im Umfang von 80 ha. Davon wurden 20 ha forstwirtschaftlich genutzt, 60 ha für Ackerbau und Viehwirtschaft (1941: 55 Stück Vieh und 6 Pferde). In der Ökonomie arbeiteten etwa 30 Personen, in der Hauswirtschaft 15. »Mitarbeiter der Landwirtschaft waren ... zur Wehrmacht eingezogen und durch französische Kriegsgefangene ersetzt worden.« Zwei *Kriegsgefangene* sind namentlich bekannt. Die Hauschronik berichtet: »Am 6. Februar [1941] wurde einer unserer Kriegsgefangenen, ein Franzose, nach Ulm in eine Fabrik beordert, in ihm haben wir einen fleißigen Arbeiter verloren. 2 Knechte wurden zum Militär einberufen, so verringern sich leider unsere Arbeitskräfte sehr.« Seit 1942 beschäftigte die Genossenschaft auch *ausländische Zivilarbeiter*.

Literatur: Das Kloster Bonlanden. Eine Festschrift aus Anlass der 100. Wiederkehr des Gründungstages, Stuttgart 1954, S. 21 f. – *Paul Kopf*, Die Franziskanerinnen von Bonlanden. Licht und Schatten, Sigmaringen 1992, S. 47–56.

Donzdorf: St. Vinzentiuspflege

1938: Kreis Göppingen; heute: Lkr. Göppingen
Einrichtung: Erziehungs- und Verpflegungsanstalt
Träger: Stiftung St. Vinzentiuspflege
Quellen: St. Vinzentiuspflege (Hauschronik 1850–1976; Personalbuch); Kreisarchiv Göppingen (A 114.10: Ausländersuchverfahren); AOK Bezirksdirektion Göppingen (Mitgliederkartei); Stadtarchiv Stuttgart (Bestand 202, Bü. 852: Gesundheitsamt 1873–1990); Hauptstaatsarchiv Stuttgart (E 151/09, Bü. 7); Zeitzeugin (Angela Reinhardt)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	3	
Geschlecht	männlich: 1, weiblich: 2	
Namentlich identifiziert	3	
Jahrgänge	1891, 1918, 1919	
Herkunftsländer	Polen, Ukraine, Jugoslawien	
Einsatzzeitraum	1940–1945	
Einsatzbereich	Landwirtschaft	

Sonstiges: In der von der Familie der Grafen von Rechberg 1851 errichteten Stiftung widmeten sich von Anfang an die Schwestern vom hl. Kreuz (Mutterhaus Straßburg) der Erziehung von Kindern in sozialer Not.

1937 befanden sich in der Obhut von 26 Kreuzschwestern insgesamt 85 arme Mädchen (schulpflichtige, schulentlassene von 14 bis 16 Jahren und ältere Mädchen von 17 bis 20 Jahren). Daneben bestanden zwei Altersheime für ältere, gebrechliche Frauen (Marienheim und Josefsheim) und der 1934 eingeweihte Kindergarten.

Der Grundbesitz der Vinzentiuspflege belief sich auf 2,58 ha. Mit den Pachtgütern bestand die Ökonomie allerdings aus einer Nutzfläche von 19,45 ha, sodann aus zwei Pferden, 14 Stück Rind, Schweinen und Hühnern (1941). Neben sieben Erwachsenen wurden damals sechs Fürsorgezöglinge in der Landwirtschaft mitbeschäftigt: »Während der Ernten verstärkter Einsatz der Minderjährigen.«

Von September 1939 bis Kriegsende wurden in der Vinzentiuspflege auch Zwangsarbeiterkinder aufgenommen sowie einzelne ausländische Frauen mit ihren Kindern.

Die Hauschronik berichtet zu 1942:

»Die Verhältnisse, die der Bewegungskrieg im Osten und Südosten von Europa schuf und viele Ausländer als Arbeitskräfte nach Deutschland brachte, machen es erklärlich, dass eine Kroatin bei uns als Magd Anstellung fand. Ihre 2 Kinder wurden im Hildegardishaus untergebracht.«

In den letzten Kriegsmonaten wurde die Vinzentiuspflege von der Stadt Stuttgart als Ausweichkrankenhaus für die bombengeschädigte Kinder-Olga-Heilanstalt Stuttgart in Anspruch genommen.

Angela Reinhardt, ein Sintikind, das der Deportation der Sintikinder von Mulfingen³³ nach Auschwitz am 09.05.1944 entging, wurde zu ihrer leiblichen Mutter gebracht, dann in die Obhut der Kreuzschwestern in Donzdorf übergeben. Davon und von ihren Eindrücken und Erlebnissen in Donzdorf berichtet Angela (vermittelt durch den Jugendbuchautor Michail Krausnick):

»In Donzdorf wurden keine Nazi- und Soldatenlieder gesungen und niemand rief ›Heil Hitler‹. Überhaupt wurde dieser Hitler mit keinem Wort erwähnt. Schwester Maria Dorothea sagte nur, dass viele unschuldige Menschen jetzt flüchten und ihre Heimat verlassen müssten. Daran seien alle diejenigen schuld, die sich von Gottes Geboten abgewandt hätten. Angela konnte sich gut vorstellen, wen sie damit meinte.«³⁴

Literatur: St. Vinzentiuspflege (Hg.), 150 Jahre St. Vinzentiuspflege Donzdorf, Stuttgart 2001. – *Michail Krausnick*, Auf Wiedersehen im Himmel. Die Geschichte der Angela Reinhardt [Jugendbuch], München 2001, S. 100–107.

³³ Vgl. dazu den Abschnitt zu Mulfingen, S. 305 in diesem Band.

³⁴ *Michail Krausnick*, Auf Wiedersehen im Himmel. Die Geschichte der Angela Reinhardt, München 2001, S. 101.

Ellwangen: Josefstal

- 1938: Kreis Aalen; heute: Ostalbkreis
Einrichtung: Missionshaus Josefstal bei Ellwangen, Brüdernoviziat mit Landwirtschaft
Träger: Missionare Söhne des hl. Herzens Jesu (Comboni-Missionare)
Quellen: Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 20: Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz); Archiv der Comboni-Missionare Ellwangen (Hauschronik, Ergänzung zum 1.9.1945); Zeitzeugen (ältere Mitbrüder)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt		2
Geschlecht		
Namentlich identifiziert		0
Jahrgänge		
Herkunftsländer		Frankreich, Polen
Einsatzzeitraum		1941–1944(/45)
Einsatzbereich		Landwirtschaft

Das Haus Josefstal entging der Beschlagnahme durch die Volksdeutsche Mittelstelle, weil es für Umsiedlungszwecke als ungeeignet befunden wurde. Fast alle Ordensbrüder waren eingezogen, deshalb wurden gefangene Franzosen und Polen als Arbeiter eingestellt. Im Juli 1941 mietete eine Maschinenfabrik aus Wasseralfingen Räume zur Unterbringung von Rüstungsarbeitern an. Es waren 10–20 Ungarn, Rumänen und Serben, die auch von der Klosterküche gepflegt wurden. Am 19.4.1944 wurden Räume beschlagnahmt für ein Kinderlandverschickungslager.

Nach der Kriegswirtschaftlichen Kräftebilanz wurden in den Jahren 1941–42 ein, 1943–44 zwei Kriegsgefangene beschäftigt gemeldet (jeweils zum Stichtag 31. Mai).

Die Hauschronik hält fest:

»Als fast alle Brüder eingerückt waren, wurden gefangene Franzosen und Polen als Arbeiter eingestellt. Oft waren auch Urlauber da und ab und zu halfen auch gute Nachbarn mit ...« Ältere Mitbrüder »erinnern sich, dass seit 1941 ein

Franzose und ein Pole in Josefstal gearbeitet haben ... sie wohnten in einem Lager im Nachbarort Schrezheim.«

Literatur: Studienkreis Deutscher Widerstand (Hg.), Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945, Bd. 5/1: Baden-Württemberg, Frankfurt a.M. 1991, S. 271–273. – *Felix Hüll*, Kriegsgefangene arbeiteten in Comboni-Landwirtschaft, in: Aalener Nachrichten/Ipfer- und Jagst-Zeitung Nr. 207 vom 07.09.2000.

Hegenberg: Gebhardihaus

1938:	Gem. Meckenbeuren, Kreis Tettngang; heute: Bodenseekreis
Einrichtung:	Pflegeanstalt Hegenberg, St. Gebhardihaus
Träger:	Stiftung Liebenauer Anstalten
Quellen:	Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.1–C 20 1e: Jahresberichte der Anstalt; G 1.6 Nr. 40: Kriegsstatistiken); Archiv Liebenau (Jahresberichte und Personallisten; Hegenberger Seelsorgebericht 1945)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	1	<i>siehe unter Liebenau</i>
Geschlecht	männlich	
Namentlich identifiziert	1	2
Jahrgänge		
Herkunftsländer	Polen	Frankreich/Serbien (2)
Einsatzzeitraum	1943/44	1941–1942/ 1942–1945
Einsatzbereich	Landwirtschaft	Landwirtschaft

Sonstiges: Zur Pflegeanstalt Hegenberg gehörte eine 30 ha umfassende Landwirtschaft, die i.d.R. von drei landwirtschaftlichen Angestellten bewirtschaftet wurde. Zeitweise befand sich dort ein Gefangenenerlager.

Von Kriegsgefangenen in Hegenberg berichtet zuerst die Personalliste zum 31.12.1941 mit folgender Erwähnung: »Wachmann in Hegenberg 1, Kriegsgefangene Franzosen 10.« Der gleichzeitige Jahresbericht vermerkt sie allerdings allgemein unter Liebenau: »Zu den Insassen der Anstalt gehören in Liebenau 10 kriegsgefangene Franzosen.«

Auf die französischen Kriegsgefangenen folgten 1942 serbische, von denen sieben (mit je einem Wachmann) auf Liebenau und Hegenberg verteilt tätig waren. In den Jahren 1943 bis 1945 waren es sechs serbische Kriegsgefangene, die in beiden Einrichtungen zum Einsatz kamen, davon in »Hegenberg: Wachmannschaft der Kriegsgefangenen 1 [Person], Kriegsgefangene 2 [Personen]«.

Am 9. Juli 1945 zogen die Serben nach Aussage des Hegenberger Seelsorgeberichts ab.

Literatur: siehe unter Liebenau

Heggbach: Kirchliche Pflegeanstalt

- 1938: Gem. Maselheim, Kreis Biberach; heute: Lkr. Biberach
- Einrichtung: Kirchliche Pflegeanstalt Heggbach für Epileptische, Schwachsinnige und Unheilbare (1939: ca. 395 Pfleglinge; 60 Schwestern, Angestellte und Dienstboten); Gutsverwaltung
- Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.
- Quellen: Registratur Verwaltung Heggbach (Lohnlisten; AOK-Hebeliste des Arbeitgebers; Rückmeldung einer Zwangsarbeiterin); Kreiskultur- und Archivamt Biberach (UVB, Bund 141, Az. 115.12: Meldung der Ausländer, Dezember 1945); AOK Bezirksdirektion Biberach; Zeitzeuge; Hauptstaatsarchiv Stuttgart (E 151/09, Bü. 7); Archiv Kloster Reute (Chronik Heggbach 1898–1947, S. 140; Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, S. 80); Ukrainische Nationalstiftung »Verständigung und Aussöhnung« Kiew.

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	5	6
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	5	
Jahrgänge	1904, 1919–1927	
Herkunftsländer	Ukraine, Polen, »Ostarbeiterin«	Belgien
Einsatzzeitraum	1942–1945	1941–194(3)
Einsatzbereich	Landwirtschaft (3), Küche und Haushalt (2)	Landwirtschaft

Sonstiges: Die säkularisierte Reichsabtei wurde durch den Fürsten von Waldburg-Wolfegg 1884 den Franziskanerinnen von Reute zur Errichtung eines Behindertenheims überlassen. An 193 Patienten der Heggbacher Einrichtungen, die 1940–1943 Opfer des nationalsozialistischen Euthanasieprogramms wurden, erinnert eine Gedenktafel in der Kirche von Heggbach.

Zur Pflegeanstalt gehörte eine Landwirtschaft, die ca. 170 ha umfasste. In einer Bestandsaufnahme der Anstalten durch die Zent-

ralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg vom 18.07.1941 wird berichtet, dass neben 28 Hauptamtlichen »während des ganzen Jahres ausserdem noch 15–20 volljährige Pfleglinge« mithelfen. »Auch werden in der Landwirtschaft z.Zt. 6 Kriegsgefangene beschäftigt.«

Als am 05.11.1942 Schmiedemeister Reisch zur Wehrmacht eingezogen wird, hält die Filialchronik fest: »... einer der hiesigen belgischen Gefangenen kann als Motorführer an seine Stelle treten.« Daneben wird gleichzeitig – allerdings noch ohne erkennbaren Zusammenhang – in der Kongregationschronik von den Kindern einer belgischen Familie in Heggbach berichtet, die »im Stroh Feuer gemacht« hatten.

Von den fünf Zwangsarbeiterinnen waren eine seit Juni 1942, zwei seit August 1944 und zwei ab März 1945 in der Ökonomie beschäftigt.

Literatur: Studienkreis Deutscher Widerstand (Hg.), Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945, Bd. 5/2: Baden-Württemberg, Frankfurt a.M. 1997, S. 202 f. – *Hermann J. Pretsch* (Hg.), Euthanasie. Krankenmorde in Südwestdeutschland, Zwiefalten 1996.

Horb am Neckar: Hospital zum Hl. Geist

1938: Kreis Horb; heute: Lkr. Freudenstadt
 Einrichtung: Hospital zum Hl. Geist
 Träger: Kath. Kirchen- und Hospitalpflege Horb a.N.
 Quellen: Spitalarchiv Horb (v.a. Rechnungen der Kirchen- und Hospitalpflege, Lohnblätter, AOK-Hebelisten des Arbeitgebers, Abrechnungen mit der LVA); Zeitzeugen; Stadtarchiv Horb (v.a. Einwohnermeldeunterlagen); Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 20: Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz und G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Kirchengemeinden); LVA Württemberg (Versicherungskartenarchiv); Bad Arolsen (Ausländerlisten); AOK-Bezirksdirektion Freudenstadt, Geschäftsstelle Horb (Hebelisten 1940/45)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	29	14 (Statusumwandlungen 3)
Geschlecht	männlich: 24, weiblich: 5	
Namentlich identifiziert	29	4
Jahrgänge	1898, 1907–1926, 1929	
Herkunftsländer	Ukraine (8), Polen (10), Frankreich (3), Italien (8)	Polen (10)/Frankreich
Einsatzzeitraum	1939–1945	1939–1940/ 1940–1943
Einsatzbereich	Land- und Forstwirtschaft	Land- und Forstwirtschaft

Zum Horber Spital, das ein Krankenhaus und ein Altersheim unterhielt, gehörte ein umfangreiches landwirtschaftliches Gut, das bis nach dem Zweiten Weltkrieg in Eigenregie durch Angestellte der Kirchen- und Hospitalpflege betrieben wurde. Es umfasste 40 ha Ackerland, 20 ha Wiesen und 271 ha Wald (Stand 1941). Die Produktion ging weit über den Eigenbedarf hinaus und war für die Versorgung Horbs von nicht unerheblicher Bedeutung.

Nachgewiesener Kriegsgefangeneneinsatz: 01.12.39–15.01.40 10 Polen, 20.08.40–28.06.43 2 Franzosen, 20.08.40–Dez.041 1 Franzose,

15.01.42–28.06.43 1 Franzose. Drei Franzosen wurden in den Status von Zivilarbeitern überführt.

Literatur: *Herbert Aderbauer*, Zwangsarbeiter im kirchlichen Dienst. Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern in der Landwirtschaft des Horber Spitals, in: *Zwangsarbeit in der Kirche* (Hohenheimer Protokolle Bd. 56), S. 125–142. – *Georg Maikler/Peter Silberzahn*, Das Spital zum Hl. Geist in Horb, in: *Joachim Köhler* (Hg.), 600 Jahre Stiftskirche Heilig-Kreuz Horb, Horb am Neckar 1987, S. 161–172. – *Peter Silberzahn*, Die vergessenen Helfer. Zwangsarbeiter in den Einrichtungen der Katholischen Spitalstiftung Horb 1939 bis 1945, Horb 2001.

Hürbel: Kinderheim St. Josef

- 1938: Kreis Biberach; heute: Lkr. Biberach
Einrichtung: Kinderheim St. Josef
Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Bonlanden e.V.
Quellen: Kongregationsarchiv Bonlanden (Lohnbuch Hürbel 1943–1957); AOK Bezirksdirektion Biberach; Staatsarchiv Ludwigsburg (E 191, Bü. 3553)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	1	4
Geschlecht	männlich	
Namentlich identifiziert	1	0
Jahrgänge	1922	
Herkunftsländer	Polen	Belgien (2), Serbien (1), Frankreich (1)
Einsatzzeitraum	1942–1945	1940–1942
Einsatzbereich	Landwirtschaft	Landwirtschaft

Zur Einrichtung eines Kinderasyls für Säuglinge kaufte die Bonlandener Kongregation 1907 das Schloss der Baronin von Welden in Hürbel. Das am 18.10.1908 eingeweihte Filial bot zur Pflege und Erziehung von Säuglingen und Kindern im vorschulpflichtigen Alter 110 Plätze (1941). 1937 waren in Hürbel 33 Franziskanerinnen im Einsatz. Beim Einmarsch der Franzosen am 24.04.1945 befanden sich 140 Kinder in der Einrichtung.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche betrug 23,3 ha; in der Stallung befanden sich zwei Pferde und 24 Stück Vieh. Zehn Personen waren in der Ökonomie beschäftigt (Stand: 01.07.1941). Aus dem landwirtschaftlichen Betrieb wurde die Verpflegung der Kinder sichergestellt, sodann der Ablieferungspflicht entsprochen.

Die Halbjahresberichte der Filialoberin Schwester M. Dominika an die Zentralleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg schildern u.a. jeweils den Arbeitskräfteeinsatz in der Landwirtschaft:

1940: »Ende Juni wurden uns 2 kriegsgefangene Belgier zugewiesen als Arbeitshilfe für die Landwirtschaft, da seit

Kriegsbeginn der Zweitknecht heimberufen war und wir eine Ersatzkraft nicht erhalten konnten. – Von den im Juni uns zugewiesenen 2 kriegsgefangenen Belgiern mußten wir Ende Juli einen wieder abgeben zu anderweitiger Aushilfe; dafür konnten wir am 3. Oktober einen vom Militärdienst entlassenen 2. Knecht einstellen, um so die unbedingt notwendigen Arbeitskräfte für den landwirtschaftlichen Betrieb wieder zu ergänzen. Am 1. Oktober wurde unser Schuhmacher F. B. zum Heeresdienst einberufen, die Stelle eines Anstalts-Schuhmachers ist bis jetzt unbesetzt.«

1941: »Im Mai wurden die hier beschäftigten kriegsgefangenen Belgier mit kriegsgefangenen Serben ausgewechselt. Der uns zugewiesene Serbe war in der Nacht des 30. Mai aus dem Lager entwichen; so fehlte uns für die Heu- und Erntearbeiten eine Arbeitskraft in der Landwirtschaft. Einen Ersatz konnten wir trotz aller Bemühungen bisher nicht bekommen. – Im Oktober erkrankte unser 2. Knecht an spa(s)tischer Lähmung beider Beine und mußte sich auf Anordnung des Arztes am 27. Okt(ober) in die Nervenklinik nach Tübingen begeben, wo er heute noch liegt. Leider konnten wir auch trotz aller Bemühungen keinen Kriegsgefangenen erhalten, sodass es uns an Arbeitskräften für die Landwirtschaft mangelt. [Es folgen die zu leistenden Abgaben!]<«

1942: »Der im Spätherbst 1941 erkrankte 2. Knecht mußte in Tübingen als unheilbar entlassen werden und fand im Februar d. J. Aufnahme in der Pflegeanstalt Heggbach. Am 20. März wurde uns für den landwirtschaftlichen Betrieb ein französ(ischer) Kriegsgefangener zugeteilt, im Mai jedoch wieder weggenommen. Für die Heuernte fehlte es uns dann an männl(ichen) Arbeitskräften. – Am 6. Oktober wurde unser 2. Knecht J. W. zum Reichsarbeitsdienst einberufen, sodass zur Herbst-Feldbestellung noch ein einziger Knecht zur Verfügung stand. Wohl konnte im September ein junger polnischer Landarbeiter eingestellt werden, doch muß dieser erst in die landwirtschaftliche Arbeit eingelernt werden. Zur Getreide- und Hackfruchternte wurde uns je für 2 Wochen ein Soldat zur Erntehilfe zugewiesen.«

1943: »Bei den landwirtschaftlichen Arbeitskräften mußten wir weitere Einschränkungen erfahren. Der im Dez(ember) 1942 aus dem RAD entlassene und im Januar 1943 wieder in unsere Dienste getretene Dienstknecht J. W. wurde im April 1943 zum Heeresdienst einberufen. Einen Ersatz konnten wir nicht erhalten. Im Juli wurde unser 1. Knecht A. S., welcher seit 5 Jahren bei uns bedienstet war und den ganzen landwirtschaftlichen Betrieb zu leiten hatte, kurz vor der Ernte in einen nachbarlichen Betrieb dienstverpflichtet und mußte am 12. Juli dort die Arbeit aufnehmen, von wo

er nach wenigen Wochen zum Heeresdienst eingezogen wurde. Als Ersatz wurde uns vom Arbeitsamt Laupheim, bzw. Ulm der bisher als Strassenwärter tätige verheiratete N. M. von Schönebürg zugewiesen, welcher anfangs Juni seine Arbeit hier aufnehmen mußte, um von Herrn S. noch etwas in den Betrieb eingeführt zu werden. Seit der Abberufung von A. S. ist neben Herrn M. nur noch ein polnischer Landarbeiter als männliche Arbeitskraft vorhanden. Im Juni gelang es uns, noch ein Mädchen als landwirtschaftliche Gehilfin einzustellen; im übrigen müssen alle Arbeiten, besonders die Besorgung des Viehstalles, von den Schwestern verrichtet werden.«

1945: »Die Frage der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte war besonders schwierig. Mit Kriegsende stellten die ausländischen Arbeiter, damit auch unser polnischer Landarbeiter, ihre Arbeit vollständig ein. Trotzdem mußte ihm aber bis August volle Verpflegung gewährt werden. ... «

Zu dem ab dem 09.09.1942 beschäftigten polnischen Landarbeiter vermerkt das Lohnbuch des Kinderheims: »Seit 1. Mai 1945 nicht mehr arbeitswillig; am 17. Juni in ein Lager abgeführt.«

Literatur: Das Kloster Bonlanden. Eine Festschrift aus Anlass der 100. Wiederkehr des Gründungstages, Stuttgart 1954. – *Paul Kopf*, Die Franziskanerinnen von Bonlanden. Licht und Schatten, Sigmaringen 1992, S. 39 ff., 52 f., 146, 284.

Kißlegg: Hospital zum Hl. Geist

1938: Kreis Wangen; heute: Lkr. Ravensburg
Einrichtung: Fürstlich Waldburg'sches Hospital zum Hl. Geist
Rechtsträger: Fürstliche Hospitalstiftung zum Heiligen Geist
Betriebsträger: Caritasverband für Württemberg e.V.
Quellen: Archiv des Heilig-Geist-Hospitals Kißlegg; Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Anstalten); LVA Württemberg (Versicherungskartenarchiv)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	4	
Geschlecht	männlich: 3, weiblich: 1	
Namentlich identifiziert	4	
Jahrgänge	1889–1899, ?	
Herkunftsland	Polen	
Einsatzzeitraum	1941–1945	
Einsatzbereich	Landwirtschaft	

Die 1575 von den Schellenbergern errichtete Hospitalstiftung zum Heiligen Geist in Kißlegg steht seit 1708 in der Stiftungsobverwaltung der Fürsten zu Waldburg-Wolfegg. Seit 1864 besorgten die Barmherzigen Schwestern von Schwäbisch Gmünd (später Untermarchtal) Hauswirtschaft und Krankenpflege im Spital, das ab 1904 von einem Spitalverwalter geleitet wurde. Während des Zweiten Weltkriegs übernahmen Verbandsangestellte des Caritasverbandes für Württemberg e.V. die Verwaltung der Einrichtung. Im Januar 1943 wird von 35 Altersheimplätzen sowie 50 ha Landwirtschaft berichtet.³⁵ 1945 lebten 40 Menschen im Spital, darunter bis zu zehn Evakuierte aus Großstädten.

³⁵ Diözesanarchiv Rottenburg, G 1.6 Nr. 35. – *Thomas Weiland*, Das Hospital zum Heiligen Geist in Kißlegg. Ein Streifzug durch die Geschichte, Kißlegg 1995, S. 91, berichtet für 1934/36 von einer bewirtschafteten Gesamtfläche von 95,29 Morgen, was nach der Umrechnung (S. 159) einem Äquivalent von 30,03 ha entspräche.

Das Spital hatte mit seiner Landwirtschaft an der streng überwachten Versorgung der Bevölkerung mitzuwirken. Auf dem Spitalgut arbeiteten seit 1941 polnische Zwangsarbeiter.³⁶

Literatur: *Thomas Weiland*, Das Hospital zum Heiligen Geist in Kiblegg. Ein Streifzug durch die Geschichte, Kiblegg 1995.

³⁶ *Weiland*, Das Hospital (wie Anm. 35), S. 149.

Leutkirch: St. Annapflege

1938: Kreis Wangen; heute: Lkr. Ravensburg
 Einrichtung: St. Annapflege, Waisenhaus für Mädchen
 Träger: Stiftung St. Annapflege
 Quellen: Zeitzeugin (u.a. Angela Reinhardt); Einwohnermeldeamt Leutkirch; AOK Bezirksdirektion Wangen; LVA Baden-Württemberg; Stiftung St. Anna Leutkirch (Aufnahmebuch 1925–1979)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländ. Zivilarbeiter	Kriegsgefangene	Rassisch Verfolgte
Anzahl gesamt			
Geschlecht			weiblich
Namentlich identifiziert			2
Jahrgänge			
Herkunftsland			Deutschland (Sinti)
Einsatzzeitraum			1937–1940, 1941
Einsatzbereich			Landwirtschaft, Küche und Haushalt

In der 1867 gegründeten St. Annapflege widmeten sich die Barmherzigen Schwestern aus Untermarchtal der Erziehung von Mädchen im schulpflichtigen Alter. Die Pflege hatte 1941 65 Plätze. Der Gesamtbesitz mit Wiesen- und Ackerland sowie Gemüsegarten bestand aus 11,82 ha. Neben sieben Schwestern waren dort eine Küchenhilfe, eine Haushaltshilfe (Hausarbeit und Arbeit im landwirtschaftlichen Betrieb), eine Großmagd und der landwirtschaftliche Betriebsleiter tätig. Minderjährige (Zöglinge) wurden »bei Bedarf zur Garten- und Feldarbeit herangezogen«.

Von ihrer Familie getrennt, wurde die zwölfjährige Tochter einer deutschen Sintifamilie als »Schülerin« dem Mädchenheim in Leutkirch zugewiesen. Von dieser Zeit (06.12.1937–15.04.1940) berichtet sie Folgendes:

»Ich mußte in dem Heim in der Küche arbeiten sowie Putzarbeiten verrichten. Von der Gestapo wurde Dr. Eirich³⁷ aus Stuttgart beauftragt, mich zwangszu sterilisieren. Durch mein

³⁷ Oberregierungsmedizinalrat Dr. Max Eyrich (Jg. 1897) war Landesjugendarzt; er visitierte die Jugendhilfeeinrichtungen in Württemberg.

gutes Benehmen hat die Schwester Oberin Lucia³⁸ für mich ein gutes Wort eingelegt, und so kam ich noch einmal davon, sterilisiert zu werden. Ich verbrachte zwei Jahre in dem Heim St. Annapflege.³⁹ Von dort aus kam ich auf einen Bauernhof nach Leutkirch im Allgäu; dort mußte ich in der Landwirtschaft Zwangsarbeit verrichten.«⁴⁰

Die Herkunftsfamilie war aus rassistischen Gründen der Verfolgung ausgesetzt. Der Familienvater und zwei Geschwister sind im KZ Auschwitz umgekommen.

Auch Angela Reinhardt⁴¹ war auf Veranlassung des »Jugendamtes« kurzfristig in der St. Annapflege Leutkirch untergebracht. Vermittelt durch den Jugendbuchautor Michail Krausnick, werden Angelas Erlebnisse und Eindrücke in Leutkirch festgehalten.

Nach zeitgenössischen Quellen war Angela von 07.10.–29.11.1941 als »Kind« dem Mädchenheim in Leutkirch zugewiesen⁴² und ab dem 29.11.1941 »Zögling« in Mulfingen.⁴³ Folglich dürfte sie das geschilderte Weihnachtsfest (Krausnick, S. 41) bereits in Mulfingen erlebt haben.

Literatur: *Michail Krausnick*, Auf Wiedersehen im Himmel. Die Geschichte der Angela Reinhardt [Jugendbuch], München 2001, S. 40–43.

³⁸ Schwester Lucia Weisshaupt (1889–1968) war von 1936 bis 1950 Filialoberin, Fürsorgeerzieherin und Krankenschwester in der St. Annapflege.

³⁹ Stiftung St. Anna Leutkirch, Aufnahmebuch 1925–1979, Nr. 117.

⁴⁰ Die Zeit zwischen 15.04.40 und 24.11.41 ist bislang nur vom Ende her belegbar; der Zuzug in die Stadt Leutkirch erfolgt laut Einwohnermeldeverzeichnis am 25.11.41 von Merazhofen bei Leutkirch (nach OV Gebrazhofen sind für Merazhofen keine Meldeunterlagen vorhanden; nach AOK Bezirksdirektion Wangen sind Versicherungsunterlagen erst ab 1942 vorhanden). 25.11.41–31.01.44 Hausgehilfin eines Drogeriebesitzers in Leutkirch, 01.02.44–24.04.44 Hausgehilfin bei der Kreispflege in Wangen, 01.05.44–01.06.44 Hausgehilfin in einem Wangener Privathaushalt.

⁴¹ Vgl. dazu Abschnitt zu Mulfingen, S. 305 in diesem Band.

⁴² Stiftung St. Anna Leutkirch, Aufnahmebuch 1925–1979, Nr. 206.

⁴³ St. Josefspflege Mulfingen, Lehrgangsverzeichnis, Nr. 149. – Einwohnerverzeichnis Nr. 92.

Liebenau: Heil- und Pflegeanstalt

- 1938: Gem. Meckenbeuren, Kreis Tettngang; heute: Bodenseekreis
- Einrichtung: Heil- und Pflegeanstalt Liebenau, St. Gallushaus
- Träger: Stiftung Liebenauer Anstalten
- Quellen: Archiv Liebenau (Jahresberichte und Personallisten; Chronik Liebenau; Neujahrsgruß der Gefangenen; Seelsorgebericht Hegenberg 1945); Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.1–C 20 1e: Jahresberichte der Anstalt; G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Anstalten; G 1.6 Nr. 40: Kriegsstatistiken); Archiv Kloster Reute (Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, 1944–1947)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	5	≥ 28
Geschlecht	männlich: 2, weiblich: 3	
Namentlich identifiziert	5	8 Serben (davon 2 in Hegenberg)
Jahrgänge	1912, 1917, ?	
Herkunftsländer	Polen (2), Russland (3)	Frankreich, Serbien
Einsatzzeitraum	1940–1945	1940–1942/ 1942–1945
Einsatzbereich	Ökonomie (1), Anstalt (4)	Landwirtschaft

Zu der 1870 gegründeten Stiftung und Anstalt gehörten die Heil- und Pflegeanstalt Liebenau, das St. Gebhardihaus in Hegenberg (vgl. dazu den Abschnitt zu Hegenberg) und das 1925 errichtete Erziehungsheim St. Gertrudis in Rosenharz (vgl. dort). Einen großen Teil des Erziehungs- und Pflegepersonals stellten die Franziskanerinnen von Reute (seit 1872 in Liebenau, 1911 in Hegenberg und 1925 in Rosenharz).

Wie auch die Pflegeanstalten Heggbach (vgl. dort) und Ingerkingen waren die Liebenauer Anstalten von den »Verlegungen« der Pfleglinge im Zuge der Euthanasie-Morde getroffen. An die 510 Patienten der Heilanstalt Liebenau, die 1940 in Grafeneck ermordet wurden, erinnert eine Gedenkstätte in der Kirche von Liebenau.

Am 10. Oktober 1940 wurde Liebenau durch das Generalkommando Stuttgart beschlagnahmt, dort ein auf 500 Plätze ausgelegtes Zweiglager des Internierungslagers Biberach eingerichtet. Seit 12. September 1943 war in Liebenau auch eine Abteilung des Auswärtigen Amts Berlin untergebracht.

Wichtigste Quelle für die seit Ende 1940 in den Liebenauer Einrichtungen nachgewiesenen Zwangsarbeiter sind die jeweils zum Jahresschluss erstellten Personallisten und die daraus abgeleiteten statistischen Übersichten in den Jahresberichten. Das in- und ausländische Dienstpersonal war danach entweder in der »Ökonomie« oder in der »Anstalt« eingesetzt.

Ausländische Zivilarbeiter:

Die Liebenauer Ökonomie bestand aus 101 ha Land und wurde i.d.R. von zehn landwirtschaftlichen Angestellten bewirtschaftet. Die Personallisten melden nur einmal [zum 31.12.] 1940 die Beschäftigung von zwei polnischen Zwangsarbeitern. Die beiden sind [zum 31.12.] 1941 in der Ökonomie Rosenharz (vgl. den Abschnitt zu Rosenharz) eingesetzt; der eine ist weiterhin in der Rosenharzer Ökonomie, der andere unter den Anstaltsangestellten in Liebenau bis 1945 nachweisbar.

Am 28.10.1943 teilt der Anstaltsdirektor dem Bischöflichen Ordinariat mit: »Für den Anstaltsbetrieb haben wir ... russische Kräfte bekommen, weil weibliche Arbeitskräfte (Schwestern) zuwenig vorhanden sind.«⁴⁴ Die neu aufgefundenen Personallisten zum Jahresende 1943 und 1944 erwähnen drei in der »Anstalt« (nicht in der Ökonomie) tätige russische Frauen sowie drei »Russenkinder«. Dem Familiennamen nach gehören die sechs Personen einer Familie an.

Kriegsgefangene:

Der Jahresbericht zum Jahr 1940 notiert: »Wir haben in Liebenau ein Lager mit 32 französischen Kriegsgefangenen, 15 davon sind für die Anstalt beschäftigt.« In einem Neujahrsgruß (01.01.1941) von 30 französischen Gefangenen steht unter anderem: »... Danke für all ihre freundliche Zuwendung. Liebe Schwestern, wir sind verwöhnt worden wie Kinder.« Ende 1941 berichtet der Direktor: »Zu den Insassen der Anstalt gehören in Liebenau 10 kriegsgefangene Franzosen, in Rosenharz 2 zivilbedienstete Polen. ... Die kriegsgefangenen

⁴⁴ Diözesanarchiv Rottenburg, G 1.6 Nr. 35.

Franzosen haben leider seit Februar 1941 keinen Gottesdienst mehr gehabt, obwohl sie sehr oft den Wunsch danach geäußert haben. Es war aber durch die Behörde verboten.«

Die Liebenauer Hauschronik hält zum 25.04.1942 fest: »Auf Betreiben v(on) Bürgermeister Sporer wurden von uns(eren) 10 fr(anzösischen) Gefangenen fünf weggenommen. Durch Beihilfe v(on) Major Farny haben wir wenigstens drei andere erhalten, aber erst 31. Juli.« Welcher Nationalität die drei anderen waren, bleibt unerwähnt.

Bis Jahresende 1942 sind an die Stelle der französischen elf serbische Kriegsgefangene getreten. Sechs serbische Gefangene waren mit zwei Wachmännern auf Liebenau und Hegenberg verteilt; von fünf weiteren Serben heißt es, sie seien »von Bauern b(ei) Waldarb(eiten)« eingesetzt. Nach den Liebenauer Personallisten für 1943 und 1944 ist ein Wachmann mit vier Serben Liebenau, ein Wachmann mit zwei Serben Hegenberg zugeordnet.

Die »Aufhebung des Serbenlagers, das während der ... Kriegszeit in unseren Ökonomiegebäuden untergebracht war«, erfolgte nach dem zitierten Hegenberger Seelsorgebericht am 9. Juli 1945.

Literatur: *Wolf-Peter Bischoff*, Zwangsarbeit in der Stiftung Liebenau? Quellenlage lässt keine sichere Aussage zu, in: Anstifter – Infos aus der Stiftung Liebenau 10/2000, S. 4–6. – Studienkreis Deutscher Widerstand (Hg.), Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945, Bd. 5/2: Baden-Württemberg, Frankfurt a.M. 1997, S. 216f. – *Hermann Link*, Die Stiftung Liebenau unter Direktor Josef Wilhelm 1910–1953, Tettngang 1995. – *Hermann J. Pretsch* (Hg.), Euthanasie. Krankenmorde in Südwestdeutschland, Zwiefalten 1996.

Ludwigsburg-Hoheneck: Kinderheim St. Josef

1938: Kreis Ludwigsburg; heute: Lkr. Ludwigsburg
Einrichtung: Theresienkloster mit Kinderheim St. Josef und Erholungsheim
Träger: St. Josefsheim e.V. Hoheneck/Ludwigsburg
Quellen: Stadtarchiv Ludwigsburg (Ausländerkartei); Hauptstaatsarchiv Stuttgart (E 151/09, Bü. 7); LVA Württemberg (Versicherungskartenarchiv)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	1	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	1	
Jahrgang	1921	
Herkunftsland	Polen	
Einsatzzeitraum	1942–1945	
Einsatzbereich	Hausgehilfin	

Der Besitz Hoheneck wurde im Frühjahr 1930 vom Generalhaus des Carmel gekauft und am 22. April dort eine Station der Kongregation der Karmelitinnen vom Göttlichen Herzen Jesu eröffnet. Zur Unterstützung der Arbeit wurde der Verein St. Josefshaus e.V. gegründet.

Das St. Josefsheim der Karmelitinnen diente in erster Linie der Kinderfürsorge heimatloser Kinder; es wurde ein Kindergarten betrieben und auch Schulkindern Betreuung gewährt. Daneben waren die Schwestern in der Hausmission tätig.

1941 befinden sich im Kinderheim 36 Kinder (bis zu 2 Jahren 10, bis zu 6 Jahren 24, bis zu 10 Jahren 2). 30 Minderjährige sind von Behörden eingewiesen.

Das Erholungsheim mit 15 Betten diente 1941 ganzjährig der Unterbringung von Badegästen der Landesversicherungsanstalt Stuttgart. In den Sommermonaten sind durch »Bewohnung einer ehemaligen Kegelbahn, die im Winter nicht belegt werden kann«, fünf zusätzliche Betten vorhanden.

Während des Zweiten Weltkriegs wurde die Einrichtung zeitweise als Lazarett für leicht Verwundete in Anspruch genommen, die von den Schwestern gepflegt wurden.

Das Personal bestand 1941 aus einer Leiterin, vier Pflegerinnen und 15 Hauswirtschaftskräften. Ein Garten von 81 Ar diente der Versorgung der Einrichtung.

Ab 1942 wurde eine polnische Hausgehilfin beschäftigt.

Matzenbach: Kinderheim St. Franziskus

- 1938: Kreis Crailsheim; heute: Gem. Fichtenau, Lkr. Schwäbisch Hall
- Einrichtung: Kinderheim St. Franziskus, Erziehungsanstalt für Schulkinder der Hausierhändler
- Träger: Asylverein e.V. der Kirchengemeinde
- Quellen: Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Anstalten); AOK Bezirksdirektion Schwäbisch Hall; Hauptstaatsarchiv Stuttgart (E 151/09, Bü. 7)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	1	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	1	
Jahrgang	1924	
Herkunftsland	Ukraine	
Einsatzzeitraum	1942–1945	
Einsatzbereich	landwirtschaftliche Alleinmagd	

In Matzenbach hatte die Raphaelsanstalt in Unterdeufstetten 1899 eine Filialanstalt errichtet, die 1905 selbständig wurde.

1941 befinden sich im Kinderheim insgesamt 24 Kinder: sieben Händlerkinder und drei Fürsorgezöglinge (im Alter von 2–6 Jahren 7, bis zu 10 Jahren 3) sowie 14 »luftgefährdete Mannheimer Kinder«. Das Heim wurde ehrenamtlich vom Ortspfarrer geleitet. Die Betreuung der Kinder oblag fünf Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal. Die Schulpflichtigen besuchten die Ortsschule, eine zweiklassige Volksschule, die »wegen Platzmangel überfüllt« war.

Zur Einrichtung gehörte ein Grundbesitz von 4 ha Land, der von einer Magd und den Schwestern bewirtschaftet wurde und der Selbstversorgung diente. Seit 1942 wurde eine Ukrainerin als »landwirtschaftliche Alleinmagd« dort beschäftigt.

Mulfingen: Josefspflege

1938: Kreis Künzelsau; heute: Hohenlohe-Kreis
 Einrichtung: St. Josefspflege
 Träger: Anstalt Josefspflege Mulfingen (Stiftung)
 Quellen: Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Anstalten, G 1.6 Nr. 20: Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz); Archiv der Stiftung St. Josefspflege (Unterlagen zur Lohnbuchhaltung; Schreiben des Arbeitsamtes Künzelsau vom 30.10.1945); Gemeindearchiv Mulfingen (Meldeverzeichnis vom 1.4.1934 bis 31.12.1946)⁴⁵; Hauptstaatsarchiv Stuttgart (E 151/09, Bü. 7)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländ. Zivil- arbeiter	Kriegsgefan- gene	Rassisch Verfolgte
Anzahl gesamt	4		
Geschlecht	männlich: 2, weiblich: 2		weiblich
Namentlich identifiziert	2		3
Jahrgänge	1903, 1905		?
Herkunftsländer	Polen		Deutschland (Sinti)
Einsatzzeitraum	(1940), 1941– 1945		
Einsatzbereich	Landwirtschaft (3), Küche und Haushalt (1)		

Die 1854 errichtete Josefspflege, eine Erziehungs- und Unterrichtsanstalt für arme und verwahrloste Jugendliche, wurde von den Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal (Vinzentinerinnen) betreut. 1939 sind es zehn Schwestern und zwei Lehrer. Zur Anstalt gehörten 11 ha Äcker und Wiesen, 36 ha Wald, außerdem wurden 10,6 ha Pachtgüter bewirtschaftet. Vier bis fünf Personen waren i.d.R. als landwirtschaftliches Personal angestellt. In einer Be-

⁴⁵ Im Meldeverzeichnis der bgl. Gemeinde sind keine Namen von osteuropäischen Zwangsarbeitern enthalten; das gilt auch für die Sonderliste »St. Josefspflege« (frdl. Mitteilung von Herrn Helmut Herrmann, Tauberbischofsheim).

standsaufnahme der Anstalten durch die Zentraleitung für das Stiftungs- und Anstaltswesen in Württemberg vom 18.07.1941 wird sodann berichtet, dass von den damals eingewiesenen 70 Fürsorgezöglingen »ca. 55 Kinder ... in leichten Feldarbeiten« mithelfen.

Ausländische Zivilarbeiter:

Nach Meldungen an das Bischöfliche Ordinariat besorgten am 31.05.1940 »1 Knecht und 1 Pole, 1 Magd und eine Polin« die Landwirtschaft; im Januar 1943 vier inländische und »ausländische Arbeitskräfte ..., 2 Polen«.

Seit dem 20.08.1941 lebte eine polnische Landarbeiterfamilie in der Josefspflege, von der nun auch die Geschichte der Angela Reinhardt erzählt: »Bronisiawa, eine polnische Zwangsarbeiterin, arbeitete in der Küche und kochte für die Kinder. Sie war ziemlich mollig und Franz Rypka, ihr Mann, arbeitete als Knecht auf dem Feld und in den Ställen. Sie hatten vier Söhne und eine kleine Tochter, etwa drei Jahre alt, mit blonden Locken und wunderschönen blauen Augen. ...«⁴⁶ Wiesław Rybka, kaum acht Jahre alt, starb in Mulfingen.

Rassisch Verfolgte – die Sinti-Kinder der St. Josefspflege:

Mit dem württembergischen Heimerlass (07.11.1938) wurden v.a. die schulpflichtigen »Zigeunerkinder« und die »zigeunerähnlichen Kinder« aus den verschiedenen Erziehungsheimen in der St. Josefspflege zusammengefasst.

Dort dienten sie als »lebende Objekte« für die »Zigeunerforscherin« Eva Justin, die mit ihrer Doktorarbeit die »Notwendigkeit der Sterilisierung von Zigeunern« untermauern wollte. Am 9. Mai 1944 erfolgte die Deportation von 39 »Zigeunerkindern« aus Mulfingen in das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. In der Nacht zum 3. August 1944 wurden 2897 Sinti und Roma, unter ihnen 35 Kinder aus der St. Josefspflege, vergast und verbrannt. An sie erinnert eine Gedenktafel an der Pforte des Kinderheims.

Vier der älteren Jugendlichen aus Mulfingen entgingen ihrer Ermordung in Auschwitz, weil sie kurz vor der Auflösung des KZ tauglich befunden wurden, Zwangsarbeit in der Rüstungsproduktion

⁴⁶ *Krausnick*, Auf Wiedersehen (wie Anm. 34), S. 56.

zu leisten. Sie wurden in die Konzentrationslager Buchenwald und Ravensbrück deportiert.⁴⁷

Der tödlichen Deportation vom 9. Mai 1944 entgingen sodann schicksalhaft einzelne Kinder, wie Angela Reinhardt oder ein Mädchen, das zum Zeitpunkt der Deportation gerade zu einer Krankenhausbehandlung in Bad Mergentheim war.

Wieder andere Sintikinder hatten Mulfingen schon nach Beendigung der Schulzeit verlassen – Monate oder Jahre vor dem 9. Mai 1944.

Die wenigen Überlebenden erinnern daran, dass sie permanent von rassistischer Verfolgung bedroht waren, dass sie nicht freiwillig und nicht durch Entscheidung ihrer Eltern nach Mulfingen verbracht worden waren. Sie erinnern auch daran, dass die älteren Fürsorgezöglinge zur Mitarbeit in der Ökonomie angehalten worden waren. Für sie mag gelten, was Michail Krausnick für Angela Reinhardt schildert:

»Als sie größer geworden war, wurde Angela für die Morgenstunden vor dem Unterricht und für den Nachmittag zur Arbeit eingeteilt. Manche Kinder arbeiteten auf den Feldern, andere in den Ställen, wieder andere in der Waschküche oder in der Bäckerei. Die einen mußten das Vieh füttern, die anderen melken, die dritten Ställe ausmisten. Im Sommer halfen sie bei der Heuernte und im Herbst beim Kartoffellesen. ...«⁴⁸

Die Sinti und Roma waren zweifelsfrei Verfolgte des NS-Regimes. Der Vergabeausschuss des Entschädigungsfonds der Deutschen Bischofskonferenz hat – nach Prüfung der Anträge durch die zuständige Diözese – drei Antragstellerinnen entschädigt.

Literatur: *Johannes Meister*, Die »Zigeunerkinder« von der St. Josefspflege in Mulfingen, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2 (1987), Heft 2. – *Reimar Gilsenbach*, Wie Lolitschai zur Doktorwürde kam, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 6, Berlin 1988, S. 101–134. – *Karola Fings/Frank Sparing*, »tunlichst als erziehungsunfähig hinzustellen«. Zigeunerkinder und -jüngliche: Aus der Fürsorge in die Vernichtung,

⁴⁷ Ebd., S. 133 f.

⁴⁸ Ebd., S. 58.

in: Dachauer Hefte 9 (1993), S. 159–180. – Studienkreis Deutscher Widerstand (Hg.), Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945, Bd. 5/1: Baden-Württemberg, Frankfurt a.M. 1991, S. 221. – *Michail Krausnick*, Wo sind sie hingekommen? Der unterschlagene Völkermord an den Sinti und Roma, Gerlingen 1995, S. 95–115. – *Lolo Reinhardt*, Überwintern. Jugenderinnerungen eines schwäbischen Zigeuners. Ergänzt von seiner Schwester Märza Winter. Mit einer Erzählung von Richard Scherer, hrsg. von *Monika Döppert*, Gerlingen 1999. – *Michail Krausnick*, Auf Wiedersehen im Himmel. Die Geschichte der Angela Reinhardt [Jugendbuch], München 2001.

Video:

»Auf Wiedersehen im Himmel« – Die Sintikinder von der St. Josefspflege, ein Film des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Zusammenarbeit mit dem Südwestfunk; Konzeption und Regie: *Michail Krausnick/Romani Rose*; Technische Realisation: Medienwerkstatt Franken, Nürnberg (40 Min.).

Neresheim: Benediktinerabtei

1938:	Kreis Aalen; heute: Ostalbkreis
Einrichtung:	Benediktinerabtei Neresheim
Träger:	Benediktinerabtei Neresheim
Quellen:	Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 20: Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz); Bürgermeisteramt Neresheim (Polizeiliche Meldungen); AOK Bezirksdirektion Ostalb; Archiv der Benediktinerabtei Neresheim (AOK-Hebeliste des Arbeitgebers); LVA Württemberg (Versicherungskartenarchiv)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	26	mindestens 10
Geschlecht	männlich: 13, weiblich: 13	
Namentlich identifiziert	26	0
Jahrgänge	1877–1930	
Herkunftsländer	Polen (1), Slowenien (25)	
Einsatzzeitraum	1940–1941, 1942–1945	1941–1942
Einsatzbereich	Landwirtschaft	Landwirtschaft

Die Benediktinerabtei Neresheim wurde aufgrund einer Schenkung des Fürsten Albert von Thurn und Taxis mit Benediktinern aus dem Kloster Emaus in Prag neubesiedelt.

Die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmte am 9.11.1940 das Kloster zur Unterbringung von 1200 Umsiedlern und errichtete dort das »Umsiedlungslager 18«, das ab März 1941 mit sog. Auslandsdeutschen belegt wurde. Im August 1945 ist von ca. 400 Slowenen die Rede, die in ihre Heimat zurückbefördert wurden.

Den Patres verblieb u.a. das 197 ha große Klostergut. Dort waren 1939 25 Ordensangehörige tätig. Das nach und nach zum Kriegsdienst eingeforderte landwirtschaftliche Personal (Ordensleute wie Laien) wurde auch durch ausländische Arbeitskräfte ersetzt: 1940–1941 durch einen polnischen Zwangsarbeiter, 1941–1942 durch Kriegsgefangene (nachgewiesener Einsatz: 10 zum 31.05.1941; 5 zum 31. 05.1942), 1942–1945 durch insgesamt 25 Slowenen aus dem Umsiedlungslager.

Neuhausen auf den Fildern: Kinderheim St. Josef

- 1938: Kreis Eßlingen; heute: Lkr. Esslingen
 Einrichtung: St. Josef, Kinderheim für Säuglinge und Kleinkinder, Kirchstraße 17–19
 Träger: Rettungsverein Zum Guten Hirten (Paulusstift Stuttgart)
 Quellen: Kreisarchiv Esslingen (Gemeindearchiv Neuhausen a.d.F. NA 1060, Ausländersuchverfahren 1944–1951; NA 1114, Kinderheim St. Josef 1914–1957); Archiv VVN-BdA Kreis Esslingen (Schreiben von Schwester M. L. vom 07.03.1988); Stadtarchiv Stuttgart (Bestand 202, Bü. 852: Gesundheitsamt 1873–1995); Hauptstaatsarchiv Stuttgart (E 151/09, Bü. 7)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	2	
Geschlecht	weiblich: 1	
Namentlich identifiziert	0	
Jahrgänge		
Herkunftsländer	?, Ukraine	
Einsatzzeitraum	[1939–] 1945	
Einsatzbereich	kein Hinweis	

Aufgrund einer Erhebung der Militärregierung zu den am 20.04.1945 beschäftigten Ausländern meldet das Kinderkrankenhaus Neuhausen am 04.07.45: »eine Ukrainerin«.

Mit Begleitschreiben vom 27.06.1946 leitete die Gemeindeverwaltung Neuhausen dem Arbeitsamt Esslingen die von den einzelnen Betrieben ausgefüllten Karteikarten für beschäftigt gewesene Ausländer zu. Erhalten ist nur die zahlenmäßige Zusammenstellung der 319 Karteikarten nach Arbeitgebern. Danach wurden irgendwann zwischen September 1939 und 1945 im Kinderheim Neuhausen zwei ausländische Arbeitskräfte beschäftigt.

Im Jahre 1913 errichtete der Rettungsverein Zum Guten Hirten auf der vormaligen »Balluffwiese« ein Kinderheim für Säuglinge und Mütter, das die Franziskanerinnen von Heiligenbronn betreuten. Seit 1943 – der genaue Zeitpunkt ist noch nicht bekannt – wurde das

Kinderheim von der Stadt Stuttgart als »Teilkrankenhaus der Olgaheilanstalt Stuttgart« in Anspruch genommen.

Literatur: Studienkreis Deutscher Widerstand (Hg.), Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945, Bd. 5/1: Baden-Württemberg, Frankfurt a.M. 1991, S. 175. – Historischer Ortsrundgang, zusammengestellt und gestaltet von der Gemeinschaft für Heimatgeschichte, Neuhäusen auf den Fildern 1999, S. 30. – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (Hg.), »Räder müssen rollen für den Sieg: Zwangsarbeit im »Dritten Reich«, Stuttgart 2000, S. 139–140.

Neutann: Spital

- 1938: Gem. Wolfegg, Kreis Ravensburg; heute: Lkr. Ravensburg
Einrichtung: Fürstlich zu Waldburg-Wolfegg'sches Hospital Neutann
Rechtsträger: Spitalstiftung
Betriebsträger: Caritasverband für Württemberg e.V.
Quellen: AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben (Hebelisten); Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Anstalten)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	1	
Geschlecht	männlich	
Namentlich identifiziert	1	
Jahrgang	1911	
Herkunftsland	Polen	
Einsatzzeitraum	1942–1945	
Einsatzbereich	Landwirtschaft	

Das 1733 für die Grafschaft Wolfegg errichtete Hospital wurde während des Zweiten Weltkriegs von Verbandsangestellten des Caritasverbandes für Württemberg e.V. verwaltet. Im Januar 1943 wird von 45 Kranken- und Altersheimplätzen, 42 Plätzen für luftgefährdete Mütter und Kinder (NSV) und 85 ha Landwirtschaft berichtet.

Oberdischingen: Missionshaus St. Hildegard

1938: Kreis Ehingen; heute: Alb-Donau-Kreis
Einrichtung: Missionsschwesternhaus St. Hildegard
Träger: Steyler Missionsgesellschaft
Quellen: Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Anstalten); Provinzialatsarchiv Laupheim (Hauschronik)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt		3
Geschlecht		
Namentlich identifiziert		0
Jahrgänge		?
Herkunftsländer		Frankreich, Belgien
Einsatzzeitraum		1940/1940–1943
Einsatzbereich		Landwirtschaft, »leichtere Arbeit«

Zum Missionshaus in Oberdischingen gehörte eine 58 ha große Ökonomie mit staatlich anerkanntem Saatgutvermehrungsbetrieb, 40 Stück Großvieh, 30 Schweinen und der Läuferzucht für das EHW. Dort waren 1943 ein Verwalter, fünf Schwestern, drei Arbeitskräfte und ein belgischer Kriegsgefangener beschäftigt.

Die Hauschronik berichtet zum 16. August 1940: »Gefangene haben wir noch die beiden Belgier (Wallonen), die sehr fleißig und zuverlässig sind, sowie einen Franzosen, der die Landwirtschaft nicht versteht, doch kann er sich bei leichteren Arbeiten nützlich machen. Wir hoffen sie noch etwas behalten zu dürfen.«

Das Hauptgebäude des Klosters wurde am 7. November 1940 von der Volksdeutschen Mittelstelle beschlagnahmt und vom 15. November 1940 bis 31. August 1945 mit Umsiedlern belegt. Die Schwestern lebten in dieser Zeit in den Ökonomie-Gebäuden und anderweitig in Miete.

»Hilfe kam ihr [Sr. Trudfriede Siegel] je nach den Zeitverhältnissen. So hatte sie aus dem Lager hier längere Zeit zwei bis drei slowakische Mädchen, die fleißig und mit Interesse arbeiteten und auch beim Erntealtar für die Pfarrkirche mithalfen beim Richten. Auch an Soldaten hatte sie mehr oder

weniger gute Arbeitskräfte. Drei Wiener halfen ihr einige Tage ausnahmsweise fleißig und opferwillig.« [Chronikeintrag nach dem 11.10.1945]

Ochsenhausen: Töchterchule St. Walburga

1938: Kreis Biberach; heute: Lkr. Biberach
Einrichtung: Land- und hauswirtschaftliche Töchterchule St. Walburga
Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.
Quellen: Archiv Kloster Reute (St. Walburga – Geschichtliches)

Nachgewiesener Zwangsarbeiterereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt		? ≥ 2
Geschlecht		
Namentlich identifiziert		0
Jahrgänge		?
Herkunftsland		Frankreich
Einsatzzeitraum		1940–1945
Einsatzbereich		Landwirtschaft

Die seit 1864 in Ochsenhausen wirkenden Franziskanerinnen von Reute hatten dort 1918 eine landwirtschaftliche Töchterchule errichtet. Zur Schule gehörten große Wirtschaftsgebäude, Gärten und eine über 100 Morgen umfassende Ökonomie.

Beim Einmarsch der französischen Truppen am 23. April 1945 wurden

»alle deutschen Soldaten gefangen genommen und einer unserer Gefangenen wurde ihnen als Wachmann gegeben, der sie aber gut versorgte. Die vorläufige Besatzung bestand nur aus einigen Mann und somit erhielten die deutschen Soldaten andern Tags wieder ihre Freiheit. ... [26.04.45] Nachdem die Franzosen eingezogen waren, kam auch unser franz. Gefangener zum Vorschein; er war 5 Jahre bei uns und leistete uns treue Dienste. Er hatte sich nämlich in den letzten Tagen versteckt gehalten, um nicht von den Deutschen verschleppt zu werden. Scheinbar sprach er sich bei den franz. Offizieren befriedigend aus; denn einer von diesen kam und bedankte sich herzlich für das Gute, das wir den franz. Gefangenen erwiesen.« (Unsere Erlebnisse im Umsturzjahr 1945)

»Nun sind unsere Gefangenen, die wir zum Arbeiten hatten, frei und jedenfalls werden dieselben am Montag zu ihren Familien nach Frankreich zurückkehren. Sie freuen sich

sehr; denn sie sind nun über fünf Jahre hier. Wir werden sie sehr vermissen.

Aber ich denke, der liebe Gott wird schon wieder Ersatz schicken.« [Brief der Oberin des Filials St. Walburga an die Generaloberin in Reute vom 6. Mai 1945]

Literatur: *Wilfried Steuer* (Hg.), April 1945, Ende und Anfang. Der Einmarsch, Bad Buchau 1985 (zu Ochsenhausen: S. 119–127).

Oggelsbeuren: Kinderheim Piuspflege

- 1938: Kreis Ehingen; heute: Gem. Attenweiler, Lkr. Biberach
- Einrichtung: Kinderheim Piuspflege, Erziehungs- und Unterrichtsanstalt für arme und verwahrloste Knaben
- Träger: Stiftung Piuspflege
- Quellen: Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Anstalten); Zeitzeugen (Nachbarn); Gemeinde Attenweiler (Meldeunterlagen); Eheregister der Kath. Pfarrei Attenweiler; Privatbesitz (Arbeitskarten; Zuweisungskarte des Arbeitsamts); Hauptstaatsarchiv Stuttgart (Bestand E 151/09 Bü. 7)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	5	
Geschlecht	männlich: 1, weiblich: 4	
Namentlich identifiziert	5	
Jahrgänge	1871, 1898, 1908, 1910, 1930	
Herkunftsländer	Ukraine (1), Polen (4)	
Einsatzzeitraum	1942–1945	
Einsatzbereich	Nähzimmer (1), Küche, Hausarbeit (1), Landwirtschaft (2), ohne Angabe (1)	

Die 1850 errichtete Stiftung konnte in den 1930er Jahren etwa 100–120 Zöglinge aufnehmen, die von elf Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal betreut wurden.

Am 01.07.1941 waren 79 Jungen im Alter von 6–14 Jahren dort untergebracht. Zum Anwesen gehörten 17 ha Äcker und Wiesen. Fünf Personen waren zu diesem Zeitpunkt in der Landwirtschaft beschäftigt.

Im Juni 1942 fand eine Ukrainerin, die den schweren körperlichen Einsatz in der Landwirtschaft verweigert hatte, als Näherin Unterkommen bei den Schwestern im Jugendheim. Ihre ältere Tochter arbeitete bei Bauern, die jüngere Tochter als Kindermädchen und Haushaltshilfe bei einer Familie.

Anfang August 1944 hatte das Arbeitsamt Ehingen eine polnische Familie der Piuspflege zugewiesen. Der Bericht der damals 14-jährigen Tochter informiert über deren Arbeitsalltag:

»... Die Eltern arbeiteten in dieser Landwirtschaft ... Ich dagegen arbeitete bei Schwester Niniana als Hilfe bei den Hausarbeiten. Ich habe Arbeiten bei der Reinigung der Kindersäle an den vorgeschriebenen Tagen ausgeführt. An den Montagen beispielsweise arbeitete ich in der Wäscherei, an den Dienstagen und Freitagen in der Bäckerei, mittwochs und donnerstags beim Bügeln der klösterlichen und kirchlichen Sachen, z.B. Kleider, Mützen, Servietten. An den Samstagen wurde im Kloster aufgeräumt. Meine tägliche Arbeit war es, die Fenster bei Luftangriffen zu verhängen. Wir wohnten in einer Wohnung beim Kloster, d.h. in zwei Unterkünften beim Gymnastiksaal. In dieser Zeit arbeiteten wir mit der ganzen Familie: ich, die Eltern und die Oma, welche sich um meinen kleinen Bruder Stanislaw bis zum Kriegsende kümmerte. Danach wurden wir in ein Lager der Alliierten überführt.«

Caritasdirektor Alfons Baumgärtner teilte in einem Schreiben an den Württembergischen Innenminister vom 28.12.1944 mit:

»Die Anstalt hat keine Nebengebäude, sodass das gesamte Anstaltspersonal, 12 Schwestern und 2 Mägde, sowie eine Polen-Familie mit 5 Köpfen und eine Ukrainerin in der Anstalt selbst untergebracht sind. Nur zwei Knechte können notdürftig im Landwirtschaftsgebäude schlafen.«

Filmdokumentation: »Hierzuland – Zwangsarbeiter«. S3 Baden-Württemberg vom 16. Oktober 2001; 18:05 Uhr (ca. 10 Min.)

Ravensburg: Gesellenhaus

1938: Kreis Ravensburg; heute: Lkr. Ravensburg
Einrichtung: Katholisches Gesellenhaus (Gemeindehaus), Kapuzinerstraße 2
Träger: Kath. Kirchengemeinde Liebfrauen Ravensburg
Quellen: Stadtarchiv Ravensburg (Bestand A I 4179: Nachforschungen nach Angehörigen der Vereinten Nationen, die vom 01.09.39 bis 25.04.45 in Ravensburg beschäftigt waren, 1945–1948); LVA Württemberg (Versicherungskartenarchiv)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	2	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	2	
Jahrgänge	1899, 1904	
Herkunftsland	Estland	
Einsatzzeitraum	1945	
Einsatzbereich	Nähgehilfin, Hausgehilfin	

1936 erfolgte der Verkauf des Ravensburger Gesellenhauses an die katholische Kirchengemeinde, um einer möglichen Enteignung durch die Partei vorzubeugen. Später soll es beschlagnahmt und teilweise militärischen Zwecken zugeführt worden sein.

Literatur: *Ansgar Krimmer*, Der Katholische Gesellenverein in der Diözese Rottenburg von 1852 bis 1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 66), Paderborn u.a. 1994, hier S. 267, 280, 282. – Liste der Katholischen Gesellenhäuser, in: Caritas-Bericht 1933, Stuttgart 1934, S. 42.

Ravensburg: Mädchenheim St. Josef

1938: Kreis Ravensburg; heute: Lkr. Ravensburg
Einrichtung: St. Josefshaus, Roßbachstraße 17
Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.
Quellen: Stadtarchiv Ravensburg (Bestand A I 4179: Nachforschungen nach Angehörigen der Vereinten Nationen, die vom 01.09.39 bis 25.04.45 in Ravensburg beschäftigt waren, 1945–1948); AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	2	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	2	
Jahrgänge	1922, 1928	
Herkunftsländer	Italien, Frankreich	
Einsatzzeitraum	1944, 1945	
Einsatzbereich	ohne Angabe	

Das von den Franziskanerinnen von Reute betriebene Mädchenheim St. Josef wurde 1909 gegründet. 1932 hatte das Heim 130 Insassen und bot 464 durchreisenden und stellesuchenden Mädchen Unterkunft. In der dortigen Haushaltungsschule wurden 64 Haushaltungsschülerinnen unterrichtet und zwei sechswöchige Haushaltungskurse für arbeitslose Mädchen abgehalten; 110 arbeitslose Frauen und Mädchen beteiligten sich von November bis März an den Nähnachmittagen. Die Armenspeisung konnte unentgeltlich an 17.406 Arme sowie gegen eine geringe Entschädigung an 16.070 arme Kinder abgegeben werden.⁴⁹

⁴⁹ Caritas-Bericht 1932, Stuttgart 1934, S. 74.

Ravensburg: Säuglingsheim St. Nikolaus

- 1938: Kreis Ravensburg; heute: Lkr. Ravensburg
Einrichtung: Säuglingsheim und -heilstätte St. Nikolaus, Kapuzinerstr. 12
Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.
Quellen: Stadtarchiv Ravensburg (Bestand A I 4179: Nachforschungen nach Angehörigen der Vereinten Nationen, die vom 01.09.39 bis 25.04.45 in Ravensburg beschäftigt waren, 1945–1948); Diözesanarchiv Rotenburg (G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Anstalten); Zeitzeugin; AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	10	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	10	
Jahrgänge	1913, 1922–1926	
Herkunftsländer	Russland (4), Polen (4), Jugoslawien (1), Frankreich (1)	
Einsatzzeitraum	1942–1945	
Einsatzbereich	Amme, Säuglingspflege	

1932 erfolgte eine grundlegende Renovation der 1918 gegründeten Einrichtung, in der 19 Schwestern (1939) arbeiteten.

Neun der zehn Frauen sollen vor oder während ihres Aufenthalts in St. Nikolaus entbunden haben.

»Nach der Vorlage der Liste konnte sich eine Schwester gut erinnern. Alle 10 Frauen lebten als Ammen im Säuglingsheim. ... Sie versorgten ihre eigenen Kinder, die übrige Milch bekamen die anderen Säuglinge. ... Die Frauen bekamen ein kleines Entgelt und halfen mit beim Windeln waschen und beim Säubern der Milchflaschen.« (Frdl. Mitteilung der Generaloberin vom 13.10.2000)

Ravensburg: St. Elisabethen-Krankenhaus

1938: Kreis Ravensburg; heute: Lkr. Ravensburg
Einrichtung: St. Elisabethen-Krankenhaus, Elisabethenstraße 15
Träger: Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.
Quellen: Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Anstalten); Stadtarchiv Ravensburg (A I 4179: Nachforschungen nach Angehörigen der Vereinten Nationen, die vom 01.09.39 bis 25.04.45 in Ravensburg beschäftigt waren, 1945–1948); AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	1	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	1	
Jahrgang	1912	
Herkunftsland	Jugoslawien	
Einsatzzeitraum	1942–1943	
Einsatzbereich	Küchenhilfe im Krankenhaus	

Das St. Elisabethen-Krankenhaus wurde 1899 gegründet und 1932 durch einen Neubau erweitert. 1939 arbeiteten in ihm 63 Schwestern.

Renhardsweiler: Kirchenpflege St. Georg

1938: Kreis Saulgau; heute: Gem. Bad Saulgau, Lkr. Sigmaringen
Einrichtung: Katholische Kirchenpflege St. Georg
Träger: Katholische Kirchenpflege St. Georg
Quellen: AOK Bezirksdirektion Sigmaringen; Stadtarchiv Bad Saulgau (Verzeichnis der ausländischen Arbeitnehmer in Renhardsweiler)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	1	
Geschlecht	männlich	
Namentlich identifiziert	1	
Jahrgang	1926	
Herkunftsland	Polen	
Einsatzzeitraum	Januar 1943	
Einsatzbereich	»Landarbeiter«	

Reute: Mutterhaus der Franziskanerinnen

1938:	Kreis Ravensburg; heute: Gem. Bad Waldsee, Lkr. Ravensburg
Einrichtung:	Mutterhaus der Kongregation vom 3. Orden des hl. Franziskus (Barmherzige Schwestern)
Träger:	Genossenschaft der Franziskanerinnen von Reute e.V.
Quellen:	Archiv Kloster Reute (Chronik der Kongregation von Reute 1939–1943, 1944–1947)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	? ≥ 2	
Geschlecht	männlich: 1, weiblich: 1	
Namentlich identifiziert		
Jahrgänge		
Herkunftsländer	Jugoslawien (Slowenien), Russland	
Einsatzzeitraum	1944 [–1945]	
Einsatzbereich	Landwirtschaft, Küche	

Am 29.10.1940 wurde das Mutterhaus Reute für die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmt. Der Mutterhauskomplex (sog. Altbau), ferner die Häuser St. Elisabeth und St. Josef nebst Kindergarten bildeten das »Umsiedlungslager II Reute«.

Den Schwestern verblieben zu ihrer Unterbringung und Versorgung der sog. Neubau (Gut-Betha-Haus und St. Franziskus) sowie die Ökonomie und die Gärten.

Die Chronik berichtet:

»Das schon letztes Jahr geräumte Elisabethenhaus wurde am 21. Januar [1944] mit Deutsch-Russen belegt: 85 Männer, 160 Frauen und 130 Kinder, welche aber im Mai wieder teils angesiedelt, teils in andere Lager verlegt wurden. Am 4. Februar erhielten wir vom Umsiedlungslager einen landwirtschaftlichen Knecht (Slovene) und am 22. Februar hat ein Russenmädchen ihre Stellung angetreten. Letzteres gab ein sehr gutes Beispiel durch ihr frommes, sittenreines Verhalten. Sie spülte in der Küche Geschirr und war gerne bei den Schwestern, mußte aber am 30. April schon wieder entlassen werden, weil die Familie angesiedelt wurde. Im Au-

gust wurde ein zweiter Knecht eingestellt.« [Chronik 1944–1947, S. 1]

»Vom 30. Juni [1945] ab haben die in der Ökonomie angestellten Slovenen nicht mehr gearbeitet.« [Chronik 1944–1947, S. 51]

Rosenharz: Erziehungsheim St. Gertrudis

- 1938: Gem. Bodnegg, Kreis Ravensburg; heute: Lkr. Ravensburg
- Einrichtung: Landeserziehungsheim St. Gertrudis für schwachsinnige Kinder (1939: 8 Lehrkräfte und 54 Schwestern aus Reute)
- Träger: Stiftung Liebenauer Anstalten
- Quellen: Archiv Liebenau (Pfleglingsbewegung Rosenharz 1940 bis 1953); Rückmeldung eines polnischen Zwangsarbeiters (»Kurz notiert« [Mitarbeiterinformationsschrift der Stiftung Liebenau] 20/81 vom 01.11.1981, S. 1; 23/81 vom 15.12.1981, S. 4; 10/82 vom 15.05.1982); AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben; Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.1-C 20 1e: Jahresberichte; G 1.6 Nr. 40: Kriegsstatistiken)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	5	
Geschlecht	männlich: 3, weiblich: 2	
Namentlich identifiziert	5	
Jahrgänge	1912, 1917, ?	
Herkunftsländer	Frankreich (3), Polen (2)	
Einsatzzeitraum	1941–1945	
Einsatzbereich	Ökonomie (2), Anstalt (3)	

Anfang November 1940 wurde das St. Gertrudishaus für die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmt, dann aber als Tuberkuloseheilstätte für die Landesversicherungsanstalt bzw. als Lazarett für lungenkranke Soldaten verwendet.

Zur Pflegeanstalt gehörte eine 50 ha große Landwirtschaft, die i.d.R. von sechs landwirtschaftlichen Angestellten bewirtschaftet wurde.

Der Jahresbericht der Liebenauer Anstalten 1941 erwähnt, dass zu den Insassen der Anstalt »in ... Rosenharz 2 zivilbedienstete Polen« gehören.

Die jeweils zum Jahresende gefertigten Personallisten enthalten für die Jahre 1941 bis 1944 auch die Namen und das Herkunftsland

der Zwangsarbeiter. Das Dienstpersonal war entweder in der »Oekonomie« oder in der »Anstalt« eingesetzt.

»Speziell in der Landwirtschaft macht sich der Mangel an Dienstboten und Arbeitskräften immer mehr bemerkbar.«
[aus dem Jahresbericht 1943, S. 6]

Literatur: siehe unter Liebenau

Schelklingen: Hofgut Oberschelklingen

- 1938: Gem. Schelklingen, Kreis Ehingen; heute: Alb-Donau-Kreis
- Einrichtung: Hofgut Oberschelklingen des St. Konradihauses Schelklingen (Erziehungsanstalt für männliche Jugendliche)
- Träger: Stiftung Konradihaus Schelklingen
- Quellen: Stadtarchiv Schelklingen (C 944/2 Ausländerliste vom 05.06.1946; C 622 Einsatz eindeutschungsfähiger Personen; Alte Meldekartei); LVA Württemberg (Versicherungskartenarchiv)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	8	
Geschlecht	männlich: 4, weiblich: 4	
Namentlich identifiziert	8	
Jahrgänge	1877–1898, 1914–1927	
Herkunftsland	Polen	
Einsatzzeitraum	1944–1945	
Einsatzbereich	Landwirtschaft (2), Haushalt (2), ohne Angabe (4)	

Mit Verfügung des Ehinger Landrats vom 23. Juni 1941 wurde das St. Konradihaus in Schelklingen für Zwecke der Volksdeutschen Mittelstelle beschlagnahmt. Vorerst verblieben dem Eigentümer die Wohnungen des Personals und der im Heim tätigen Barmherzigen Schwestern aus Untermarchtal sowie Räume im Südostflügel des Fürsorgeheims (1941: 43 Zöglinge). Das seit 15. November 1940 einquartierte Kinderheim des Canisiushauses Schwäbisch Gmünd musste Schelklingen verlassen.

Das Umsiedlungslager erzwang im Juni 1942 die vollständige Räumung des Gebäudes, übernahm u.a. auch die Schuhmacherwerkstätte, die Schreinerei und die Landwirtschaft des Heims im Schelklinger Tal (sog. Talgut mit 31 ha 50 ar).

Dem Konradiheim verblieb das Albgut in Oberschelklingen mit einer selbstbewirtschafteten Gesamtfläche von 41 ha 87 ar. Im September 1942 waren dort 16 »Burschen« untergebracht, die unter der

Obhut von einem Verwalter, einem Aufseher und zwei weiblichen Angestellten standen.

Eine Polin, die ihren siebenjährigen Sohn bei sich hatte, wurde Ende Februar 1944 »Landarbeiterin« in Oberschelklingen. Nach ihrer Heirat im Mai 1944 verzog sie nach Ehingen. Seit 19. Juli wurde eine Polin als »Hausgehilfin« in Oberschelklingen beschäftigt. Vom 17.04.–01.10.1944 war dort auch eine zehnjährige Slowenin als »Schülerin« gemeldet. Eine aus Polen stammende Familie mit Schwiegermutter und vier Söhnen wurde am 6. Februar 1945 der »Gutsverwaltung Oberschelklingen« zugewiesen.⁵⁰

Literatur: *Jörg Martin*, Das Umsiedlungslager Schelklingen 1941–1945, in: *Ulm und Oberschwaben* 51 (2000), S. 232–247. – *Hans Dold*e, 100 Jahre St.-Konradi-Haus 1880–1980. Geschichte des Heimes von seiner Gründung bis heute, Schelklingen 1980.

⁵⁰ Die Quellenlage erlaubt es nicht, eindeutig zu klären, ob die Hausgehilfin und die Schülerin durch das Hofgut des Konradihauses oder den benachbarten privaten Betrieb untergebracht oder beschäftigt worden sind.

Schramberg: Marienheim

1938: Kreis Rottweil; heute: Lkr. Rottweil
Einrichtung: Stadtschwesternhaus Marienheim
Träger: Kath. Kirchenpflege Maria Himmelfahrt Schramberg
Quellen: AOK Bezirksdirektion Rottweil (Hebelisten und Leistungskarten der AOK Schramberg)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	1	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	1	
Jahrgang	1926	
Herkunftsland	Russland	
Einsatzzeitraum	1942–1945	
Einsatzbereich	Hausgehilfin	

Sonstiges: Das 1906 durch die Katholische Kirchengemeinde Maria Himmelfahrt errichtete Schwesternhaus diente als Wohnung für die in der Stadt Schramberg auf allen Gebieten der katholischen Caritas tätigen Schwestern. Die Barmherzigen Schwestern aus Untermarchtal widmeten sich dort insbesondere der Krankenpflege. Daneben wurden in den Räumen auf gemeinnütziger Grundlage Nählehrgänge abgehalten und ein Kostisch für bedürftige Personen betrieben.

1944 wurde die Nähstube des Marienheims zwecks Unterbringung von bombengeschädigten Obdachlosen bzw. Arbeitskräften der Firma Junghans vom Staat (?) beschlagnahmt.

Schramberg: Wald Imbrand

- 1938: Imbrand, Gem. Schramberg und Gem. Lauterbach, Kreis Rottweil; heute: Lkr. Rottweil
- Einrichtung: Wald Imbrand
- Eigentümer: Diözesanverwaltung Rottenburg, Interkalarfonds
- Beschäftigungs-träger: Wald-Imbrand-Verwaltung des Interkalarfonds Rottenburg in Schramberg
- Quellen: AOK Bezirksdirektion Rottweil (Hebelisten und Leistungskarten der AOK Schramberg); Bischöfliches Ordinariat Rottenburg, Altregistratur des Interkalarfonds (Korrespondenzen)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	21	
Geschlecht	männlich: 19, weiblich: 2	
Namentlich identifiziert	21	
Jahrgänge	1902–1927	
Herkunftsländer	Polen (12), Russland (9)	
Einsatzzeitraum	1944–1945	
Einsatzbereich	Waldarbeit	

Der 1808 errichtete Interkalarfonds war zum 1. April 1925 vom Katholischen Kirchenrat Stuttgart in die Verwaltung des Bischöflichen Ordinariats Rottenburg übergegangen. 1936 wurde der aus einer Holzbodenfläche von 259,4 ha bestehende Walddistrikt Imbrand vom Grafen von Bissingen erworben. Die Verwaltung vor Ort und die Beförsterung lagen seit 1942 in Händen des Gräflich von Bissingen'schen Rentamtmanns.

Durch die Einberufungen zum Militär mangelte es allerorten zunehmend an geeignetem Forstpersonal. Im November 1941 hatte sich die »Wald-Imbrand-Verwaltung« um Kriegsgefangene beworben. Das Arbeitsamt Rottweil teilte jedoch mit, »daß Ihnen zum Holzeinschlag Kriegsgefangene nicht zur Verfügung gestellt werden können«.

Zum groß angelegten wie gezielten Einsatz von *Zwangsarbeitern* in der Holzwirtschaft, insbesondere in Gemeinde- und Privatwald, scheint es erst 1944 gekommen zu sein. Für die Kriegswirtschaft be-

kam die vernachlässigte Ressource Holz Bedeutung. Der Reichsforstmeister stellte Zwangsarbeiterkontingente zur Verfügung und der Reichsverteidigungskommissar in Stuttgart erklärte die Holzwirtschaft für »ebenso wichtig wie die Rüstungswirtschaft und die Sicherstellung der Volksernährung«.⁵¹

Am 17.02.1944 wendete sich die »Wald-Imbrand-Verwaltung« an das Forstamt Alpirsbach:

»Wie wir erfahren haben, hat der Reichsforstmeister Waldarbeiter aus Pommern der würt[embergischen] Forstwirtschaft zur Verfügung gestellt. Falls das Forstamt Alpirsbach solche Arbeiter zugeteilt erhalten sollte, möchten wir bitten, uns 2 Arbeiter zu überlassen. Für Unterbringung und Verpflegung können wir sorgen. Ständige Arbeitskräfte haben wir nur 2 und die Dienstverpflichteten leisten so wenig, dass die Umlage ohne Zuteilung von auswärtigen Arbeitskräften nicht erfüllt werden kann, geschweige denn können die dringend notwendigen Durchforstungen und Reinigungshiebe ausgeführt werden. Es ist auch heute noch alter Schneedruck nicht bereinigt und schon wieder hat es neuen Schneedruck gegeben.«

Ein Architekt wird am 18.02.1944 vorsorglich beauftragt, im Speicher des zur Neuverpachtung anstehenden Schlosshofgütchens zwei Kammern für »auswärtige Waldarbeiter« auszubauen; »ich hoffe, dass meine Verwaltung 2 derselben zugeteilt erhält«. Der Waldhüter wird um Aushandlung der Maurer- und Zimmermannsarbeiten gebeten, »weil die wenn auch geringe Aussicht besteht, dass uns 2 auswärtige Waldarbeiter zugeteilt werden«.

Wider Erwarten weist die Oberaufsicht, das Forstamt Alpirsbach, zuerst acht polnische Waldarbeiter (28.04.–26.09.44), dann weitere vier (27.06.–14.10.44) zu.

Der Imbrand-Verwalter teilt am 09.08.44 dem Forstamt Alpirsbach u.a. mit:

»Da vom Büro für Waldarbeit mehrfach betont wurde, wie gering die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte sei, habe ich mich nicht getraut, mehr als 2 Mann anzufordern. Erfreulicherweise bekam dann die Imbrandverwaltung 8 Waldarbeiter aus Danzig-Westpreussen ... Mit Hilfe dieser auswärtigen Arbeiter ist es gelungen, den grössten

⁵¹ Altregistratur des Interkalarfonds Rottenburg, Der Reichsverteidigungskommissar Nr. RK 103: Mithilfe in der Holzwirtschaft – Schreiben vom 18.05.1944 an die Landesbauernschaft, Landräte und die Oberbürgermeister in Stuttgart, Heilbronn und Ulm.

Teil des Schneedruckholzes aufzubereiten ... Ich bin überzeugt davon, dass in ein paar Jahren der Wald einwandfrei dastehen wird ... Voraussetzung dafür ist allerdings, dass über Kriegsdauer die notwendigen auswärtigen Arbeitskräfte uns verschafft werden.«

Von 14.12.44 bis 20.04.45 werden sodann neun russische Waldarbeiter, darunter zwei Frauen, dem Imbrand zugewiesen.

Die neu aufgefundenen und nun zu archivierenden Korrespondenzakten des Interkalarfonds Rottenburg bieten eine Fülle von Details zur Situation der Zwangsarbeiter, z.B. zur Unterbringung, zu Arbeitszeit und -einsatz, zur Entlohnung und Ernährung, zu Kleidung und Ausrüstung.

Literatur: *August Hagen*, Geschichte der Diözese Rottenburg, 3 Bde., Stuttgart 1956–1960, hier: Bd. 1, S. 283–286; Bd. 3, S. 58 f.

Schwäbisch Gmünd: Taubstummenanstalt St. Josef

- 1938: Kreis Gmünd; heute: Ostalbkreis
 Einrichtung: Private Gehörlosenschule mit Heim St. Josef, Katharinenstraße 16
 Träger: Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal (Vinzentinerinnen)
 Quellen: Archiv der Schule für Hörgeschädigte Schwäbisch Gmünd (Einwohnermeldebuch und AOK-Meldebuch des Arbeitgebers, Hauschronik); Hauptstaatsarchiv Stuttgart (E 151/09, Bü. 7); Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd (Meldekartei)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	4	
Geschlecht	männlich: 2, weiblich: 2	
Namentlich identifiziert	4	
Jahrgänge	1904, 1908, 1917, 1924	
Herkunftsland	Polen	
Einsatzzeitraum	1940–1941	
Einsatzbereich	Landwirtschaft (2), Haushaltshilfe (1), ohne Angabe (1)	

Das St. Josefsheim wurde am 08.11.1940 für die Volksdeutsche Mittelstelle beschlagnahmt. Innerhalb von 10 Tagen musste das Gebäude geräumt werden. Domkapitular Hinderberger und Caritasdirektor Baumgärtner suchten eine neue Unterkunft. Kinder, Schwestern und Lehrer konnten im Martinihaus in Rottenburg untergebracht werden. Infolge erneuter Beschlagnahme im Februar 1941 wurde am 01.03.1941 die 35 ha umfassende Ökonomie »mit lebendem und totem Inventar von der Partei in Besitz genommen«, zum 01.04. das Haus St. Anna, und am 07.04. übersiedelte die *Abteilung Wäschschneiderei* mit 20 gehörlosen Mädchen und vier Schwestern ebenfalls ins Martinihaus. »Nun sind wir mit 77 Kindern und 18 Schwestern (einschließlich Lehrerinnen) seit 1. Dezember 1940 in die Gebäulichkeiten des früheren Martinihauses in Rottenburg/N. übergesiedelt und bewohnen dasselbe mietweise.«

Die [Abt.] *Damenschneiderei* wurde im Haus St. Loreto Gmünd untergebracht. Einzig die [Abt.] *Bettenreinigung* durfte in den »Räu-

men im Untergeschoss des Lazarets verbleiben ...«; dafür hatten die Schwestern, die am 30.04. dem Lagerführer den Schlüssel übergeben hatten, Miete zu entrichten.

Die Volksdeutsche Mittelstelle verwendete die gesamte Einrichtung als »Lazarett und Lager für volksdeutsche Umsiedler«. Dienstherr des landwirtschaftlichen Personals wurde die Volksdeutsche Mittelstelle.

Literatur: *August Hagen*, Die Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern zu Untermarchtal, Stuttgart 1952. – *Hermann Tüchle*, Die Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal. Zur 125jährigen Tätigkeit der Vinzenterinnen im Bistum Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart 1983, S. 105–125.

Spaichingen: Claretinerkloster Dreifaltigkeitsberg

1938: Kreis Tuttlingen; heute: Lkr. Tuttlingen
Einrichtung: Claretinerkloster Dreifaltigkeitsberg
Träger: Claretinerkloster Dreifaltigkeitsberg
Quellen: Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 20: Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz); Stadtarchiv Spaichingen (A 1077: Suche nach Verschleppten und Zivil- und Militärpersonen der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen 1945–1958; B 521 Einwohnermeldeliste der Stadt Spaichingen 26.01.1943–1952); AOK Bezirksdirektion Tuttlingen

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	3	
Geschlecht	männlich	
Namentlich identifiziert	3	
Jahrgänge	1919, 1922, 1929	
Herkunftsländer	Russland, Polen, Ukraine	
Einsatzzeitraum	1942–1945	
Einsatzbereich	ohne Angabe	

Stuttgart: Marienanstalt

- 1938: Stadtkreis Stuttgart; heute: Stadtkreis Stuttgart
Einrichtung: Marienanstalt Stuttgart, Katharinenstraße 4, Wohnheim für berufstätige Mädchen und Fräulein, Durchgangsheim für stellensuchende Mädchen, Fachschulen und Kindergarten
Träger: Stiftung Marienanstalt
Quellen: Archiv der Stiftung Marienheim (Geschäftsberichte der Schwester Oberin; Akten der Geschäftsführung; Hauschronik; Hochzeitsfoto; Meldebuch des Arbeitgebers 1930–1949; Fremdenverzeichnis 1939–1944; Akte ausgeschiedenes Dienstpersonal 1930–1946)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	6	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	6	
Jahrgänge	1902, 1921–1929	
Herkunftsland	Ukraine	
Einsatzzeitraum	1944–1945	
Einsatzbereich	Haushalt, Küche	

Seit 1943 wohnten 12–14 holländische Zimmerleute in den drei Sälen, die zu der von den Sießener Franziskanerinnen geführten Handelsschule gehört hatten, bis sie 1941 von der Stadt Stuttgart beschlagnahmt worden waren. Die Holländer waren durch ihre Meister zur Behebung von Kriegsschäden im Raum Stuttgart eingesetzt.

Als die Marienanstalt seit 21.02.1944 massive Zerstörungen und Schäden durch Luftangriffe erlitt, »stellten sie den Dachstock im Annabau her. Nach der Zerstörung durch die Luftmine arbeiteten alle einige Tage bei uns und einige sogar wochenlang. Der Meister, dem wir die Sorge um seine Einsatzarbeiter abgenommen hatten, zeigte sich erkenntlich. Die Holländer machten unsere sämtlichen Notdächer: auf dem Josefsbau, Waschküche und Bügelzimmer und Pfarrhöfle. Sonst hätten wir ja heute noch keine Dächer. Dafür verbesserten wir ihre Unterkunft, sie bekamen im letzten Halbjahr Betten und das Nachtessen. Einige Monate nach der Besetzung gingen sie zurück nach Holland. Den meisten fiel sogar der Abschied

schwer.« [Bericht der Schwester Oberin über das Geschäftsjahr 1943/44 u. 1944/45, S. 5 f.]

Über ein beschriftetes Hochzeitsfoto konnte einer der holländischen Zwangsarbeiter ermittelt werden, der mitteilte, dass die holländischen Zimmerleute im Marienheim wohnten, nicht aber beschäftigt wurden. Später aufgefundene Personalunterlagen bestätigten dies. Diese enthielten sodann die Angaben zu sechs Ukrainerinnen, die 1944/45 als Haushalts- und Küchenhilfen im Marienheim zum Einsatz kamen.

Literatur: *August Hagen*, Die Kongregation der Schulschwestern vom Dritten Orden des heiligen Franziskus in Sießen, Stuttgart [1961], S. 107–111.

Stuttgart: Marienhospital

1938: Stadtkreis Stuttgart; heute: Stadtkreis Stuttgart
Einrichtung: Marienhospital Stuttgart
Träger: Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal e.V. (Vinzentinerinnen)
Quellen: Archiv Marienhospital (Personalbuch vom 01.08.1934 bis 12.04.1945; Jahresberichte; Hauschronik)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	8	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	8	
Jahrgänge	1911–1925	
Herkunftsländer	Belgien (4), Flandern (1), Rumänien (1), Frankreich (1), Slowakei (1)	
Einsatzzeitraum	1941–1942	
Einsatzbereich	Hausgehilfinnen (6), Hebammen (2)	

Nach der Enteignung der Kongregation von Untermarchtal (vgl. den Abschnitt zu Untermarchtal) wurden zwischen September 1942 und Mai 1945 weitere 11 ausländische Zivilarbeiter(innen) als Heizer, Assistenzarzt oder Hausgehilfinnen eingestellt: Russland (4), Litauen (1), Frankreich (1), Belgien (1), Italien (2), Griechenland (1), Luxemburg (1).

Stuttgart: Paulusstift

1938: Stadtkreis Stuttgart; heute: Stadtkreis Stuttgart
Einrichtung: Paulusstift Stuttgart, Werastraße 118
Träger: Rettungsverein zum Guten Hirten
Quellen: Staatsarchiv Ludwigsburg (Bestand E 191, Nr. 6878);
AOK Bezirksdirektion Stuttgart (Mitglieder- und
Leistungskarte)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	2	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	2	
Jahrgänge	1921, 1922	
Herkunftsländer	Slowakei, Polen	
Einsatzzeitraum	1943–1944, 1945	
Einsatzbereich	Haushaltshilfe	

1903/05 gründete Baronin Mathilde von Dellingshausen den »Rettungsverein zum Guten Hirten«, dem sich bald Zweigvereine in anderen Städten angliederten. Der unter dem Protektorat von Bischof Paul Wilhelm von Keppler wirkende Verein konnte 1910 das erste Heim für alleinerziehende Mütter in der Werastraße 118 eröffnen. Für die Führung des Hauses wurden die Vinzenterinnen von Untermarchtal gewonnen. Nach der Zerstörung des Paulusstifts am 12.02.1945 wurde die Arbeit im Keller des Hauses und in einem beschädigten Nachbargebäude behelfsmäßig weitergeführt.

Literatur: *Anton Laubacher*, Gelebte Caritas, Stuttgart 1982, S. 335–342. – *August Hagen*, Geschichte der Diözese Rottenburg, Band 3, Stuttgart 1960, S. 448. – *Thekla Schneider*, Mathilde von Dellingshausen, Friedrichshafen 1927, S. 91–93.

Stuttgart-Hohenheim: Christkönigsheim

- 1938: Hohenheim, Gem. Plieningen, Kreis Eßlingen; heute: Stadtkreis Stuttgart
- Einrichtung: Christkönigsheim, Adolf-Hitler-Straße 89 (heute: Paracelsusstraße 89)
- Träger: Verein für katholische Heimatmission e.V. (Sitz Stuttgart)
- Quellen: Stadtarchiv Stuttgart (Plieningen 4817 und 6115); AOK Bezirksdirektion Stuttgart (Mitglieder- und Leistungskarte); LVA Württemberg (Versicherungskartenarchiv)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	2	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	2	
Jahrgänge	1921, 1926	
Herkunftsland	Belgien	
Einsatzzeitraum	1941–1942	
Einsatzbereich	Haushalt	

Auf gemeinschaftliche Initiative der Herz-Jesu-Provinz der Pallottiner und Caritasdirektor Dr. Johannes Straubinger wurde 1931 der Verein für kath. Heimatmission gegründet, um in einem der Vororte Stuttgarts ein Haus »zur Schulung und Heranbildung von kath. Männern und Frauen für die apostolischen Aufgaben der Zeit«⁵² zu erwerben. Die Wahl fiel auf eine leerstehende Lederfabrik am Rande des Schlossparks von Hohenheim. Das 44 Ar umfassende Anwesen wurde im Juli 1931 gekauft, aus den Fabrik- und Lagerhallen geeignete Räume für ein Exerzitenhaus geschaffen und dieses in Anlehnung an das 1925 von Papst Pius XI. eingeführte Christkönigsfest benannt. Die Hauswirtschaft führten zu Kriegsbeginn sechs Theresianschwestern (Schwestern des Kath. Apostolats von der Hl. Theresia vom Kinde Jesu) und sechs Schönstattschwestern mit zehn weiblichen Angestellten.

⁵² Vgl. Diözesanarchiv Rottenburg, G 1.1 – C 1.1zb, Satzung 1931 § 2.

Am 02.02.1942 erfolgte die Beschlagnahme des Christkönigsheims durch die Wehrmacht als Reservelazarett. Pallottinerpatres, Schwestern, Angestellte, Gäste und Pensionärinnen mussten eine neue Bleibe finden. Dem Wunsch der Wehrmacht entsprechend wurden dem Lazarett vier Apostolatsschwestern für Küche, Garten und Hausarbeiten zur Verfügung gestellt.

Literatur: *Pallottiner-Gemeinschaft* (Hg.), Christkönigsheim. Exerzitien- und Bildungshaus der Pallottiner Stuttgart-Hohenheim, Augsburg 1986, S. 8 f. – *Wilfried Kunz*, Die Geschichte des Christkönigsheims und der Pallottiner von Stuttgart-Hohenheim, Stuttgart 2000.

Talheim: Gutshof

- 1938: Gem. Lauterach, Kreis Ehingen; heute: Alb-Donau-Kreis
- Einrichtung: Schwesternerholungsheim mit landwirtschaftlichem Gutshof in Talheim
- Träger: Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal (Vinzentinerinnen)
- Quellen: Archiv der Genossenschaft (Personalliste; Lohnkartei; Personalbuch 1905–1958)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	3	
Geschlecht	männlich: 1, weiblich: 2	
Namentlich identifiziert	3	
Jahrgänge	1907, 1912, 1914	
Herkunftsländer	Jugoslawien (Slowenien)	
Einsatzzeitraum	1942 [–1945]	
Einsatzbereich	Landwirtschaft	

Tettngang: Friedhof

1938: Kreis Tettngang; heute: Bodenseekreis
Einrichtung: Friedhof
Träger: Kirchenpflege St. Gallus
Quellen: Dokumentation Christa Tholander (Bericht der ehemaligen Zwangsarbeiterin); Stadtarchiv Friedrichshafen (Ärzteliste Dr. Keppeler)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	1	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	1	
Jahrgang	1927	
Herkunftsland	Russland	
Einsatzzeitraum	1945	
Einsatzbereich	Friedhof	

In der Kreisstadt Tettngang befanden sich zwei Friedhöfe; der große Friedhof bei St. Gallus stand im Eigentum und Unterhalt der Kirchenpflege; der kleine Friedhof bei St. Johann (Spitalfriedhof) gehörte mit dem dortigen Altenheim der Stadt.

Aus dem schriftlichen Bericht einer russischen Zwangsarbeiterin, die zusammen mit ihrer Zwillingschwester von 1942 bis 1945 in der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG beschäftigt und im sog. Wiesenlager untergebracht war, erfahren wir von ihrer Tätigkeit auf dem Tettnganger Friedhof:

»[...] als die Bombenanschläge stärker und öfter kamen, hatten sie uns zum Essen Suppe mit Blaukraut gekocht. Und Anfang 1945 wurde das Lager [Friedrichshafen, Wiesenlager] dezentralisiert und uns haben sie überall zu den Bauern abgegeben. Mit der Zeit bekam ich Psoriasis und niemand wollte mich nehmen. Meine Schwester kam in den letzten zwei Wochen vor Kriegsende zu einem Bauern und mich und noch neun Personen brachten sie nach Tettngang. Dort hat mich ein Bauer genommen und dann musste ich auf dem Friedhof arbeiten, wo ich die Gräber gepflegt habe und die Gräber ausheben musste. [...]

Am 28. oder 29. April 1945 wurden wir – 10 Personen – in die Stadt Tettngang gebracht. Hier kam ich zum Friedhofsverwalter [...].

Der Arbeitstag dauerte 12 Stunden, d.h. von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Während der Arbeit habe ich den Friedhof aufgeräumt und Gräber ausgegraben. Am 14. Mai bin ich in das Lager gegangen, von dort wurden wir nach Hause zurückgeschickt.«

Literatur: *Christa Tholander*, Fremdarbeiter 1939 bis 1945. Ausländische Arbeitskräfte in der Zeppelin-Stadt Friedrichshafen, Essen 2001. – Studienkreis Deutscher Widerstand (Hg.), Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945, Bd. 5/2: Baden-Württemberg, Frankfurt a.M. 1997, S. 218 f.

Ulm: Altenheim St. Anna-Stift

- 1938: Stadtkreis Ulm; heute: Stadtkreis Ulm
Einrichtung: Altenheim St. Anna-Stift in Ulm, Rothstraße 28
Träger: Kirchengemeinde St. Georg (Gemeindehaus St. Georg e.V.)
Quellen: Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 35: Personalnachweisungen von Anstalten); St. Anna-Stift Ulm (Quittungskarten zur Invalidenversicherung bei der Landesversicherungsanstalt Württemberg; Abmeldebescheinigung der AOK Ulm); LVA Württemberg (Versicherungskartenarchiv)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	2	
Geschlecht	weiblich	
Namentlich identifiziert	2	
Jahrgänge	1919, 1923	
Herkunftsland	Polen	
Einsatzzeitraum	1940–1945	
Einsatzbereich	Haus- und Küchenhilfe	

Im Gemeindehaus der Stadtpfarrei St. Georg (Rothstraße 28) befanden sich ein Altersheim für Frauen, das Pfarrsekretariat, die Pfarrbücherei und eine Schwesternstation für Wochenbett- und Familienpflege der Veronikaschwestern. Drei Säle dienten verschiedenen Pfarrvereinen für ihre Veranstaltungen und Sitzungen. Das Altersheim, das von »Pensionistinnen, Sozial- und Kleinrentnerinnen bewohnt« wurde, hatte eine Kapazität von 20–25 Betten. Das Pflegepersonal stellten die Franziskanerinnen von Reute.⁵³ 1932 wird berichtet: »Wöchentlich zweimal erhalten je 50 Kinder von Erwerbslosen ein kräftiges Mittagessen.«

- Literatur: *Anton Laubacher*, *Gelebte Caritas*, Stuttgart 1982, S. 94 f.

⁵³ Caritas-Bericht 1928, S. 63. – Caritas-Bericht 1932, S. 84.

Untermarchtal: Hofgut St. Veit

- 1938: Kreis Ehingen; heute: Alb-Donau-Kreis
 Einrichtung: Hofgut St. Veit, Ökonomie des Mutterhauses
 Träger: Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal (Vinzentinerinnen)
 Quellen: Archiv der Genossenschaft (Personallbuch St. Veit; Personalliste; Berechnungen der Verpflegungstage und des Personalstandes; ergänzend Lohnkartei und Hauschronik); Gemeindearchiv Untermarchtal (Meldekartei 1943–1950)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	4	≥ 6
Geschlecht	männlich: 3, weiblich: 1	
Namentlich identifiziert	4	
Jahrgänge	1867, 1908, 1915, 1919	?
Herkunftsländer	Polen	?
Einsatzzeitraum	1942 [–1945]	1940–1942
Einsatzbereich	Landwirtschaft	

Die Kongregation der Barmherzigen Schwestern wurde wegen angeblicher »volks- und staatsfeindlicher« Wirtschaftsführung von den Nationalsozialisten verfolgt. Eigentum und Vermögen wurden am 8. Juli 1941 beschlagnahmt, einem Treuhänder übergeben, die Schwestern verpflichtet, die Betriebe weiterzuführen. Mit Erlass des Reichministers des Inneren (05.02.42) und Verfügung der Geheimen Staatspolizei Stuttgart (25.02.42) wurde das gesamte Vermögen zugunsten des Deutschen Reichs eingezogen.

Mutterhaus und Ökonomie wurden am 20. Mai 1942 von der Wehrmacht als Lazarett übernommen, die nun auch Anstellungsträger der Schwestern und des landwirtschaftlichen Personals wurde.

In den Tabellen zum Nachweis der Verpflegungsleistungen, die das Kloster im Auftrag des Treuhänders zu führen hatte, werden in der Rubrik »Gefangene« von August 1940 bis Mai 1942 ein Wachmann mit bis zu sechs *Kriegsgefangenen* ausgewiesen.

- Literatur: *August Hagen*, Die Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern zu Untermarchtal, Stuttgart 1952. – *Her-*

mann Tüchle, Die Barmherzigen Schwestern von Untermarchtal. Zur 125jährigen Tätigkeit der Vinzenterinnen im Bistum Rottenburg-Stuttgart, Stuttgart 1983, S. 105–125.

Wangen im Allgäu: Kinderheilstätte

1938:	Kreis Wangen; heute: Lkr. Ravensburg
Einrichtung:	Kinderheilstätte für tuberkulosekranke Kinder und Jugendliche
Träger:	Caritasverband für Württemberg e.V.
Quellen:	AOK Bezirksdirektion Allgäu-Oberschwaben (Hebelleiste; Mitgliederkartei); Staatsarchiv Sigmaringen (Bestand R 31/4 Nr. 22); LVA Württemberg (Versicherungskartenarchiv)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	7	
Geschlecht	männlich: 2, weiblich: 5	
Namentlich identifiziert	7	
Jahrgänge	1903, 1916–1926	
Herkunftsländer	Russland (2), ?	
Einsatzzeitraum	1944–1945	
Einsatzbereich	Hilfsarbeiter (2), Krankenpflege (3), Hausgehilfin (2)	

Die Errichtung einer Heilstätte für Kinder mit Tuberkulose jeder Form, Skrufulose, sowie Kindern mit nicht spezifischen chronischen Lungenerkrankungen geht auf Caritasdirektor Dr. Johannes Straubinger zurück. Für die Leitung der Heilanstalt in Wangen gewann er den Kinderarzt Dr. Heinrich Brügger, für die Pflege der Kinder die Franziskanerinnen von Sießen. Die 1928 für etwa 100 Kinder eingerichtete Kinderheilstätte konnte 1936 durch einen Erweiterungsbau um über 300 Plätze erweitert werden. Zur Aufnahme gelangten die Kinder durch örtliche Entsendestellen – der Jahresbericht 1937 listet davon 127 »aus dem ganzen Reichsgebiet« auf – oder durch ärztliche Direktüberweisung. In den Kriegsjahren wurde eine durchschnittliche Dauerbelegung von rund 400 bis 420 Kindern erreicht. Der Personalbestand, vom medizinischen Direktor bis zu den beiden Hilfsarbeitern, belief sich im Jahr 1937 auf 96 Personen.

Durch die Verordnung über Tuberkulosehilfe vom September 1942, die die Hilfe für Tuberkulosekranke organisatorisch wie wirtschaftlich auf eine neue Basis stellte, sahen sich die freien Heilstätten von einer »feindlichen Übernahme« durch den Landesfürsorgever-

band bedroht. »Unseren vereinten Bemühungen ist es aber dann gelungen, dass die Entscheidung bei der entsprechenden Berliner Stelle zugunsten von Wangen ausgefallen ist.«⁵⁴ Der Caritasverband für Württemberg blieb Träger der Einrichtung.

Die schlechten Lebensbedingungen von Zwangsarbeitern führten in Württemberg seit Frühjahr 1943 zu einer steten Zunahme der Tuberkuloseerkrankungen. Der Druck auf die Stadt- und Landkreise wuchs, die erkrankten Zwangsarbeiter selbst unterzubringen und, soweit durch einen Lungenfacharzt angezeigt, für die Wiederherstellung deren Arbeitsfähigkeit Sorge zu tragen.

Durch Erlass des Präsidenten des Gauarbeitsamtes Stuttgart an die Arbeitsämter vom 16.06.1944 wurde der *Einsatz tuberkulöser Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen in Lungenheilstätten* angekündigt. Das Arbeitsamt Ravensburg wies der Kinderheilstätte Wangen zwei männliche und zwei weibliche Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen aus dem überbelegten Hilfslazarett Großsachsenheim zu.

Am 20.07.1944 teilte Direktor Dr. Brügger dem Arbeitsamt Ravensburg mit:

»Die beiden Ostarbeiter sind am 12.7.1944 hier eingetroffen. Sie machen einen sehr guten Eindruck und zeigen einen großen Arbeitswillen. Leider ist der Befund so ausgedehnt, dass mit einem langen Arbeitseinsatz nicht gerechnet werden darf. Sie haben einen Pneumothorax auf der einen Seite. Auf der anderen Seite besteht aber bei beiden ein aktiver Prozess, der wahrscheinlich nach Arbeitseinsatz in nächster Zeit fortschreiten wird. ... Die Ostarbeiterinnen sind bis jetzt noch nicht eingetroffen.«

Von den drei am 24. Oktober bzw. 1. November 1944 als Krankenpflegerinnen eingestellten Ostarbeiterinnen blieben zwei für drei Wochen. Am 12. Nov. wurden zwei Ostarbeiterinnen als Hausgehilfinnen eingestellt.

Literatur: *August Hagen*, Die Kongregation der Schulschwestern vom Dritten Orden des heiligen Franziskus in Sieben, Stuttgart [1960], S. 78, 114–117. – *Anton Laubacher*, Gelebte Caritas, Stuttgart 1982, S. 75, 372, 393–395. – *Christa Tholander*, Fremdarbeiter 1939 bis 1945. Ausländische Arbeitskräfte in der Zeppelin-Stadt Friedrichshafen, Essen 2001, S. 365–370, 447–453.

⁵⁴ Caritasverband für Württemberg, Tätigkeitsbericht 1942, S. 6.

Weingarten: Rößlerhof

- 1938: Gem. Schlier, Kreis Ravensburg; heute: Lkr. Ravensburg
Einrichtung: Hofgut Rößler bei Unterankenreute
Träger: Benediktiner von Weingarten
Quellen: Diözesanarchiv Rottenburg (G 1.6 Nr. 20: Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz); Gemeindearchiv Schlier (Bestand I, Akten: Bü. Nr. 372 Ausländer in Schlier 1940–1947, Bü. Nr. 403 Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz 1939–1945, Bü. Nr. 406 Polizeiliche Meldekarten über Ausländer 1936–1944); Staatsarchiv Sigmaringen (Wü 65/26, Nr. 115)

Nachgewiesener Zwangsarbeitereinsatz

	Ausländische Zivilarbeiter	Kriegsgefangene
Anzahl gesamt	3	2
Geschlecht	männlich	
Namentlich identifiziert	3	2
Jahrgänge	1913–1925	1898
Herkunftsländer	Russland	?
Einsatzzeitraum	1942(–1945)	(1941)
Einsatzbereich	Landwirtschaft	Landwirtschaft

Die Benediktiner von Weingarten mussten im November 1940 die vom Land Württemberg überlassenen Räume in der Abtei räumen. Der Rößlerhof, mit 57 ha Land, verblieb im Eigentum des Konvents. Er diente als Zuflucht für die nicht zur Wehrmacht einberufenen Ordensleute (1943/44: 11). Ab 1941 waren vorübergehend zwei *Kriegsgefangene* dem Rößlerhof zugewiesen, seit März 1942 arbeiteten die russischen Landarbeiter mit.

- Literatur: *Norbert Kruse* u.a. (Hg.), Weingarten von den Anfängen bis zur Gegenwart, Biberach 1992, S. 539 f.

Literaturhinweise

- Fürst, Gebhard:* Wir treten ein für eine gerechte Entschädigung und aufrichtige Versöhnung. Statement in der Pressekonferenz am 10. November 2000 in der Geschäftsstelle des Caritas Suchdienstes in Stuttgart. Wiederabdruck in: *Barwig, Klaus/Bauer, Dieter R./Hummel, Karl-Joseph* (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung* (Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 313–319. – Auszug auch in: *epd-Dokumentation* 14/01, S. 30–33.
- Fürst, Gebhard:* Statement bei der Übergabe des Tätigkeitsberichts der diözesanen »Zwangsarbeiter-Kommission« am 5. Juni 2002 im Rottenburger Bischofshaus. <http://www.kirchen.de/drs/bischof/zwangsarbeiterkom05062002.htm>
- Lehmann, Karl:* Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Einrichtungen der Katholischen Kirche 1939–1945. Erklärung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz nach der Sitzung des Ständigen Rats vom 29. August 2000. <http://dbk.de/presse/pm2000/pm2000082901.html> – Wiederabdruck in: *epd-Dokumentation* 37a/00, S. 1–9.
- Lehmann, Karl:* »Der Entschädigungsfonds der Katholischen Kirche beginnt mit der Auszahlung von Entschädigungsleistungen für Zwangsarbeiter«, Statement des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz zur Pressekonferenz am 7. November 2000 in Mainz. <http://dbk.de/presse/pm2000/pm2000110701.html>
- Lehmann, Karl:* Unrecht der Geschichte – Perspektiven der Versöhnung. Rede beim Tageskongress »Gegen Unrecht und Gewalt – Erfahrungen und Perspektiven kirchlicher Versöhnungsarbeit« am 30. Januar 2001 in Mainz. <http://dbk.de/presse/pm2001/pm2001013001.html> – Wiederabdruck in: *Barwig, Klaus/Bauer, Dieter R./Hummel, Karl-Joseph* (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung* (Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 67–77.

Grundlagen

- Barwig, Klaus/Saathoff, Günter/Weyde, Nicole* (Hg.): *Entschädigung für NS-Zwangsarbeit. Rechtliche, historische und politische Aspekte*. Baden-Baden 1998.

- Herbert, Ulrich*: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.
- Dahlmann, Dittmar/Hirschfeld, Gerhard* (Hg.): Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945 (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge, Band 10), Essen 1999.
- Benz, Wolfgang/Distel, Barbara* (Hg.): Zwangsarbeit (Dachauer Hefte. Studien und Dokumente zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager 16), Dachau 2000.
- Spoerer, Mark*: Zwangsarbeit unterm Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1938–1945. Stuttgart/München 2001.

Zwangsarbeit in Württemberg

- Schäfer, Annette*: Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik. Russische und polnische Arbeitskräfte in Württemberg 1939–1945 (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B, Forschungen, Bd. 143), Stuttgart 2000.
- Schäfer, Annette*: Zwangsarbeit in den Kommunen. »Ausländereinsatz« in Württemberg 1939–1945, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 53–75.
- Tholander, Christa*: Fremdarbeiter 1939 bis 1945. Ausländische Arbeitskräfte in der Zeppelin-Stadt Friedrichshafen, Essen 2001.
- Studienkreis Deutscher Widerstand* (Hg.): Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945, Bd. 5/1: Baden-Württemberg, Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart, Frankfurt a.M. 1991; Bd. 5/2: Baden-Württemberg, Regierungsbezirke Freiburg und Tübingen, Frankfurt a.M. 1997.

Zwangsarbeit(er) in der katholischen Kirche

- Körner, Hans-Michael*: Katholische Kirche und polnische Zwangsarbeiter 1939–1945, in: Historisches Jahrbuch 112 (1992), 128–142.
- Waibel, Wilhelm J.*: Die religiöse Betreuung, in: *ders.*, Schatten am Hohentwiel. Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in Singen, Konstanz ²1997, S. 71–80.

- Eikel, Markus*: Französische Katholiken im Dritten Reich. Die religiöse Betreuung der französischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter 1940–1945, Freiburg im Breisgau 1999.
- Helbach, Ulrich/Oepen, Joachim*: Einsatz von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen im Bereich des Erzbistums Köln. Ein Werkstattbericht (PEK-Skript), Köln, September 2000 (Presseamt des Erzbistums Köln, Marzellenstr. 32, 50668 Köln). – Auch als: Zwangsarbeiter in kirchlichen Einrichtungen im Bereich des Erzbistums Köln. Ein Werkstattbericht, in: *Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein* 203 (2000), S. 183–211.
- Sieve, Peter*: Die katholische Kirche und die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkriegs im Oldenburger Land. Ein Zwischenbericht. Vechta, September 2000 (Bischöfl. Münstersches Offizialat, Kolpingstr. 14, 49377 Vechta).
- Fremdarbeiter in Ettal während des Zweiten Weltkriegs [Dokumentation], in: *Ettaler Mandl* 79 (2000), S. 40–57.
- Janker, Stephan M.*: Zwangsarbeitereinsätze in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Württemberg). Überblick zum Stand der Nachforschungen [1. Auflage]: 09.11.2000, Rottenburg a.N. 2000. – 5. Aufl. 08.02.2001, auch in: *epd-Dokumentation* 14/01, S. 34–43. – 9. Aufl. Rottenburg a.N. 10.10.2002.
- Pfister, Peter* (Hg.): *Katholische Kirche und Zwangsarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung* (Schriften des Archivs des Erzbistums München und Freising Bd.1), Regensburg 2001.
- Laube, Volker*: Fremdarbeiter in kirchlichen Einrichtungen in der Erzdiözese München und Freising, Stand 14.02.2001, in: *Peter Pfister* (Hg.), *Katholische Kirche und Zwangsarbeit*, S. 40–46. – Auszug auch in: *epd-Dokumentation* 14/01, S. 46–47.
- Barwig, Klaus/Bauer, Dieter R./Hummel, Karl-Joseph* (Hg.): *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung* (Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), Stuttgart 2001.
- Janker, Stephan M.*: Auf der Suche nach (überlebenden) Zwangsarbeitern. Methodische, strukturelle und personelle Aspekte am Beispiel der Diözese Rottenburg-Stuttgart, in: *Barwig, Klaus/Bauer, Dieter R./Hummel, Karl-Joseph* (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung* (Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 109–119.
- Schäfer, Annette*: Historische Aufarbeitung: Themenstellungen – Arbeitsperspektiven – »Vernetzung«, in: *Barwig, Klaus/Bauer, Dieter R./Hummel, Karl-Joseph* (Hg.), *Zwangsarbeit in der Kirche. Ent-*

schädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung (Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 271–290.

Aderbauer, Herbert: Zwangsarbeit im kirchlichen Dienst. Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern in der Landwirtschaft des Horber Spitals, in: *Barwig, Klaus/Bauer, Dieter R./Hummel, Karl-Joseph* (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung (Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 125–142. – Auch in: Landkreis Freudenstadt Jahrbuch 2002, Horb a.N. 2001, S. 25–37.

Koch, Laurentius: »Ein erträgliches, unerträgliches Leben«. Kloster Ettal und die »Zwangsarbeiter« im II. Weltkrieg, in: *Barwig, Klaus/Bauer, Dieter R./Hummel, Karl-Joseph* (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung (Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 163–170.

Köhler, Joachim: Die Suche nach Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in kirchlichen Institutionen in den ehemaligen Ostgebieten, in: *Barwig, Klaus/Bauer, Dieter R./Hummel, Karl-Joseph* (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung (Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 239–247.

Zwangsarbeiter in der Kirche (3): Entschädigung von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen (epd-Dokumentation Nr. 14/01 vom 2. April 2001, hg. vom Evangelischen Pressedienst Frankfurt a.M.).

Braun, Hermann-Josef: Zwangsarbeiter in Einrichtungen der Katholischen Kirche (dargestellt am Beispiel der Diözesen der Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland), in: *Unsere Archive. Mitteilungen aus den rheinland-pfälzischen und saarländischen Archiven* Nr. 46 (April 2001), S. 29–35.

Silberzahn, Peter: Die vergessenen Helfer. Zwangsarbeiter in den Einrichtungen der Katholischen Spitalstiftung Horb 1939 bis 1945. Spurensuche im Spitalarchiv und bei Zeitzeugen, Horb a.N. 2001.

Otte, Hans/Scharf-Wrede, Thomas (Hg.): Caritas und Diakonie in der NS-Zeit. Beispiel aus Niedersachsen (Veröffentlichungen des Landschaftsverbandes Hildesheim Bd. 12), Hildesheim/Zürich/New York 2001.

Rotberg, Joachim/Wieland, Barbara/Schüller, Thomas: Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in katholischen Einrichtungen im Bereich

- der Diözese Limburg – Ein Werkstattbericht (Limburger Texte 25), Limburg 2001.
- Hummel, Karl-Joseph*: Ein Jahr danach. Die katholische Kirche und ihre Zwangsarbeiter, in: Herder-Korrespondenz 55 (9/2001), S. 453–457.
- Erzbistum Berlin – Arbeitsstelle für Zeitgeschichte, Einsatz von ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern/Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen im Bistum Berlin 1939–1945. Ein Werkstattbericht, Stand 30.09.2001, Berlin 2001.
- Persch, Martin*: Zwangsarbeiter in kirchlichen Einrichtungen im Bistum Trier, in: Jahrbuch Kreis Trier-Saarburg 2002, S. 170–174 (Sonderdruck).
- Karp, Hans-Jürgen*: Zur Seelsorge an den polnischen Zwangsarbeitern in Ostpreußen 1940–1945, in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands 50 (2002), S. 173–198.
- Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäftigung von Fremd- und Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, vorgelegt dem Bischof der Diözese Rottenburg Stuttgart, Dr. Gebhard Fürst, Stuttgart, 5. Juni 2002 (unveröffentlicht).
- Osterholt-Kootz, Birgit*: Zwangsverpflichtete in einer katholischen Einrichtung. Der eigene Weg der Katholischen Kirche, in: *Kraus, Thomas/Thomes, Paul* (Hg.), Zwangsarbeit in der Stadt Aachen. Ausländereinsatz in einer westdeutschen Grenzstadt während des Zweiten Weltkrieges, bearb. von Marc Engels (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Aachen; Bd. 11), Aachen 2002, S. 230–238.
- Frings, Bernhard*: Arbeitseinsatz im Zweiten Weltkrieg. Kriegsgefangene und zivile Fremdarbeiter, in: *Kiebel, Hannes/Warkus, Roswitha* (Hg.): 100 Jahre Petrusheim in Weeze 1902–2002, Festschrift, Aachen 2002, S. 78–82.
- Laube, Volker*: Zwangssterilisierung und Euthanasie, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, in: Kardinal Michael von Faulhaber 1869–1952. Eine Ausstellung des Archivs des Erzbistums München und Freising, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Stadtarchivs München zum 50. Todestag (Ausstellungskatalog der Staatlichen Archive Bayerns Nr. 44), München 2002, S. 402–413.
- Immenkötter, Herbert*: Zwangsarbeiter in kirchlichen Einrichtungen der Diözese Augsburg 1939–1945. Erste Zusammenfassung un-

serer Ergebnisse, in: Jahrbuch des Historischen Vereins für Augsburger Bistumsgeschichte 36 (2002), S. 418–450.

Hummel, Karl-Joseph: Entschädigung und Versöhnung. Zwangsarbeiter in katholischen Einrichtungen 1939 bis 1945 (Kirche und Gesellschaft, hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Nr. 293), Köln 2002.

Hummel, Karl-Joseph: Fremdarbeiter in Einrichtungen der katholischen Kirche 1939–1945. Aspekte der Forschung, Entschädigung und Versöhnung, in: Historisches Jahrbuch 122 (2002), S. 531–558.

Katalog zur Ausstellung Zwangsarbeit in der Kirche, hg. vom Bischöflichen Ordinariat Limburg, Limburg/Lahn 12002. – Homepage zur Ausstellung des Bistums Limburg: www.zwangsarbeit-in-der-kirche.de

Ostermann, Anne: »Fremdarbeiter« in Einrichtungen der Katholischen Kirche, in: *Looz-Corswarem, Clemens von* (Hg.), Zwangsarbeit in Düsseldorf. »Ausländereinsatz« während des Zweiten Weltkrieges in einer rheinischen Großstadt (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens; Bd. 62), Essen 2002, S. 527–541.

Braun, Hermann-Josef: Zwangsarbeiter bei Einrichtungen der katholischen Kirche: Methodik und Spurensuche, in: *Brüchert, Hedwig/Matheus, Michael* (Hg.), Zwangsarbeit in Rheinland-Pfalz während des Zweiten Weltkriegs (Tagungsband zum Forschungskolloquium am 21.9.2002), Stuttgart 2003 [in Vorb.].

Zwangsarbeit(er) in der evangelischen Kirche

Verletzte Menschenwürde. NS-Zwangsarbeiter in der Diakonie: Hintergründe – Teilergebnisse – Forschungsperspektiven, hg. vom Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (Diakonie Korrespondenz 7/00), Stuttgart, August 2000 (Zentraler Vertrieb des Diakonischen Werkes, Karlsruher Str. 11, 70771 Leinfelden-Echterdingen).

Leibing, Max Siegfried (Hg.): Zwangsarbeit zwischen 1939 und 1945 in der Inneren Mission in Württemberg, aufgezeigt an den Beispielen der früheren Arbeiterkolonien Dornahof und Erlach, Reutlingen 2001.

Zwangsarbeit für Kirche und Diakonie. 1939–1945/Zwischenberichte, in: Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, Archivbericht Nummer 12/13 (o.O., o.J.) S. 5–45.

Kaminsky, Uwe: Dienen unter Zwang. Studien zu ausländischen Arbeitskräften in Evangelischer Kirche und Diakonie im Rheinland während des Zweiten Weltkriegs (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte Bd. 155), Köln 2002.

Quellenkunde

Jochem, Gerhard: (Bearb.): Verzeichnis der Nachweise für NS-Zwangsarbeiter(innen) bei Archiven und anderen Institutionen in Deutschland (Schriftenreihe zur NS-Verfolgung 3), Köln 2000.

Rumschöttel, Hermann: Quellen zur Zwangsarbeit in bayerischen Archiven, in: *Peter Pfister* (Hg.), Katholische Kirche und Zwangsarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung (Schriften des Archivs des Erzbistums München und Freising; Bd. 1), Regensburg 2001, S. 28–34.

Helbach, Ulrich: Quellen in Registraturen und Archiven der katholischen Kirche zur Erforschung der Zwangsarbeit in Deutschland 1939 bis 1945, in: *Barwig, Klaus/Bauer, Dieter R./Hummel, Karl-Joseph* (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung (Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 143–161. – Auch in: *Reininghaus, Wilfried/Reimann, Norbert* (Hg.), Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 161–174.

Reininghaus, Wilfried/Reimann, Norbert (Hg.): Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001.

Stelzl-Marx, Barbara: Das Schweigen brechen. Briefe ehemaliger Zwangsarbeiter an »Memorial« Moskau, in: *Reininghaus, Wilfried/Reimann, Norbert* (Hg.): Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 217–225.

Timm, Elisabeth: Quellen und Recherchen in einem Stadtarchiv, in: *Barwig, Klaus/Bauer, Dieter R./Hummel, Karl-Joseph* (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung (Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 223–237.

Trugenberger, Volker/Ziwes, Franz-Josef: Quellen zu NS-Zwangsarbeitern im Staatsarchiv Sigmaringen, in: *Barwig, Klaus/Bauer, Dieter R./Hummel, Karl-Joseph* (Hg.), Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung (Hohenheimer Protokolle, Bd. 56), Stuttgart 2001, S. 197–221.

Oepen, Joachim/Runde, Julia: Ausländische Patienten in den Patientenbüchern des Marien-Krankenhauses Bergisch-Gladbach 1939–1945. Eine Quelle zu Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft, in: *Geschichte in Köln* 48 (2001), S. 155–171.

Biedermann, Charles-Claude: Die Dokumentation des Internationalen Suchdienstes. Geschichte, aktueller Bestand, heutiger Nutzen und Perspektiven, in: *Archivalische Zeitschrift* 84 (2001), S. 413–473.

Gedruckte Quellen

NS-Erlasse zu Zwangsarbeitern aus Beständen des Staatsarchivs Sigmaringen. Zusammengestellt von *Volker Trugenberg* und *Miriam Zitter*. Herausgegeben vom Staatsarchiv Sigmaringen in Zusammenarbeit mit der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Materialien 2/2001), Stuttgart 2001.

Spoerer, Mark: NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. Eine Statistik vom 30. September 1944 nach Arbeitsamtsbezirken, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 49 (2001), S. 665–684.

Łuczak, Cezław (Hg.): *Położenie Polskich Robotników Przymusowych w Rzeszy 1939–1945* (Documenta Occupationis Bd. 9), Poznań 1975.

Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, bearb. von *Bernhard Stasiewski* und *Ludwig Volk*, 6 Bände, Mainz 1968–1985.

Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung, bearbeitet von *Ulrich von Hehl* und *Christoph Kösters*, 2 Bände, 3. wesentl. veränd. und erw. Aufl., Paderborn/München/Wien/Zürich 1996.

Autobiografisches aus Baden-Württemberg

Lechner, Silvester (Hg.): *Schönes, schreckliches Ulm*. 130 Berichte ehemaliger polnischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in den Jahren 1940 bis 1945 in der Region Ulm/Neu-Ulm verschleppt worden waren (Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg, Manuskripte 3), Ulm ²1997.

Beig, Maria: *Rabenkrächzen*. Eine Chronik aus Oberschwaben. Roman (suhrkamp taschenbuch 911), Baden-Baden 1983.

Riblet-Buchmann, Roger: *Unerwartete Begegnung*. Als junger »Fremdarbeiter« in Pforzheim 1944/45. Hg. und kommentiert von

- Hans-Peter Becht. Aus dem Französischen übersetzt von Susanne Heiler und Gerhard Herber, Sigmaringen 1993.
- Reinhardt, Lolo*: Überwintern. Jugenderinnerungen eines schwäbischen Zigeuners. Ergänzt von seiner Schwester Märza Winter. Mit einer Erzählung von Richard Scherer, hrsg. von *Monika Döppert*, Gerlingen 1999.
- Krausnick, Michail*: Auf Wiedersehen im Himmel. Die Geschichte der Angela Reinhardt, München 2001.

Verzeichnis der Orte

Altshausen: Altersheim St. Joseph	265
Bad Ditzenbach: Sanatorium	266
Bad Mergentheim: Deutscher Hof	267
Bad Mergentheim: Hospital zum Hl. Geist	268
Bad Mergentheim: Reservelazarett Maria Hilf	270
Bad Mergentheim: Rochusstift	272
Bad Mergentheim: Sanatorium Carolinum	273
Bad Wurzach: Hofgut Wiesen	274
Berg: Martinsheim	275
Biberach an der Riß: Kirchenpflege St. Martin	277
Blönried: Missionshaus St. Johann	278
Bonlanden: Kloster	280
Donzdorf: St. Vinzentiuspflege	282
Ellwangen: Josefstal	284
Hegenberg: Gebhardihaus	286
Heggbach: Kirchliche Pflegeanstalt	288
Horb a. Neckar: Hospital zum Hl. Geist	290
Hürbel: Kinderheim St. Josef	292
Kißlegg: Hospital zum Hl. Geist	295
Leutkirch: St. Annapflege	297
Liebenau: Heil- und Pflegeanstalt	299
Ludwigsburg-Hoheneck: Kinderheim St. Josef	302
Matzenbach: Kinderheim St. Franziskus	304
Mulfingen: Josefspflege	305
Neresheim: Benediktinerabtei	309
Neuhausen auf den Fildern: Kinderheim St. Josef	310
Neutann: Spital	312
Oberdisingen: Missionshaus St. Hildegard	313
Ochsenhausen: Töchterchule St. Walburga	315
Oggelsbeuren: Kinderheim Piuspflege	317
Ravensburg: Gesellenhaus	319
Ravensburg: Mädchenheim St. Josef	320
Ravensburg: Säuglingsheim St. Nikolaus	321
Ravensburg: St. Elisabethen-Krankenhaus	322
Renhardswailer: Kirchenpflege St. Georg	323
Reute: Mutterhaus der Franziskanerinnen	324

Rosenharz: Erziehungsheim St. Gertrudis	326
Schelklingen: Hofgut Oberschelklingen	328
Schramberg: Marienheim	330
Schramberg: Wald Imbrand	331
Schwäbisch Gmünd: Taubstummenanstalt St. Josef	334
Spaichingen: Claretinerkloster Dreifaltigkeitsberg	336
Stuttgart: Marienanstalt	337
Stuttgart: Marienhospital	339
Stuttgart: Paulusstift	340
Stuttgart-Hohenheim: Christkönigsheim	341
Talheim: Gutshof	343
Tettnang: Friedhof	344
Ulm: Altenheim St. Anna-Stift	346
Untermarchtal: Hofgut St. Veit	347
Wangen im Allgäu: Kinderheilstätte	349
Weingarten: Rößlerhof	351

Autorin und Autoren

Klaus Barwig, verantwortlich für das Referat Migration an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart und Geschäftsführer der »Kommission zur Klärung der Fragen nach Beschäftigung von Fremd- und Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart«.

Dieter R. Bauer, verantwortlich für das Referat Geschichte an der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart und Geschäftsführer der »Kommission zur Klärung der Fragen nach Beschäftigung von Fremd- und Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart«.

Stephan M. Janker, Dr. phil., ist Leiter des Diözesanarchivs Rottenburg und Mitglied der Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäftigung von Fremd- bzw. Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Annette Schäfer, Dr. phil., Historikerin, promovierte über das Thema »Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik«. Bis Juli 2002 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäftigung von Fremd- bzw. Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Hohenheimer Protokolle

- 1 Ethik und Kommunikation
Telekommunikation – ein Fortschritt für den Menschen?
Hohenheimer Medientage 1979
Stuttgart 1979 – 87 Seiten
- 2 Arbeitszeitverkürzung – aber wie?
Stuttgart 1979 – 139 Seiten
- 3 Armut im Alter?
Eine soziale Herausforderung
Stuttgart 1980 – 111 Seiten
- 4 Ethik und Kommunikation
Vom Ethos des Journalisten
Hohenheimer Medientage 1980
Stuttgart 1980 – 103 Seiten
- 5 Mehr soziale Psychiatrie – aber wie?
Modelle – Konzepte – Probleme
Stuttgart 1981 – 116 Seiten
- 6 Ethik und Kommunikation
Fernsehbild und Wirklichkeit
Hohenheimer Medientage 1981
Stuttgart 1982 – 126 Seiten
- 7 Vorbedingungen für das Funktionieren der Marktwirtschaft
Stuttgart 1981 – 130 Seiten
- 8 Unser Bildungs- und Beschäftigungssystem
Bildungspolitik zwischen Nachfrage und Bedarf
Stuttgart 1981 – 102 Seiten
- 9 »Friede den Menschen auf Erden«
Läßt sich der Frieden sichern?
Stuttgart 1982 – 98 Seiten
- 10 Wohnbedürfnisse und Wohnmöglichkeiten
Eine ethische und politische Herausforderung
Stuttgart 1982 – 75 Seiten
- 11 Geht die Arbeit aus?
Industriegesellschaft in der Krise
Stuttgart 1983 – 98 Seiten

- 12 Macht der Verführung
Sprache und Ideologie des Nationalsozialismus
Stuttgart 1983 – 114 Seiten
- 13 Der Lehrer – Beruf, Rolle, Ethos
Hohenheimer Symposion zur christlichen Pädagogik 1983
Stuttgart 1983 – 156 Seiten
- 14 Ethik und Kommunikation
Mehr Integration durch neue Medien?
Hohenheimer Medientage 1982
Stuttgart 1984 – 88 Seiten
- 15 Der Schüler
Hohenheimer Symposion zur christlichen Pädagogik 1984
Stuttgart 1984 – 165 Seiten
- 16 Telekommunikation in einer demokratischen Gesellschaft
Hohenheimer Medientage 1984
Stuttgart 1985 – 144 Seiten
- 17 Laboratorium Salutis
Beiträge zu Weg, Werk und Wirkung des Philosophen
Ernst Bloch (1885–1977)
Stuttgart 1986 – 75 Seiten
- 18 Ausdrucksgestaltungen des Glaubens
Zur Frage der Lebensbedeutung der Sakramente
Stuttgart 1986 – 91 Seiten
- 19 Technik
Fortschritt in Verantwortung und Freiheit?
Hrsg.: Jochem Gieraths
Stuttgart 1986 – 91 Seiten
- 20 Zukunft der Wirtschaft, Zukunft der Arbeit
Überlegungen zu einer ethischen Gestaltung
Stuttgart 1986 – 169 Seiten – ISBN 3-926297-00-X
- 21 Eva – Verführerin oder Gottes Meisterwerk?
Philosophie- und theologiegeschichtliche Frauenforschung
Hrsg.: Dieter R. Bauer/Elisabeth Gössmann
Stuttgart 1987 – 172 Seiten – ISBN 3-926297-01-8

- 22 Max Josef Metzger
Auf dem Weg zu einem Friedenskonzil
Hrsg.: Rupert Feneberg/Rainer Öhlschläger
Stuttgart 1987 – 83 Seiten – ISBN 3-926297-02-6
- 23 Technologie und Bildung
Hohenheimer Symposion zur Christlichen Pädagogik 1987
Hrsg.: Franz Josef Klehr
Stuttgart 1987 – 114 Seiten – ISBN 3-926297-05-0
- 24 Alltagskultur in Fernsehserien
Hohenheimer Medientage 1986
Hrsg.: Hermann-Josef Schmitz/Hella Tompert
Stuttgart 1987 – 113 Seiten – ISBN 3-926297-06-9
- 25 »... und muß nun rauben lassen ...«
Zur Auflösung schwäbischer Klosterbibliotheken
Hrsg.: August Heuser
Stuttgart 1988 – 91 Seiten – ISBN 3-926297-08-5
- 26 Das Christusbild im Menschenbild
In memoriam Roland Peter Litzenburger
Hrsg.: August Heuser
Stuttgart 1988 – 79 Seiten – ISBN 3-926297-10-7
- 27 Wirtschaftliche Gerechtigkeit aus der Sicht des Glaubens
Die deutsche Diskussion über ein amerikanisches Hirtenwort
Hrsg.: Paul Dingwerth/Rainer Öhlschläger/Bruno Schmid
Stuttgart 1988 – 210 Seiten – ISBN 3-926297-11-5
- 28 Gelegen oder ungelegen – Zeugnis für die Wahrheit
Zur Vertreibung des Rottenburger Bischofs im Sommer 1938
Hrsg.: Dieter R. Bauer/Abraham Peter Kustermann
Stuttgart 1989 – 141 Seiten – ISBN 3-926297-15-8
- 29 Sprachloser Glaube
Hohenheimer Symposion zur Christlichen Pädagogik 1988/89
Hrsg.: Franz Josef Klehr
Stuttgart 1990 – 256 Seiten – ISBN 3-926297-17-4
- 30 Den Andern denken
Philosophisches Fachgespräch mit Emmanuel Levinas
Hrsg.: Franz Josef Klehr
Stuttgart 1991 – 203 Seiten – ISBN 3-926297-22-0

- 32 Professionalität und Profil
Essentials eines engagierten Journalismus
Hohenheimer Medientage 1989
Hrsg.: Hermann-Josef Schmitz/Hella Tompert
Stuttgart 1990 – 101 Seiten – ISBN 3-926297-20-4
- 33 Weibs-Bilder
Was Medien aus Frauen machen
Hrsg.: Dieter R. Bauer/Birgit Volk
Stuttgart 1991 – 113 Seiten – ISBN 3-926297-27-1
- 34 Eine Kirche – ein Recht?
Kirchenrechtliche Konflikte zwischen Rom und den
deutschen Ortskirchen
Hrsg.: Richard Puza/Abraham P. Kustermann
Stuttgart 1990 – 219 Seiten – ISBN 3-926297-29-8
- 35 Gottes Wort in der Sprache der Zeit
10 Jahre Einheitsübersetzung der Bibel
Hrsg.: Gebhard Fürst
Stuttgart 1990 – 124 Seiten – ISBN 3-926297-24-7
- 36 Helenas Exil
Albert Camus als Anwalt des Griechischen in der Moderne
Hrsg.: Heinz Robert Schlette/Franz Josef Klehr
Stuttgart 1991 – 163 Seiten – ISBN 3-926297-33-6
- 37 Die Kirchen und die deutsche Einheit
Rechts- und Verfassungsfragen zwischen Kirche und Staat
im geeinten Deutschland
Hrsg.: Richard Puza/Abraham Peter Kustermann
Stuttgart 1991 – 179 Seiten – ISBN 3-926297-34-4
- 38 Unter dem Musikteppich
Die Musiken der Alltagskulturen
Hohenheimer Medientage 1990
Hrsg.: Hermann-Josef Schmitz/Hella Tompert
Stuttgart 1992 – 109 Seiten – ISBN 3-926297-35-2
- 39 Wechselbekenntnisse
Auf dem Weg zur Normalität
Aus einer Ost-West-Begegnung in turbulenter Zeit
Hrsg.: Gebhard Fürst/August Heuser/Rainer Öhlschläger
Stuttgart 1992 – 257 Seiten – ISBN 3-926297-37-9

- 40 Gespräch mit Waldorfpädagogen
Hohenheimer Symposion zur Christlichen Pädagogik 1990
Hrsg.: Franz Josef Klehr
Stuttgart 1992 – 160 Seiten – ISBN 3-926297-38-7
- 41 Russische religiöse Philosophie
Das wiedergewonnene Erbe: Aneignung und Distanz
Hrsg.: Franz Josef Klehr
Stuttgart 1992 – 187 Seiten – ISBN 3-926297-43-3
- 42 Christliche Erziehung in multikultureller Gesellschaft
Hohenheimer Symposion zur Christlichen Pädagogik 1991/92
Hrsg.: Franz Josef Klehr
Stuttgart 1993 – 247 Seiten – ISBN 3-926297-45-X
- 43 Politik populär machen
Hohenheimer Medientage 1992
Hrsg.: Hermann-Josef Schmitz/Siegfried Frech
Stuttgart 1993 – 124 Seiten – ISBN 3-926297-46-8
- 44 Namen, Texte, Stimmen
Walter Benjamins Sprachphilosophie
Hrsg.: Thomas Regehly unter Mitarbeit von Iris Gniosdorsch
Stuttgart 1993 – 179 Seiten – ISBN 3-926297-47-6
- 45 Der Rat als Quelle des Ethischen
Zur Praxis des Dialogs
Hrsg.: Werner Stegmaier/Gebhard Fürst
Stuttgart 1993 – 183 Seiten – ISBN 3-926297-50-6
- 46 Brücken zu Eugen Drewermann
Hrsg.: Gebhard Fürst
Stuttgart 1993 – 145 Seiten – ISBN 3-926297-51-4
- 47 Neue Beiträge zur Paracelsus-Forschung
Hrsg.: Peter Dilg/Hartmut Rudolph
Stuttgart 1995 – 202 Seiten – ISBN 3-926297-53-0
- 48 Erziehung aus Erinnerung
Pädagogische Perspektiven nach Auschwitz
Hrsg.: Franz-Michael Konrad/Reinhold Boschki/
Franz Josef Klehr
Stuttgart 1995 – 165 Seiten – ISBN 3-926297-54-9

- 49 Kommerz kontra Kultur?
Europäischer Medienmarkt und kulturelle Identitäten
Hohenheimer Medientage 1993
Hrsg.: Hermann-Josef Schmitz/Hella Tompert
Stuttgart 1995 – 125 Seiten – ISBN 3-926297-55-7
- 50 Der Camus der fünfziger Jahre
Hrsg.: Franz Josef Klehr/Heinz Robert Schlette
Stuttgart 1997 – 95 Seiten – ISBN 3-926297-62-X
- 51 Zäsur
Generationswechsel in der katholischen Theologie
Hrsg.: Gebhard Fürst
Stuttgart 1997 – 137 Seiten – ISBN 3-926297-66-2
- 52 Lateinamerika: die ungerechte Gesellschaft
Hrsg.: Manfred Mohls/Rainer Öhlschläger
Stuttgart 1997 – 143 Seiten – ISBN 3-926297-67-0
- 53 Medienraum Bodensee
Zum Integrationspotential der Massenmedien
Michael C. Hermann
Stuttgart 1998 – 264 Seiten – ISBN 3-926297-73-5
- 54 Medienpolitik in gesellschaftlicher Verantwortung
Welche Handlungsoptionen gibt es (noch)?
Hrsg.: Hermann-Josef Schmitz/Hella Tompert
Stuttgart 2000 – 91 Seiten – ISBN 3-926297-81-6
- 55 Theodor Haecker (1879–1945)
Verteidigung des Bildes vom Menschen
Hrsg.: Gebhard Fürst/Peter Kastner/Hinrich Siefken
Stuttgart 2001 – 126 Seiten – ISBN 3-926297-82-4
- 56 Zwangsarbeit in der Kirche
Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung
Hrsg.: Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel
Stuttgart 2001 – 326 Seiten – ISBN 3-926297-83-2
- 57 Die Lehre von der Rechtfertigung des Gottlosen im kulturellen
Kontext der Gegenwart
Beiträge im Horizont des christlich-jüdischen Gesprächs
Hrsg.: Hans Martin Dober/Dagmar Mensink
Stuttgart 2002 – 201 Seiten – ISBN 3-926297-86-7

Die Bände der Reihe »Hohenheimer Protokolle« aus den letzten zehn Jahren sind bis auf wenige Ausnahmen noch lieferbar. Von den älteren Titeln sind teilweise Restposten zu Sonderpreisen vorhanden. Bitte fragen Sie nach oder nutzen Sie die Bestellmöglichkeit unter www.akademie-rs.de.